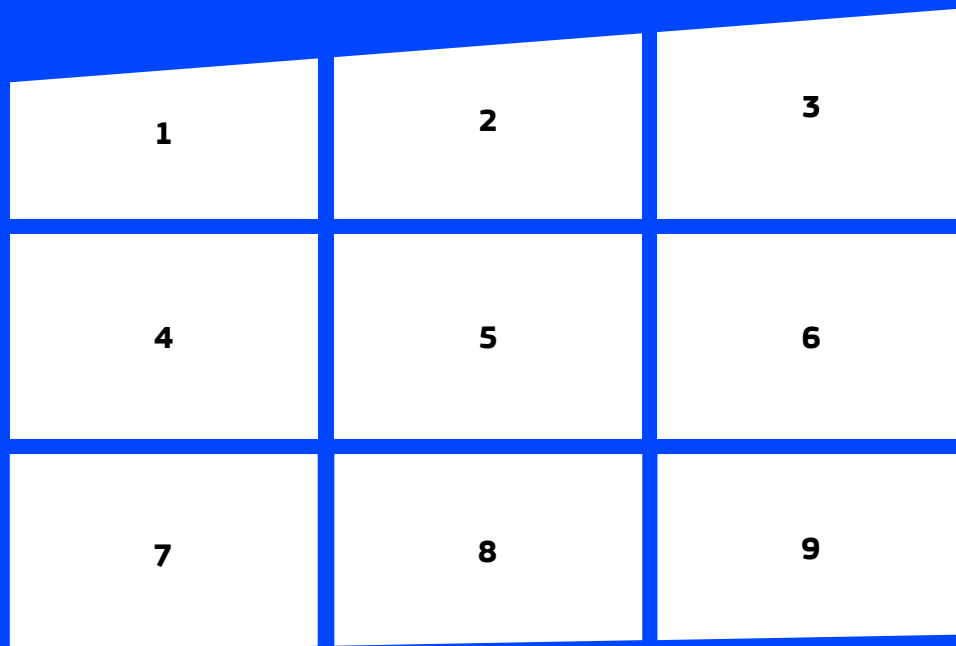


Die EU im Jahr 2024



GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER EUROPÄISCHEN UNION



AUF DEM DECKBLATT

1. Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, auf der Sitzung der Euro-Gruppe, in der die für Finanzen und Wirtschaft zuständigen Ministerinnen und Minister der EU die zentralen Fragen in ihrem Zuständigkeitsbereich erörtern. Gent (Belgien), 23. Februar 2024.
2. Der Erdbeobachtungssatellit Sentinel-1C wird an seinem Startadapter befestigt – einer Vorrichtung, um den Satelliten mit der Trägerrakete zu verbinden. Dieser Vorgang wurde am 19. November 2024 in der Nutzlast-Integrationsanlage des europäischen Weltraumbahnhofs in Kourou (Französisch-Guayana) abgeschlossen, wo der Satellit für seine Reise zur Polumlaufbahn vorbereitet wurde. (© ESA/CNES/ Arianespace/Optique du vidéo du CSG–S. Martin)
3. Bei ihrem Besuch in Kyjiw (Ukraine) am 20. September 2024 traf sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (links) mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj (rechts), um darüber zu sprechen, wie die EU der Ukraine angesichts der herrschenden Energieknappheit aufgrund der russischen Luftangriffe auf ukrainische Infrastruktur durch den herausfordernden Winter 2024/2025 helfen kann. Sie kündigte an, dass die EU die Ukraine bei der Reparatur der durch die Angriffe verursachten Schäden unterstützen und durch den Export von Strom dazu beitragen werde, rund 25 % des Energiebedarfs des Landes für den Winter zu decken.
4. (© imageBROKER/Sigrid Gombert via Getty Images)
5. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (rechts), trifft den gewählten Präsidenten des Europäischen Rates António Costa (links). Brüssel (Belgien), 30. Oktober 2024.
6. Fast die Hälfte der 1,9 Millionen Vertriebenen aus dem Gazastreifen sind Kinder. Mithilfe von EU-Geldern hat Unicef mehr als 120 000 vertriebenen Kindern warme Kleidung für den Winter bereitgestellt. 28. Januar 2024. (© UNICEF)
7. Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, besucht am Europatag ein beschädigtes Kraftwerk und eine ausgebombte Schule in Kyjiw (Ukraine), 9. Mai 2024.
8. (© fotografxx/E+ via Getty Images)
9. Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der EU-Erweiterung von 2004. Brüssel (Belgien), 1. Mai 2024.



Die EU im Jahr 2024

GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER EUROPÄISCHEN UNION

Veröffentlicht nach Artikel 249 Absatz 2 des Vertrags
über die Arbeitsweise der Europäischen Union



Eine interaktive Fassung dieser Publikation mit Links zu Online-Inhalten ist in den Formaten PDF und HTML unter folgender Adresse verfügbar: <http://europa.eu/general-report/de>.

Die EU im Jahr 2024 – Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
1049 Bruxelles/Brüssel
BELGIQUE/BELGIË

Die EU im Jahr 2024 – Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union wurde von der Europäischen Kommission am 14. Februar 2025 unter der Nummer C(2025) 954 angenommen.

Print	ISBN 978-92-68-23548-5	ISSN 1608-7313	doi:10.2775/0446500	NA-01-25-001-DE-C
PDF	ISBN 978-92-68-23546-1	ISSN 1977-3412	doi:10.2775/1211145	NA-01-25-001-DE-N
HTML	ISBN 978-92-68-23547-8	ISSN 1977-3412	doi:10.2775/8076938	NA-01-25-001-DE-Q

Die Europäische Kommission haftet nicht für Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2025



© Europäische Union, 2025

Die Weiterverwendungspolitik der Kommission unterliegt dem Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2011/833/oj>).

Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen der Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

BILDNACHWEISE

Alle Fotos: © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

Vorwort

2024 war ein historisches Wahljahr. Weltweit traten Milliarden von Menschen an die Wahlurnen – darunter Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die bei der Europawahl vom vergangenen Juni für eine Rekordbeteiligung sorgten. Wahlen als Grundpfeiler der Demokratie erinnern uns an mühsam errungene Freiheiten, die keine Selbstverständlichkeit sind und auch niemals als solche betrachtet werden dürfen. Sie erinnern uns auch an die Verantwortung der Entscheidungsträger, den Hoffnungen und Wünschen derjenigen gerecht zu werden, die ihnen Vertrauen entgegenbringen.

Ich fühle mich stolz und geehrt, ein zweites Mandat an der Spitze der Europäischen Kommission erhalten zu haben und so die Arbeit fortsetzen zu können, die wir vor fünf Jahren begonnen haben. Als ich 2019 mein Amt antrat, konnte ich nicht ahnen, welch außergewöhnliche Herausforderungen vor uns lagen – von einer globalen Pandemie und dem brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bis hin zu den Energiekrisen und dem Konflikt im Nahen Osten. Gleichzeitig galt es, die Klima- und Biodiversitätskrise sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migration zu bewältigen, sich an die digitale Revolution anzupassen sowie das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu gewährleisten.

Sich in widrigen Umständen zu behaupten – das ist seit jeher eine Stärke Europas. Gemeinsam haben wir Lösungen für die Probleme gefunden, die den Menschen in der EU am Herzen liegen. Von der Reform des Strommarkts über das Migrations- und Asylpaket bis hin zum Inkrafttreten der weltweit ersten Vorschriften über künstliche Intelligenz: Gemeinsam haben wir grundlegende Voraussetzungen für ein sichereres, gerechteres und nachhaltigeres Europa geschaffen. Russlands ungerechtfertigter Angriffskrieg hat auch deutlich gemacht, dass die EU in der Lage sein muss, ihre Verteidigung zu verstärken. Unsere erste europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich, die im März auf den Weg gebracht wurde, bildet die Grundlage für die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten der Mitgliedstaaten.

Am Ende des ersten Quartals des 21. Jahrhunderts erleben wir eine Zeitenwende auf dem globalen Parkett. Eine neue Ära des geostrategischen Wettbewerbs hat begonnen, und Europa muss einen Gang höherschalten, um sein Wachstum in den nächsten 25 Jahren aufrechtzuerhalten. Unser neuer Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, den wir gleich zu Beginn des neuen Mandats vorgelegt haben, wird als Richtschnur für den Wandel unserer Wirtschaft dienen und den Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.

Wir stehen am Anfang von 2025. Was die Zukunft bereithält, wissen wir nicht. Was wir aber wohl wissen, ist, dass Europa jeder Herausforderung gewachsen ist, wenn wir zusammenhalten.

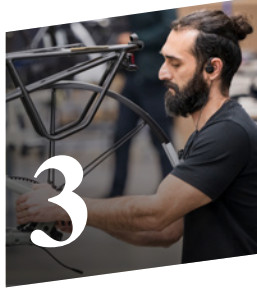
Es lebe Europa!

Ursula von der Leyen

Präsidentin der Europäischen Kommission



Inhalt



KAPITEL 0

Die EU 2024 –
fest auf Kurs – **6**

KAPITEL 1

Die Unterstützung der Ukraine
durch die EU – **12**

KAPITEL 2

Eine wohlhabende und
wettbewerbsfähige
Europäische Union – **29**

KAPITEL 3

Die Wirtschaft stärken – **42**

KAPITEL 4

Auf dem Weg zu einem
klimaneutralen Europa – **56**

KAPITEL 5

Ein Europa für das digitale
Zeitalter – **82**

KAPITEL 6

Verwirklichung eines fairen und
sozialen Europas – **101**

KAPITEL 7

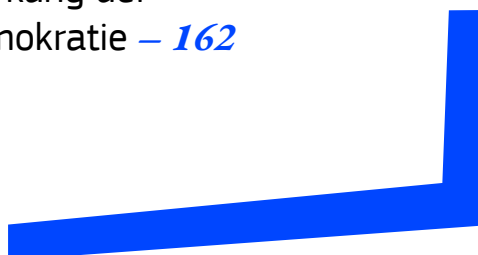
Menschen und Freiheiten
schützen – **122**

KAPITEL 8

Ein stärkeres Europa in der
Welt – **140**

KAPITEL 9

Stärkung der
Demokratie – **162**





KAPITEL 0

Einleitung

Das feierliche Hissen der Europa-Flagge vor dem Europäischen Parlament zum Beginn der 10. Legislaturperiode. Straßburg (Frankreich), 15. Juli 2024.

Die Umsetzung der Prioritäten für 2019-2024

Mit dem Jahr 2024 endete der vorherige fünfjährige institutionelle Zyklus. Obwohl die EU aufgrund zahlreicher Krisen unter Druck stand, konnte sie ihre ehrgeizigen Ziele in allen Politikbereichen erreichen (siehe Kapitel 1-9). Während des Mandats gab es Fortschritte hin zu einem neuen Wachstumsmodell, das die Menschen und unsere Erde schützt, wirtschaftlich

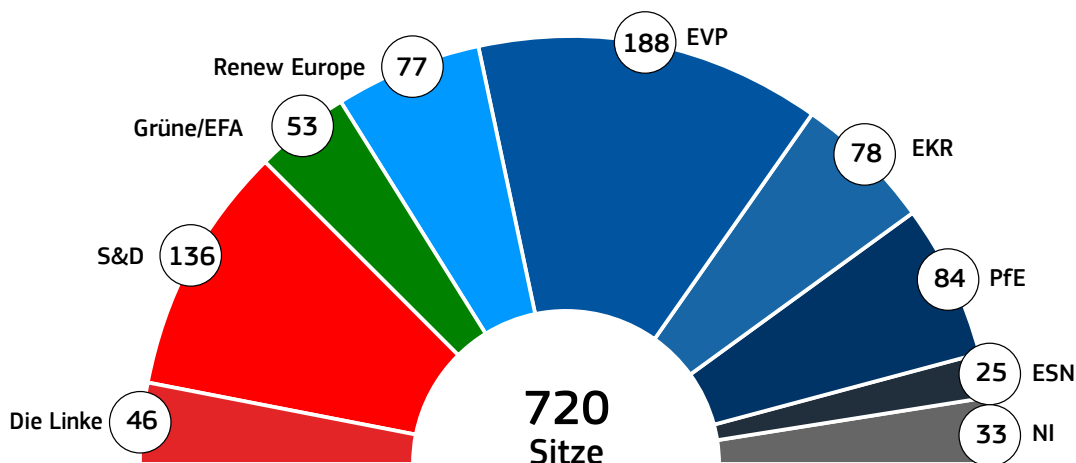
solide und sozial gerecht ist und sicherstellt, dass die Technologie den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin zugutekommt, ohne sie Gefahren auszusetzen. Die EU-Organe haben sich außerdem auf den nächsten Zyklus vorbereitet und sind mit neuen politischen Prioritäten für 2024-2029 auf die wichtigsten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eingegangen.

Ergebnisse der Europawahl

Die alle fünf Jahre stattfindenden Europawahlen sind der größte transnationale Urnengang weltweit. Die Wahlbeteiligung im Juni war die höchste der letzten 30 Jahre (50,74 %). Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Teilnahme

an der Europawahl mittlerweile ein wichtiger demokratischer Vorgang: In einer Umfrage gaben 46 % an, stets zur Wahl zu gehen, und 42 % sagten, sie hielten die Stimmabgabe für ihre staatsbürgerliche Pflicht.

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments (2024-2029)



EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (+ 9 Sitze gegenüber den Wahlen von 2019)

S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (– 2 Sitze)

PfE – Fraktion Patrioten für Europa (neue Fraktion)

EKR – Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (+ 9 Sitze)

Renew Europe – Fraktion Renew Europe (– 14 Sitze)

Grüne/EFA – Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (– 17 Sitze)

Die Linke – Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament (+ 9 Sitze)

NI – Fraktionslos (– 30 Sitze)

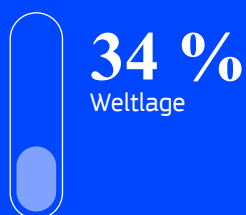
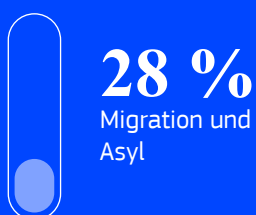
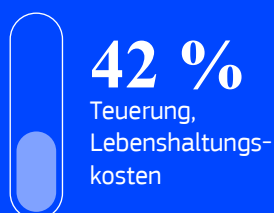
ESN – Fraktion Europa der Souveränen Nationen (neue Fraktion)

Was die Zukunft der EU angeht, sind die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor zuversichtlich, und sie haben auch weiterhin einen positiven Eindruck von der Union und ihren Organen. Das Vertrauen in die EU war seit 2007 nicht mehr so hoch (siehe Kapitel 9). Die in der EU im Anschluss an die Wahlen durchgeführte Umfrage zeigt, dass sieben von zehn Menschen in Europa finden, dass

ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat – eine Zahl, die in den letzten Jahren stabil geblieben ist. Zu den am häufigsten genannten Gründen zählen die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, die Bewahrung des Friedens und mehr Sicherheit, der Beitrag der EU zum Wirtschaftswachstum und neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

Was bestimmte das Votum der Bürgerinnen und Bürger bei der Europawahl 2024?

(die sieben am häufigsten genannten Themen)



Quelle: Europäisches Parlament, Eurobarometer – EU post-electoral survey 2024 (Umfrage nach der Wahl 2024), Oktober 2024.

Die EU-Spitzen 2024-2029

Im Juli wählte das neu konstituierte Parlament Roberta Metsola wieder zu seiner Präsidentin. Auf Vorschlag des Europäischen Rates wählte das Parlament außerdem Ursula von der Leyen für eine zweite Amtszeit zur Präsidentin der Europäischen Kommission. Nach den erfolgreichen Anhörungen zur Bestätigung der designierten Kommissionsmitglieder vor den zuständigen Parlamentsausschüssen stimmte das Parlament Ende November der neuen Zusammensetzung der Europäischen Kommission sowie der neuen Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, zu. Das vom Europäischen Rat ernannte neue Kommissionskollegium nahm seine Arbeit am 1. Dezember auf. Zugleich trat António Costa die Nachfolge von Charles Michel als Präsident des Europäischen Rates an.



↑ **VIDEO:** Das Parlament billigt die neue Kommission – Straßburg (Frankreich), 29. November 2024.
Standbild: Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (links), und Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments (rechts), begrüßen die Entscheidung des Parlaments, die Europäische Kommission 2024-2029 zu bestätigen.



↑ Charles Michel (rechts) übergibt das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates an den Nachfolger António Costa (links). Brüssel (Belgien), 29. November 2024.



Die Mitglieder der Kommission 2024-2029.



Prioritäten der EU für 2024-2029

Als Richtschnur für die Tätigkeit der EU während des neuen institutionellen Zyklus dient die Strategische Agenda 2024-2029, die von den Staats- und Regierungschefs im Juni angenommen wurde. Mit der Strategischen Agenda, die sich auf drei Kernbereiche konzentriert, soll die EU gegenüber unmittelbaren und künftigen Herausforderungen besser gewappnet sein.

Im Einklang mit der Strategischen Agenda formulierte die Präsidentin der Europäischen Kommission die Prioritäten der Kommission für 2024-2029 entlang der dem Parlament vorgelegten Politischen Leitlinien. Mit den sieben ambitionierten politischen Prioritäten soll Europa stärker, sicherer und gerechter werden.

Strategische Agenda 2024-2029

- 1 Ein freies und demokratisches Europa.
- 2 Ein starkes und sicheres Europa.
- 3 Ein wohlhabendes und wettbewerbsfähiges Europa.

Prioritäten der Kommission für 2024-2029

1 Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

2 Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit.

3 Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken.

4 Unsere Lebensqualität erhalten: Ernährungssicherheit, Wasser und Natur.

5 Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren.

6 Europa in der Welt: unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen.

7 Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten.

Zentrale Initiativen in den ersten 100 Tagen der Kommission

- 1 Ein neuer Deal für eine saubere Industrie**, der für eine wettbewerbsfähige Industrie und hochwertige Arbeitsplätze sorgt.
- 2 Ein Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung**, um den Investitionsbedarf zu bestimmen.
- 3 Eine Initiative für KI-Fabriken**, damit KI-Start-ups und Industrie Zugang zu neuen, maßgeschneiderten Hochleistungsrechenkapazitäten haben.
- 4 Ein europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern**, um die Erkennung von Bedrohungen, die Abwehrbereitschaft und die Krisenreaktion zu verbessern.
- 5 Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung**, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Agrarsektors sicherzustellen.
- 6 Überprüfung von Politikfeldern im Vorfeld der Erweiterung**, um besser auf künftige Beitritte vorbereitet zu sein.
- 7 Politikdialoge sämtlicher Kommissionsmitglieder mit jungen Menschen**, um der Jugend mehr Freiheit und Verantwortung in unseren Gesellschaften und Demokratien zu geben.



KAPITEL 1

Die Unterstützung der Ukraine durch die EU

Einleitung

Die Europäische Union steht nach wie vor zu ihrer Unterstützung der Ukraine angesichts des unprovokierten und ungerechtfertigten russischen Angriffskriegs und der rechtswidrigen Versuche, ukrainisches Hoheitsgebiet zu annektieren. Die EU hilft der Ukraine dabei, sich gegen diese Aggression zur Wehr zu setzen, sie unterstützt sie bei der Deckung ihres Finanzierungsbedarfs, und sie spielt eine Hauptrolle bei Erholung, Wiederaufbau und Modernisierung mit dem Ziel einer grünen, digitalen und inklusiven Wirtschaft. Zu ihrem Engagement gehört auch, die Ukraine bei ihren Reformen auf dem Weg in die EU zu unterstützen und ihre Wirtschaft enger am Binnenmarkt auszurichten. Die EU unterstützte die Ukraine auch 2024 politisch, finanziell,



Eine humanitäre Helferin der EU unterhält sich mit der 69-jährigen Lidia, die mit ihrem Sohn und ihrer Enkelin aus ihrem umkämpften Dorf im Norden der Ukraine fliehen musste. Ihr Zuhause wurde schwer beschädigt. Gemeinsam mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen verhalf die EU ihr und ihrer Familie zu einem neuen Dach und neuen Fenstern für ihr Haus. Horenka, Oblast Kyjiw (Ukraine), 23. Januar 2024.

humanitär und militärisch. Sie wird sich auch weiterhin nachdrücklich für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich der Grundsätze der UN-Charta, einsetzen, bei dem die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Ukraine gewahrt bleiben.

Solidarität mit der Ukraine

Finanzielle Unterstützung

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges steht die EU der Ukraine entschlossen zur Seite. Sie hat rasch gehandelt, um der Ukraine die nötige finanzielle und militärische Soforthilfe zu leisten, indem sie außerordentliche Makrofinanzhilfepakete zur Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft verabschiedet, die Europäische Friedensfazilität zur militärischen und verteidigungstechnischen Unterstützung genutzt und spezielle militärische Ausbildungsmissionen entsandt hat.

Aufbauend auf dieser Unterstützung stellt die EU seit 2024 sicher, dass sie der Ukraine umfassendere langfristige Hilfe leisten kann. Das Land steht momentan vor einer doppelten Herausforderung: Es muss seine Wirtschaft und seine Infrastruktur wieder aufbauen und zugleich Reformen auf dem Weg in die EU durchführen, den es gerade antritt (siehe Kapitel 8). Angesichts der Komplexität sowohl des Wiederaufbaus als

auch der nötigen Reformen für den EU-Beitritt bestand eindeutig Bedarf an nachhaltiger und strukturierter Unterstützung durch die EU. Daher hat die EU die Ukraine-Fazilität ins Leben gerufen, um dem Land zwischen 2024 und 2027 bis zu 50 Mrd. EUR an stabiler und berechenbarer finanzieller Hilfe leisten zu können.

Mit der Ukraine-Fazilität demonstriert die EU ihre Entschlossenheit, die Widerstandskraft der Ukraine zu stärken, ihre Erholung zu fördern und ihr den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur EU-Mitgliedschaft zu erleichtern. 2024 wurden im Rahmen der Fazilität 16,5 Mrd. EUR in den ukrainischen Staatshaushalt eingezahlt, die zur Finanzierung von Löhnen im öffentlichen Dienst sowie Renten und grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen beitrugen. Zusätzlich wurden über die drei Säulen der Fazilität weitere 19,6 Mrd. EUR mobilisiert.

Die Ukraine-Fazilität

DER UKRAINE-PLAN

Er dient der Deckung des Finanzbedarfs des ukrainischen Staates, damit er makrofinanziell stabil bleibt, und unterstützt zugleich Reformen und Investitionen zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der Ukraine. Die Mittel werden vierteljährlich auf der Grundlage der erfolgreichen Umsetzung der im Ukraine-Plan vorgesehenen sektoralen und strukturellen Reformen und Investitionen ausgezahlt.

DER INVESTITIONS-RAHMEN FÜR DIE UKRAINE

Mit dem Investitionsrahmen für die Ukraine sollen öffentliche und private Investitionen für die Erholung und den Wiederaufbau der Ukraine angezogen und mobilisiert werden (siehe unten im Abschnitt „Der Wiederaufbau der Ukraine“).

UNTERSTÜTZUNGS-PROGRAMME

Sie bieten technische Hilfe und Unterstützungsmaßnahmen, um der Ukraine die Anpassung an die Rechts- und Verwaltungsvorschriften der EU zu erleichtern.

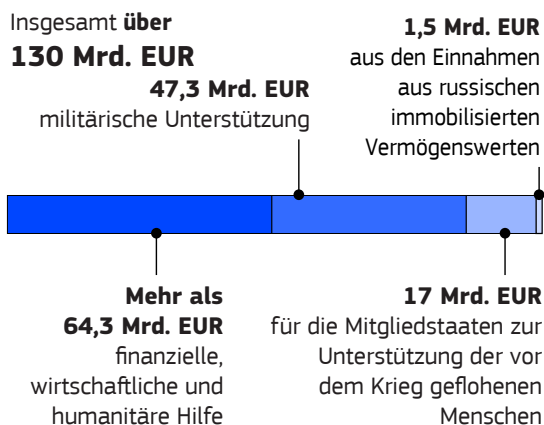
Mit der Ukraine-Fazilität will die EU vor allem

- **Erholung, Wiederaufbau und Modernisierung unterstützen**, indem die Infrastruktur wiederhergestellt, die ukrainische Wirtschaft wieder belebt und die gesellschaftliche Resilienz gestärkt wird;
- **die ukrainischen Reformen auf dem Weg zum EU-Beitritt voranbringen**, indem Hilfe bei der Umsetzung von Reformen und entsprechende Anreize geboten werden, die der Ukraine die Anpassung an die Normen und Werte der EU erleichtern werden;
- **zum Finanzierungsbedarf beitragen**, indem dafür gesorgt wird, dass grundlegende Dienstleistungen trotz Krieg und wirtschaftlicher Belastung weiterlaufen;
- **Investitionen mobilisieren**, indem Investitionsströme erleichtert werden, die als Katalysatoren für eine rasche wirtschaftliche Erholung und nachhaltiges Wachstum dienen und das Fundament für langfristigen Wohlstand legen;
- **die ukrainische Gesellschaft unterstützen**, indem die Resilienz von Institutionen und Akteuren gestärkt, die humanitären Folgen des Krieges abgemildert und der soziale Zusammenhalt und die Inklusion gefördert werden.

Ergänzend zu der durch die Ukraine-Fazilität gebotenen Finanzhilfe wurde im Oktober ein Maßnahmenpaket verabschiedet, um die auf dem G7-Gipfel in Fasano in der italienischen Region Apulien abgegebenen Zusagen der EU und ihrer G7-Partner zu erfüllen, der Ukraine Darlehen über weitere 45 Mrd. EUR zu gewähren. Nach den Beiträgen der anderen G7-Partner bestätigte die EU, dass sie mit einem Makrofinanzhilfedarlehen in Höhe von 18,1 Mrd. EUR zur Gesamtsumme von 45 Mrd. EUR beitragen wird. Diese Darlehen sollen aus den außerordentlichen Einnahmen aus immobilisierten Vermögenswerten der russischen Zentralbank zurückgezahlt werden.

Seit Beginn der groß angelegten russischen Militärinvasion und bis Ende 2024 hatten die EU und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine und ihren Menschen mehr als 130 Mrd. EUR an wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Hilfe geleistet.

Ukraine – Unterstützung für das Land und die Menschen (2022-2024)



Militärische Unterstützung

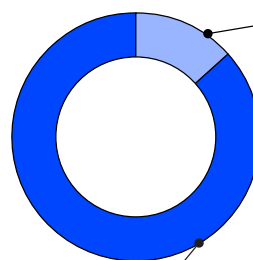
Die EU und ihre Mitgliedstaaten liefern nicht nur Rüstungsgüter in die Ukraine, sie unterstützen das Land auch durch militärische Ausbildung. Mit der EU-Militärhilfemission zur Unterstützung der Ukraine soll die Fähigkeit der ukrainischen Streitkräfte zur Verteidigung der territorialen Integrität des Landes verbessert werden. Sie arbeitet eng mit gleich gesinnten internationalen Partnern zusammen, um die ukrainischen Streitkräfte bei der Ausbildung zu unterstützen. Die Mission ist ausschließlich auf dem Gebiet der EU tätig. Bislang haben 24 Mitgliedstaaten Ausbildungsmodule und Personal angeboten und mehr als 65 000 ukrainische Soldaten geschult.

Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte (2022-2024)

Insgesamt

47,3 Mrd. EUR

6,1 Mrd. EUR
über die Europäische Friedensfazilität als Anreiz für die Mitgliedstaaten, militärische Ausrüstung für die Ukraine zu mobilisieren



41,2 Mrd. EUR

in Form von direkter militärischer Unterstützung durch die Mitgliedstaaten

2024 unternahm die EU auch Schritte zur Zusammenarbeit mit der Ukraine im Verteidigungsbereich. Im Mai fand das Verteidigungsindustrieforum EU-Ukraine als eines der ersten Ergebnisse der neuen europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich statt. Zusätzlich nahm im September das EU-Innovationsbüro für Verteidigung in Kyjiw (Ukraine) die Arbeit auf. Das Ziel ist die Vertiefung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und die Annäherung der Verteidigungsindustrien in der EU und der Ukraine.



Josep Borrell, damals Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und für ein stärkeres Europa in der Welt zuständiger Vizepräsident der Europäischen Kommission (Mitte), besucht die Einrichtung, in der sich die EU-Beratungsmission für die Ukraine und die Nationale Akademie für Innere Angelegenheiten befinden. Kyjiw (Ukraine), 6. Februar 2024.

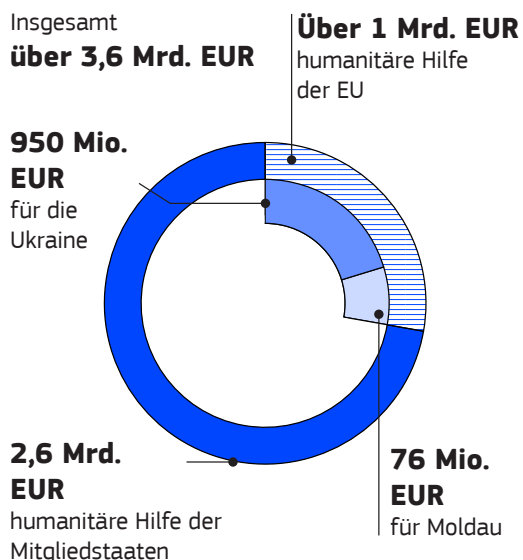


Die EU leistete mit ihren humanitären Partnern wie der tschechischen Nichtregierungsorganisation „People in Need“ während der kalten Wintermonate lebensrettende Hilfe für die am stärksten gefährdeten Gemeinschaften in der Ukraine. Vozdvyzhenka, Oblast Donezk (Ukraine), 2. Februar 2024.

Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe für die Ukraine und Moldau

Die humanitären Hilfszahlungen der EU zur Unterstützung der Menschen in der Ukraine fließen in Bargeldhilfe, Katastrophenhilfe, Gesundheitsversorgung, Not- und Winterunterkünfte, medizinische Hilfsgüter, Lebensmittel, Wasser, Minenräumausrüstung und -schulungen sowie die Bildung.

Humanitäre Hilfe der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die Ukraine und Moldau (2022-2024)



Teil dieser Mittel sind auch die zusätzlichen 100 Mio. EUR an humanitärer Hilfe, die die Ukraine seit Juli erhalten hat. Damit sollen sich vor allem besonders schutzbedürftige Menschen auf den Winter vorbereiten können.

Laut Schätzungen von Experten gingen durch die Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur 2024 etwa 9 Gigawatt Energieerzeugungskapazität verloren – also ungefähr die Hälfte dessen, was die Ukraine braucht, um durch den Winter zu kommen. Damit dort die Lichter nicht ausgehen, hat die EU rund 100 Mio. EUR für Reparaturen an der Energieinfrastruktur und Stromausfuhren von mehr als 2 Gigawatt in die Ukraine bereitgestellt. Diese Summe soll mit außerordentlichen Einnahmen aus immobilisierten Vermögenswerten der russischen Zentralbank in der EU gedeckt werden. (Weitere Informationen zum Beitrag der EU zur Energieversorgungssicherheit der Ukraine enthält der nachstehende Abschnitt „Der Wiederaufbau der Ukraine“.)





↑
Bei ihrem Besuch in Kyjiw (Ukraine) am 20. September 2024 traf sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (links) mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj (rechts), um darüber zu sprechen, wie die EU der Ukraine angesichts der herrschenden Energieknappheit aufgrund der russischen Luftangriffe auf ukrainische Infrastruktur durch den herausfordernden Winter 2024/2025 helfen kann. Sie kündigte an, dass die EU die Ukraine bei der Reparatur der durch die Angriffe verursachten Schäden unterstützen und durch den Export von Strom dazu beitragen werde, rund 25 % des Energiebedarfs des Landes für den Winter zu decken.



Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der EU haben alle 27 Mitgliedstaaten sowie sechs weitere Länder Sachleistungen angeboten – von medizinischen Hilfsgütern bis hin zu Fahrzeugen und Ausrüstung für die Energieversorgung.

Die bisherigen Spenden durch das Katastrophenschutzverfahren waren:

- mehr als 9,9 Millionen LED-Lampen,
- mehr als 360 000 Artikel für die Notstromversorgung, darunter:
 - 3 473 Transformatoren,
 - fünf Autotransformatoren,
 - 8 809 Stromaggregate.

Im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens wurden außerdem Minenräumausrüstung und Löschfahrzeuge geliefert. Aus den rescEU-Notstandsvorräten der EU wurden weitere medizinische Ausrüstung und Hilfsgüter für die Energieversorgung an die Ukraine geliefert.

Um entscheidende Versorgungsgüter effizient verteilen zu können, hat die EU in Polen, Rumänien und der Slowakei Logistikzentren eingerichtet. Bis heute wurden mehr als 152 000 Tonnen Hilfsgüter geliefert.

↑
Eine ehemalige ukrainische Bankangestellte, die nun bei der Minenräumung hilft und sich auf nicht-technische Untersuchungen spezialisiert hat. Oblast Mykolaiv (Ukraine), 2024.

Schutz und Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

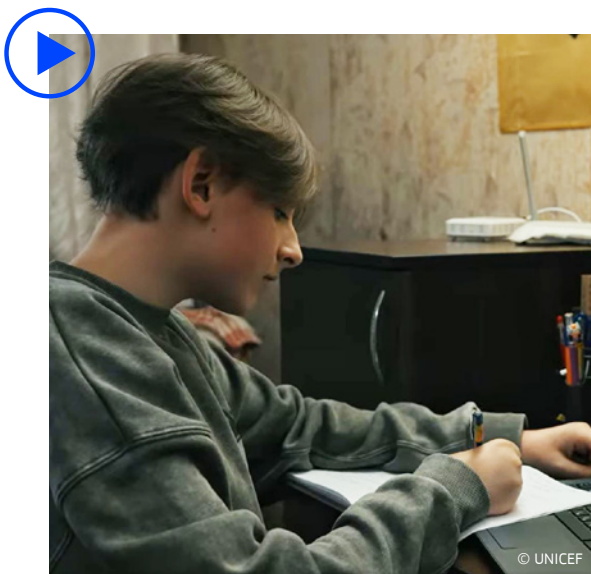
Mehr als vier Millionen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind, genießen in der EU einen vorübergehenden Schutzstatus. Im Juni verlängerte die EU diesen Schutz bis März 2026. Er gewährt in allen Mitgliedstaaten Rechte in Bezug auf den Aufenthalt, die Gesundheitsversorgung, die Bildung und die Arbeit.

In Partnerschaft mit der EU kümmert sich die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften um die wechselnden Bedürfnisse der Kriegsvertriebenen in Fragen der psychischen Gesundheit. Das umfasst verschiedene Formen der Unterstützung, von der Betreuung von Kindern mit psychischen und sozialen Bedürfnissen in Bulgarien bis hin zur psychologischen Unterstützung in Aufnahmeklassen in Dänemark und der Schulung von Lehrkräften in der Unterstützung vertriebener Schülerinnen und Schüler in Kroatien. Das Rote Kreuz hat außerdem mehr als 4 000 Menschen in der Ukraine in psychischer Erster Hilfe geschult.

In der ganzen EU haben die nationalen Behörden zudem enorme Anstrengungen unternommen, um die Integration vertriebener Schülerinnen, Schüler, Auszubildender und Studierender auf allen Stufen und in allen Sektoren der allgemeinen und beruflichen Bildung zu fördern. In mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten müssen ukrainische Kinder die örtlichen Schulen besuchen, und weitere Länder bereiten sich darauf vor, künftig die Schulpflicht für sie einzuführen. Im Schuljahr 2023-2024 wurden schätzungsweise 700 000 aus der Ukraine vertriebene Kinder in der gesamten EU eingeschult, von der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung bis hin zur Oberstufe.

Die Mitgliedstaaten werden auch aus dem Programm Erasmus+ dabei unterstützt, vertriebene ukrainische Schülerinnen, Schüler und Studierende sowie Bildungspersonal zu integrieren. Die Ukraine profitiert weiterhin von der internationalen Dimension von Erasmus+ mit Projekten zum Kapazitätsaufbau im Bereich Jugend sowie im Sport, die dem Land 2024 erstmals offenstanden. Im Juni veröffentlichte die Europäische Kommission außerdem einen Bericht zur Integration vertriebener Kinder aus der Ukraine in die EU-Bildungssysteme.

Nach der Veröffentlichung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen durch die Erasmus+-Initiative „Europäische Hochschulen“ 2024 betreffend die Gründung oder Erweiterung von Hochschulallianzen haben sich rund 35 ukrainische Hochschulen als assoziierte Partner europäischen Hochschulallianzen angeschlossen. Diese Initiative ermöglicht es Studierenden und Hochschulpersonal, in verschiedenen europäischen Ländern zu studieren und zu arbeiten. Darüber hinaus wurden durch den Krieg aus der Ukraine vertriebene Menschen auch durch Freiwilligenprojekte des Europäischen Solidaritätskorps unterstützt.



↑
VIDEO: Der zwölfjährige Denys träumt davon, Psychologe zu werden, aber seine Schule in der Ukraine ist geschlossen. Dank der Partnerschaft zwischen der EU und Unicef kann er online weiterlernen.



Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die EU 1,5 Millionen Schulbücher an ukrainische Klassen gespendet. Kyjiw (Ukraine), 31. Oktober 2024.



Weitere 10 Mio. EUR zur Unterstützung vertriebener Forscher aus der Ukraine kamen von der Initiative MSCA4Ukraine im Rahmen von „Horizont Europa“, dem wichtigsten EU-Programm zur Finanzierung von Forschung und Innovation. Damit können mindestens 50 weitere Forschende ihre Arbeit an Forschungsprojekten in Hochschulen, Unternehmen, Forschungszentren und anderen Einrichtungen in der EU und in mit Horizont Europa assoziierten Ländern unter sicheren Bedingungen fortsetzen. Dieser Betrag kommt zu den 25 Mio. EUR hinzu, die bereits im Rahmen des Stipendienprogramms MSCA4Ukraine zur Unterstützung von 125 Forschenden bereitgestellt wurden, die der Krieg vertrieben hat.

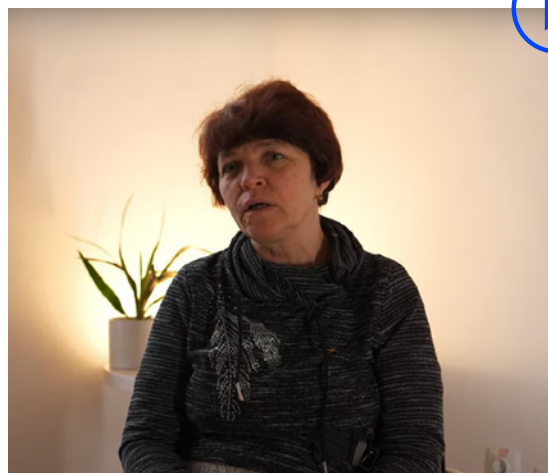
Die EU bemüht sich auch darum, dass sich die Ukrainerinnen und Ukrainer problemlos in die Mitgliedstaaten integrieren. So entwickeln beispielsweise Städte und Gemeinden in Polen, Rumänien und der Slowakei dank dem Instrument für technische Unterstützung der EU längerfristige Strategien zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlingsfamilien. Dadurch profitieren diese Familien von einem dauerhaften und ununterbrochenen Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung und Arbeitsangeboten.



Nach ihrer Flucht aus der Ukraine begann Inna im Rahmen des aus dem Europäischen Sozialfonds Plus kofinanzierten „Inclusive Restart“-Projekts in der dänischen Stadt Randers ein Praktikum in einer örtlichen Bäckerei. Heute ist sie dort fest angestellt.



Inna, ein ukrainischer Flüchtling, backt Kuchen in einer Bäckerei. Randers (Dänemark), 1. Juli 2024.



VIDEO: In Rumänien trug das Instrument für technische Unterstützung zur Finanzierung einer Online-Plattform bei, die ukrainischen Flüchtlingen als zentrale Anlaufstelle für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen dient.

Die EU fördert aber nicht nur die Integration, sie erkennt auch an, wie wichtig es ist, den Ukrainerinnen und Ukrainern das nötige Wissen zu vermitteln, damit sie ihre Rechte als Personen mit vorübergehendem Schutzstatus in der EU verstehen und ausüben können. 2024 hat die EU eigens eine Kampagne gestartet, um vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer in sechs Mitgliedstaaten über ihre Verbraucherrechte aufzuklären. So wird dafür gesorgt, dass sie bei ihren täglichen Geschäften als Verbrauchende gleichberechtigten Zugang zu fairer Behandlung, Schutz und Transparenz haben. Das zweite Hauptziel der Kampagne bestand darin, vertriebenen Ukrainerinnen und Ukrainern zu zeigen, wie sie Hilfe suchen und ihre Rechte geltend machen können, indem sie an die einschlägige Verbraucherorganisation in dem Mitgliedstaat verwiesen wurden, in dem sie leben.

Schließlich verfolgt die EU das Ziel, die europäische kulturelle und sprachliche Vielfalt und das europäische Kultur- und Spracherbe zu schützen, zu entwickeln und zu fördern, und sie ist sich der Bedeutung kultureller Ausdrucksformen für die Erzeugung von Gemeinschaftssinn und gegenseitigem Verständnis bewusst. Seit Dezember beteiligt sich die Ukraine am Aktionsbereich MEDIA des Programms Kreatives Europa, wodurch ukrainische Filmschaffende und audiovisuelle Künstlerinnen und Künstler Finanzmittel für ihre Arbeit beantragen können.

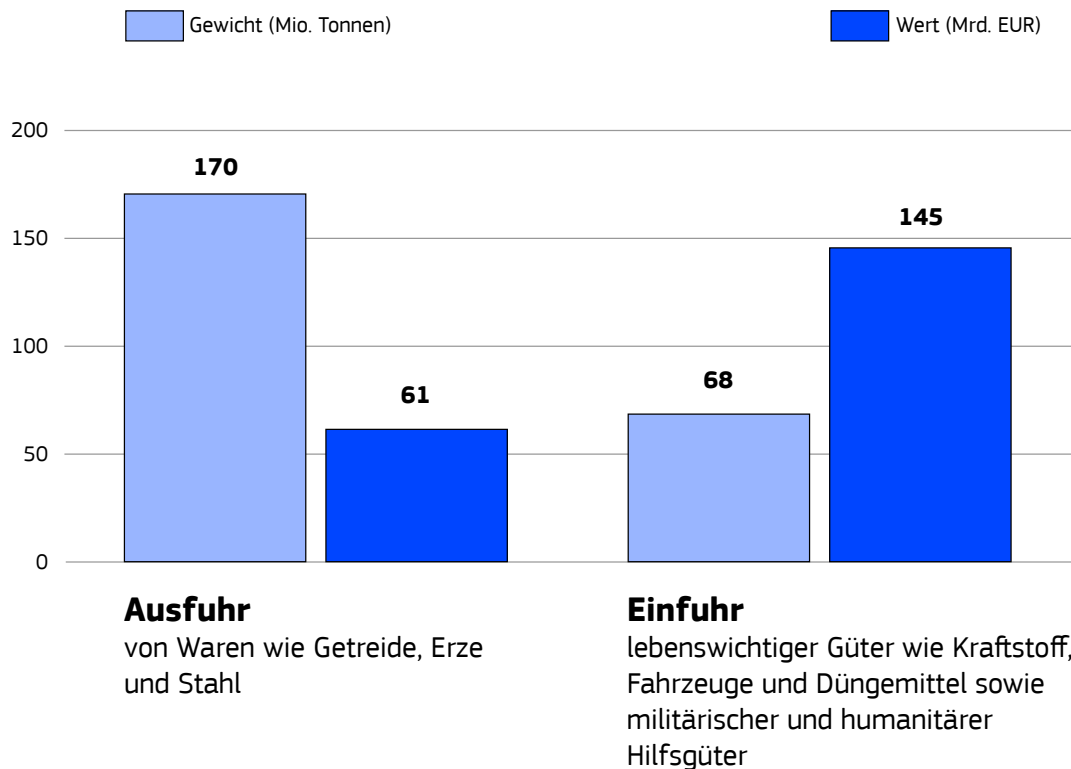
Hilfe für die ukrainische Wirtschaft

Die EU setzte ihre enge Zusammenarbeit mit der Ukraine und Moldau zur Verbesserung der Verkehrsrouten durch die Initiative „Solidaritätskorridore“ fort. Die Solidaritätskorridore waren ursprünglich eingerichtet worden, um die russische Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen zu umgehen, die das wichtigste Tor für die Getreideausfuhren des Landes waren, doch decken sie heute jede Art von Handel ab. Sie ermöglichen es der Ukraine und Moldau, jede Art Ware auf den Weltmarkt auszuführen, und stellen zugleich sicher, dass wichtige Einfuhren in die Ukraine gelangen. Langfristig werden sie eine zentrale Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine und ihrer weiteren Integration in den EU-Binnenmarkt spielen.



↑
VIDEO: Die Solidaritätskorridore in Aktion.

Unterstützung durch die Solidaritätskorridore EU-Ukraine seit ihrer Einrichtung



Im Rahmen der Solidaritätskorridore finanziert die EU auch Ausrüstung zur Unterstützung der Grenz- und Zollbehörden. Im Juni wurde ein neuer, von der EU finanzierter mobiler Frachtscanner an den Grenzübergang Tschop zwischen der Ukraine und Ungarn geliefert, um die Kontrollen zu beschleunigen und die Wartezeiten für Lkw-Fahrer und Logistikunternehmen zu verkürzen.

Ergänzend zu den Solidaritätskorridoren wurde das transeuropäische Verkehrsnetz, eine zentrale EU-Initiative zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der Verkehrsanbindung zwischen den Mitgliedstaaten, auf die Ukraine und Moldau ausgeweitet. Dadurch erhielten zudem Einrichtungen aus beiden Ländern Zugang zur Fazilität „Connecting Europe“, dem wichtigsten Finanzierungsmechanismus der EU für die Infrastrukturentwicklung.

Aus der Fazilität „Connecting Europe“ werden neun Projekte mit 338 Mio. EUR gefördert, die zum Ausbau einer nahtlosen grenzüberschreitenden Anbindung der Ukraine und der Republik Moldau beitragen werden.

Integrationsabkommen und andere Übereinkünfte

Die EU hat ihre Unterstützung der Ukraine durch die Verlängerung günstiger Handels-, Verkehrs- und Roaming-Abkommen fortgesetzt.

Im Jahresverlauf hat die EU ihre handelspolitischen Unterstützungsmaßnahmen erneut verlängert, indem sie die Einfuhrzölle und Zollkontingente für ukrainische Ausfuhren ausgesetzt hat, diesmal bis zum 5. Juni 2025.

Da jedoch die Einfuhren bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine in die EU in den Jahren 2022 und 2023 deutlich angestiegen sind, geht mit der Verlängerung der Unterstützungsmaßnahmen ein verstärkter Schutzmechanismus einher. Er ermöglicht rasche Abhilfe bei erheblichen Störungen des EU-Marktes oder der Märkte eines oder mehrerer Mitgliedstaaten.

Um der Ukraine bei der Ausfuhr ihrer Güter in die EU und auf den Weltmarkt zu helfen, wurde im Juni das Straßenverkehrsabkommen mit der EU verlängert und aktualisiert. Das Abkommen hat den Handel auf dem Straßenweg zwischen der EU und der Ukraine erheblich vereinfacht, wovon beide Volkswirtschaften seit Kriegsbeginn profitiert haben. Ein vergleichbares Abkommen zwischen der EU und Moldau wurde ebenfalls verlängert.

Um die Zusammenarbeit im Verkehrsbereich zu stärken, nahm die EU mit Moldau einen hochrangigen Dialog zu Verkehrsfragen auf. Er wird dazu beitragen, die Verbindungen zwischen allen Verkehrsträgern zu verbessern und gemeinsame Fortschritte beim nachhaltigen und digitalen Wandel zu erzielen.



Die damalige EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean (rechts) und der stellvertretende ukrainische Infrastrukturminister Serhiy Derkach (links) bei der Unterzeichnung des Straßenverkehrsabkommens zwischen der EU und der Ukraine. Brüssel (Belgien), 20. Juni 2024.



Der Wiederaufbau der Ukraine

Die EU erkennt an, dass die wirtschaftliche Erholung der Ukraine nicht ohne umfassende Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes geht. Sie will die Ressourcen effektiv koordinieren, indem sie die Ukraine, die EU, die G7-Länder und andere Partner zusammenbringt. Damit soll sichergestellt werden, dass die Hilfe für die Ukraine effizient, kohärent, transparent und inklusiv geplant und geleistet wird und Doppelarbeit vermieden wird.

In dem im Februar 2024 veröffentlichten Weltbank-Bericht *Ukraine – Zeitnahe Schadens- und Bedarfsbewertung* werden die Kosten für Wiederaufbau und Erholung der Ukraine in den nächsten zehn Jahren mit 486 Mrd. USD beziffert. Der dringendste Bedarf besteht bei Wohnraum, Verkehr, Handel und Industrie, Landwirtschaft, Energieversorgung, Sozialschutz und Sicherung der Existenzgrundlagen.

Trotz widriger Umstände verzeichnete die ukrainische Wirtschaft 2023 ein Wachstum von 5 %. In den *Basisprognosen* wird für die kommenden Jahre mit einem Wachstum von über 4 % gerechnet. Aber selbst wenn das Basisszenario einer Beruhigung des Kriegsgeschehens ab Ende 2024 zugrunde gelegt wird, würde das reale Bruttoinlandsprodukt der Ukraine erst 2030 wieder das Vorkriegsniveau erreichen.

Um der Ukraine bei ihrem Wiederaufbau zu helfen, hat die EU im April innerhalb der Ukraine-Fazilität den neuen *Investitionsrahmen für die Ukraine* ins Leben gerufen. Dadurch werden Investitionsinstrumente in Höhe von 9,3 Mrd. EUR (7,8 Mrd. EUR an Darlehensgarantien und 1,51 Mrd. EUR in Form von Mischfinanzierungen) erschlossen, mit denen bis zu 40 Mrd. EUR an zusätzlichen Finanzmitteln europäischer Finanzinstitute und des Privatsektors mobilisiert werden könnten. Die ersten Zuschüsse und Garantievereinbarungen in Höhe von 1,4 Mrd. EUR aus dem Investitionsrahmen wurden im Juni auf der *Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine in Berlin* (Deutschland) abgezeichnet. Sie haben das Potenzial, Investitionen in Höhe von 6 Mrd. EUR für entscheidende Wiederaufbau- und Modernisierungsprojekte zu mobilisieren, insbesondere in Bereichen wie Energie und kommunale Infrastruktur. Auf der Konferenz wurde außerdem der *Wirtschaftsbeirat* eingesetzt, der die *Ukraine-Geberplattform* mit Know-how aus der Geschäftswelt unterstützen wird, um das Investitionsklima im Land zu verbessern und Investitionen des Privatsektors anzuziehen.

Zusätzlich dazu wurde im November auf der Investitionskonferenz EU-Ukraine in Warschau (Polen) ein Aufruf zur Interessenbekundung veröffentlicht, der sich an private Unternehmen mit Sitz in der EU richtet, die an Investitionen in der Ukraine interessiert sind. Die Konferenz hatte mehr als 5 500 Teilnehmer aus 32 Ländern, darunter auch Unternehmens- und Bankenvertreter.



↑
Die Ukraine leidet weiter unter dem unermüdlichen Beschuss durch Russland. Jeden Tag trauern immer mehr Familien um ihre Angehörigen und ihr Zuhause. Sumy (Ukraine), 8. März 2024.

Um in der Ukraine einen umweltgerechteren und sozial inklusiven Wiederaufbau zu unterstützen, *unterzeichneten* die EU und die Internationale Finanz-Corporation eine Garantievereinbarung über 90 Mio. EUR zur Förderung eines inklusiven und nachhaltigen Wiederaufbaus in der Ukraine. Mit dem Programm sollen mehr als 500 Mio. EUR an Investitionen des Privatsektors in kritische Infrastruktur, die Warenproduktion, die Dekarbonisierung und die Erhaltung der Existenzgrundlagen mobilisiert werden.

In diesem Zusammenhang kamen am 18. April mehr als 400 Teilnehmer aus dem Privatsektor auf dem ersten *Wirtschaftsgipfel EU-Ukraine* zusammen, wo sie über Sektoren der ukrainischen Wirtschaft sprachen, um eine umweltfreundlichere Entwicklung zu fördern.



Die Preise des Neuen Europäischen Bauhauses, mit denen innovative Projekte und Konzepte von Bürgerinnen und Bürgern aus Europa und darüber hinaus bekannt gemacht werden, standen 2024 erstmals ukrainischen Projekten offen. Zwei Initiativen, die Unterkünfte und Gemeinschaftsräume für Binnenvertriebene und bedürftige Familien bereitstellen, erhielten einen Preis, mit dem die Bemühungen um den Wiederaufbau und die Erholung der Ukraine besonders gewürdigt werden. Mit dem Preis wird die Widerstandskraft der ukrainischen Bevölkerung anerkannt und der Wiederaufbau- und Erholungsprozess unterstützt.

↑
VIDEO: Das Nad-Dzherelom-Projekt, Gewinner des Preises „Besondere Anerkennung der Bemühungen um den Wiederaufbau und die Erholung der Ukraine“.

Sichere und grüne Energie für die Ukraine

Als Reaktion auf die Angriffe Russlands auf die Energieinfrastruktur hat die EU ihre Unterstützung für den ukrainischen Energiesektor verstärkt und den Schwerpunkt auf drei Prioritäten gelegt.

- 1 Wiederherstellung der Stromerzeugungskapazität und beschleunigter Einsatz dezentraler Energiequellen, einschließlich erneuerbarer Energien.
- 2 Mobilisierung von Spenden von Mitgliedstaaten, Partnern und Unternehmen, die durch das EU-Katastrophenschutzverfahren koordiniert wird. Die EU hat auch zur Gründung des Fonds zur Unterstützung des Energiesektors der Ukraine beigetragen. Seit dem russischen Großangriff wurden bereits mindestens 2 Mrd. EUR für die Energieversorgungssicherheit der Ukraine bereitgestellt, unter anderem über den Fonds zur Unterstützung des Energiesektors in der Ukraine und das EU-Katastrophenschutzverfahren.
- 3 Steigerung der EU-Stromausfuhren in die Ukraine, die zum 1. Dezember 2024 auf 2 100 Megawatt auf kommerzieller Basis und 250 Megawatt auf Notfallbasis festgelegt wurden.

Die EU unterstützt die Ukraine bei ihrer Integration in den EU-Energiemarkt und bietet Beratung für einen ehrgeizigen Reformkurs an, der den Beitritt erleichtern wird.

Unterstützung für Mitgliedstaaten und Landwirtschaft

Als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die daraus resultierende Energiepreiskrise hat die Kommission gezielte staatliche Beihilfen eingeführt, nämlich den Befristeten Krisenrahmen und dessen Nachfolger, den Befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels. Sie haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, die Auswirkungen der hohen Energiekosten abzufedern und den grünen Wandel in den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Im Mai verlängerte die Kommission einige Bestimmungen des Befristeten Rahmens zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels um sechs Monate bis Ende 2024, um gegen fortgesetzte Marktstörungen insbesondere im Agrar- und Fischereisektor vorzugehen.

Den von Landwirtinnen und Landwirten in der EU wegen steigender Agrar- und Lebensmittelimporte aus der Ukraine geäußerten Bedenken wurde durch Aufnahme einer strengeren Schutzklausel und einer „Notbremse“ für sieben sensible Erzeugnisse in die bis zum 5. Juni 2025 verlängerten handelspolitischen Unterstützungsmaßnahmen Rechnung getragen. Russland ist im Welthandel nach wie vor ein

sehr großer Exporteur von Getreide, und diese Ausfuhren finanzieren direkt oder indirekt seine Kriegsführung. Die drohende Störung des EU-Marktes führte zur Einführung von höheren Zöllen auf Getreideerzeugnisse, die aus Russland und Belarus in die EU eingeführt werden – eine Anhebung um bis zu 50 %, die am 1. Juli in Kraft trat. Im Einklang mit dem Grundprinzip der EU, keine restriktiven Maßnahmen zu ergreifen, die sich negativ auf die weltweite Ernährungssicherheit auswirken könnten, gilt dieser erhöhte Zollschatz nur für Einfuhren in den EU-Markt.



EU-Sanktionen

Die EU hat Russland im Laufe des Jahres weiterhin schwere Sanktionen auferlegt, um seine Fähigkeit zur Finanzierung des Angriffskriegs gegen die Ukraine zu schwächen. Seit Februar 2022 hat die EU insgesamt 15 Pakete mit restriktiven Maßnahmen gegen Russland verhängt. Die EU-Sanktionen richten sich nicht nur gegen bestimmte Personen und Organisationen, sondern auch gegen den Finanz-, Energie-, Transport-, Technologie- und Verteidigungssektor.

Im Mittelpunkt des im Februar 2024 angenommenen 13. Sanktionspakets standen weitere Einschränkungen des russischen Zugangs zu Militärtechnologien, z. B. zu Drohnen, und die Aufnahme weiterer Unternehmen und Personen, die sich an den russischen Kriegsanstrengungen beteiligen, in die Sanktionsliste der EU. Mit dem 14. Paket restriktiver Maßnahmen, das im Juni angenommen wurde, wurden Durchsetzungsfragen und die Versuche Russlands zur Umgehung der EU-Sanktionen angegangen. Es enthielt wichtige neue energiebezogene Maßnahmen im Bereich Flüssigerdgas. Erstmals hat die EU eine Maßnahme gegen bestimmte Schiffe erlassen, die Russland die Kriegsführung

gegen die Ukraine erleichtern, und ein Zugangsverbot zu Häfen und Dienstleistungen über sie verhängt.

Mit dem 14. Paket wurden auch die finanziellen Sanktionen erheblich verschärft, indem EU-Banken außerhalb Russlands verboten wurde, das System für die Übermittlung von Finanzmitteilungen, das russische Äquivalent des SWIFT-Netzes (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication), zu nutzen. Mit dem Paket wurden zusätzlich Geschäfte mit Banken und Anbietern von Kryptowerten verboten, die Transaktionen zur Unterstützung der rüstungsindustriellen Basis Russlands erleichtern. Um die Möglichkeiten des Zugangs zu Gütern und Technologien, die Beschränkungen unterliegen, für Russland weiter einzuschränken, wurden mehrere Maßnahmen eingeführt, mit denen die Einhaltung der Vorschriften durch den privaten Sektor gefördert, die Durchsetzung durch die zuständigen nationalen Behörden unterstützt und die Umgehung von Sanktionen erschwert werden soll, unter anderem indem ausländische Tochtergesellschaften von EU-Wirtschaftsbeteiligten kontrolliert werden.



Das im Dezember angenommene 15. Sanktionspaket legte den Schwerpunkt auf das Vorgehen gegen die russische Schattenflotte, die Umgehung von Sanktionen und den russischen militärisch-industriellen Komplex. Erstmals verhängte die EU vollumfängliche Sanktionen – darunter Reiseverbote, das Einfrieren von Vermögenswerten und Verbote in Bezug auf wirtschaftliche Ressourcen – gegen mehrere chinesische Einrichtungen. Darüber hinaus richtete sich das Paket gegen russische Hersteller von Rüstungsgütern, Reedereien und Einrichtungen, die die Umgehung von Sanktionen unterstützen, und es wurden Änderungen eingeführt, um den zunehmenden Rechtsstreitigkeiten und Vergeltungsmaßnahmen gegen EU-Zentralverwahrer in Russland zu begegnen. Außerdem umfasste das Paket 84 weitere Listungen – 54 Personen und 30 Einrichtungen –, wodurch sich die Gesamtzahl der Einträge auf der Sanktionsliste auf 2 300 erhöht hat. Dies bedeutet, dass die Vermögenswerte dieser gelisteten Personen und Einrichtungen in der EU eingefroren und – gegen Einzelpersonen – Reiseverbote verhängt wurden.

Die EU hat auch gegen Belarus Sanktionen verhängt und reagierte damit auf die Rolle des Landes im rechtswidrigen, unprovzierten und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Diese umfassenden Maßnahmen spiegeln mehrere der bereits gegen Russland verhängten restriktiven Maßnahmen wider und richten sich gegen die Gefahr ihrer Umgehung aufgrund der engen Verflechtung der russischen und der belarussischen Volkswirtschaft.



PODCAST: Eine Podcast-Folge über die Wirksamkeit der EU-Sanktionen.

Die EU bemüht sich intensiv darum, sicherzustellen, dass die Sanktionen wirksam umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten wurden auch weiterhin durch das Instrument für technische Unterstützung, das ihnen maßgeschneidertes Fachwissen bietet, darin unterstützt, die für das Einfrieren von Vermögenswerten relevanten Befugnisse und Organisationen zu erfassen. Die Mitgliedstaaten haben im Rahmen der Taskforce „Freeze and Seize“ untereinander und mit internationalen Partnern wie schon zuvor bewährte Verfahren zur verbesserten Durchsetzung der EU-Sanktionen ausgetauscht. Im Mai trat eine Richtlinie zur Harmonisierung der Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstoß gegen EU-Sanktionen in Kraft. Damit wird die Wirksamkeit der EU-Sanktionen weiter verbessert. Schließlich hat sich David O’Sullivan, der Sondergesandte für die Umsetzung von EU-Sanktionen, auch während des gesamten Jahres 2024 mit Nicht-EU-Ländern ausgetauscht, um sicherzustellen, dass die Wirksamkeit der EU-Sanktionen nicht durch Umgehungspraktiken untergraben wird.

Nach Verhängung der EU-Sanktionen wurden die Vermögenswerte der russischen Zentralbank in der EU im Wert von mehr als 210 Mrd. EUR eingefroren. Die außerordentlichen Einnahmen aus der Verwaltung dieser Vermögenswerte belaufen sich auf etwa 2,5 Mrd. bis 3 Mrd. EUR im Jahr. Im Mai erließ die EU Rechtsakte, die die Nutzung dieser Nettogewinne zugunsten der Ukraine ermöglichen. Die erste Zahlung in Höhe von 1,5 Mrd. EUR erfolgte im Juli und die zweite ist im Frühjahr 2025 vorgesehen.

Russland zur Rechenschaft ziehen

Russland hat mit seinen Handlungen im Zusammenhang mit dem ungerechtfertigten, rechtswidrigen und unprovzierten Angriffskrieg gegen die Ukraine ständig das Völkerrecht gebrochen, wobei zahlreiche Berichte über Vorfälle vorliegen, die gegen das Völkerstrafrecht verstoßen. Siebzehn Mitgliedstaaten haben Ermittlungen zu Völkerrechtsverbrechen in der Ukraine eingeleitet. Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) spielt eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe zu Verstößen gegen das Völkerstrafrecht in der Ukraine, die von der Ukraine und sechs Mitgliedstaaten unter Beteiligung des Internationalen Strafgerichtshofs und der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung gebildet wird. Die Ermittlungen werden durch die Spezialdatenbank von Eurojust, die Datenbank für Beweismittel für Kernverbrechen des Völkerstrafrechts, unterstützt, die angelegt wurde, um Beweismittel im Bezug auf Völkerrechtsverbrechen zu sichern, zu speichern und zu analysieren.

Seit 2023 ist bei Eurojust das Internationale Zentrum für die Strafverfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine angesiedelt. Das Zentrum wurde eingerichtet, um die Vorbereitung künftiger Strafverfolgungen für das Verbrechen der Aggression zu unterstützen, ungeachtet der Gerichtsbarkeit, vor der Anklage erhoben wird. Staatsanwälte aus der gemeinsamen Ermittlungsgruppe, einschließlich eines ukrainischen und eines Staatsanwalts aus den Vereinigten Staaten, arbeiten vor Ort zusammen, wodurch sie sich schnell über Beweismittel austauschen und auf ein gemeinsames Vorgehen bei ihren Ermittlungen einigen können. Der Internationale Strafgerichtshof wurde aktiv miteinbezogen.

Darüber hinaus haben die EU, der Europarat und rund 40 Länder, gemeinsam als Kerngruppe bekannt, seit 2023 aktiv über die Einrichtung eines Sondergerichtshofs für die Verfolgung des

Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine beraten. Am 22. November 2024 bekräftigte die Kerngruppe ihren Einsatz für diese Bemühungen durch die Veröffentlichung der Erklärung von Wien und Riga. Darin wird die Einrichtung des Sondergerichtshofs im Rahmen des Europarats auf der Grundlage eines bilateralen Abkommens zwischen der Ukraine und dem Europarat skizziert.

Russland muss auch für die Schäden zur Rechenschaft gezogen werden, die es der Ukraine und ihrer Bevölkerung zugefügt hat und weiterhin zufügt. Im Mai 2023 legten 43 Staaten und die EU im Europarat das Register für die durch den Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursachten Schäden an, um Forderungen in Bezug auf Schäden, Verluste und Verletzungen infolge der russischen Invasion zu erfassen. Auf der Konferenz zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die Ukraine am 2. April 2024 in Den Haag (Niederlande) wurde das Register für die Einreichung von Forderungen der ersten Kategorie geöffnet. Bis Oktober wurden mehr als 10 000 Forderungen im Register erfasst. Am 13. Dezember gab das Schadensregister seine ersten Beschlüsse über erfasste Ansprüche bekannt, die 832 Forderungen wegen Beschädigung oder Zerstörung von Wohneigentum betrafen. Darüber hinaus nahmen 2024 mehr als 50 Länder zusammen mit der EU und dem Europarat an drei Vorbereitungssitzungen zur Einrichtung einer Kommission für Entschädigungsansprüche teil. Diese Sitzungen waren ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines umfassenden Entschädigungsmechanismus, der die im Register erfassten Ansprüche überprüfen und festlegen soll.



Der damalige EU-Justizkommissar Didier Reynders (vorderste Reihe, 9. von links) veranstaltet gemeinsam mit den Niederlanden und der Ukraine im World Forum eine internationale Konferenz zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die Ukraine. Den Haag (Niederlande), 2. April 2024.



Für einen gerechten Frieden und Sicherheit für die Ukraine

Die EU steht rückhaltlos hinter der Ukraine, wenn es darum geht, einen gerechten und dauerhaften Gesamtfrieden im Einklang mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der UN-Charta zu erwirken. Auf dem Gipfeltreffen zum Frieden in der Ukraine in der Schweiz am 15. und 16. Juni versprach die EU, diese Grundsätze hochzuhalten und für einen Frieden einzutreten, durch den die Souveränität, die politische Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden.

Die EU wird die Ukraine nicht nur darin unterstützen, einen gerechten Frieden zu ihren eignen Bedingungen zu erreichen, sie wird auch fortfahren, internationale Unterstützung für die Ukraine zu mobilisieren. Am 27. Juni unterzeichneten die EU und die Ukraine die „Gemeinsamen Sicherheitszusagen der Europäischen Union und der Ukraine“. Mit der Unterzeichnung dieser Übereinkunft verpflichteten sich die EU und ihre Mitgliedstaaten, der Ukraine und ihrer Bevölkerung für zehn Jahre jede benötigte politische, finanzielle, wirtschaftliche,

humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung zu bieten. Dazu gehört auch die Hilfe für die Mobilisierung internationaler Unterstützung, insbesondere unter wichtigen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Auf dem 33. NATO-Gipfel im Juli unterzeichnete die EU – gemeinsam mit mehreren Staaten – außerdem den Ukraine-Pakt (Ukraine Compact). In dem Dokument wird betont, wie wichtig die Sicherheit der Ukraine für die Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raums ist, und dass die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet. Die Unterzeichner bekräftigten ihre Absicht, die Ukraine so lange zu unterstützen, bis sie sich gegen die russische Aggression durchsetzt.



Gruppenfoto der Teilnehmenden des Ukraine-Friedensgipfels. Luzern (Schweiz), 15. Juni 2024.





KAPITEL 2

Eine wohlhabende und wettbewerbsfähige Europäische Union

Einführung

Im Jahr 2024 hat die Europäische Union durch eine Reihe von Initiativen zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und zur Anregung industrieller Innovationen bedeutende Fortschritte bei der Stärkung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit erzielt. Angesichts dringender Herausforderungen wie wirtschaftlichen Abhängigkeiten, geopolitischen Spannungen und wachsender globaler Konkurrenz hat sich die EU auf strategische Maßnahmen zur Sicherung lebenswichtiger Ressourcen, zum Aufbau einer technologischen Führungsrolle und zum Schutz ihrer Märkte konzentriert. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen standen die Förderung von Handelspartnerschaften



Forscher, die an einem Projekt zum biologischen Abbau von Mikroplastik am Chem&Tech-Zentrum der KU Leuven arbeiten – Löwen (Belgien), 1. März 2024. Die EU ist bei Innovationen im Bereich saubere Technologien führend. Mehr als ein Fünftel der weltweiten sauberen und nachhaltigen Technologien werden hier entwickelt.

und -abkommen, die Reform der Wettbewerbs- und Handelspolitik und die Schaffung einer widerstandsfähigeren Wirtschaft. Durch das Verfolgen eines umfassenden Ansatzes beabsichtigte die EU, ihre globale Führungsrolle im Bereich des nachhaltigen und fairen Handels zu stärken und gleichzeitig wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten und ein wettbewerbsfähiges industrielles Umfeld zu fördern.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken

Im Jahr 2024 hat die Europäische Union weiter daran gearbeitet, die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen sowohl im Binnenmarkt als auch weltweit zu verbessern.

Im Rahmen dieser Bemühungen lag der Fokus darauf, durch folgende Maßnahmen die industrielle Basis der EU zu stärken und die Union für Investitionen attraktiver zu gestalten:

- Umsetzung des REPowerEU-Plans zur Sicherung der Energieversorgung und zur Verringerung der Abhängigkeit von Russland,
- Weiterentwicklung des Industriepans zum Grünen Deal, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Netto-Null-Industrie zu steigern,
- Aufbau einer Europäischen Gesundheitsunion, um sicherzustellen, dass medizinisches Material zugänglich, erschwinglich und innovativ ist.

Die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU stellte auch in diesem Jahr ein zentrales Thema dar und wurde als eine der Prioritäten der neuen Kommission festgelegt (siehe Kapitel 0). Europa ist zwar eine der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen der Welt, steht jedoch weiterhin vor verschiedenen strukturellen Problemen. EU-Unternehmen agieren unter turbulenten Bedingungen und stehen vor erheblichen Herausforderungen wie unlauterem Wettbewerb, hohen Energiepreisen, Mangel an Fach- und Arbeitskräften sowie schwierigem Zugang zu Kapital. Im Jahr 2024 führte die neue Kommission den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit ein, eine wichtige Initiative, die künftig die Grundlage zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU bilden wird.

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wird sich die EU auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- ➔ Verbesserung der Rahmenbedingungen für EU-Unternehmen und Weiterentwicklung des Binnenmarkts in verschiedenen Sektoren wie Dienstleistungen, Energie, Verteidigung, Finanzen, elektronischer Kommunikation und Digitales,
- ➔ Ausarbeitung eines Deals für eine saubere Industrie, um CO₂-Emissionen zu verringern und die Energiepreise zu senken,
- ➔ Entwicklung hin zu einer stärker kreislauforientierten und nachhaltigeren Wirtschaft,
- ➔ Positionierung von Forschung und Innovation als zentralen Bestandteil der Wirtschaft,
- ➔ Steigerung der Produktivität durch den verstärkten Einsatz digitaler Technologien,
- ➔ massive Investitionen in die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit,
- ➔ Behebung des Fach- und Arbeitskräftemangels.

In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU gilt es, zahlreiche und komplexe Herausforderungen zu bewältigen, weshalb eine umfassende und komplexe Antwort erforderlich ist. Die EU hat bereits mehrere Initiativen ergriffen, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen und Wirtschaftszweige zu stärken. Bereichsübergreifende Maßnahmen – von der frühzeitigen Erkennung künftigen Normungsbedarfs in Bereichen wie Rohstoffen und Quantentechnologien bis hin zu einem Instrument für technische Unterstützung zur Förderung wichtiger Projekte, die zu einer Steigerung der industriellen Produktionskapazitäten führen – sollen dazu beitragen, dass die EU ihr Ziel einer weltweiten Führungsrolle im Bereich strategischer Technologien erreichen kann.

Darüber hinaus sollte die Wettbewerbsfähigkeit nicht auf Kosten der Menschen oder des Planeten gehen. Die EU stellt sicher, dass ihr Wachstums-konzept mit ihren Werten im Einklang steht. Dazu gehört die Förderung einer Kreislaufwirtschaft (siehe Kapitel 4), das Anstreben einer Führungs-rolle in den Bereichen strategische und grüne Technologien (siehe Kapitel 4 und 5) und dafür zu sorgen, dass die Menschen kontinuierlich mit den Kompetenzen ausgestattet werden, die erforderlich sind, um den sich wandelnden Bedürfnissen der Industrie gerecht zu werden (Kapitel 6).

Jahresbericht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit

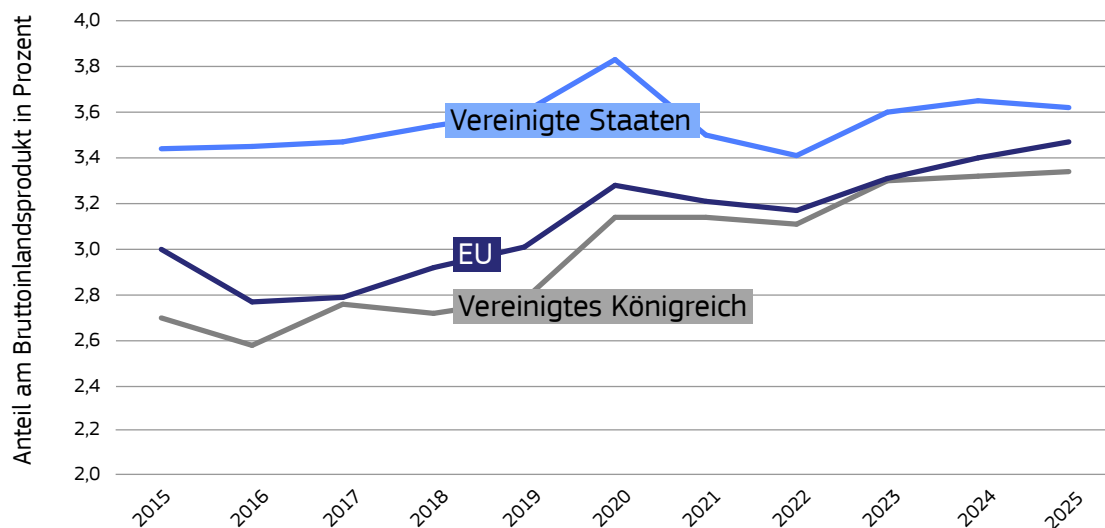
Um die Funktionsweise des Binnenmarkts und die Wettbewerbsfähigkeit der EU besser verstehen und bewerten zu können, hat die Kommission die Ausgabe 2024 ihres Jahresberichts über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit veröffentlicht. Im Vergleich zu den Berichten aus den Vorjahren stand die Wettbewerbsfähigkeit in dieser Ausgabe besonders im Fokus. Der Bericht für das Jahr 2024 baut auf den neun zentralen Pfeilern des Wettbewerbs auf, die in der Mitteilung über die langfristige Wettbewerbsfähigkeit 2023 genannt wurden. Anhand dieser Pfeiler wird der Fortschritt der EU

von Jahr zu Jahr verfolgt. Des Weiteren wurden in dem Bericht die Stärken des Binnenmarkts hervorgehoben, die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU genutzt werden können, und betont, dass die Finanzierung des ökologischen und des digitalen Wandels eine ausgeklügelte Kombination von Instrumenten erfordert. Dazu gehören auch eine innovativere Nutzung von EU-Mitteln zur Ankurbelung und zum Schutz privater Investitionen sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge als Instrument zur Förderung von Nachhaltigkeit, Resilienz, Innovation und sozial verantwortlichen Verfahren.

Neun Pfeiler für die Wettbewerbsfähigkeit

- | | |
|--|---|
| 1 Ein funktionierender Binnenmarkt | 6 Kreislaufwirtschaft |
| 2 Zugang zu privatem Kapital | 7 Digitalisierung |
| 3 Öffentliche Investitionen und Infrastruktur | 8 Bildung und Kompetenzen |
| 4 Forschung und Innovation | 9 Handel und offene strategische Autonomie |
| 5 Energie | |

Entwicklung der öffentlichen Investitionen in der EU, im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten (2015-2025)



Quelle: Europäische Kommission, AMECO-Datenbank (jährliche makroökonomische Daten), 15. November 2024.

Letta-Bericht und Draghi-Bericht

Zusätzlich zu den eigenen Analysen der Kommission wurden 2024 zwei unabhängige Berichte mit Empfehlungen zur Stärkung des Binnenmarkts und der Wettbewerbsfähigkeit der EU veröffentlicht. Der Bericht *Much More than a Market*, der von dem ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta für den belgischen Vorsitz des Rates der Europäischen Union erstellt wurde, wies auf die Notwendigkeit hin, den Binnenmarkt weiterzuentwickeln und den digitalen und ökologischen Wandel in Angriff zu nehmen, neue Möglichkeiten für die Erweiterung der Union zu erkunden und die Sicherheit der EU zu erhöhen.

Aufbauend auf dem Letta-Bericht hat die Kommission fünf große Handlungsfelder zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa benannt:

- 1 Erschließung von mehr Kapital für europäische Unternehmen,
- 2 Energieunabhängigkeit gewährleisten und die Energiekosten senken,
- 3 Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel,
- 4 Förderung der digitalen Innovation,
- 5 Ausschöpfung des vollen Potenzials des Handels.

Darüber hinaus wird in der Analyse mit dem Titel *Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit – eine Strategie für die Wettbewerbsfähigkeit Europas*, die von dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, auf Ersuchen der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erstellt wurde, empfohlen, dass die EU den Übergang zu sauberen Energien nutzen sollte, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Energiepreise zu senken. In dem Bericht wird ferner betont, dass Innovationen vorangetrieben und der digitale Wandel beschleunigt werden sollten, und zwar indem öffentliche und private Investitionen mobilisiert, die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert sowie Bürokratie abgebaut und die Menschen mit Kompetenzen ausgestattet werden, die auf den neuen Arbeitsmärkten gefragt sind. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die allgemeine Widerstandsfähigkeit sowie die Verteidigung und die Sicherheit der EU angesichts des aktuellen geopolitischen Kontexts verbessert werden müssen.

Die Ergebnisse des Draghi-Berichts sind in die Arbeit der Kommission an einem neuen Plan für nachhaltigen Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Europa eingeflossen. Die drei Säulen des Draghi-Berichts bilden auch die Grundlage für den oben genannten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, nämlich die Schließung der Innovationslücke der EU im Vergleich zu China und den USA, die Ausarbeitung eines gemeinsamen Plans für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erhöhung der Sicherheit und der Abbau von Abhängigkeiten. Der Bericht wird zudem bei der Entwicklung des Deals für eine saubere Industrie, der für eine wettbewerbsfähige Industrie und hochwertige Arbeitsplätze sorgen soll, von zentraler Bedeutung sein.

→ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (rechts) und ihr Sonderberater Mario Draghi (links) auf einer Pressekonferenz zu Draghis Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Brüssel (Belgien), 9. September 2024.



Wirtschaftliche Sicherheit

Eine weitere Herausforderung für die EU besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen Handelsoffenheit und wirtschaftlicher Sicherheit zu finden. Um zu verhindern, dass die EU zu stark von Alleinanbietern bzw. exklusiven Lieferanten abhängig wird, muss sie ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, ihre Wirtschaft vor Risiken schützen und Partnerschaften mit Akteuren eingehen, die ihre wirtschaftlichen Interessen teilen.

Diese drei Handlungsbereiche (Stärken, Schützen und Zusammenarbeiten) bilden die Grundlage der Strategie für wirtschaftliche Sicherheit. Seit der Einführung der Strategie im Juni 2023 hat die Kommission mehrere Schritte

unternommen, um Risiken zu bewerten und zu mindern. Sie hat eine erste Überprüfung der Risiken im Zusammenhang mit der Ausnutzung wirtschaftlicher Abhängigkeiten oder wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen eingeleitet und eine eingehendere Analyse dieser Sachverhalte angestoßen.

Darüber hinaus wird inzwischen das Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen angewendet. Dieses Instrument hilft der EU, im Einklang mit dem Völkerrecht Maßnahmen zu ergreifen, wenn Nicht-EU-Länder wirtschaftlichen Druck auf die EU oder ihre Mitgliedstaaten ausüben.

Stärken

Im Jahr 2024 legte der Europäische Innovationsrat ein Arbeitsprogramm mit einem Finanzvolumen von über 1,2 Milliarden EUR auf, um die Verbreitung strategischer Technologien und die Expansion innovativer Unternehmen zu fördern. Bis Juni waren bereits mehr als 200 separate Investitionen genehmigt worden.

Schützen

Im Januar legte die Kommission ein Paket mit fünf Initiativen zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU vor, die beispielsweise die Überprüfung ausländischer Investitionen sowie Ausfuhrkontrollen und die Überwachung von EU-Investitionen in Drittstaaten umfassen.

Zusammenarbeiten

Die EU führte innerhalb der G7 sowie im Rahmen bilateraler Dialoge verstärkt Gespräche über die wirtschaftliche Sicherheit. Darüber hinaus hat sie ihr Netz an Handelsabkommen erweitert, um Ressourcen zu sichern, neue Märkte zu erschließen und ihre Widerstandsfähigkeit zu steigern.

Forschung und Innovation

Forschung und Innovation sind bereichsübergreifende Prioritäten und nicht nur für die Wettbewerbsfähigkeit der EU, sondern auch für die grüne und die digitale Wende, die wirtschaftliche Sicherheit und eine offene strategische Autonomie von großer Bedeutung.

Um Innovationen – vor allem im Deep-Tech-Sektor – zu fördern, hat die EU 2022 die neue europäische Innovationsagenda gestartet. Einem Bericht von 2024 zufolge sind 17 der 25 darin genannten Maßnahmen abgeschlossen, wahren acht noch laufen. Mit „Deep Tech“ werden Technologien bezeichnet, die so innovativ sind, dass sie häufig einzelne Branchen, ganze Volkswirtschaften oder sogar Gesellschaften durcheinanderbringen oder grundlegend verändern.



Beispiele für Maßnahmen aus der jüngsten Zeit

- **Kompetenzentwicklung** mit der Initiative „Deep Tech Talent“ des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts: Ausbildungsmöglichkeiten für eine Million Menschen in der EU.
- **Stärkung von Innovationssystemen** durch die innovationsorientierte Vernetzung verschiedener Regionen, für die beispielsweise 116 Mio. EUR für die ersten Begünstigten und über 150 Regionen, die als regionale Innovationstäler eingestuft werden, bereitgestellt werden.
- Vorschläge für neue Richtlinien **zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Scale-ups, kleine und mittlere Unternehmen**, beispielsweise der 2024 vorgelegte Rechtsakt über die Börsennotierung, der innovativen Unternehmen die Notierung an einer Börse erleichtern soll (siehe Kapitel 3).
- Mitteilung der Kommission über eine Reihe zielgerichteter Maßnahmen zur **Förderung von Biotechnologie und Bioproduktion**, mit denen Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt und neue Chancen eröffnet werden sollen, etwa in Bezug auf den Markttransfer von Technologien und Forschungsergebnissen, die Vereinfachung des rechtlichen Rahmens und die Förderung öffentlicher und privater Investitionen.

Darüber hinaus trägt das Finanzierungsprogramm der EU für Forschung und Innovation Horizont Europa weiterhin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit der EU bei, indem es die Zusammenarbeit erleichtert und die Wirkung von Forschung und Innovation verstärkt. Auch unterstützt es die Entwicklung und bessere Verbreitung neuer Technologien. (Zu Horizont Europa siehe auch Kapitel 6.) Zu den von Horizont Europa geförderten Initiativen zählt der zuvor genannte Europäische Innovationsrat, der über ein Budget von 10,1 Mrd. EUR verfügt, um bahnbrechende Technologien und Innovationen zu identifizieren, zu entwickeln und auf den Markt zu bringen.

Wettbewerbspolitik

Ein weiterer zentraler Faktor für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU ist die Wettbewerbspolitik, d. h. die Vorschriften und Gesetze, die einen wirksamen Wettbewerb zwischen den Unternehmen gewährleisten sollen. Indem die Kommission die Wettbewerbsregeln durchsetzt, schafft sie ein Umfeld, das die Unternehmen dazu anspornt, effizienter, flexibler und innovativer zu werden, und das den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Form von höherwertigen, kosteneffizienten Produkten zugutekommt. Auch werden die EU-Unternehmen so fit für den Weltmarkt, da sie infolge von Investitionen in Forschung, Produktentwicklung und Prozessoptimierung ihre Konkurrenten überflügeln können. Durchsetzungsmaßnahmen sind ein effektives Instrument, um Unternehmen von wettbewerbswidrigen Praktiken abzuhalten.

Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Bei der Durchsetzung der Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen geht es in der Regel um Unternehmenspraktiken, mit denen Wettbewerber vom Markt verdrängt werden sollen, was letztlich den Verbraucherinnen und Verbrauchern schadet. Ein solches Gebaren ist im Sektor der digitalen Technologien weitverbreitet, vor allem bei großen Technologieunternehmen. So verhängte die Kommission 2024 etwa eine Geldbuße von 797,72 Mio. EUR gegen Meta, weil das Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung durch die Verknüpfung eigener Dienste missbraucht und anderen Anbietern von Online-Kleinanzeigendiensten unfaire Handelsbedingungen zum Vorteil der eigenen

Plattform auferlegt hatte. In einem anderen Fall akzeptierte die Kommission ein Zugeständnis von Apple, mit dem der Zugriff auf die Apple-Technologie für kontaktloses Bezahlen per Mobiltelefon zugesagt wurde.

Wettbewerbsvorschriften können darüber hinaus dazu dienen, direkt gegen hohe Preise und unlautere Handelsbedingungen vorzugehen, die den Wettbewerb zum Nachteil der Verbraucher behindern. Im selben Jahr verhängte die Kommission eine Geldbuße von über 1,8 Mrd. EUR gegen Apple wegen Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung, weil das Unternehmen den Entwicklern von Musik-Apps unfaire Handelsbedingungen auferlegt hatte, was sich für die Nutzerinnen und Nutzer in Form von deutlich höheren Preisen für Musikstreaming-Abos hätte auswirken können.

Jedoch beschränkt die Kommission ihre wettbewerbsrechtlichen Maßnahmen nicht auf Technologieunternehmen. Im Mai verhängte sie gegen Mondelēz eine Geldbuße von 337,5 Mio. EUR wegen Beschränkungen des Handels mit Schokolade und Keksen innerhalb der EU (zur Produktpalette von Mondelēz zählen bekannte Marken wie Milka, Côte d'Or, Toblerone, Oreo, LU und Belvita).

In einem weiteren bemerkenswerten Fall von 2024 verhängte die Kommission eine Geldbuße von 462,6 Mio. EUR gegen Teva – das Pharmaunternehmen hatte den Wettbewerb seines Produkts Copaxone mit anderen Multiple-Sklerose-Arzneimitteln verzögert. Teva hatte den Patentschutz für Copaxone künstlich verlängert und systematisch irreführende Informationen über ein Konkurrenzprodukt verbreitet, um dessen Markteintritt und Marktakzeptanz zu behindern.

Unternehmenszusammenschlüsse

Die EU schützt wettbewerbsorientierte Märkte zudem mithilfe der Fusionskontrolle. Zu diesem Zweck prüft die Kommission Unternehmenszusammenschlüsse, um negative Auswirkungen wie Preiserhöhungen oder die Blockierung von Innovationen auszuschließen. Dabei kann es sich um horizontale Fusionen zwischen direkten Wettbewerbern, vertikale Fusionen entlang der Lieferketten oder konglomerale Zusammenschlüsse, bei denen die Produkte oder Dienstleistungen der Unternehmen in einer Komplementaritäts- oder Substitutionsbeziehung stehen, handeln.

Die EU-Fusionskontrollverordnung, die 2024 20 Jahre alt wurde, ist die Rechtsgrundlage der Kommission für die Prüfung von Zusammenschlüssen mit EU-weiter Bedeutung und deren Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt. Im Laufe des Jahres gab Amazon den Plan auf, iRobot zu übernehmen, nachdem die Kommission wettbewerbsrechtliche Bedenken geäußert hatte, weil der Zugang anderer Anbieter zum Marktplatz von Amazon eingeschränkt worden wäre, was für Verbraucherinnen und Verbraucher zu höheren Preisen, schlechterer Qualität und weniger Innovationen hätte führen können. Der Zusammenschluss von Microsoft und Activision ist hingegen ein Beispiel dafür, dass die Kommission eine Übernahme – wenn auch unter Auflagen – genehmigt hat. Die beiden Unternehmen boten Verpflichtungszusagen an, mit denen alle wettbewerbsrechtlichen Bedenken ausgeräumt wurden, und erklärten, mit Abhilfemaßnahmen für eine erhebliche Verbesserung der Cloud-Gaming-Dienste im Vergleich zur derzeitigen Situation zu sorgen.

Im Februar nahm die Kommission eine überarbeitete Bekanntmachung über die Marktabgrenzung an, um der Marktdynamik Rechnung zu tragen. Mit der Bekanntmachung werden aktuelle Orientierungshilfen dafür gegeben, wie der Begriff des relevanten Marktes im Zusammenhang mit Unternehmenszusammenschlüssen und Kartellverfahren zu verstehen ist. So können die Unternehmen besser verstehen, wie die Kommission das Wettbewerbsrecht durchsetzt, und die Vorschriften leichter einhalten.

2024

400

Beschlüsse zu
Unternehmenszusammenschlüssen

8

Beschlüsse wegen Missbrauchs einer
marktbeherrschenden Stellung

2

Kartellbeschlüsse

613

Entscheidungen über staatliche Beihilfen

3,5 Mrd. EUR

Geldbußen wegen Verstößen gegen das EU-
Wettbewerbsrecht

IM LAUFE DER ZEIT

Von 1999 bis 2024 wurden **28,7 Mrd. EUR** rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfen von den Begünstigten zurückgefordert.

In den letzten zehn Jahren wurden dank der Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften – Unternehmenszusammenschlüsse, Kartelle und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung – schätzungsweise **13 Mrd. bis 23 Mrd. EUR** pro Jahr eingespart.

Staatliche Beihilfen

Die Politik der EU hinsichtlich staatlicher Beihilfen sorgt dafür, dass die Beihilfen nicht den fairen und wirksamen Wettbewerb zwischen den Unternehmen in den Mitgliedstaaten verzerren oder der Wirtschaft schaden. Sie stützt auch die wirtschaftlichen Grundsätze der EU-Industriepolitik. Die Kontrolle der staatlichen Beihilfen trägt mitunter zur Stärkung der Industriestrategien der EU bei, indem Fälle von Marktversagen behoben werden und geprüft wird, ob die Beihilfen notwendig und auf das erforderliche Minimum beschränkt sind und im öffentlichen Interesse eingesetzt werden.

Das Gemeinsame Europäische Forum für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse wurde eingerichtet, um Bereiche von strategischem EU-Interesse für potenzielle künftige Projekte zu ermitteln und deren Konzeption, Prüfung und Durchführung wirksamer zu gestalten. Im Rahmen dieser Partnerschaft zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten fanden im März und November die ersten beiden hochrangig besetzten Tagungen statt.

Die wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse sind gute Beispiele für die praktische Anwendung staatlicher Beihilfen und der Industriepolitik. Diese grenzüberschreitenden Projekte werden mit staatlichen Beihilfen finanziert, und ihre positiven Auswirkungen sind jeweils in mehr als einem Mitgliedstaat spürbar. Die Kommission hat bislang staatliche Beihilfen für zehn solcher Projekte zur Förderung von Innovationen in strategischen Sektoren wie Batterien, Wasserstoff, Mikroelektronik und Gesundheitswesen genehmigt, die zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie beitragen.

Ein herausragendes Projekt aus dem Jahr 2024 ist Med4Cure, an dem sich sechs Mitgliedstaaten, 13 Unternehmen (davon neun kleine und mittlere Unternehmen) und etwa 175 Forschungseinrichtungen als indirekte Partner beteiligen. Im Rahmen von Med4Cure sollen neuartige Behandlungen und Technologien wie mRNA-Therapien gegen antimikrobielle Resistenzen, seltene Krankheiten und Krebs eingesetzt werden. Das Projekt soll bis zu 1 Mrd. EUR öffentliche Gelder von den Mitgliedstaaten erhalten und kann voraussichtlich private Investitionen in Höhe von weiteren 5,9 Mrd. EUR einwerben.

Mit den EU-Beihilfenvorschriften wird darüber hinaus die seit dem 1. März 2024 bestehende Plattform für strategische Technologien für Europa unterstützt, die den Mitgliedstaaten die Möglichkeit bietet, Investitionsvorhaben mit höheren Regionalbeihilfen zu fördern. Die Plattform wurde eingerichtet, um die Investitionen in kritische Technologien in drei Hauptbereichen zu stärken: digitale Technologien und Deep Tech, saubere und ressourceneffiziente Technologien sowie Biotechnologien. Darüber hinaus werden Projekte unterstützt, die die für die Entwicklung kritischer Technologien erforderlichen Kompetenzen fördern.

Zu guter Letzt arbeitet die Kommission ständig an der Verbesserung ihrer Politik im Bereich der staatlichen Beihilfen. So werden damit beispielsweise Forschung und Entwicklung in der EU gefördert. 2023 wurden die Schwellenwerte für die Anmeldung von Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbeihilfen angehoben, und seitdem ist für über 90 % der staatlichen Beihilfen in diesem Bereich keine vorherige Genehmigung der Kommission mehr nötig. Dadurch verringerte sich der Verwaltungsaufwand in den Mitgliedstaaten, was wiederum Innovationen und die Entwicklung kritischer Technologien beschleunigt.

Verordnung über drittstaatliche Subventionen

Die EU trägt nicht nur dafür Sorge, dass der Wettbewerb innerhalb der EU fair ist, sondern wacht auch darüber, dass die Unternehmen in der EU im internationalen Wettbewerb faire Erfolgchancen haben. Mit der Verordnung über drittstaatliche Subventionen, die seit Juli 2023 gilt, wird gegen mögliche Verzerrungen des Binnenmarkts infolge von drittstaatlichen Subventionen vorgegangen. Durch solche Subventionen können Unternehmen in unfairer Weise bevorteilt werden, wenn es etwa darum geht, Unternehmen mit Sitz in der EU zu erwerben, sich um öffentliche Aufträge zu bewerben oder Investitions- und Geschäftsentscheidungen auf EU-Märkten zu treffen.

2024 leitete die Kommission mehrere Untersuchungen im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge ein, woraufhin sich die

betroffenen chinesischen Unternehmen von den Ausschreibungsverfahren zurückzogen. Darüber hinaus begann die Kommission mit einer Vorprüfung möglicher drittstaatlicher Subventionen im Windkraftsektor der EU. Diese Vorprüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Eine andere, eingehende Prüfung betraf die geplante Übernahme des in der EU ansässigen und in Bulgarien, Ungarn und der Slowakei tätigen Telekommunikationsbetreibers PPF Telecom Group BV durch e&, einen Telekommunikationsbetreiber aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Kommission hatte zunächst den Verdacht, dass e& möglicherweise drittstaatliche Subventionen erhalten hat, die den Binnenmarkt verzerren könnten. Im September genehmigte die Kommission die Übernahme, jedoch unter der Bedingung, dass die beteiligten Unternehmen ihre Verpflichtungszusagen erfüllen, mit denen die vorgebrachten Bedenken ausgeräumt wurden.

Industriepolitik

Unter der Industriepolitik versteht man im Allgemeinen Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftstätigkeit. Dies umfasst sehr unterschiedliche Maßnahmen – von strukturellen Veränderungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, der Schaffung eines günstigen Umfelds für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, bis hin zur besseren Nutzung des Industriepotenzials von Forschung, neuen Technologien und Innovationen. Die Industriepolitik der EU zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie zu stärken und eine nachhaltigere, widerstandsfähigere und stärker digitalisierte Wirtschaft zu fördern.

Im Laufe des Jahres hat die EU ihren industriepolitischen Rahmen überarbeitet. Dabei traten mehrere Rechtsakte und Verordnungen in Kraft. So sichert die Verordnung zu kritischen Rohstoffen den Zugang zu strategischen Rohstoffen, und die Netto-Null-Industrie-Verordnung fördert die Herstellung sauberer Technologien. Diese beiden Verordnungen sind Teil des Industrieplans zum Grünen Deal aus dem Jahr 2023, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit

der Netto-Null-Technologien in der EU gesteigert und der Übergang zur Klimaneutralität schneller vorangetrieben werden sollen. Darüber hinaus werden mit der Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte neue Anforderungen an die Produktgestaltung und das Recycling geschaffen, und mit der überarbeiteten Richtlinie über Industrieemissionen werden die Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung verstärkt. Schließlich zielt die Mitteilung „Fortgeschrittene Werkstoffe für eine industrielle Führungsrolle“ darauf ab, die Forschung und Innovation im Bereich hochmoderner Werkstoffe im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal (siehe Kapitel 4) und den industriellen Zielen zu unterstützen.

Diese Initiativen tragen entscheidend dazu bei, den Wettbewerbsvorteil und die Führungsrolle der EU beim Wandel hin zu einer weltweit nachhaltigen Wirtschaft zu stärken. Die Industriepolitik der EU ist darauf ausgerichtet, dem sich wandelnden Bedarf des EU-Markts gerecht zu werden und sicherzustellen, dass die EU beim grünen Wandel weiterhin eine führende Rolle einnimmt.

Die Industriepolitik spielt auch eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, den europäischen Grünen Deal wirksam umzusetzen und dabei sicherzustellen, dass er auch Vorteile für die Industrie bietet. Im Jahr 2024 zog die EU Bilanz zu den 2023 ins Leben gerufenen Energiewende-Dialogen, die der EU eine neue Möglichkeit für den Austausch mit der Industrie und den Sozialpartnern bieten, um zum einen ihre aktuellen Herausforderungen besser zu verstehen und zum anderen die Umsetzung des Grünen Deals voranzutreiben und zu unterstützen. In neun Dialogen wurden die folgenden Themen behandelt: Wasserstoff, energieintensive Industriezweige, saubere Technologien, Energieinfrastruktur, kritische Rohstoffe, forstbasierte Bioökonomie, Städte, saubere



↑ Der damalige Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission für den europäischen Grünen Deal, interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, Maroš Šefčovič (rechts), auf der Veranstaltung des Europäischen Verbands der Eisen- und Stahlindustrie „The future of EU industry: value chain resilience or dependence“. Brüssel (Belgien), 9. April 2024.

Mobilität und Stahl. Die Dialoge machten deutlich, dass im weltweiten Wettbewerb vereinfachte Vorschriften, eine ausreichende und erschwingliche Versorgung mit sauberer Energie, eine moderne Infrastruktur, ein leichter Zugang zu Finanzierung und ein gestärkter Binnenmarkt benötigt werden.

Handels- und Investitionspartnerschaften

Rohstoffdiplomatie

Der Zugang zu Rohstoffen auf den Weltmärkten ist eine der Prioritäten der EU. Im Jahr 2024 hat die EU erhebliche Schritte unternommen, um die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern bei kritischen Rohstoffen, die für den weltweiten grünen und digitalen Wandel unerlässlich sind, auszuweiten.

Im April kündigten die EU, die Vereinigten Staaten und die Länder der Partnerschaft für die Sicherheit der Versorgung mit Mineralien sowie Kasachstan, Namibia, die Ukraine und Usbekistan die Einrichtung des Forums der Partnerschaft für die Sicherheit der Versorgung mit Mineralien an, mit dem eine neue Plattform für die Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen geschaffen wurde. Im Laufe des Jahres 2024 traten elf weitere Länder und Gebiete bei: Argentinien, die Demokratische Republik Kongo, die Dominikanische Republik, Ecuador, Grönland, Mexiko, Peru, die Philippinen, Sambia, Serbien und die Türkei.

Der 2023 angekündigte Klub für kritische Rohstoffe wurde in das Forum der Partnerschaft für die Sicherheit der Versorgung mit Mineralien eingegliedert. Das Forum bringt rohstoffreiche Länder und Länder mit hoher Nachfrage nach diesen Ressourcen zusammen.

Die EU hat ferner bilaterale Vereinbarungen mit Australien, Norwegen, Ruanda, Serbien und Usbekistan unterzeichnet. Damit hat sie ihr Partnernetzwerk für kritische Rohstoffe weiter ausgebaut und eine diversifizierte und nachhaltige Versorgung der EU und ihrer Partnerländer mit diesen Rohstoffen gesichert.



↑ Die EU setzte ihre Arbeit im EU-US-Handels- und Technologierat fort. So machten die EU und die USA Fortschritte bei ihren gemeinsamen Bemühungen in puncto umweltfreundlicherer Handel und Zusammenarbeit im Bereich kritische Rohstoffe. Im Bild zu sehen sind Margrethe Vestager, damals Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für ein Europa für das digitale Zeitalter und EU-Kommissarin für Wettbewerb (vorn Mitte), Valdis Dombrovskis, damals Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und EU-Kommissar für Handel (vorn links), sowie Thierry Breton, damals EU-Kommissar für den Binnenmarkt (vorn rechts), wie sie an einer Sitzung des EU-US-Handels- und Technologierates teilnehmen. Löwen (Belgien), 5. April 2024.

Stärkere Abkommen zur Erleichterung des Handels

Angesichts eines zunehmend unsicheren geopolitischen Klimas kann die Wirtschaft der EU durch Handelsabkommen, die einen breiteren Zugang für EU-Unternehmen zu verschiedenen Handelspartnern schaffen, gestärkt werden. Zudem werden mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze in der EU durch Exporte gesichert. Davon sind fast zehn Millionen das Ergebnis ausländischer Investitionen im Binnenmarkt.

Die EU schloss 2024 ein Abkommen über den digitalen Handel mit Singapur, das den grenzüberschreitenden Datenfluss verbessern und den am digitalen Handel beteiligten Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommen wird. Dies ist das erste derartige Abkommen, das die EU abgeschlossen hat.

Die Kommission hat ferner die Verhandlungen über ein bahnbrechendes Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur abgeschlossen. Dieses Abkommen, das für beide Parteien zu einem entscheidenden Zeitpunkt kommt, bietet beträchtliche Möglichkeiten für wechselseitige Vorteile durch eine intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen Geopolitik, Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Sicherheit.

Die EU hat auch ihre Beziehungen zu gleich gesinnten Partnern, darunter Kanada und Länder im indopazifischen Raum, gestärkt, um einen fairen digitalen Wandel zu fördern, bei dem die Grundrechte geachtet werden.

Am 26. März veranstalteten die EU und Südkorea in Brüssel (Belgien) die zweite Tagung des Digitalpartnerschaftsrats und bekräftigten ihre Entschlossenheit, im Bereich der digitalen Schlüsseltechnologien im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft beider Seiten zusammenzuarbeiten.

Im Laufe des Jahres traten mehrere weitere Abkommen in Kraft, darunter das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Kenia, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland, das Abkommen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen zwischen der EU und Angola und das Abkommen zwischen der EU und Japan über den grenzüberschreitenden Datenverkehr.

Diese Abkommen werden eine wichtige Rolle bei der Förderung eines fairen und offenen Handels mit internationalen Partnern spielen. Durch neue Exportmöglichkeiten für EU-Unternehmen und den sicheren Zugang zu kritischen Ressourcen werden sie sich auch entscheidend auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU auswirken. Dies gilt insbesondere für den europäischen Agrarsektor, wie ein Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission aus dem Jahr 2024 bestätigt.

Darüber hinaus enthalten diese Abkommen weitreichende Nachhaltigkeitsbestimmungen, mit denen die hohen Standards der EU in den Bereichen Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte weltweit gefördert werden.



Für die Mitglieder der Welthandelsorganisation ist die Überarbeitung der globalen Handelsregeln für Lebensmittel und Landwirtschaft ein wichtiges Anliegen. Auf der 13. Ministerkonferenz, die 2024 in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) stattfand, bekräftigte die EU ihr Engagement für ein offenes, faires, inklusives und transparentes multilaterales Handelssystem, das die Landwirtinnen und Landwirte unterstützt und die weltweite Ernährungssicherheit verbessert.

Die EU betreibt derzeit einen vielfältigen Agrar- und Lebensmittelhandel mit verschiedenen Handelspartnern. Auch wenn die EU nach wie vor auf bestimmte Rohstoffe angewiesen ist, kann sie dank ihrer Position als weltweit führender Exporteur und Importeur von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen ausgewogene und vorteilhafte Handelsbeziehungen zu anderen Ländern aufrechterhalten.

Im Laufe des Jahres stellte die EU mehr als 83 Mio. EUR bereit, um neue Marktchancen für die Landwirte und die Lebensmittelindustrie in der EU zu erschließen und ihre bestehenden Geschäftstätigkeiten abzusichern.

Schutz der EU-Unternehmen vor unlauterem Handel

Die EU hat 2024 weitreichende Maßnahmen ergriffen, um EU-Unternehmen vor unlauteren Handelspraktiken zu schützen. Im Laufe des Jahres leitete die Kommission insgesamt 33 neue Verfahren auf der Grundlage von Handelsschutzinstrumenten ein, wodurch die Gesamtzahl der Verfahren (einschließlich Überprüfungen) auf 63 stieg. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr 2023, in dem nur zwölf neue Verfahren eingeleitet wurden. Die Kommission hat zudem zehn vorläufige Maßnahmen (darunter eine Antisubventionsmaßnahme) und sieben endgültige Maßnahmen (darunter eine Antisubventionsmaßnahme) eingeführt. Diese Verfahren und Maßnahmen spielen eine zentrale Rolle für die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der EU. Allein im Jahr 2024 konnten 629 655 Arbeitsplätze gesichert werden.

Die Kommission hat überdies endgültige Ausgleichszölle auf die Einfuhren von batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen aus China eingeführt. Die Entscheidung wurde auf der Grundlage einer Untersuchung getroffen, die ergab, dass chinesischen Herstellern

batteriebetriebener Elektrofahrzeuge unfaire Subventionen gewährt werden, die einen wirtschaftlichen Schaden für Hersteller in der EU zur Folge haben können. Die Gespräche auf Expertenebene zwischen der EU und China werden fortgeführt, um durch Preisverpflichtungen einen möglichen Kompromiss auszuhandeln. Die Kommission ist nach wie vor fest entschlossen, eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu finden, und setzt sich dabei unermüdlich für den Schutz von EU-Unternehmen vor ungerechtfertigten Vergeltungsmaßnahmen ein. Darüber hinaus wurden die Schutzmaßnahmen für Stahlimporte um zwei weitere Jahre verlängert, um die Stahlerzeuger in der EU vor den weltweit hohen Überkapazitäten bei der Stahlherstellung zu schützen.

Auch bei der Beseitigung von Handelshemmnissen für EU-Exporte in Nicht-EU-Länder wurden Fortschritte erzielt: 41 Barrieren für Waren in verschiedenen Sektoren wie der Landwirtschaft, der Arzneimittelindustrie und der Automobilindustrie konnten beseitigt werden. Insbesondere gelang es der Kommission, erfolgreich gegen türkische Rechtsvorschriften vorzugehen, die den Export von Traktoren aus der EU benachteiligt hatten, und so einen Markt mit einem Volumen von 2,5 Mrd. EUR zu erschließen.



KAPITEL 3

Die Wirtschaft stärken

Einleitung

Die Europäische Union hat bei der Stärkung von Wirtschaft und Widerstandsfähigkeit in Reaktion auf die jüngsten globalen Herausforderungen im Jahr 2024 wichtige Meilensteine erreicht. Zur Halbzeit des Aufbauplans NextGenerationEU bewertete die EU dessen Wirkung in den Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten ihrerseits erzielten weiter Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Aufbau- und Resilienzpläne. Zudem trat der reformierte Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung in Kraft, und bei Steuerreformen sowie bei der Modernisierung der Zollunion waren Fortschritte zu verzeichnen. All diese Reformen trugen dazu bei, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, das Wirtschaftswachstum zu fördern und gleichzeitig die Schuldentragfähigkeit sicherzustellen. Darüber hinaus hat die EU neue Rahmenbedingungen eingeführt, um die Themen Klimarisiken, Steuerhinterziehung und Nachhaltigkeit von Unternehmen anzugehen. Diese Initiativen veranschaulichen das Engagement der EU für



Ein Arbeiter, der in einer auf handgefertigte, hochwertige Fahrräder spezialisierten Fabrik ein E-Bike zusammenbaut. Mühlthal (Deutschland), 6. Dezember 2024.

nachhaltiges Wachstum, Innovation und eine weltweite Führungsrolle, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten wettbewerbsfähig bleiben und gleichzeitig den wirtschaftlichen, grünen und sozialen Wandel bewerkstelligen.

Vom Aufbau zur Resilienz

Trends

Im Jahr 2024 legte die EU-Wirtschaft mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,9 % allmählich wieder zu. Die Gesamtinflation sank auf 2,6 %; verglichen mit 6,4 % im Jahr 2023 war dies ein merklicher Rückgang. In den kommenden zwei Jahren dürfte die Konjunktur vor dem Hintergrund einer weiteren Verlangsamung der Inflation anziehen. Der EU-Arbeitsmarkt blieb robust, wobei die Beschäftigung kontinuierlich zunahm und die Arbeitslosenquote im Oktober mit 5,9 % einen historischen Tiefstand erreichte.

Unsicherheit und Risiken haben sich jedoch angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen (siehe Kapitel 1 und 8) und der innenpolitischen Fragmentierung verschärft. Auch die zunehmende Häufigkeit und Intensität naturbedingter Risiken (siehe Kapitel 4) stellen die Wirtschaft vor Herausforderungen.



Valdis Dombrovskis, damals Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und EU-Kommissar für Handel (Mitte), und Artjoms Uršulis, parlamentarischer Staatssekretär des lettischen Gesundheitsministeriums (2. von rechts), vor einem neuen Krankenhausgebäude, das aus der Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert wurde. Riga (Lettland), 27. September 2024.

Der Erfolg der Aufbau- und Resilienzfazilität

Im Jahr 2021 hat die EU den beispiellosen Wiederaufbauplan NextGenerationEU an den Start gebracht, um Mittel zur Unterstützung der Mitgliedstaaten zu mobilisieren, damit diese sich von den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie erholen und widerstandsfähiger werden können. Seitdem konnten mithilfe des Plans außerdem die sozioökonomischen Herausforderungen angegangen werden, die der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht hat – etwa die Energiekrise.

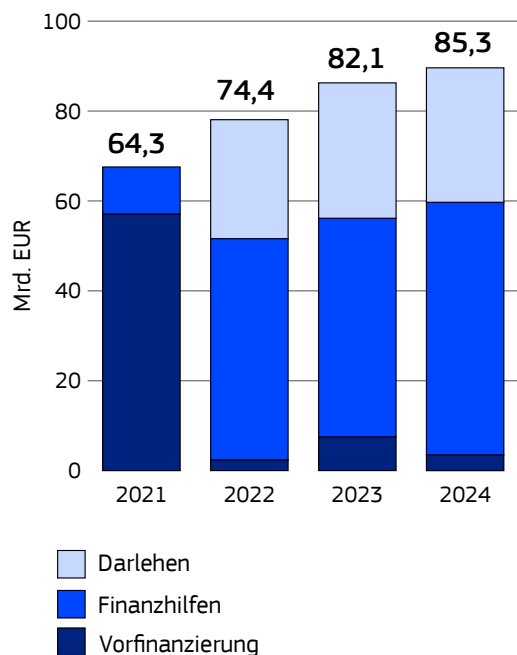
Der größte Teil der NextGenerationEU-Mittel wird über die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) an die Mitgliedstaaten vergeben. Die Aufbau- und Resilienzfazilität zielt darauf ab, die sozioökonomische Erholung der Mitgliedstaaten zu fördern, sie wettbewerbsfähiger zu machen und sie gleichzeitig beim grünen und digitalen Wandel zu unterstützen. Die Auszahlung der Mittel ist daran geknüpft, wie gut die Mitgliedstaaten die Reformen und Investitionen umsetzen, die sie in ihren jeweiligen Aufbau- und Resilienzplänen dargelegt haben.

2024 markierte die Halbte der Laufzeit des Aufbauplans – und damit war es an der Zeit, seine bisherigen Ergebnisse zu bewerten. Die Bewertung ergab, dass die EU-Wirtschaft dank NextGenerationEU bis zum dritten Quartal 2021 wieder das Produktionsniveau vor der Pandemie erreichen konnte – viel schneller als nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007-2008, als es sieben Jahre bis zur vollständigen Erholung gedauert hatte. Zudem war das Bruttoinlandsprodukt der EU dank der ARF-Ausgaben im Jahr 2022 um 0,4 % höher als ohne diese Ausgaben.

Die Halbzeitbewertung ergab außerdem, dass NextGenerationEU das reale Bruttoinlandsprodukt der EU im Jahr 2026 verglichen mit einem Szenario ohne diesen Plan um bis zu 1,4 % steigern könnte. Die positiven Auswirkungen der Reformen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität, die in den nächsten Jahren schrittweise erkennbarer werden, bleiben dabei unberücksichtigt.

Ein weiterer Indikator, anhand dessen der Fortschritt bei der Umsetzung der ARF gemessen werden kann, ist der Betrag der ausgezahlten Mittel. Bis Ende 2024 wurden 306 Mrd. EUR, d. h. 47 % der gebundenen Mittel, ausgezahlt.

Auszahlung von Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (2021-2024)



Die EU bietet den Mitgliedstaaten über das Instrument für technische Unterstützung technische Hilfe bei der Umsetzung dieser Reformen und Investitionen. Im Jahr 2024 half dieses Instrument den Mitgliedstaaten dabei, EU-Rechtsvorschriften und -Maßnahmen umzusetzen, und ermöglichte es öffentlichen Verwaltungen, Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen und Reformen in Politikbereichen wie dem grünen und dem digitalen Wandel, dem Migrationsmanagement und dem Sozialschutz zu konzipieren und durchzuführen. Bislang wurden damit mehr als 500 Projekte im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität direkt oder indirekt unterstützt.

Was die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten bis November 2024 (letzte verfügbare Zahlen) bewirkte:

48,3 Millionen
Menschen hatten Zugang zu neuen oder modernisierten Gesundheitseinrichtungen.

23,2 Millionen
Menschen profitierten von Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser, Waldbränden und anderen klimabedingten Katastrophen.

3,5 Millionen
Unternehmen wurden mit Sachleistungen unterstützt.

16,3 Millionen
Personen nahmen an allgemeinen und beruflichen Bildungsmaßnahmen teil, darunter 9,5 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren.

33,6 Millionen
Megawattstunden an jährlicher Primärenergie – Energie aus Rohstoffen wie Erdgas oder erneuerbaren Energien – wurden eingespart.



Der damalige EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni (10. von rechts) weihte ein #EuropeStreetArt-Wandgemälde ein, als er zwei Projekte besichtigte, die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützt werden: ein Ausbildungszentrum als Talentschmiede für den Biotechnologie- und Gesundheitssektor und ein Technologiezentrum im Herzen von Charleroi, wo Industrieunternehmen, junge Start-ups, Universitäten sowie Forschungs- und Ausbildungsstätten angesiedelt sind. Charleroi (Belgien), 8. April 2024.



PROJEKTBEISPIELE

- 1 Bulgarien:** Die Aufbau- und Resilienzfazilität trägt durch die Unterstützung der Renovierung von mindestens 3,6 Mio. m² Wohngebäuden zu einer energieeffizienten und nachhaltigen urbanen Umgebung bei.
- 2 Deutschland:** Mit der Aufbau- und Resilienzfazilität werden Mittel für die Installation von 689 000 privaten Ladestationen in Wohngebieten bereitgestellt, um so den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur für Elektrofahrzeuge zu fördern.
- 3 Frankreich:** Mit 345 Mio. EUR aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sollen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus dem industriellen Sektor dabei unterstützt werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die digitale Modernisierung ihrer Produktionsprozesse zu steigern.
- 4 Lettland:** Die Aufbau- und Resilienzfazilität fördert Investitionen in die Ausstattung und Infrastruktur von zehn Krankenhäusern und 40 Kliniken, um den Zugang der Bürgerinnen und Bürger in Riga und anderen Regionen zu integrierter, hochwertiger Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Der neue Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung

Die ehrgeizigste und umfassendste Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU seit der Krise 2007-2008 trat im Jahr 2024 in Kraft. Der Rahmen beinhaltet die Regeln und Verfahren für die makroökonomische Politik in den Mitgliedstaaten.

Der reformierte Rahmen wird derzeit umgesetzt und stellt sicher, dass die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten stabil aufgestellt sind und auf gemeinsame Ziele – etwa die Vermeidung übermäßiger Schulden und Defizite – hinarbeiten sowie gleichzeitig ein nachhaltiges und inklusives Wachstum durch Reformen und Investitionen fördern. Damit der grüne und der digitale Wandel gelingen und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden, braucht es erhebliche nachhaltige Investitionen, auch durch öffentliche Stellen.

Mit der Reform werden die Mängel des früheren Rahmens behoben: Er ist jetzt einfacher, transparenter und wirksamer gestaltet, mit einer stärkeren nationalen Beteiligung und einer besseren Durchsetzung. Der neue Rahmen differenziert auf Grundlage ihrer jeweiligen Situation zwischen den Mitgliedstaaten und ermöglicht eine allmählichere Haushaltsanpassung, wenn diese durch Reformen und Investitionszusagen gestützt wird, die das Wachstum, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Prioritäten der EU fördern. Mit diesem Ansatz wird gleichzeitig der Tendenz entgegengewirkt, dass haushaltspolitische Maßnahmen wirtschaftliche Schwankungen verstärken, und stattdessen wird für eine wirtschaftliche Stabilisierung gesorgt.

Im Zentrum des neuen Rahmens stehen mittelfristige finanzpolitisch-strukturelle Pläne, die Haushalts-, Reform- und Investitionsziele in einem einheitlichen Ansatz zusammenführen. Auf diese Weise wird der Prozess gestrafft und werden die nationalen Reform- und Investitionsanstrengungen an die Aufbau- und Resilienzfähigkeit angeglichen, wodurch für Kohärenz zwischen der Politik der Mitgliedstaaten und der EU-Politik gesorgt wird. In den Plänen wird die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten hervorgehoben, diese können ihre haushaltspolitischen Anpassungspfade sowie ihre Reform- und Investitionszusagen flexibler gestalten.

Das Europäische Semester

Das Europäische Semester ist ein jährlicher Prozess, in dem die EU die dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Mitgliedstaaten ermittelt und ihnen Leitlinien an die Hand gibt, damit sie ihr Potenzial voll ausschöpfen können.

Im Frühjahrspaket 2024 des Europäischen Semesters standen die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und der Wohlstand der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Zentrum. Ferner wurde die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne und kohäsionspolitischen Programme durch die Mitgliedstaaten bilanziert. Auf Basis dieser Analyse gab die Kommission länderspezifische Empfehlungen ab, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen zu leiten.

Zudem intensivierte die EU ihre Bemühungen, die sozialen Ungleichheiten zwischen Regionen und Mitgliedstaaten zu verringern und die Energieversorgung zu diversifizieren. Das Semester beinhaltet erstmals eine verbesserte Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte sowie einen Rahmen zur Ermittlung von Risiken für die soziale Konvergenz. In dieser im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2024 enthaltenen Analyse wurden die Funktionsweise des Arbeitsmarktes zusammen mit den Kompetenzen und sozialen Herausforderungen in allen Mitgliedstaaten beurteilt, um potenzielle Risiken für die soziale Aufwärtskonvergenz zu ermitteln.

Und schließlich hat die Kommission geprüft, ob in den zwölf Mitgliedstaaten, die im Warnmechanismus-Bericht 2024 für eine eingehende Überprüfung ausgewählt wurden, makroökonomische Ungleichgewichte bestehen. Auf der Grundlage ihres Sammelberichts schlug die Kommission zudem vor, Defizitverfahren gegen sieben Mitgliedstaaten einzuleiten.

Im Herbstpaket 2024 des Europäischen Semesters lag der Schwerpunkt auf der Gewährleistung gesunder öffentlicher Finanzen und eines nachhaltigen, inklusiven Wachstums. Es leitete die Umsetzung neuer Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung ein – mit Empfehlungen für mittelfristige Haushaltspläne und Bewertungen der Haushaltspläne im Euro-Währungsgebiet. Ferner wurden die Einhaltung der 3%-Defizitregel der EU überprüft, wonach die Neuverschuldung eines Mitgliedstaats drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen darf, Empfehlungen zur Beseitigung übermäßiger Defizite in acht Mitgliedstaaten abgegeben und fünf Berichte über die Überwachung nach Abschluss von Anpassungsprogrammen vorgelegt. Darüber hinaus wurden in dem Paket wirtschafts- und sozialpolitische Prioritäten für 2025 dargelegt, darunter Vorschläge für Maßnahmen für das Euro-Währungsgebiet, zur Beschäftigung sowie Warnungen zu ökonomischen Ungleichgewichten.

In der Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet 2025 werden dessen Mitgliedstaaten aufgefordert, sowohl einzeln – unter anderem durch die Umsetzung ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne – als auch gemeinschaftlich in der Euro-Gruppe Maßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken und weiterhin makroökonomische und finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Der EU-Haushalt: die Union für aktuelle und künftige Herausforderungen fit machen

Seit der Annahme des langfristigen Haushalts der Europäischen Union für 2021-2027 im Jahr 2020 sieht sich die EU außergewöhnlichen Herausforderungen gegenüber. Die Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, ein Anstieg der Zinssätze und der Migrationsdruck haben alle zu einer erhöhten Haushaltsbelastung geführt. Als Reaktion darauf einigten sich das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union auf die erste Halbzeitrevision des langfristigen EU-Haushalts – des sogenannten mehrjährigen Finanzrahmens – überhaupt. Infolgedessen werden nun zusätzliche Mittel in Höhe von 64,6 Mrd. EUR bereitgestellt, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen und die rechtlichen Verpflichtungen der EU zu erfüllen, was innerhalb der ursprünglichen Haushaltsobergrenzen nicht mehr möglich war.

Die infolge der Revision des langfristigen EU-Haushalts aufgestockten Mittel dienen der Finanzierung der folgenden Prioritäten:

- 1 Ukraine-Fazilität**
Ein Finanzhilfeprogramm zur kontinuierlichen und berechenbaren Unterstützung der Ukraine.
- 2 Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP)**
Eine Plattform zur Förderung der Souveränität und langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich kritischer Technologien wie Deep Tech, saubere Technologie und Biotechnologie (siehe Kapitel 2).
- 3 Migration, auswärtiges Handeln und Notlagen**
Zusätzliche Mittel zur Bewältigung der internen und externen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migration und zum Erhalt der Reaktionsfähigkeit der EU auf humanitäre Krisen und Naturkatastrophen.
- 4 Höhere Kosten zur Finanzierung von NextGenerationEU**
Die Kosten haben sich aufgrund des beispiellosen Zinsanstiegs erhöht.



↑
Johannes Hahn, damals EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, spricht auf der Jahreskonferenz zum EU-Haushalt 2024 – Brüssel (Belgien), 29. April 2024. Bei der Veranstaltung ging es vor allem um die Frage, wie der EU-Haushalt dazu beiträgt, Europa fit für die Zukunft zu machen.

Was den Jahreshaushalt betrifft, wurde im November ein EU-Haushalt in Höhe von 192,8 Mrd. EUR für 2025 vereinbart. Dieser wird durch Auszahlungen in Höhe von schätzungsweise 72 Mrd. EUR im Rahmen von NextGenerationEU ergänzt. Im Entwurf des Jahreshaushaltsplans 2025 werden Mittel dorthin gelenkt, wo mit ihnen am meisten erreicht werden kann: durch die Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und durch die Festigung der strategischen Autonomie und der globalen Rolle Europas. Zudem werden kritische Technologien über die Plattform für strategische Technologien für Europa finanziert und Flüchtlinge, Nachbarländer und die Ukraine weiter unterstützt.

Zusammenhalt der Europäischen Union

Die Kohäsionspolitik der EU ist eine Investitionspolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit, das Wirtschaftswachstum, die Verbesserung der Lebensqualität und die nachhaltige Entwicklung fördert und dafür sorgt, dass niemand – und auch keine Region – auf der Strecke bleibt. Im Zuge dieser Politik kümmert sich die EU um all ihre Regionen, wobei besonderes Augenmerk den weniger entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen gilt: Ihnen soll geholfen werden, Rückstände aufzuholen, während die in der EU weiterhin bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede verringert werden.



↑
Zwei Beispiele für den Einsatz von Kohäsionsmitteln: die modernisierte Straßenbahnlinie Dúbravsko–Karloveská radiála in Bratislava (Slowakei) und die erweiterte Metro-Linie 2, durch die die städtischen Verkehrsdienste in Warschau (Polen) optimiert wurden.

Bilanz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020:

- Unterstützung von mehr als 5 Millionen Unternehmen;
- Beschäftigung, soziale Inklusion und Qualifizierungsmaßnahmen für 64,5 Millionen Menschen;
- verbesserte Gesundheitsversorgung für mehr als 63 Millionen Menschen;
- gesteigerte Produktionskapazität für erneuerbare Energien um ein Volumen, das etwa 2 400 Windkraftanlagen entspricht;
- mehr Energieeffizienz in über 550 000 Haushalten;
- Schutz von 17 Millionen Menschen vor Überschwemmungen und von 15 Millionen Menschen vor Waldbränden.

Quelle: Europäische Kommission, Europäische Struktur- und Investitionsfonds – Zusammenfassender Bericht 2023 zu den jährlichen Programmdurchführungsberichten für den Durchführungszeitraum 2014-2020, COM(2024) 6 final vom 15. Januar 2024.

Der Neunte Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt hat gezeigt, wie die Kohäsionspolitik dazu beiträgt, die territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in der EU zu verringern. In dem Bericht wurden erhebliche Fortschritte in den neueren Mitgliedstaaten festgestellt, in denen das Bruttoinlandsprodukt pro Person von 52 % des EU-Durchschnitts im Jahr 2004 auf fast 80 % im Jahr 2023 gestiegen ist.

Die Kohäsionspolitik hat dazu beigetragen, die EU-Wirtschaft wettbewerbsfähiger und nachhaltiger zu machen, indem sie Forschung und Entwicklung, Innovation sowie den grünen und den digitalen Wandel in allen Mitgliedstaaten unterstützt. Die Kohäsionspolitik hat zudem Bürgerinnen und Bürgern den Alltag leichter gemacht, etwa, indem die Fertigstellung wichtiger Infrastrukturprojekte finanziert wurde, an denen es zuvor gefehlt hatte, wie beispielsweise entscheidende Verkehrsverbindungen und Versorgungsanschlüsse. Durch die schrittweise Einführung des Talentförderungsmechanismus werden Regionen auch durch technische Hilfe und andere Maßnahmen unterstützt, um die Folgen des demografischen Wandels und der Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte abzumildern.



Die damalige EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira (rechts), reiste nach Ungarn, um mit den lokalen Behörden über kohäsionspolitische Unterstützung zu sprechen und aus dem Kohäsionsfonds finanzierte Projekte zu besichtigen. Sie besuchte das Dorf Tarnabod, wo ihr Aktivitäten im Zusammenhang mit mehreren EU-finanzierten Projekten in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Familienunterstützung für die Roma-Gemeinschaft vorgestellt wurden. 2. Mai 2024.



Unterstützung der EU für Zypern

Um den von den Vereinten Nationen unterstützten Prozess zur Lösung der Zypernfrage voranzubringen, fördert das EU-Hilfsprogramm für die türkisch-zyprische Gemeinschaft die sozioökonomische Entwicklung dieser Gemeinschaft und finanziert vertrauensbildende Maßnahmen zwischen griechischen und türkischen Zypriern.

Die Kommission überwacht die Verordnung über die Grüne Linie, die den Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen den beiden Teilen der Insel regelt. Die EU-Hilfe hat auch dazu beigetragen, das Auftreten gefährlicher Tierseuchen bei Kühen, Schafen und Ziegen in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft zu verringern. Diese Krankheiten auszurotten ist für den künftigen Verkauf von türkisch-zyprischem Halloumi/Hellim über die Grüne Linie hinweg auf dem lukrativen EU-Markt von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus hat die Kommission 150 Stipendien für türkische Zypriinnen und Zypriern zum Studium an EU-Hochschulen genehmigt, um die Beziehungen zur EU zu stärken.

Ein starker und widerstandsfähiger Binnenmarkt

Der EU-Binnenmarkt ist nach wie vor ein Eckpfeiler der wirtschaftlichen Stabilität und des Wachstums. Er ermöglicht den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen in den Mitgliedstaaten und stärkt gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie.

Um sicherzustellen, dass der Binnenmarkt widerstands- und wettbewerbsfähig und weltweit führend beim grünen und digitalen Wandel bleibt, hat die EU mit Partnern aus der Industrie zusammengearbeitet, um für jedes industrielle Ökosystem maßgeschneiderte Wege für den Übergang zu schaffen. Diese Ökosysteme bringen Unternehmen, Forschung, politische Entscheidungsträger und Dienstleister zusammen, um gemeinsame wirtschaftliche Ziele zu erreichen oder spezifischen Markterfordernissen gerecht zu werden. Wege für den Übergang bieten den einzelnen Sektoren strategische Orientierung zur Nutzung innovativer Technologien, zur Verringerung ihres CO₂-Fußabdrucks und zur Verbesserung der digitalen Fähigkeiten.

Damit der Binnenmarkt reibungslos funktionieren kann, müssen die Vorschriften ordnungsgemäß umgesetzt und durchgesetzt werden. Die EU konzentriert sich auf Bereiche, die Investitionen erhöhen, die Erholung beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit steigern, wie z. B. das Vorgehen gegen verspätete Zahlungen von Behörden an Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Über die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften haben die Kommission und die Mitgliedstaaten Hindernisse beseitigt, beispielsweise durch bessere berufliche Mobilität innerhalb der EU und die Beseitigung von Verwaltungshürden im Bereich erneuerbare Energien. Die Kommission erhöht auch die Transparenz und verbessert bestehende Regulierungsinstrumente, damit neue Hindernisse gar nicht erst entstehen.

Die EU möchte sicherstellen, dass KMU in allen Mitgliedstaaten unterstützt werden. Daher analysierte sie die wirtschaftliche Lage der KMU in der gesamten EU und veröffentlichte im Juli die jährliche KMU-Leistungsüberprüfung.

Der Binnenmarkt ist nicht nur für die EU-Unternehmen, sondern auch für die 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher in der Union wichtig. Im Laufe des Jahres hat die EU Vorschriften eingeführt, um die in der EU verkauften Produkte nachhaltiger zu gestalten, die Verbraucherinnen und Verbraucher zum grünen Wandel und zum digitalen Wandel zu befähigen und die Reparatur von Waren einfach und attraktiv zu machen. Die Vorschriften werden dafür sorgen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bessere Informationen zu Produkten nutzen können und dass gegen grünen Etikettenschwindel und geplanten Verschleiß von Produkten angegangen wird (siehe Kapitel 4).

Und schließlich wächst der Binnenmarkt mit dem schrittweisen Beitritt von Bewerberländern weiter. Die Erweiterung ist eine große Chance für Unternehmen in der EU, denn sie stärkt grenzüberschreitende Lieferketten und senkt die Handelskosten. Darüber hinaus können Haushalte durch die Erweiterung sowohl in den neuen als auch in den bisherigen Mitgliedstaaten von einem leichteren Zugang zu Waren und Dienstleistungen sowie von günstigeren Preisen profitieren, was wiederum einen höheren Lebensstandard ermöglicht. So wird beispielsweise dank der Sonderfahrspuren im Rahmen der Initiative Green Lanes zwischen der EU und dem Westbalkan die Wartezeit für Passagiere und Fracht alljährlich um umgerechnet 20 Jahre verkürzt. Die Integration der Region in die Allianz für kritische Arzneimittel hat außerdem die Wertschöpfungsketten der EU ausgeweitet und Wachstum und Effizienz gefördert.

30 Jahre Europäischer Wirtschaftsraum

2024 wurde das 30-jährige Bestehen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gefeiert. Das Abkommen erweiterte den Binnenmarkt und ermöglicht es, über die EU-Grenzen hinaus problemlos zu arbeiten, zu studieren und die Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen.

Aufbauend auf dem Erfolg des Abkommens hat der Rat kürzlich grünes Licht für den Finanzierungsmechanismus des Europäischen Wirtschaftsraums und den Norwegischen Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2021-2028 gegeben. Die Beschlüsse

wurden daraufhin unterzeichnet, und die Finanzierungsmechanismen werden nun vorläufig angewandt, um die langjährigen Partnerschaften weiter zu festigen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken. Infolgedessen werden mehrere Milliarden Euro in die Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichheiten in der EU fließen, was den Menschen in 15 Mitgliedstaaten unmittelbar zugutekommt. Die EU hat ferner Abkommen mit Island und Norwegen unterzeichnet und wendet diese vorläufig an, um für bestimmte Fischereierzeugnisse aus diesen Ländern den Zugang zum EU-Markt zu erleichtern.

EU-Initiativen zur weiteren Stärkung des Binnenmarkts

- ✓ **Neue Vorschriften, die in Zwangsarbeit hergestellte Produkte verbieten:**
Diese Vorschriften gelten für alle innerhalb und außerhalb der EU hergestellten Produkte, ohne bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige ins Visier zu nehmen, und betreffen schätzungsweise 27,6 Millionen Menschen weltweit.
- ✓ **Empfehlung zur Verbesserung der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums:**
Die empfohlenen Maßnahmen sollen die Zusammenarbeit zwischen Rechteinhabern, Diensteanbietern und Strafverfolgungsbehörden sowie den Einsatz moderner Technologien fördern, um geistiges Eigentum zu schützen und gegen Nachahmungen vorzugehen. Darüber hinaus werden ein spezielles Instrumentarium für KMU bereitgestellt und verstärkte Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen in Bezug auf geistiges Eigentum gefordert.
- ✓ **Ein einheitliches Patentsystem:**
Dieses System vereinfacht Patentverfahren und bietet einen einheitlichen Schutz in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten. Im Laufe des ersten Jahres der Anwendung wurden 27 000 einheitliche Patente eingetragen, insbesondere in den Bereichen Medizintechnik, Hoch- und Tiefbau und Verkehr.
- ✓ **Ein neues Online-System für die Vergabe öffentlicher Aufträge:**
Das neue System erleichtert es Unternehmen, insbesondere KMU, an öffentlichen Ausschreibungen in der gesamten EU teilzunehmen.
- ✓ **Elektronische Rechnungsstellung:**
Die EU-Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung hat in den zehn Jahren ihres Bestehens die grenzüberschreitende Rechnungsstellung vereinfacht, Kosten gesenkt und die Effizienz gesteigert. Alle Mitgliedstaaten erkennen nun elektronische Rechnungen für öffentliche Aufträge an, was sowohl Unternehmen als auch der öffentlichen Verwaltung zugutekommt.
- ✓ **Verringerung des Verwaltungsaufwands durch neue gesellschaftsrechtliche Vorschriften:**
Die neuen Vorschriften werden den Verwaltungsaufwand für Unternehmen um über 400 Mio. EUR pro Jahr verringern, indem formale Anforderungen wie Apostillen abgeschafft und grenzüberschreitende Verfahren durch digitale Lösungen vereinfacht werden.
- ✓ **Eine neue Richtlinie über die Produkthaftung:**
Mit der Richtlinie werden die Produkthaftungsvorschriften aktualisiert und ein klares, zuverlässiges und wirksames System geschaffen, um Schadensersatzansprüche bei fehlerhaften Produkten geltend zu machen, einschließlich bei Produkten, die neue Technologien wie künstliche Intelligenz nutzen. Dadurch wird Rechtsklarheit für alle Wirtschaftsakteure sichergestellt, die Produkte in Verkehr bringen wollen.

Finanzsysteme

Die Kapitalmarktunion

Die EU arbeitet auch an der Weiterentwicklung ihres Binnenmarktes, um den grenzüberschreitenden Kapitalfluss zu verbessern. Hierfür wurde der Begriff „Kapitalmarktunion“ geprägt. Ein freierer Kapitalverkehr in der EU sorgt für niedrigere Transaktionskosten, weniger Verwaltungsaufwand und stärkere Märkte, was wiederum EU-Unternehmen, einschließlich KMU, Zugang zu mehr Finanzierungsquellen verschafft und die EU wettbewerbsfähiger macht.

Im Jahr 2024 wurden Maßnahmen beschlossen, um die Kapitalmarktunion zu stärken und die EU ihrem Ziel näherzubringen, die Berichtspflichten zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand zu verringern (siehe Kapitel 9). Mit dem neuen Rechtsakt über die Börsennotierung werden die Vorschriften über Börsenprospekte, Marktmissbrauch, Finanzanalysen und Strukturen mit Mehrstimmrechtsaktien geändert. Dadurch werden die Vorschriften für Unternehmen, die an die Börse gehen oder bereits börsennotiert sind, verschlankt und dabei die Transparenz, der Anlegerschutz und die Marktintegrität gewahrt. Mit dem Rechtsakt wird auch das Problem divergierender nationaler Rechtsvorschriften angegangen, das die Möglichkeit von Unternehmen einschränkt, nach dem Börsengang Anteile mit Mehrfachstimmrechten auszugeben. Dies wird insbesondere für innovative expandierende Unternehmen Vorteile bringen.

Die Vorteile des Rechtsaktes über die Börsennotierung

Für Anleger und Aufsichtsbehörden

- Kürzere, zeitnähere und leichter zugängliche Unternehmensinformationen für Anleger.
- Effizientere Aufsicht dank einfacherer und klarerer Vorschriften für die Börsennotierung.

Für Unternehmen

Erhebliche Kostensenkungen und Anstieg der Zahl der Börsengänge in der EU:

- geschätzte Einsparungen von 67 Mio. EUR pro Jahr durch einfachere Prospektvorschriften,
- Senkung der Rechtsbefolgungskosten von börsennotierten EU-Unternehmen um etwa 100 Mio. EUR pro Jahr,
- Anstieg der Zahl der Börsengänge in der EU um bis zu 20 % durch die Möglichkeit, Anteile mit Mehrfachstimmrechten auszugeben,
- besondere Vorteile für KMU: mehr Sichtbarkeit für Anleger auf den Finanzmärkten und eine verhältnismäßigere Regelung für die Sanktionierung bei geringfügigen Verstößen gegen die Marktmissbrauchsvorschriften.



Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (links), und Mairead McGuinness, damals EU-Kommissarin für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (rechts), auf der Konferenz „European Financial Integration 2024“. Frankfurt am Main (Deutschland), 18. Juni 2024.



Im Laufe des Jahres wurden auch Fortschritte bei der Schaffung der richtigen Bedingungen erzielt, damit Bereitsteller konsolidierter Datenticker einen konsolidierten Überblick über den Handel in der gesamten EU vermitteln können. Am 16. Dezember veröffentlichte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde einen Bericht über die technischen Standards für Bereitsteller konsolidierter Datenticker. In dem Bericht werden die endgültigen technischen Standards für Bereitsteller konsolidierter Datenticker dargelegt, die darauf abzielen, die Markttransparenz und die Datenqualität zu verbessern und so die Kapitalmarktunion durch die Förderung eines stärker integrierten und effizienteren Finanzmarktes zu unterstützen.

Darüber hinaus erzielte die EU Fortschritte bei der Beseitigung der Hemmnisse, die durch unterschiedliche Insolvenzvorschriften der Mitgliedstaaten bestehen. Unterschiedliche Rechtsvorschriften führen zu einer fragmentierten Kapitalmarktunion. Die Kommission schlug 2022 eine Harmonisierung des materiellen Insolvenzrechts der Mitgliedstaaten vor, um Hemmnisse zu beseitigen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom April 2024 sorgten für neue Impulse und brachten die Verhandlungen voran.

Schließlich sorgt die EU für eine wirksame Funktionsweise der Kapitalmarktunion, indem sie ihre Clearingdienste attraktiver und widerstandsfähiger macht. Clearingdienste werden von zentralen Gegenparteien angeboten, die zwischen Gegenparteien von Geschäften mit Finanzinstrumenten treten und somit als Käufer für alle Verkäufer bzw. als Verkäufer für alle Käufer fungieren. Im Falle eines Ausfalls stellen zentrale Gegenparteien die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen sicher, wodurch sie entscheidend zur Wahrung der Marktstabilität, zur Minderung systemischer Risiken und zur Stärkung des Vertrauens in den Markt beitragen.

Im Februar 2024 wurde eine politische Einigung über ein Maßnahmenpaket erzielt, das es zentralen Gegenparteien ermöglicht, neue Produkte schneller auf den EU-Markt zu bringen, und Marktteilnehmern Anreize bietet, bei zentralen Gegenparteien in der EU zu clearen und Liquidität aufzubauen. Außerdem wird es den Aufsichtsrahmen der EU für zentrale Gegenparteien stärken und die Sicherheit und Belastbarkeit von Clearingsystemen erhöhen. Durch den Rahmen wird die übermäßige Abhängigkeit von systemrelevanten zentralen Gegenparteien in Nicht-EU-Ländern verringert, da alle relevanten Marktteilnehmer verpflichtet werden, aktive Konten bei zentralen Gegenparteien in der EU zu unterhalten und einen repräsentativen Anteil bestimmter systemrelevanter Derivatekontrakte im Binnenmarkt zu clearen.

Digitales Finanzwesen

Im April traten neue Vorschriften in Kraft, die allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mit einem Bankkonto in der EU Sofortzahlungen in Euro ermöglichen. Diese Vorschriften werden ab Januar 2025 schrittweise angewandt und sollen sicherstellen, dass Sofortzahlungen in Euro überall in der EU günstig und sicher sind und problemlos abgewickelt werden.

Sofortzahlungen sind für die Menschen im Alltag schnell und bequem, beispielsweise wenn sie in Notfällen sofort (in weniger als zehn Sekunden) Geld brauchen, Waren und Dienstleistungen im Internet oder in einem Geschäft kaufen oder in geselliger Runde eine Rechnung teilen wollen. Außerdem verbessern sie das Cashflow-Management für öffentliche Verwaltungen und Unternehmen, insbesondere auch KMU, ermöglichen Wohltätigkeits- und Nichtregierungsorganisationen schnellen Zugriff auf Gelder und schaffen Anreize für Banken und andere Zahlungsdienstleister, innovative Finanzdienstleistungen und -produkte zu entwickeln.

Zudem trat 2024 die Verordnung über Märkte für Kryptowerte in Kraft, mit der einheitliche EU-Marktvorschriften für Kryptowerte geschaffen wurden. Durch die Regulierung des öffentlichen Angebots von Kryptowerten und der Verbraucherdienstleistungen von Kryptowerte-Vermittlern werden die Marktintegrität und Innovationen gefördert und die Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor den betreffenden Risiken geschützt.

Ferner werden mit dem EU-Instrument für technische Unterstützung 37 Finanzaufsichtsbehörden aus 26 Mitgliedstaaten dabei unterstützt, ihre Kapazitäten zur Bewältigung

der Risiken im Zusammenhang mit dem digitalen Finanzwesen zu verbessern. Die EU-Akademie für die Aufsicht im digitalen Finanzwesen bot 2024 für mehr als 1 000 Aufsichtsbehörden in der gesamten EU Schulungen vor Ort und online an.

Bekämpfung der Geldwäsche

Im Jahr 2024 wurde das Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verabschiedet, das die erste Verordnung und die sechste Richtlinie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umfasst. Die darin enthaltenen Vorschläge werden als Grundlage für die Arbeit der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen.

Mit den neuen Vorschriften gelten EU-weite Vorgaben für den Privatsektor, um eine einheitliche Anwendung im gesamten Binnenmarkt zu gewährleisten. In diesem Rahmen werden auch die Aufgaben und Befugnisse der nationalen Aufsichtsbehörden und zentralen Meldestellen harmonisiert, um eine wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus stärken die Vorschriften die Befugnisse für Register der wirtschaftlichen Eigentümer, die Transparenz in Bezug auf die Eigentums- und Kontrollverhältnisse bei juristischen Personen und Trusts schaffen. Schließlich werden damit die Vorschriften über den Zugang zu einschlägigen Informationen harmonisiert, damit Interessenträger mit einem berechtigten Interesse, beispielsweise Journalistinnen und Journalisten und die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung der Finanzkriminalität beitragen können.

Welche Maßnahmen beinhaltet der neue Rahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung?

Praktische Beispiele

PROFIFUSSBALL

Investitionen in und Sponsoring von Profifußballvereinen sowie Spielertransfers werden einer Prüfung unterzogen. Transaktionen von Summen zweifelhafter Herkunft werden aufgedeckt und gemeldet.

IMMOBILIEN

Beim Kauf von Luxusimmobilien werden Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU verpflichtet sein, Angaben zum eigentlichen Eigentümer der Immobilie zu machen, um es den EU-Behörden zu erleichtern, die hinter diesen Unternehmen stehenden Personen zu ermitteln.

CROWDFUNDING

Crowdfunding-Kampagnen werden unter die Lupe genommen, um es nur scheinbar karitativen oder gemeinnützigen Einrichtungen zu erschweren, Zugang zu Finanzmitteln zu erhalten oder Mittel in die Unterstützung terroristischer Aktivitäten zu lenken.

HOCHWERTIGE FAHRZEUGE

Händler von Luxusautos, -booten und -flugzeugen müssen systematisch Verkäufe oberhalb bestimmter Schwellenwerte melden. Dies wird es den Behörden erleichtern, mögliche Verbindungen zu kriminellen Aktivitäten aufzudecken.

Nachhaltiges Finanzwesen

Im November verabschiedeten das Parlament und der Rat die Verordnung über die Transparenz und Integrität von Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung, mit der Bedenken hinsichtlich Grünfärberei ausgeräumt werden sollen. Sie ist Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets, das das Fundament für den EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen legt und die private Finanzierung von Transformationsprojekten und -technologien fördert.

Durch die neuen Vorschriften erhalten Anleger und Finanzinstitute zuverlässige Daten über die Leistung von Unternehmen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung, sodass sie fundiertere Entscheidungen über nachhaltige Investitionen und das Risikomanagement im Hinblick auf diese Faktoren treffen können. Die Bewertungen werden auch mehr Klarheit über die Tätigkeiten von Rating-Anbietern und darüber schaffen, ob sie die erforderlichen Schritte unternommen haben, um Interessenkonflikte zu verhindern und zu begrenzen.

Das Parlament und der Rat einigten sich ferner darauf, die Frist für die Verabschiedung der sektorbezogenen europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Mitte 2024

auf Mitte 2026 zu verschieben. Dadurch bleibt nicht nur mehr Zeit für die Ausarbeitung dieser Standards, sondern auch den Unternehmen wird mehr Zeit für die Umsetzung des ersten Pakets horizontaler Standards eingeräumt, das im Juli 2023 verabschiedet wurde.

Große Unternehmen, die bestimmte Kriterien erfüllen, müssen über die Einhaltung der Standards für die Berichterstattung hinaus die Sorgfaltspflichten auf ihre eigenen Tätigkeiten sowie die ihrer Tochterunternehmen und Geschäftspartner entlang der gesamten Geschäftskette anwenden, um tatsächliche und potenzielle negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschenrechte zu ermitteln und auszuräumen. Die Unternehmen sind gemäß der neuen Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit verpflichtet, notwendige Änderungen an ihren Gesamtstrategien und ihrer Geschäftstätigkeit, einschließlich der Beschaffungs-, Entwurfs- und Vertriebsverfahren, vorzunehmen. Verstöße können Verwaltungsvollzugsmaßnahmen nach sich ziehen, bis hin zu Sanktionen und zivilrechtlicher Haftung.

Banken und Versicherungen

Ein gesundes Bankensystem bildet die Grundlage für eine stabile und florierende Wirtschaft in der EU und liegt im Interesse aller EU-Bürgerinnen und -Bürger. Infolge der Finanzkrise in den Jahren 2007 und 2008 haben sich die europäischen und internationalen Entscheidungsträger auf internationale Bankenstandards – die sogenannten Basel-III-Standards – geeinigt, um die Banken widerstandsfähiger zu machen und die Wahrscheinlichkeit künftiger Finanzkrisen zu verringern.

Die endgültige Fassung des jüngsten Bankenpakets (Eigenmittelverordnung und -richtlinie) trat am 9. Juli 2024 in Kraft und ist ein wichtiger Meilenstein bei der getreuen Umsetzung der Basel-III-Eigenkapitalstandards in der EU. Das Paket verdeutlicht die Bereitschaft der EU, ihrer internationalen Verpflichtung nachzukommen und das aufsichtliche Regelwerk, wie angekündigt, ab dem 1. Januar 2025 umzusetzen. Der Beginn der Anwendung der grundlegenden Überprüfung des Handelsbuchs – ein Bestandteil der Basel-III-Standards – wurde jedoch auf den 1. Januar 2026 verschoben, um weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen für international tätige europäische Banken sicherzustellen und den Umsetzungsfristen, die für andere große Rechtsräume gelten, Rechnung zu tragen.

Um die Banken weiter zu stärken, haben das Parlament und der Rat ihre jeweiligen Standpunkte zur Reform des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für

die Einlagensicherung verabschiedet und die Verhandlungen über diese Reform aufgenommen.

Im Dezember 2023 wurde ferner eine Einigung über die überarbeitete Solvabilität-II-Richtlinie erzielt. Die neuen Vorschriften stärken den Rechtsrahmen für Versicherungen durch bessere Anreize für die Versicherungsbranche und die Rückversicherungsbranche (d. h. Versicherer von Versicherungsunternehmen), in langfristiges Kapital zu investieren. Die neuen Vorschriften werden makroökonomischen Risiken, insbesondere auch jenen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, besser Rechnung tragen und dafür sorgen, dass die Finanzlage der Versicherer weniger von kurzfristigen Marktschwankungen abhängt. Mit den Änderungen wird auch sichergestellt, dass diese Branche in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten stark bleibt und die Verbraucherinteressen schützt.

Gleichzeitig wurde auch eine neue Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Versicherungsunternehmen beschlossen. Diese Richtlinie hat zum Ziel, die Finanzstabilität zu sichern und die Versicherungsnehmer und Steuerzahler im Falle des Ausfalls eines Versicherers oder Rückversicherers zu schützen. In der Richtlinie wurde festgelegt, dass Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen aufgrund ihres Risikoprofils auszuwählen sind und deren Abwicklungsbehörden präventive Sanierungs- und Abwicklungspläne erstellen, damit sie auf Krisensituationen vorbereitet sind.

Faire, einfache und moderne Steuern und Zölle

Reform der Zollunion

Mit der 2023 vorgeschlagenen EU-Reform der Zollunion soll ein weltweit führendes datengestütztes Zollsystem geschaffen werden, das einerseits die Zollverfahren für Unternehmen erheblich vereinfacht und andererseits den Behörden die notwendigen Instrumente liefert, um Einfuhren zu stoppen, die echte Gefahren für die EU, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Wirtschaft bergen. 2024 wurden im Hinblick auf den Vorschlag zur Einrichtung einer europäischen Zollbehörde sowie einer zentralen Datenplattform – die zusammen mit dem elektronischen Handel die drei wichtigsten Säulen der Reform bilden – Fortschritte erzielt.

Zusätzlich dazu sollen mit der zentralen Anlaufstelle der EU für den Zoll („Single-Window-Umgebung“),

die bereits schrittweise eingerichtet wird, die Verwaltungsverfahren zwischen dem Zollwesen und anderen Bereichen wie Gesundheit und Umwelt vereinheitlicht werden. Dies wird den digitalen Austausch zwischen den Behörden an den EU-Grenzen verbessern und das Verfahren für die Warenabfertigung verschlanken.

Ferner müssen die Wirtschaftsbeteiligten nun im Rahmen des Einfuhrkontrollsystems 2 für alle Verkehrsträger Sicherheitsdaten vorlegen. Dank dieses Systems konnten die belgischen Zollbehörden im März in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten am Flughafen Lüttich die bislang größte Menge an Drogenausgangsstoffen (Chemikalien zur Herstellung illegaler Drogen) beschlagnahmen.



VIDEO: Was ist das Einfuhrkontrollsystem?

Eine weitere Initiative ist die Europäische Hafenallianz, die im Rahmen des EU-Fahrplans zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität ins Leben gerufen wurde (siehe Kapitel 7). Ziel ist eine stärkere Koordinierung zwischen den Zollbehörden und eine bessere Zusammenarbeit mit anderen Strafverfolgungsbehörden und dem Privatsektor.

Gleiche Rahmenbedingungen im Steuerbereich

Im Januar 2024 führte die EU neue Vorschriften ein, mit denen ein effektiver Mindeststeuersatz von 15 % für multinationale Unternehmen festgelegt wird, die innerhalb ihrer Grenzen tätig sind. Mit dem Inkrafttreten dieser Vorschriften setzt die EU das Rahmenwerk der zweiten Säule des historischen internationalen Steuerreformabkommens formell um, das 2021 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf den Weg gebracht wurde. Fast 140 Länder und Gebiete weltweit haben sich diesen Regeln angeschlossen, und die EU hat bei ihrer Umsetzung in verbindliche Rechtsvorschriften eine Vorreiterrolle gespielt. Die Regeln wirken der Verlagerung von Unternehmensgewinnen in Niedrigsteuerländer entgegen und bremsen die Praxis des „Wettlaufs nach unten“, bei dem Länder ihre Körperschaftssteuersätze senken, um Investitionen anzulocken.

Am 28. Oktober nahm die Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung an. In der geänderten Richtlinie werden die Regeln und Verfahren für eine enge Zusammenarbeit der Steuerbehörden in den Mitgliedstaaten im Bereich der direkten Besteuerung festgelegt, um es den Unternehmen zu erleichtern, ihren Meldepflichten gemäß der Säule-2-Richtlinie, mit der das vorgenannte Rahmenwerk der zweiten Säule umgesetzt wird, nachzukommen.

Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug

Das neue zentrale elektronische Zahlungsinformationssystem liefert den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten Daten, die ihnen die Aufdeckung von Mehrwertsteuerbetrug erleichtern, insbesondere im Zusammenhang mit Geschäftstätigkeiten im elektronischen Handel. Nach den neuen Vorschriften müssen Zahlungsdienstleister, die in der EU Dienstleistungen anbieten, die Empfänger grenzüberschreitender Zahlungen überwachen. Außerdem müssen sie Informationen über grenzüberschreitende Zahlungen an die Steuerbehörden der Mitgliedstaaten übermitteln.

Im Dezember wurde zudem eine neue Richtlinie verabschiedet, die die Bekämpfung von Steuerbetrug und -missbrauch unterstützt: Die Richtlinie über schnellere und sicherere Verfahren für die Entlastung von überschüssigen Quellensteuern soll die Verfahren der Quellenbesteuerung für Anleger, Finanzintermediäre und nationale Steuerbehörden verschlanken und sicherer machen. Dadurch wird die Entlastung der Anleger in Bezug auf überschüssige Quellensteuern auf grenzüberschreitende Dividenden- und Zinszahlungen vorangetrieben. Auch das Risiko der Doppelbesteuerung von Steuerpflichtigen wird verringert, und grenzüberschreitende Investitionen werden erleichtert, was zur Stärkung der Kapitalmarktunion beiträgt.

Darüber hinaus setzt die EU auf den digitalen Wandel, um Betrug zu bekämpfen und Unternehmen in der EU zu unterstützen. Der am 5. November beschlossene Vorschlag über die Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter wird die Notwendigkeit verringern, sich mehrfach in verschiedenen Mitgliedstaaten für Mehrwertsteuerzwecke zu registrieren, und das bestehende Modell der zentralen Anlaufstelle für die Mehrwertsteuer erweitern. Dieser Vorschlag wird auch dazu beitragen, neue digitale Technologien wie die elektronische Rechnungsstellung und die digitale Berichterstattung zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs einzusetzen. Die neuen Vorschriften sind ein erster Schritt, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Plattformwirtschaft zu begegnen und einheitliche Wettbewerbsbedingungen für Online- und herkömmliche Dienste in den Bereichen Kurzzeitvermietung von Unterkünften und Personenbeförderung zu schaffen. Sie werden den öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten zugutekommen und die Verwaltungs- und Rechtsbefolgungskosten für Händler in der EU senken.



KAPITEL 4

Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa

Einleitung

Der europäische Grüne Deal ist die Antwort der Europäischen Union auf die Dreifachkrise des Planeten: Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt und Umweltverschmutzung. Um die Menschen und den Planeten zu schützen, hat sich die EU verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Die Ziele sind eine unter dem Strich emissionsfreie Wirtschaft und Schadstofffreiheit und sollen vor allem durch Emissionssenkungen, Investitionen in umweltfreundliche Technologien und den Schutz der natürlichen Umwelt erreicht werden. Dies ist Teil eines neuen Wachstumsmodells für Europa, das auf einer sauberen Kreislaufwirtschaft beruht und auf eine wirtschaftlich tragfähige und sozial gerechte

Energiewende abzielt. 2024 lag der Schwerpunkt auf der Umsetzung des Rechtsrahmens des europäischen Grünen Deals, um das Klimaziel der EU für 2030 zu erreichen und den Weg für die Festlegung des Klimaziels 2040 im Rahmen des Europäischen Klimagesetzes zu ebnen. In einem Jahr, in dem es erneut zu extremen Wetterereignissen mit verheerenden Folgen kam, wurde mit der Veröffentlichung der Europäischen Bewertung der Klimarisiken und der Ankündigung eines Europäischen Plans zur Anpassung an den Klimawandel darauf aufmerksam gemacht, wie dringend die Klimaresilienz gestärkt werden muss.



Teilnehmende der Climate-Pride-Parade protestieren für mehr Klimagerechtigkeit. Rom (Italien), 16. November 2024.

Dem Klimawandel begegnen

Die weltweiten Temperaturen verzeichneten 2024 neue Rekordwerte, und Europa sah sich weiterhin den massiven Auswirkungen eines sich rasch wandelnden Klimas ausgesetzt. Die EU-Mitgliedstaaten und die Regionen in der EU waren mit zahlreichen Klimaextremen konfrontiert – von anhaltenden Dürren in Südeuropa und schweren Waldbränden in Portugal und im Mittelmeerraum bis hin zu tödlichen Überschwemmungen in Mittel- und Osteuropa und in Spanien, die insgesamt mehr als 250 Menschenleben forderten.

Das EU-Katastrophenschutzverfahren wurde infolge extremer Wetterereignisse wesentlich häufiger aktiviert. Diese Entwicklung zeugt von den zunehmend gravierenden Folgen des Klimawandels in Europa, die eine koordinierte Katastrophenbewältigung immer notwendiger machen. Angesichts der wachsenden Auswirkungen des Klimawandels haben die europäischen Länder ihre Zusammenarbeit intensiviert und sich in Krisenzeiten solidarisch gezeigt. 2024 hat die EU weitere Schritte zum

Ausbau ihres Katastrophenschutzverfahrens unternommen, um die Vorbereitung auf Katastrophen innerhalb und außerhalb der EU sowie die Katastrophenprävention und -bewältigung zu verbessern. Dazu gehörte die Verstärkung ihrer rescEU-Feuerwehrflotte und die strategische Positionierung von Brandbekämpfungseinheiten an einschlägigen Standorten in Europa zur Unterstützung der örtlichen Feuerwehren.

Im jährlichen Europäischen Klimazustandsbericht wurde der alarmierende Trend steigender Temperaturen hervorgehoben und dargelegt, dass sich die Temperaturen in Europa doppelt so schnell erhöhen wie im weltweiten Durchschnitt. Ferner wurde gemahnt, dass die EU klimaneutral und klimaresilient werden muss. Es kommt immer häufiger zu immer extremeren Wetterereignissen, die zu einer Zunahme der Hitzetoten, schweren Meereshitzewellen und Störungen der Landwirtschaft, der Wasserversorgung und der Infrastruktur führen.



↑ Trockener Boden und karge Vegetation statt Wasser: Der Lago di Monte Cotugno, ein Stausee in Basilikata (Italien), fasste im Sommer 2024 nur noch 300 000 Kubikmeter Wasser und war somit nahezu ausgetrocknet. 16. Oktober 2024.



↑ Bilbao (Spanien) am 11. August 2024, als das Land mit der vierten Hitzewelle in diesem Sommer konfrontiert war.



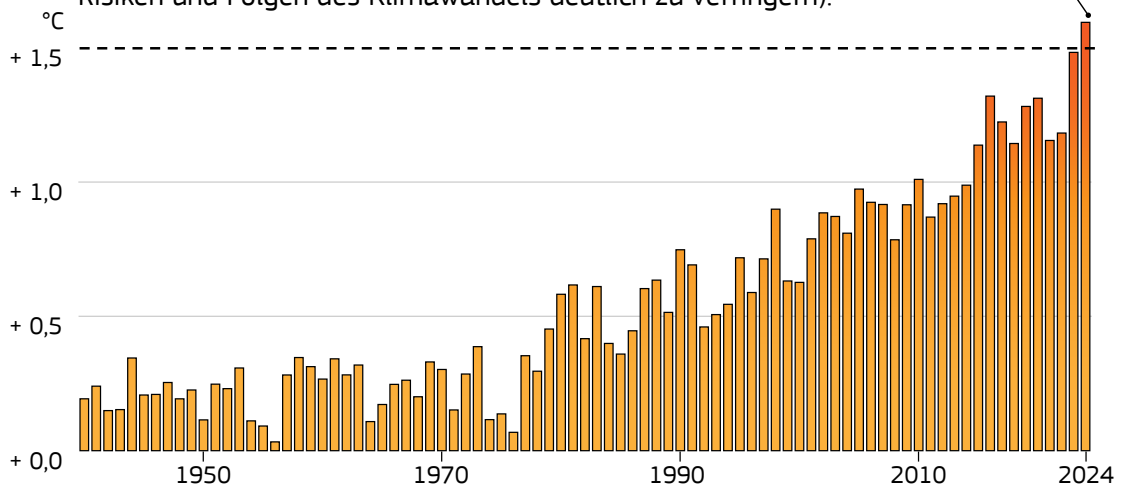
↑ Feuerwehrleute bekämpfen einen Waldbrand in der portugiesischen Region Aveiro. 18. September 2024.



↑ Schwere Regenfälle und Überschwemmungen trafen die Gemeinde Paiporta in Valencia (Spanien), 2. November 2024.

2024 war das **wärmste Jahr** seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen.

Es war auch das erste Kalenderjahr, in dem die durchschnittliche globale Temperatur den vorindustriellen Wert (1850-1900) um mehr als 1,5 °C überstieg (dieser Schwellenwert war im Klimaschutzübereinkommen von Paris festgelegt worden, um die Risiken und Folgen des Klimawandels deutlich zu verringern).



Quelle: Copernicus-Dienst zur Überwachung des Klimawandels, Global Climate Highlights 2024, 2024.

Auf dem Weg zu mehr Klimaresilienz

Die Verwüstungen und Zerstörungen infolge extremer Wetterereignisse machen deutlich, dass dringend bessere Vorbereitungen erforderlich sind, damit die Auswirkungen des Klimawandels antizipiert und bewältigt werden können. Ebenso wie die EU Maßnahmen zur Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen und zur Begrenzung des Klimawandels ergreift, muss sie auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber dessen

unvermeidbaren Auswirkungen erhöhen. Als Reaktion auf die erste Europäische Bewertung der Klimarisiken, die von der Europäischen Umweltagentur veröffentlicht wurde, legte die Europäische Kommission wichtige Initiativen zur Bewältigung von Klimarisiken und zum Aufbau eines klimaresilienten Europas vor, mit denen Menschen und Wohlstand geschützt werden sollen.

Der politische Rahmen zur Verbesserung der Klimaresilienz

ZUSTÄNDIGKEITEN

- Mehr Klarheit über die Verortung der Zuständigkeiten für Klimarisiken und ihre Bewältigung zwischen der EU-Ebene und der Ebene der Mitgliedstaaten,
- Verfahren auf EU-Ebene zur besseren Berücksichtigung von Klimarisiken bei der Planung und Politikgestaltung,
- Bereitstellung angemessener Kapazitäten zur Risikobewältigung durch die Mitgliedstaaten.

STRUKTURPOLITIK

- Berücksichtigung der Klimarisiken bei Raumplanungsentscheidungen und Maßnahmen zum Schutz kritischer Infrastruktur auf der Ebene der Mitgliedstaaten,
- stärkere EU-Solidaritätsmechanismen mit besseren Anreizen zur Risikovorsorge.

INSTRUMENTE

- Verbesserter Zugang zu Daten, Modellen und Szenarien, die für eine fundierte Entscheidungsfindung benötigt werden, von Frühwarnsystemen bis hin zur langfristigen Planung,
- weitere Unterstützung für den Kapazitätsaufbau und die Bereitstellung von Leitlinien sowie bessere Nutzung bestehender Instrumente.

FINANZIELLE KRISENFESTIGKEIT

- Berücksichtigung der Klimaresilienz als zentrales Anliegen bei allen EU-Ausgabenentscheidungen,
- Zusammenarbeit öffentlicher und privater Finanzinstitutionen und der Wirtschaft zwecks besserer Mobilisierung privater Investitionen,
- Berücksichtigung der Klimaresilienz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Mitgliedstaaten.

Grundlage hierfür ist die bereits laufende Umsetzung der EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel aus dem Jahr 2021. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen die Klimaresilienz in den Entwürfen ihrer nationalen Energie- und Klimapläne. Von der Kommission haben sie Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Anpassungsmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Klimagesetzes erhalten. Die EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“ zielt darauf ab, mindestens 150 Regionen und Gemeinschaften bis 2030 dabei zu unterstützen, Klimarisiken besser zu verstehen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie innovative Lösungen konzipiert und umgesetzt werden können.

Der Europäische Rechnungshof kam in seinem Sonderbericht über die Anpassung an den Klimawandel in der EU vom Oktober zu dem Schluss, dass die Gefahr besteht, dass die Anpassungspolitik der EU möglicherweise nicht mit dem Klimawandel Schritt hält. In dem Bericht wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen: Verbesserung der Berichterstattung der Mitgliedstaaten über die Anpassung an den Klimawandel, bessere Nutzung der anpassungsrelevanten EU-Instrumente sowie zukunftsichere Gestaltung der EU-Förderung für die Anpassung an den Klimawandel. Die Kommission hat diese Empfehlungen ganz oder teilweise angenommen. Eine der Prioritäten der neuen Kommission wird darin bestehen, einen Europäischen Plan zur Anpassung an den Klimawandel vorzuschlagen, der den Mitgliedstaaten und der EU bei der deutlichen Verbesserung der Klimaresilienz helfen soll.

Am 15. Juli wurde zum zweiten Mal der EU-Tag für die Opfer der globalen Klimakrise begangen, an dem jedes Jahr die Betroffenen gewürdigt und Maßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen künftiger Katastrophen ins Blickfeld gerückt werden. Viele Mitgliedstaaten haben sich von den Folgen katastrophaler Wetterereignisse noch nicht erholt. Im August schlug die Kommission die Bereitstellung von Hilfgeldern in Höhe von mehr als 1 Mrd. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds vor, mit denen Griechenland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien bei der Bewältigung der Folgen der Überschwemmungen des Jahres 2023 unterstützt werden sollen. Als Reaktion auf die verheerenden Überschwemmungen und Waldbrände in Mittel-, Ost- und Südeuropa im Herbst 2024 schlug die Kommission vor, die Nutzung kohäsionspolitischer Mittel für die Unterstützung von Mitgliedstaaten nach klimabedingten Katastrophen zu erleichtern. Im November wurde ein Hilfspaket in Höhe von 116 Mio. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds genehmigt, um Deutschland und Italien nach verheerenden Naturkatastrophen im Frühjahr zu unterstützen.

Klimawandel und Gesundheit

Fast 500 Forschende, Entscheidungsträger und Förderorganisationen aus der ganzen Welt kamen im Februar auf einer hochrangigen Konferenz in Brüssel (Belgien) zusammen, um sich Gedanken zum Forschungsbedarf im Bereich Klimawandel und Gesundheit zu machen. Die Teilnehmenden erörterten die wichtigsten Herausforderungen und Prioritäten in diesem Bereich und begannen mit den Vorbereitungen für eine ehrgeizige, zukunftsorientierte und inklusive europäische Forschungs- und Innovationsagenda mit globaler Ausrichtung.



↑
Podiumsdiskussion während der hochrangig besetzten Eröffnungsveranstaltung zur Klima- und Gesundheitskonferenz der EU. Brüssel (Belgien), 19. Februar 2024.

Infolge des Klimawandels gibt es in Europa immer mehr Stechmücken, die schwere Krankheiten übertragen können. Daher hat die EU den allerersten Impfstoff gegen das Chikungunya-Virus zugelassen. In einem Bericht des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten wurde bestätigt, dass die Stechmücke *Aedes albopictus*, die das Chikungunya-Virus überträgt, in 13 europäischen Ländern vorkommt. Auch die Stechmücke *Aedes aegypti*, die seit einiger Zeit in Zypern zu finden ist, kann – neben Zika-, Dengue- und Gelbfieber – zur Ausbreitung des Chikungunyafiebers beitragen. Die Mitgliedstaaten haben die Zulassung nach einer strengen

Bewertung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) einstimmig gebilligt. Die Kommission hat angekündigt, 500 000 EUR an Fördermitteln aus dem Programm EU4Health für ein Pilotprojekt zur Vernichtung der Stechmücke *Aedes aegypti* in Zypern bereitzustellen; Ziel ist es, das Risiko der Ausbreitung von durch Stechmücken übertragenen Infektionskrankheiten in Europa weiter einzudämmen.

Weitere Einzelheiten, wie sich Europa gegen klimawandelbedingte Gesundheitsrisiken wappnet, sind bei der Europäischen Beobachtungsstelle für Klima und Gesundheit zu finden.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität

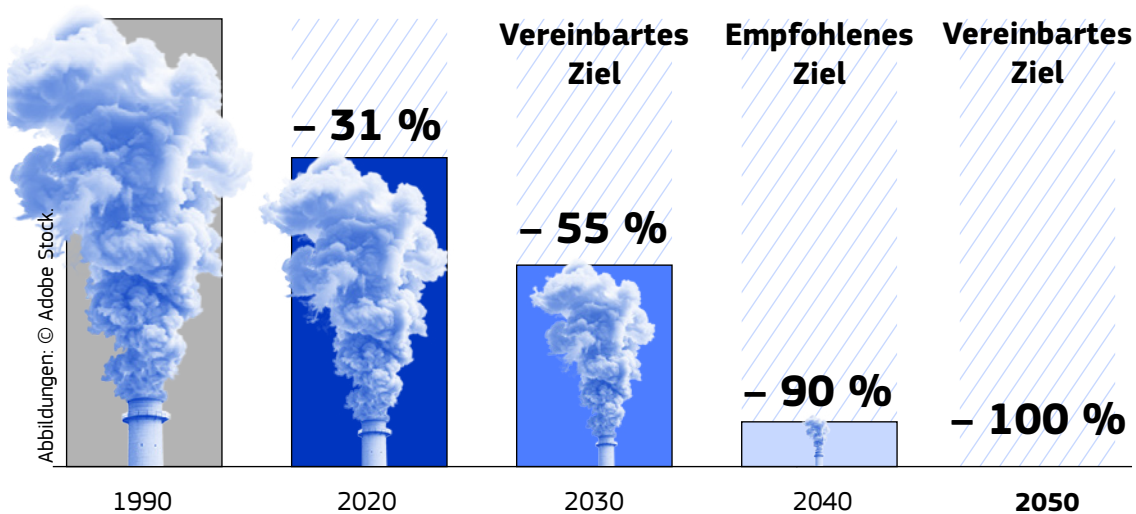
Der europäische Grüne Deal setzt die Veränderungen in Gang, die erforderlich sind, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Inzwischen sind die Rechtsvorschriften in Kraft, mit denen das mittelfristige Ziel der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu senken, erreicht oder sogar übertroffen werden soll.

Mit der Annahme des Europäischen Klimagesetzes und der Rechtsvorschriften zum europäischen Grünen Deal hat die EU nun rechtsverbindliche Klimaziele für alle Schlüsselbereiche der Wirtschaft festgelegt. Dies bringt sie auf Kurs, um ihre Ziele für 2030 auf faire und kosteneffiziente Weise und unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Im Interesse fairer Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen wird durch einen neuen Mechanismus sichergestellt, dass für eingeführte Waren in bestimmten Sektoren ein

gleichwertiger CO₂-Preis gezahlt wird. In den am stärksten betroffenen Regionen werden zudem Arbeitskräfte beim Erwerb neuer Kompetenzen unterstützt, und es wird soziale Unterstützung für schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen angeboten.

In einem nächsten Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität hat die Kommission ihre Bewertung in Bezug auf ein neues Klimaziel der EU für 2040 vorgelegt. In diesem Zusammenhang empfiehlt sie, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2040 um 90 % gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern, was mit den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen und den EU-Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris im Einklang steht. Auf dieser Grundlage wird die neue Kommission den Legislativvorschlag für das Ziel für 2040 im Rahmen des Europäischen Klimagesetzes erarbeiten.

EU-Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen



Neben einer umfassenden und nachhaltigen Emissionsreduktion sind Maßnahmen zum Entzug von Kohlendioxid aus der Atmosphäre erforderlich, um die empfohlene Verringerung um 90 % zu erreichen. Die EU benötigt daher Technologien, mit denen Kohlendioxid abgeschieden oder direkt aus der Atmosphäre entnommen und anschließend gespeichert oder verwendet werden kann. In der im März vorgelegten EU-Strategie für das industrielle CO₂-Management sind mehrere Initiativen aufgeführt, die auf EU- und nationaler Ebene eingeleitet werden müssen, um den Einsatz dieser Technologien und die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur zu ermöglichen und in den kommenden Jahrzehnten in Europa einen Binnenmarkt für CO₂ zu schaffen. Im November wurde eine Verordnung erlassen, mit der der erste EU-weite freiwillige Rahmen für die Zertifizierung der CO₂-Entnahme, einer klimateffizienten Landwirtschaft und der CO₂-Speicherung in Produkten in ganz Europa geschaffen wurde. Sie erleichtert Investitionen sowohl in innovative Technologien zur CO₂-Entnahme als auch in nachhaltige Lösungen für eine klimateffiziente Landwirtschaft.

Unterstützung der EU-Industrie bei der Verwirklichung der Klimaneutralität

Die Netto-Null-Industrie-Verordnung, die im Juni in Kraft trat, bildet einen Rechtsrahmen, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefördert und Technologien unterstützt werden, die zur Erreichung der EU-Klimaziele beitragen. Sie gibt der EU den Kurs vor, um die EU-interne Produktion sauberer Schlüsseltechnologien zu stärken. Ein einheitliches und berechenbares Unternehmensumfeld für die Fertigung von sauberen Technologien erhöht die Planungs- und Investitionssicherheit und unterstützt die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze sowie den Ausbau des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften (siehe auch Kapitel 2).



VIDEO: Industrielles CO₂-Management – entscheidend für die Dekarbonisierung.

Der weltweite Markt für Netto-Null-Technologien dürfte sich bis 2030 – mit einem jährlichen Wert von rund **600 Mrd. EUR** – verdreifachen.

Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität

- **FOTOVOLTAIK UND SOLARTHERMIE**
- **ELEKTROLYSEURE UND BRENNSTOFFZELLEN**
- **ONSHORE-WINDENERGIE UND ERNEUERBARE OFFSHORE-ENERGIE**
- **NACHHALTIGES BIOGAS/BIOMETHAN**
- **BATTERIEN UND SPEICHERUNG**
- **CO₂-ABSCHEIDUNG UND -SPEICHERUNG**
- **WÄRMEPUMPEN UND GEOTHERMIE**
- **NETZTECHNOLOGIEN**

Im Herbst hat die EU mit der Annahme von Bewerbungen für Projekte zur Fertigung sauberer Technologien begonnen, die im Rahmen der Netto-Null-Industrie-Verordnung als „strategische Projekte für Netto-Null-Technologien“ eingestuft werden sollen. Die genehmigten Projekte werden den EU-Sektor für saubere Technologien voranbringen, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutzmaßnahmen stärken, und sie profitieren gleichzeitig von einer schnelleren Genehmigung, einer vorrangigen Behandlung auf nationaler Ebene sowie von Leitlinien für die Finanzierung.

Der Start der Europäischen Solarakademie im Juni wird entscheidend dazu beitragen, die Arbeitskräfte mit den für den Solarenergiesektor erforderlichen Kompetenzen auszustatten, was für die Verwirklichung der Ziele der EU im Bereich der erneuerbaren Energien von zentraler Bedeutung ist. Dabei handelt es sich um die erste von mehreren EU-Akademien, die im Rahmen des Rechtsakts eingerichtet werden.

Beschleunigung der Energiewende

Vor dem Hintergrund der Störung des globalen Energiemarkts und der durch die grundlose und ungerechtfertigte Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 verursachten Härten hat die EU den REPowerEU-Plan auf den Weg gebracht, um die Energiewende zu beschleunigen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland rasch zu verringern. In den letzten zwei Jahren hat REPowerEU es der EU ermöglicht, Energie zu sparen, ihre Versorgung zu diversifizieren, saubere Energie zu erzeugen und Investitionen und Reformen intelligent zu kombinieren.

Energieeinsparungen und die Verbesserung der Energieeffizienz haben zur Senkung des Verbrauchs beigetragen. Im Bereich der erneuerbaren Energie wurden ebenfalls erhebliche Fortschritte erzielt. So wurden im ersten Halbjahr 2024 50 % des Stroms in der EU aus erneuerbaren Quellen erzeugt. Norwegen hat Russland als wichtigster Gaslieferant der EU abgelöst. Zudem ist eine deutliche Verlagerung hin zu Einfuhren von Flüssigerdgas zu verzeichnen, wobei die Vereinigten Staaten nun Hauptlieferant der EU sind. Entscheidend ist, dass es der EU gelungen ist, kritischen Risiken für die Energieversorgungssicherheit standzuhalten, die Kontrolle über den Energiemarkt und die Energiepreise wiederzuerlangen und den Übergang zur Klimaneutralität zu beschleunigen.

Im Jahr 2024 überstieg der in Windkraftanlagen erzeugte Strom erstmals den in Gaskraftwerken erzeugten Strom, und die Windenergie war somit in der EU die zweitwichtigste einzelne Stromquelle nach der Kernenergie.

Der Anteil des importierten russischen Gases (Pipeline gas und LNG) an den Gesamteinfuhren der EU ging von 45 % im Jahr 2021 bis auf 19 % im Jahr 2024 zurück.

Die EU hat ihre Gasnachfrage zwischen August 2022 und November 2024 um 18 % gesenkt. So konnten rund 165 Mrd. m³ Gas eingespart werden.

Die Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene haben sich ausgezahlt: Die Strom- und Gaspreise sind inzwischen viel niedriger und stabiler als auf dem Höhepunkt der Energiekrise.

Die Treibhausgasemissionen der EU sind gegenüber 1990 um 37 % zurückgegangen, während die Wirtschaft im selben Zeitraum um 68 % wuchs.

Reform des Strommarkts

Die Energiemärkte haben sich – mit niedrigeren Preisen als in den Jahren 2022 und 2023 – stabilisiert. Mit der Verabschiedung neuer Rechtsvorschriften wie einer neuen Verordnung und einer neuen Richtlinie zur Reform des Strommarkts wird die Abhängigkeit der Endkundenpreise von kurzfristigen Marktpreisschwankungen verringert. Bei einer neuen Gaspreiskrise können die Mitgliedstaaten künftig Maßnahmen ergreifen, um die Verbraucher zu schützen und den Zugang zu bezahlbarer Energie und grundlegenden sozialen Dienstleistungen sicherzustellen. Durch die Reform des Strommarkts stehen den Verbrauchern vor der Vertragsunterzeichnung eine größere Auswahl an Verträgen und klarere Informationen zur Verfügung. Zukunftssichere Energiemärkte stimulieren zudem Investitionen in saubere Energie und führen zu niedrigeren und stabileren Preisen, die für die Stärkung der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie von entscheidender Bedeutung sind.

Die Ziele der Reform der Gestaltung des Strommarkts in der EU:

- Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien,
- besserer Schutz der Verbraucher in der EU und Stärkung ihrer Position,
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie.



← Die damalige EU-Kommissarin für Energie, Kadri Simson, hält eine Pressekonferenz zum Bericht über die Lage der Energieunion 2024 ab – Brüssel (Belgien), 11. September 2024. Der Bericht gibt einen Überblick über die Fortschritte der EU bei der Gewährleistung sicherer, wettbewerbsfähiger und erschwinglicher Energie für alle.

Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden

Der Gebäudesektor ist für die Verwirklichung der Energie- und Klimaziele der EU von entscheidender Bedeutung. Die überarbeitete Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, die im Mai in Kraft trat, zielt darauf ab, die Renovierungsquote in der EU zu erhöhen, insbesondere bei den Gebäuden mit der schlechtesten Energieeffizienz. Die neue Richtlinie bildet einen Rahmen für die Mitgliedstaaten, um die Emissionen und den Energieverbrauch von Gebäuden – von Wohnungen bis hin zu Geschäftsräumen und öffentlichen Gebäuden – zu verringern und so die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen zu verbessern und Kosten zu senken.

Gebäude verbrauchen rund 40 % der Energie in der EU.

Gebäude sind für mehr als ein Drittel der energiebedingten Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich.

Rund 80 % der Energie, die in Haushalten in der EU verbraucht wird, entfallen auf Heizung, Kühlung und Warmwasser.

Förderung des europäischen Wasserstoffmarkts

Die Dekarbonisierung des EU-Gassektors und die Schaffung eines Wasserstoffmarktes werden einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 leisten. Die im Mai verabschiedeten neuen EU-Vorschriften zu Wasserstoff und CO₂-armem Gas, unter anderem in Bezug auf ein Europäisches Netzwerk der Wasserstoffnetzbetreiber und einen Pilotmechanismus, der die Verbindungen zwischen Käufern und Anbietern stärkt, werden den Aufbau des Wasserstoffmarkts unterstützen. Neue Anreize für erneuerbaren Wasserstoff, etwa durch die erste Auktion im Rahmen der Europäischen Wasserstoffbank und die Genehmigung von vier wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse im Wasserstoffbereich, dürften weitere Investitionen nach sich ziehen. Die EU hat sich verpflichtet, bis 2030 mindestens 50 sogenannte Wasserstofftöler einzurichten, in denen sauberer Wasserstoff lokal erzeugt und in Haushalten, im Verkehr und in der Industrie eingesetzt wird.



↑
VIDEO: Die Europäische Wasserstoffbank – Unterstützung der europäischen und weltweiten Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff.

Vorschriften für staatliche Beihilfen wie die Leitlinien für Klima-, Energie- und Umweltschutzbeihilfen unterstützen die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Ziele des europäischen Grünen Deals. Die Leitlinien fördern den Ausbau erneuerbarer Energien, da sie es den Mitgliedstaaten ermöglichen, Unternehmen öffentliche Mittel zu gewähren, um die erforderlichen Investitionen zu den geringstmöglichen Kosten für die Steuerzahler zu tätigen, ohne den Wettbewerb übermäßig zu verfälschen.

Fortschritte beim Null-Schadstoff-Aktionsplan

Die Umweltverschmutzung birgt zahlreiche Risiken für die Gesundheit von Mensch, Tier und Ökosystemen. Um Fortschritte bei der Verwirklichung ihres Null-Schadstoff-Ziels zu erreichen, ergreift die EU Maßnahmen für

eine bessere Überwachung, Berichterstattung, Vermeidung und Behebung von Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung sowie der Umweltverschmutzung durch Chemikalien.

WASSER

2024 wurden mehrere neue Maßnahmen zur Gewährleistung der Trinkwasserqualität überall in der EU eingeführt. Mit neuen Standards und Verfahren für Materialien und Produkte, die mit Trinkwasser in Berührung kommen, sollen die Vermehrung von Mikroorganismen verhindert und das Risiko der Auswaschung schädlicher Stoffe in das Trinkwasser verringert werden. Auch für die Messung von Mikroplastik wurde eine neue Methode eingeführt, und es wurden technische Leitlinien für die Überwachung langlebiger Chemikalien herausgegeben.

Kommunales Abwasser, das nicht gemäß den EU-Rechtsvorschriften gesammelt und behandelt wird, ist eine der Hauptquellen von Wasserverschmutzung. Es wurde eine Einigung über neue Vorschriften erzielt, mit denen die Umweltverschmutzung durch kommunales Abwasser weiter verringert und neu auftretende Schadstoffe wie unter anderem Mikroplastik und Mikroschadstoffe bekämpft werden sollen. Im Einklang mit dem Verursacherprinzip wurde eine erweiterte Herstellerverantwortung eingeführt. Das bedeutet, dass die Verursacher die Kosten für die Entfernung von Mikroschadstoffen tragen müssen. Für die Behörden in den Mitgliedstaaten wurden neue Leitlinien herausgegeben, um sicherzustellen, dass aufbereitetes Abwasser sicher für die Landwirtschaft weiterverwendet werden kann.

Laut Jahresbericht der EU über den Zustand der Strände und Badegebiete sind die europäischen Badegewässer nach wie vor sicher, wobei mehr als 85 % eine „ausgezeichnete“ Wasserqualität aufweisen.

Die EU hat vier Rechtsvorschriften verabschiedet, mit denen neue Instrumente zur Unterstützung einer sauberen und modernen Schifffahrt eingeführt werden. Gleichzeitig sollen damit illegale Einleitungen verhindert und die Meeresökosysteme geschützt werden.



↑
[VIDEO: #WaterWiseEU – unsere Denkweise über Wasser in Europa ändern.](#)

LUFT

Ein neues Gesetz für strengere Luftqualitätsnormen in der EU bis 2030, mit denen die Gesundheit der Menschen und die Umwelt besser geschützt werden sollen, ist im Dezember in Kraft getreten. In den überarbeiteten Vorschriften wird der jährliche Grenzwert für den am häufigsten

auftretenden Schadstoff (Feinstaub) um mehr als die Hälfte herabgesetzt. Menschen, die aufgrund der Luftverschmutzung gesundheitliche Schäden erlitten haben, haben nun außerdem Anspruch auf Entschädigung, wenn gegen die EU-Luftqualitätsvorschriften verstoßen wird.

INDUSTRIEEMISSIONEN

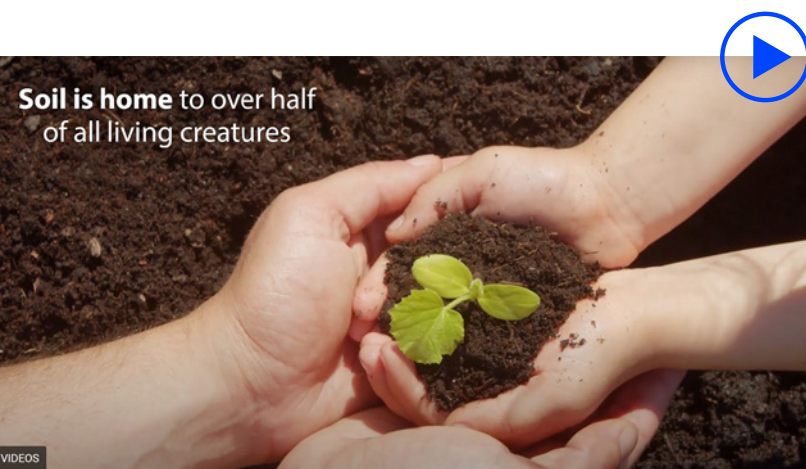
Ein großer Teil der Umweltverschmutzung in der EU stammt aus industriellen Produktionsprozessen. Dazu gehören zum Beispiel Schadstoffemissionen, das Einleiten von Abwasser und die Erzeugung von Abfällen. Durch neue Vorschriften, die zusätzliche Emissionsquellen abdecken und die Bestimmungen für die Erteilung von Betriebsgenehmigungen für die betreffenden Industrieanlagen und landwirtschaftlichen Betriebe vereinheitlichen, werden die Emissionen wichtiger Schadstoffe in Luft, Wasser

und Boden weiter reduziert. Mit diesen Vorschriften werden Verpflichtungen und Maßnahmen eingeführt, um die öffentliche Bereitstellung von Informationen über Emissionen und Ressourcennutzung durch die größten Industrieanlagen in der EU zu verbessern. Das im Juli ins Leben gerufene Innovationszentrum für industrielle Transformation und Emissionen soll die Entwicklung und Einführung innovativer Lösungen zur Verminderung der Umweltverschmutzung beschleunigen.

BODEN

Im Rahmen ihrer Bemühungen um gesündere Böden in Europa plant die EU, bis 2030 100 Reallabore und Leuchtturmbetriebe (an denen beispielhafte Lösungen demonstriert werden) einzurichten. Im Rahmen der EU-Mission „Ein Bodendeal für Europa“ wurden die ersten 25 Reallabore ausgewählt und nahmen ihre Arbeit auf. Zahlreiche Partner kommen dort zusammen, um gemeinsam Lösungen und Geschäftsmodelle unter

realen Bedingungen zu entwickeln und zu erproben. Zusätzlich werden bei zehn Projekten der Mission „Ein Bodendeal für Europa“ spezielle Sanierungsstrategien, -modelle und -lösungen entwickelt, mit denen die Umweltverschmutzung und Dekontaminierung von Böden und Wasser in städtischen, ländlichen und Küstengebieten überwacht und angegangen wird.



Soil is home to over half of all living creatures



VIDEO: Biologische Vielfalt im Boden.

CHEMIKALIEN

Die EU hat Grundsätze festgelegt, um zu bestimmen, was unter dem Begriff „wesentliche Verwendungszwecke“ für die Gesellschaft in Bezug auf besonders schädliche Chemikalien zu verstehen ist. Das Ziel ist es dabei, den Ausstieg aus der Verwendung besonders schädlicher Stoffe für nicht wesentliche Verwendungszwecke zu beschleunigen, während gleichzeitig mehr Zeit für den Ausstieg aus der Verwendung solcher Stoffe für gesellschaftlich wesentliche Verwendungszwecke gewährt wird, für die noch keine Alternativen vorhanden sind.

Neue Vorschriften, mit denen die letzten verbleibenden Formen der absichtlichen Verwendung von Quecksilber verboten werden, sind seit 2024 EU-weit in Kraft. Gemäß den neuen Vorschriften ist die Verwendung und Ausfuhr von Dentalamalgam ab dem 1. Januar 2025 verboten. Mitgliedstaaten, die mehr Zeit für die Anpassung ihrer nationalen Gesundheitssysteme benötigen, können vorübergehend ausnahmsweise bis

zum 30. Juni 2026 Zahn-Amalgam verwenden, herstellen und einführen. Letztendlich werden Zahnfüllungen somit quecksilberfrei sein, mit Ausnahme spezifischer medizinischer Zwecke oder von Fällen, in denen ein Arzt dies für unbedingt erforderlich hält.

Die EU hat außerdem neue Maßnahmen zur Beschränkung der Verwendung bestimmter schädlicher langlebiger Chemikalien in Produkten wie Textilien, Kosmetika und Verpackungen eingeführt, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu schützen.

Überarbeitete Rechtsvorschriften zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien traten im Dezember in Kraft. Durch diese neuen Vorschriften will die EU Beschäftigte, Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt vor gefährlichen Chemikalien schützen, indem die Risiken entlang der gesamten Lieferketten besser kommuniziert werden.



Übergang zur Kreislaufwirtschaft

2024 machte die EU weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft, in der weniger Rohstoffe verbraucht, das Abfallaufkommen reduziert und nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden

sollen. Dank neuer Rechtsvorschriften werden die Ressourcenproduktivität und gleichzeitig die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der EU-Wirtschaft steigen.



78 %

der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass sich die Umwelt unmittelbar auf ihren Alltag und ihre Gesundheit auswirkt. Am effektivsten können Umweltprobleme ihrer Meinung nach folgendermaßen angegangen werden:



17 %

Förderung der Kreislaufwirtschaft durch Abfallreduzierung und Wiederverwendung oder Recycling von Produkten,



14 %

Durchsetzung der Umweltvorschriften,



15 %

Wiederherstellung der Natur,

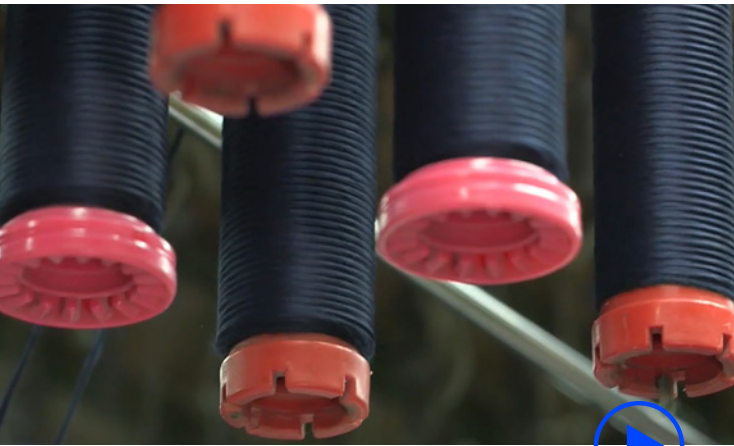


14 %

Sicherstellen, dass in der EU verkaufte Produkte der Umwelt nicht schaden.

Nachhaltige Produkte als Norm

Produkte und die Art und Weise, wie wir sie verwenden, können erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, aber dank der neuen EU-Vorschriften werden nachhaltige Produkte nach und nach zur Norm werden. Dies ergibt sich aus dem Inkrafttreten neuer Vorschriften, durch die sichergestellt wird, dass Haushaltswaren und Industrieprodukte für den täglichen Gebrauch eine längere Lebenszeit haben, Energie und Rohstoffe effizienter genutzt werden und die Produkte leichter repariert und recycelt werden können und mehr recyceltes Material enthalten. Dank digitaler Produktpässe – scannbarer Produktetiketten, über die man Informationen zur Nachhaltigkeit leicht abrufen kann – können Käufer leichter nachhaltige Entscheidungen treffen. Die Vernichtung unverkaufter Kleidung und Schuhe wird mit den neuen Vorschriften verboten.



↑
VIDEO: Neue Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte.

Im März sind neue EU-Vorschriften zur besseren Einbindung der Verbraucherinnen und Verbraucher beim grünen Wandel in Kraft getreten. Vor dem Kauf eines Produkts erhalten sie nun bessere Informationen über Haltbarkeit und Reparierbarkeit sowie über ihre gesetzlichen Garantierechte. Unternehmen können nicht mehr erklären, dass sie „umweltfreundlich“ sind, ohne eine anerkannte hervorragende Umweltleistung nachweisen zu können. Darüber hinaus werden unlautere Geschäftspraktiken wie geplanter Verschleiß oder falsche Behauptungen über die Nachhaltigkeit eines Produkts verboten. Die neuen Vorschriften gelten ab September 2026.

Die Förderung der Reparatur von Produkten trägt zu nachhaltigem Verbrauch bei. Im Juli traten neue Vorschriften zur Einführung von Maßnahmen in Kraft, durch die mehr Produkte während und nach der gesetzlichen Garantiezeit repariert werden sollen. Produkthersteller, die den Anforderungen des EU-Rechts im Hinblick auf die Reparierbarkeit (z. B. von Kühlschränken und Smartphones) unterliegen, müssen Produkte innerhalb einer angemessenen Zeit und zu einem angemessenen Preis reparieren. Während der Laufzeit der gesetzlichen Garantie müssen Verkäufer Reparaturen anbieten, es sei denn, diese sind teurer als der Ersatz. Nach Ablauf der gesetzlichen Garantie verfügen Verbraucherinnen und Verbraucher über neue Rechte und Instrumente, damit die Reparatur eine einfache und verfügbare Option darstellt. Wenn sie sich dafür entscheiden, das Produkt reparieren, anstatt es ersetzen zu lassen, erhalten sie außerdem eine zusätzliche einjährige gesetzliche Garantie auf das Produkt. Die neuen Vorschriften gelten ab Juli 2026.

Durch Recycling wird nicht nur Energie und Geld eingespart, es ist auch eine gute Quelle für kritische Rohstoffe. Der verlässliche und ungehinderte Zugang zu bestimmten Rohstoffen stellt ein zunehmendes Problem dar. In der Verordnung zu kritischen Rohstoffen, die im Mai in Kraft getreten ist, wird als Richtwert festgelegt, dass mindestens 25 % des jährlichen Verbrauchs solcher Rohstoffe in der EU aus dem Recycling stammen sollen. Außerdem enthält die Verordnung Vorschriften zur Verbesserung der Nachhaltigkeit und Kreislauffähigkeit kritischer Rohstoffe auf dem EU-Markt.

Die Einwohnerinnen und Einwohner der EU erzeugen täglich durchschnittlich ein halbes Kilogramm Verpackungsabfälle. Neue Vorschriften, die im Dezember angenommen wurden, werden für mehr Nachhaltigkeit bei Verpackungen sorgen, indem die Verwendung aufwendiger Verpackungen reduziert bzw. eingeschränkt wird und mehr Pfandsysteme für Plastikflaschen und Metalldosen zum Einsatz kommen. Wenn die Unternehmen ihre Einsparungen weitergeben, könnte jeder und jede bis zu 100 EUR pro Jahr sparen.

Die Abfallausfuhren aus der EU in Nicht-EU-Länder sind seit 2004 um 88 % auf 35 Mio. Tonnen im Jahr 2023 gestiegen. Im Mai sind neue Vorschriften in Kraft getreten, mit denen sichergestellt werden soll, dass die EU mehr Verantwortung für ihre Abfälle übernimmt. Mit der neuen Verordnung soll gewährleistet werden, dass die EU ihre Abfälle nicht in Länder außerhalb der EU ausführt und zu einer umweltgerechten Behandlung von Abfällen beiträgt.



Festival des Neuen Europäischen Bauhauses. Brüssel (Belgien), 11. April 2024.

Beim Festival Neues Europäisches Bauhaus im April wurden die Besucher zu einem Tag der nachhaltigen Mode eingeladen, an dem es auch eine kreislaforientierte und inklusive Modenschau mit 16 internationalen Designern aus acht Ländern und ihren umweltfreundlichen Kreationen zu sehen gab. Bei diesem Event wurde nicht nur die ästhetische Anziehungskraft nachhaltiger Mode hervorgehoben, sondern auch ihre Rolle bei der Förderung eines umweltfreundlichen Lifestyles.



Umwelt und Natur

Eine Halbzeitbewertung des achten Umweltaktionsprogramms, das als Richtschnur für die europäische Umweltpolitik bis 2030 dienen wird, zeigt erneut, dass die Ziele der EU im Rahmen des europäischen Grünen Deals erreicht werden können, wenn alle geplanten Maßnahmen vollständig umgesetzt werden. In der Bewertung werden auch die positiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen einer Erfüllung der Klima- und Umweltziele hervorgehoben, unter anderem in Bezug auf Wohlergehen, Gesundheit, Widerstandsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

Im August trat die bahnbrechende Verordnung der EU über die Wiederherstellung der Natur in Kraft, mit der der erhebliche Rückgang der biologischen Vielfalt aufgehalten und der Klimawandel bekämpft werden soll. Sie beruht auf der EU-Biodiversitätsstrategie und beinhaltet verbindliche Ziele zur Wiederherstellung

geschädigter Ökosysteme, insbesondere der Ökosysteme mit dem größten Potenzial zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung, sowie zur Verhütung von Naturkatastrophen und zur Verringerung ihrer Auswirkungen. Mit der neuen Verordnung werden Maßnahmen ergriffen, um bis 2030 mindestens 20 % der Land- und Meeresgebiete der EU wiederherzustellen. Bis 2050 sollen solche Maßnahmen für alle Ökosysteme, die wiederhergestellt werden müssen, eingeführt werden. Die Mitgliedstaaten müssen ihre nationalen Wiederherstellungspläne bis Mitte 2026 vorlegen und darin erläutern, wie sie die Ziele erreichen werden. Die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur ist weltweit die Erste ihrer Art und wird der EU und ihren Mitgliedstaaten auch dabei helfen, ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich der biologischen Vielfalt im Rahmen des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal nachzukommen.



Ein deutsches Projekt zur Renaturierung der Isar und ihrer Überschwemmungsgebiete im Rahmen einer einzigartigen Zusammenarbeit zwischen bayerischen Wasser- und Naturschutzbehörden gewann 2024 den LIFE-Award in der Kategorie Natur. Fast ein Jahrzehnt nach Projektbeginn kann der Fluss wieder frei fließen, und gefährdete Arten sind zurückgekehrt.

↑
Der Fluss Isar (Deutschland).



Ein von der EU finanziertes Projekt unterstützt Dänemark, Deutschland und die Niederlande dabei, Wasservögel auf der ostatlantischen Zugroute zu überwachen und zu schützen.

↑
VIDEO: Überwachung der Wasservogelbewegungen entlang der ostatlantischen Zugroute für Vögel.



Das Natura-2000-Netz von Schutzgebieten bildet seit 30 Jahren das Rückgrat der EU-Naturschutzpolitik. 2024 wurde mit den Natura-2000-Auszeichnungen ein breites Spektrum neuer Initiativen ins Blickfeld gerückt – von der Erhaltung und Bestandsbewirtschaftung des Schwarzstorches in Polen bis hin zum Meeresschutzprojekt „blaue Wälder“ in Portugal.

↑
Die Natura-2000-Auszeichnungen.

Bestehende Initiativen wurden auch 2024 weiter gefördert, beispielsweise durch die Veröffentlichung eines neuen Leitfadens für die Gestaltung besserer Landnutzungsstrategien. Dadurch sollten sich alle einschlägigen Interessenträger besser mit den Rechtsvorschriften über Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft sowie mit bewährten Verfahren vertraut machen können. Dieser Sektor ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, die Umwelt zu schützen und den Klimawandel zu bekämpfen, indem CO₂ in großem Maßstab abgebaut wird. Im Vorfeld des Internationalen Tags des Waldes im März veranstaltete die Kommission eine Konferenz, deren Ziel es war, die Anstrengungen zur Pflanzung von 3 Milliarden Bäumen bis 2030

voranzutreiben, um so die Widerstandsfähigkeit gegen Klima- und Umweltgefahren zu erhöhen.

Umweltkriminalität ist ein zunehmendes Problem, das die Umwelt, die menschliche Gesundheit und die Wirtschaft innerhalb und außerhalb der EU erheblich schädigt. Mithilfe von überarbeiteten Rechtsvorschriften, die im Mai in Kraft getreten sind, sollen die schwerwiegendsten Verstöße gegen die EU-Umweltverpflichtungen angegangen werden. Es wurden mehrere neue Straftatbestände wie das rechtswidrige Recycling von Schiffen und die rechtswidrige Wasserentnahme eingeführt. Die neuen Vorschriften stärken die Durchsetzungskette und unterstützen Umweltschützer und -fachleute bei der Bekämpfung von Umweltkriminalität. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um ihre nationalen Rechtsvorschriften anzupassen.

Umweltkriminalität

... liegt bei der organisierten Kriminalität weltweit **auf Platz vier**

... verursacht jährlich Verluste in Höhe von **80 Mrd. bis 230 Mrd. EUR**

... nimmt jedes Jahr um **5 % bis 7 %** zu

Quelle: Umweltprogramm der Vereinten Nationen, The Rise of Environmental Crime – A growing threat to natural resources, peace, development and security, 2016.

Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Unterstützung der europäischen Landwirte

In den letzten Jahren waren die europäischen Landwirte mit einer außergewöhnlichen Bandbreite an Herausforderungen und Unsicherheiten konfrontiert – von einer Pandemie über einen starken Anstieg der Energiepreise, der durch den ungerechtfertigten russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine noch verschärft

wurde, bis hin zu immer häufigeren extremen Wetterereignissen. 2024 hat die EU weitere Maßnahmen ergriffen, um die Landwirte zu unterstützen und um ihnen bei der Bewältigung der Herausforderungen zu helfen, die sich seit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik aufgetan haben.

Unterstützung für die Landwirte in der EU

- Reduzierung der Vor-Ort-Besuche durch nationale Verwaltungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik **um mindestens die Hälfte**.
- Bereitstellung von **98 Mrd. EUR** für freiwillige Maßnahmen zur Förderung von Umwelt, Klima und Tierwohl.
- Befreiung von Betrieben unter **10 Hektar** von Kontrollen und Sanktionen im Zusammenhang mit Konditionalitätsanforderungen.

Quelle: Europäische Kommission, „EU-Maßnahmen betreffend die Bedenken der Landwirte“, 2024.

Im März schlug die Kommission Änderungen bestimmter Vorschriften im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik vor, ohne dabei deren Rolle bei der Stärkung der Nachhaltigkeit in der europäischen Landwirtschaft zu schwächen. Flankiert wurde dies durch weitere Maßnahmen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für Landwirte als Teil eines umfassenderen, 2023 geschnürten Pakets zur Reduzierung von Berichterstattungspflichten. In einer Online-Konsultation, bei der 27 000 Antworten eingingen, wurde auch danach gefragt, wie die EU-Landwirte den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik, einschließlich Berichterstattungspflichten, sehen.

Darüber hinaus schlug die Kommission Maßnahmen vor, um die Entlohnung der Landwirte zu verbessern. Im Juli wurde die EU-Beobachtungsstelle für die Agrar- und Lebensmittelkette eingerichtet, die Erzeugungskosten, Gewinnspannen und Handelspraktiken erfassen soll. Ziel ist es, für mehr Transparenz und mehr Vertrauen zwischen

den Interessenträgern zu sorgen, indem Daten veröffentlicht und Informationen ausgetauscht werden. Ferner wurden Optionen für neue Vorschriften zur Korrektur von Ungleichgewichten in der Lebensmittelversorgungskette vorgestellt. Darüber hinaus legte die Kommission im April einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette vor, der in eine laufende Bewertung der gesetzlichen Vorschriften einfließen wird. Im Dezember schlug die Kommission neue Maßnahmen zur Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette und zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Durchsetzung der Vorschriften über unlautere Handelspraktiken vor.

2024 erhielten Landwirte, die von Naturkatastrophen und extremen Wetterereignissen in Bulgarien, Tschechien, Deutschland, Estland, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Rumänien und Slowenien betroffen waren, Unterstützung in Höhe von 233 Mio. EUR. Außerdem wurden Stützungsmaßnahmen eingeführt, um die Marktstörungen im Weinsektor in Portugal sowie die negativen Auswirkungen der Aviären Influenza auf die Märkte für Geflügel und Eier in Italien abzufedern.



↑
Der damalige EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski (Mitte rechts) mit Delegierten, die Junglandwirtinnen und -landwirte vertreten, auf der G7-Ministertagung zum Thema Landwirtschaft. Syrakus (Italien), 27. September 2024.

Im Januar wurde der Strategische Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft ins Leben gerufen. Dabei kamen 29 wichtige Interessenträger aus dem Agrar- und Lebensmittelbereich zusammen, um eine gemeinsame Vision für die Zukunft des Landwirtschafts- und Ernährungssystems in der EU zu erarbeiten.

Im September wurde der Abschlussbericht über den Dialog vorgelegt. Der Bericht mit dem Titel Eine gemeinsame Perspektive für Landwirtschaft und Ernährung in Europa enthält eine Bewertung der Herausforderungen und Chancen und spricht 14 Empfehlungen aus. Diese Vorschläge werden als Richtschnur für die Arbeit der Kommission bei der Ausgestaltung der Vision für Landwirtschaft und Ernährung dienen, die in den ersten 100 Tagen der neuen Amtszeit vorgelegt werden soll (siehe Kapitel 0).

2024 verhandelte die EU über die Beseitigung von Handelshemmnissen für irische und französische Rindfleischausfuhren nach Südkorea, wodurch die Erzeuger aus diesen Mitgliedstaaten Zugang zu einem der weltweit größten Einfuhrmärkte für Rindfleisch erhielten.

Die neue Verordnung über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse trat im Mai in Kraft. Dadurch wurden einheitliche Vorschriften und Verfahren für den Schutz aller geografischen Angaben im Bereich der Landwirtschaft geschaffen. Zudem wird der Schutz verstärkt, insbesondere online und bei Domänennamen im Internet.



Final Report of the Strategic Dialogue on the future of EU agriculture

4 September 2024



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (rechts) und der Vorsitzende des Strategischen Dialogs zur Zukunft der EU-Landwirtschaft, Peter Strohschneider (links), auf einer Pressekonferenz zum Abschlussbericht über den Strategischen Dialog. Brüssel (Belgien), 4. September 2024.

Nachhaltige Fischerei und Aquakultur

Der Klimawandel, der Verlust an biologischer Vielfalt und die Verschmutzung von Meeres- und Binnengewässern gefährden die Nachhaltigkeit der Fischerei- und Aquakulturressourcen. Mit dem Paket „Fischerei und Ozeane“ aus dem Jahr 2023 hat die Kommission ein Bündel von Maßnahmen vorgelegt, um diesen Herausforderungen im Zuge der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik zu begegnen. Es wurde eine Konsultation eingeleitet, um die Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik zu bewerten. Der entsprechende Bericht wird Ende 2025 erwartet.

Kontrollvorschriften sind entscheidend für die Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik, insbesondere um die Ausschöpfung der Fangquoten zu überwachen und sicherzustellen, dass unerwünschte Fänge nicht illegal ins Meer zurückgeworfen werden. Im Januar traten neue Vorschriften zur Modernisierung der Art und Weise in Kraft, wie Fischereitätigkeiten sowohl von EU- als auch von Nicht-EU-Schiffen in EU-Gewässern kontrolliert werden. Sie werden dazu beitragen, Überfischung zu verhindern, ein wirksameres und harmonisiertes Fischereikontrollsystem zu schaffen und gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den verschiedenen Meeresbecken und Flotten zu gewährleisten. Die neuen Vorschriften werden durch verstärkte Digitalisierung auch den Verwaltungsaufwand verringern und den Einsatz von Technologien fördern.

Im Dezember erzielten die EU-Fischereiministerinnen und -minister eine Einigung über die Fangmöglichkeiten für 2025. Die Einigung umfasst auch zwölf Nachhaltigkeitsmaßnahmen, bei deren Anwendung eine erhebliche Anzahl zusätzlicher Fangtage gewährt wird.

Die Kommission reagierte zudem auf Forderungen, den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb von Aquakulturanlagen in der EU zu verringern. Zu diesem Zweck wurden die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der strategischen Leitlinien für eine nachhaltigere und wettbewerbsfähigere Aquakultur unterstützt.

Eine nachhaltigere Bewirtschaftung der Meere

Auf der Konferenz „Unser Ozean“ in Griechenland bekräftigte die EU ihre Entschlossenheit zur Umsetzung der internationalen Meerespolitik, indem sie 40 Verpflichtungen zum Handeln für 2024 ankündigte, für die 3,5 Mrd. EUR an EU-Mitteln bereitgestellt wurden. Die Verpflichtungen betreffen vorrangig Bereiche wie nachhaltige Fischerei, geschützte Meeresgebiete, Ozeane und Klimawandel, nachhaltige blaue Wirtschaft und Meeresverschmutzung.



↑
Virginijus Sinkevičius, damals EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, hält eine Grundsatzrede auf der Konferenz „Unser Ozean“. Athen (Griechenland), 16. April 2024.

Illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei ist eine der größten Bedrohungen für die nachhaltige Nutzung der lebenden aquatischen Ressourcen. Sie untergräbt sowohl die weltweiten Bemühungen um eine bessere Meerespolitik als auch die Gemeinsame Fischereipolitik der EU. Im Mai zeigte die EU Senegal die „Gelbe Karte“ – eine Mahnung, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Fischerei verstärkt werden müssen. Der Wert der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei wird weltweit auf 10 Mrd. bis 20 Mrd. EUR pro Jahr geschätzt. Jährlich werden zwischen 11 Mio. und 26 Mio. Tonnen Fisch illegal gefangen; das entspricht mindestens 15 % der weltweiten Fangmengen.

Wichtige Entscheidungen, auch zum Einsatz schwimmender Geräte für den Fang von Thunfisch und anderen Fischen, werden zu einer nachhaltigeren Fischerei im Indischen Ozean beitragen. Auf der Grundlage eines Vorschlags der EU wurde auf der 28. Jahrestagung der Thunfischkommission für den Indischen Ozean im Mai eine EntschlieÙung angenommen, der zufolge treibende Fischesammelgeräte schrittweise bis 2030 vollständig biologisch abbaubar sein müssen. Auch der Rechtsrahmen für solche Geräte wurde überarbeitet, um die Nachverfolgbarkeit und die Einhaltung der Vorschriften zu verbessern.

Die EU ist bereit, den Vertrag über die hohe See, auch bekannt als Übereinkommen über die biologische Vielfalt außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, zu ratifizieren. Sie wird dies gemeinsam mit mehreren Mitgliedstaaten vor der dritten Meereskonferenz der Vereinten Nationen im Juni 2025 tun. Ziel des Übereinkommens ist es, die Ozeane zu schützen, Gerechtigkeit und Fairness zu fördern, Umweltzerstörung und Klimawandel zu bekämpfen und den Verlust der biologischen Vielfalt auf hoher See zu verhindern. Es tritt in Kraft, sobald es von 60 Parteien ratifiziert worden ist. Die EU bereitet sich aktiv auf die Umsetzung des Übereinkommens vor und unterstützt andere Länder bei ihren Bemühungen um die Ratifizierung und Umsetzung.

Nachhaltige Mobilität

Fast ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU entfällt auf den Verkehrssektor. Im Rahmen des europäischen Grünen Deals will die EU die verkehrsbedingten Emissionen bis 2050 um 90 % senken. Die Strategie für nachhaltige

und intelligente Mobilität enthält einen Fahrplan für die Verwirklichung dieser ehrgeizigen Emissionsreduktionen. In den letzten fünf Jahren wurden erhebliche Fortschritte dabei erzielt, den Verkehrssektor in der EU nachhaltiger zu machen.

Mehr als 90 % der 82 Initiativen im Rahmen der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität wurden bereits oder werden noch umgesetzt.

Im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ 2021-2027 wurden **über 21,2 Mrd. EUR** für 630 Verkehrsinfrastrukturprojekte in der gesamten EU bereitgestellt.

Die Mitgliedstaaten haben im Rahmen ihrer nationalen Aufbaupläne **fast 100 Mrd. EUR** für den Verkehrssektor bereitgestellt.

4 Mrd. EUR wurden in Forschung und Innovation mit Verkehrsbezug investiert.

Im Rahmen der Verordnung „ReFuelEU Aviation“ wird die Verwendung nachhaltiger Flugkraftstoffe gefördert und eine erhebliche Verringerung der CO₂-Emissionen um mehr als 60 % bis 2050 gegenüber 1990 erreicht. Sie ist im Januar 2024 in Kraft getreten.

Mit dem im Rahmen der Verordnung eingeführten freiwilligen Kennzeichnungssystem zur Berechnung von Flugemissionen wird es den Fluggästen ermöglicht, eine fundierte Entscheidung zu treffen, wenn sie zwischen verschiedenen Flugoptionen auswählen.

Die Verordnung „FuelEU Maritime“ trägt dazu bei, die Emissionen aus der Schifffahrt zu verringern, indem die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr sowie saubere Energietechnologien für Schiffe gefördert werden. Sie gilt seit Januar 2025.

Mit der Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe wird das Netz der elektrischen Ladestationen und Wasserstofftankstellen ausgebaut. Sie ist seit April anwendbar.

Im Laufe des Jahres wurden 42 neue Projekte ausgewählt, die EU-Mittel in Höhe von über 424 Mio. EUR für den Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (elektrische Ladestationen und Wasserstofftankstellen; Elektrifizierung des Bodenbetriebs an Flughäfen) erhalten.

VERRINGERUNG DER VERKEHRSBEDINGTEN EMISSIONEN

Die überarbeiteten CO₂-Emissionsreduktionsziele für schwere Nutzfahrzeuge (Lastkraftwagen, Busse und Reisebusse), die im Juli in Kraft getreten sind, sehen vor, dass deren Emissionen bis 2030 um 45 %, bis 2035 um 65 % und bis 2040 um 90 % gesenkt werden.

Im Rahmen der neuen Vorschriften über Emissionsgrenzwerte für Straßenfahrzeuge und Grenzwerte für die Haltbarkeit von Batterien werden für alle Fahrzeuge Reifenabrieb und Bremspartikelemissionen geregelt, womit Emissionen und Mikroplastik verringert werden.

Die Binnenschifffahrt ist energieeffizient und es kommt hier fast nie zu Stauungen. Mit einem neuen Vorschlag zur Verbesserung des Verkehrsmanagements für Flüsse und Kanäle in der EU wird die Effizienz und Zuverlässigkeit der Binnenschifffahrt gesteigert und zu dem EU-Ziel beigetragen, mehr Fracht auf die europäischen Flüsse und Kanäle zu verlagern.

Die EU macht zudem große Schritte hin zur Verringerung der verkehrsbedingten Emissionen; so hat sie etwa die Europäische Erklärung zum Radverkehr angenommen, mit der das Fahrrad ganz offiziell als nachhaltiges, zugängliches und günstiges Verkehrsmittel anerkannt wird.

Die Mitglieder der Allianz für emissionsfreie Luftfahrt haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2050 zwischen 36 % und 68 % der Flüge innerhalb der EU mit Flugzeugen abzuwickeln, deren Antrieb auf Wasserstoff oder Strom beruht. Dadurch könnten die CO₂-Emissionen auf den betreffenden Strecken um 12 % bis 31 % gesenkt werden. Die EU hat die Allianz als freiwillige Initiative ins Leben gerufen, in deren Rahmen private und öffentliche Partner zusammenarbeiten können, um den Reisenden in Europa neue Formen des nachhaltigen Verkehrs zu bieten.

Ein nachhaltiges und resilientes Verkehrsnetz

Um die Verkehrsverbindungen in ganz Europa zu verbessern, investiert die EU die Rekordsumme von 7 Mrd. EUR in nachhaltige, sichere und intelligente Verkehrsinfrastrukturen. Mit mehr als 80 % der Mittel werden Projekte unterstützt, die zur Verwirklichung der Klimaziele der EU beitragen, indem das EU-Netz von Eisenbahnen, Binnenwasserstraßen und Seeverkehrsrouten gestärkt und modernisiert wird. Gefördert werden Großprojekte zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen. Dazu gehören das Projekt Rail Baltica, das die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen verbindet, und das Fehmarnbelt-Tunnelprojekt, das Deutschland mit Dänemark verbindet.

Zudem wird – aufgrund neuer Vorschriften mit ehrgeizigen Zielen für die europäische Verkehrsinfrastruktur – an höheren Bahngeschwindigkeiten gearbeitet. Bis 2040 müssen die Personenverkehrstrassen in den wichtigsten Personenschienenverkehrskorridoren der EU von Zügen befahrbar sein, die eine Geschwindigkeit von 160 km/h oder schneller erreichen.

Sicherere Straßen

Die Straßenverkehrssicherheit in der EU hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert, wobei die Zahl der Verkehrstoten von rund 50 000 vor zwanzig Jahren auf heute etwa 20 400 gesunken ist. Um das Ziel der EU zu erreichen, die Zahl der Todesopfer bis 2050 auf null zu senken, sind jedoch weitere Maßnahmen auf EU-, nationaler und lokaler Ebene erforderlich.

Für alle in der EU verkauften Kraftfahrzeuge sind neue Vorschriften zur Erhöhung der Betriebssicherheit von Fahrzeugen in Kraft getreten. Mit den Vorschriften wird der Einsatz einer Reihe neuer Technologien und fortschrittlicher Fahrerassistenzsysteme in allen Neufahrzeugen vorgesehen. Die Maßnahmen haben seit Beginn ihrer Anwendung auf neue Fahrzeugmodelle im Jahr 2022 entscheidend zu einem besseren Schutz von Fahrzeuginsassen, Fußgängerinnen und Fußgängern und Radfahrerinnen und Radfahrern in der gesamten EU beigetragen. Bis 2038 dürften dank der Vorschriften mehr als 25 000 Menschenleben gerettet und mindestens 140 000 schwere Verletzungen verhindert werden.

Eine kooperative, vernetzte und automatisierte Mobilität ist von entscheidender Bedeutung, um dafür zu sorgen, dass der Verkehr in Europa umweltfreundlicher, sicherer und wettbewerbsfähiger wird. Die EU investiert in Zusammenarbeit mit privaten Partnern über Horizont Europa 500 Mio. EUR, um die Forschung im Bereich dieser Technologien voranzubringen.

Globales Handeln für den Planeten

Die EU setzte ihre Zusammenarbeit mit wichtigen internationalen Partnern zur Bewältigung der Dreifachkrise von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung auch im Jahr 2024 fort. Es fanden drei wichtige multilaterale Konferenzen statt: die

Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Aserbaidschan, die Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen in Kolumbien und die Konferenz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in Saudi-Arabien.

Klimakonferenz der Vereinten Nationen

Die 29. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP29) fand vom 11. bis zum 24. November 2024 in Baku (Aserbaidschan) statt. Die Vertragsparteien kamen auf dem Gipfel zusammen, um die Maßnahmen zu

beschleunigen, mit denen das Ziel des Pariser Übereinkommens – Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau – erreicht werden soll.

Zentrales Thema war die Sicherung der erheblichen Investitionen, die erforderlich sind, um die Emissionen zu verringern und gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen. Die EU spielte eine entscheidende Rolle bei der Einigung auf ein neues Ziel der Klimaschutzfinanzierung zur Unterstützung der Klimaschutzmaßnahmen von Entwicklungsländern.



Darüber hinaus spielte die EU eine wichtige Rolle bei der Fertigstellung des Regelwerks des Pariser Übereinkommens für CO₂-Märkte. Mit dem Übereinkommen, das neun Jahre lang in Arbeit war, werden die internationalen CO₂-Märkte operationalisiert, um einen soliden Rahmen für Transparenz, Rechenschaftspflicht und erhöhte Umweltintegrität zu gewährleisten. Ein weiterer wichtiger Erfolg war der Ausbau des erweiterten Lima-Arbeitsprogramms für Gleichstellungsfragen, in dem hervorgehoben wird, wie wichtig für die Vertragsparteien geschlechtergerechte Klimaschutzmaßnahmen sind.

Während der COP29 veröffentlichte die EU vor Ablauf der Frist zum Jahresende ihren ersten Zwei-Jahres-Transparenzbericht. Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der Umsetzung des Pariser Übereinkommens. Er markiert den Beginn einer neuen Ära der Rechenschaftspflicht und der Zusammenarbeit im globalen Vorgehen gegen den Klimawandel.

Die Vertragsparteien haben sich gemeinsam ein neues ehrgeiziges quantifiziertes Ziel gesetzt – es besagt, dass alle für die Klimaschutzfinanzierung zur Verfügung stehenden Mittel zusammen bis 2035 auf jährlich 1,3 Billionen USD aufgestockt werden sollen. Im Rahmen dieses Gesamtziels haben sich die entwickelten Länder verpflichtet, bis 2035 eine führende Rolle bei der Mobilisierung von mindestens 300 Mrd. USD jährlich zu übernehmen. Zugleich konnte auch die globale Beitragszahlerbasis verbreitert werden – mehr Länder wurden ermutigt, einen Beitrag zu leisten, der ihren wachsenden Emissionen und ihrem wirtschaftlichen Gewicht entspricht. Auch die transformative Rolle multilateraler Banken beim Ausbau des Klimaschutzes wurde hervorgehoben.

→ Der damals für Klimapolitik und Verkehr zuständige EU-Kommissar Wopke Hoekstra (links) mit dem zwölfjährigen Ferre Van Steenberghe, dem jüngsten Mitglied der belgischen Delegation auf der COP29-Konferenz. Baku (Aserbaidschan), 19. November 2024.



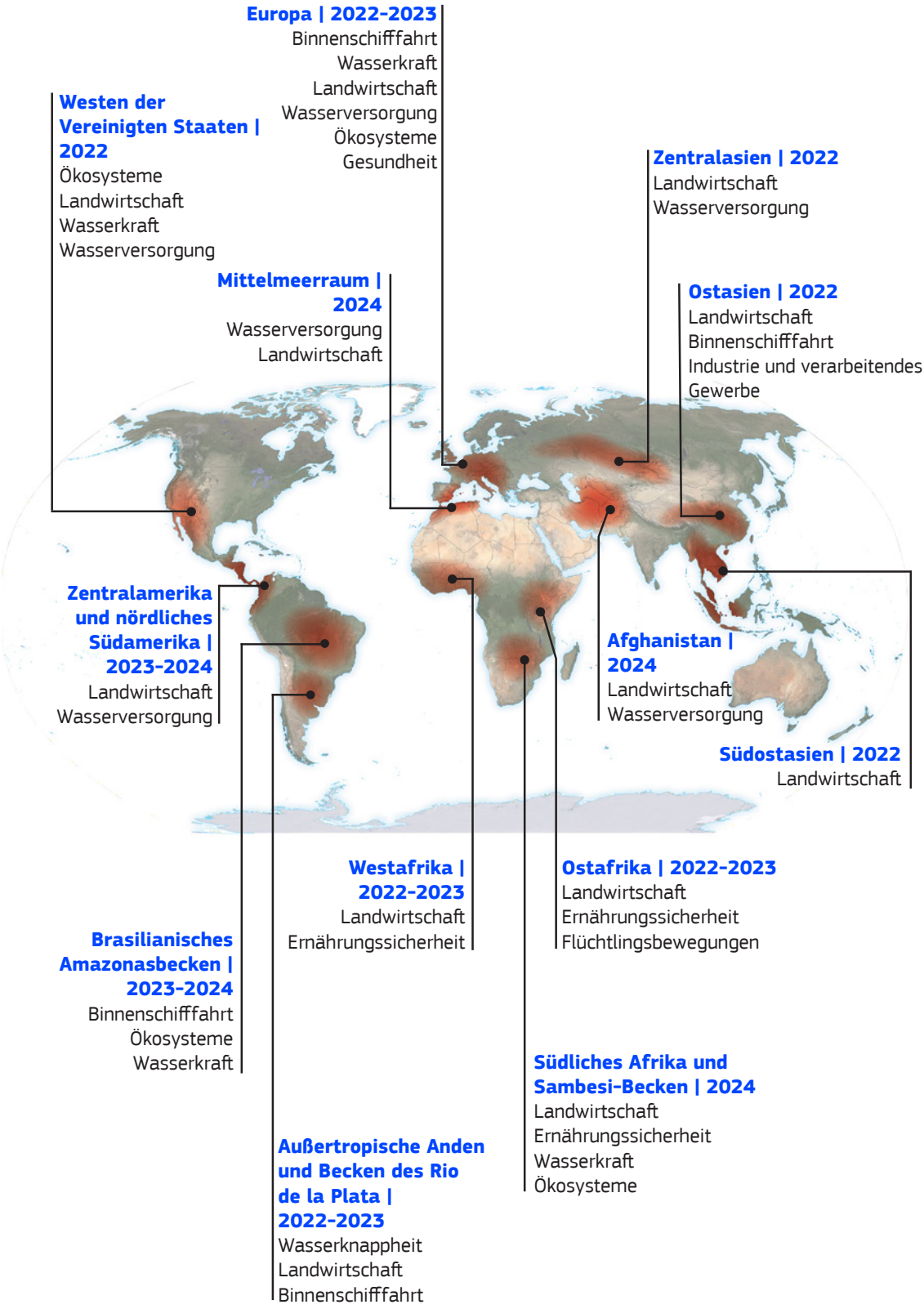
Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen

Von der 16. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Biodiversität, die im Oktober in Cali (Kolumbien) stattfand, gingen ermutigende Impulse für die Umsetzung des Globalen Biodiversitätsrahmens aus, mit dem der Verlust an Biodiversität bis 2030 aufgehalten und umgekehrt werden soll. Auf der als „COP des Volkes“ bezeichneten Konferenz wurden mehrere wichtige Entscheidungen getroffen, darunter eine Einigung über die Ausweitung der Rolle indigener Völker und lokaler Gemeinschaften bei der Erhaltung der Biodiversität sowie eine wegweisende Einigung darüber, wie die Vorteile digitaler genetischer Informationen gemeinsam genutzt werden können. Die EU hat ein Paket neuer Initiativen im Wert von fast 160 Mio. EUR vorgestellt, mit dem die Partnerländer unterstützt und die Biodiversität weltweit geschützt werden soll. Darin spiegelt sich ihr festes Bekenntnis zur Umsetzung der globalen Finanzierungsziele zugunsten des Naturschutzes.

Konferenz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung

Auf der 16. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung arbeitete die EU im Hinblick auf die Umsetzung der globalen Verpflichtungen zur Bekämpfung von Wüstenbildung, Bodendegradation und Dürre eng mit den internationalen Partnerländern zusammen. Der erste Welt-Dürre-Atlas, der von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission und im Rahmen des Übereinkommens erarbeitet wurde, wurde auf der Konferenz vorgestellt. Mit dem Atlas sollen alle Dimensionen von Dürre und ihre zunehmenden weltweiten Risiken veranschaulicht werden. Über die Darstellung der Herausforderungen hinaus bietet der Atlas auch Antworten, damit die politischen Entscheidungsträger Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz gegenüber Dürren ergreifen können.

Große Dürreereignisse mit Beispielen betroffener Systeme (2022-2024)





KAPITEL 5

Ein Europa für das digitale Zeitalter

Einleitung

In den letzten Jahren hat sich Europa an das sich rasch verändernde digitale Umfeld angepasst. Es hat darauf hingearbeitet, dass die neue Technik der Gesellschaft zugutekommt, dass Innovationen die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union steigern und ihre technologische Souveränität stärken und dass gleichzeitig die Risiken für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich bleiben. Viele Milliarden Euro wurden in den Ausbau der Glasfaser- und 5G-Technik investiert, um die Konnektivität in der gesamten EU zu verbessern. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden die Kompetenzen vermittelt, die sie für die digitale Zukunft brauchen. Das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte sind in dieser Hinsicht bahnbrechend. Sie machen den digitalen Raum für alle

sicherer und gerechter und sorgen dafür, dass auch Technologiegiganten Verantwortung für die beträchtlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten übernehmen. Die EU ist zudem führend darin, künstliche Intelligenz (KI) sicherer und vertrauenswürdiger zu machen und gleichzeitig die mit ihrem Missbrauch verbundenen Risiken zu mindern. Um Innovationen zu fördern, wurde die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Hochschulen ausgebaut und es wurden die Investitionen in Spitzentechnologien wie Hochleistungsrechnen, Halbleiter, Quanteninformatik und Weltraumtechnik beträchtlich erhöht.



Im Dezember 2024 wurde in einem Wissenschaftszentrum im belgischen Mechelen eine Ausstellung über KI eröffnet, die Wissenschaft und Technologie zugänglich macht. 17. Januar 2025.

Fortschritte in der digitalen Dekade

Fast zur Halbzeit der digitalen Dekade in Europa bewertete die EU die Fortschritte bei der Verwirklichung der mit dem digitalen Wandel in der EU angestrebten Ziele. Mit einem gemeinsamen Plan und klaren Zielsetzungen, die bis 2030 erreicht werden sollen, will Europa die neue Technik in alle Bereiche der Gesellschaft – von Schulen und Krankenhäusern bis hin zu großen und kleinen Unternehmen – integrieren und den Menschen in der EU die Instrumente an die Hand geben, mit denen sie alles, was das Internet zu bieten hat, auch optimal nutzen können.

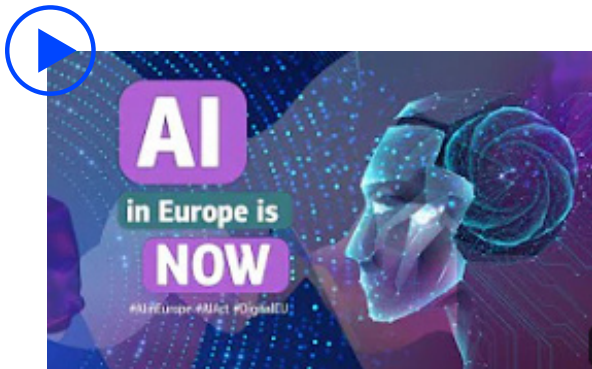
Der Fortschrittsbericht von 2024 über den Stand der digitalen Dekade zeigt, wie weit die EU bei der Verwirklichung dieser Ziele schon vorangekommen ist, macht aber auch deutlich, in welchen Bereichen Verbesserungen nötig sind. Alle Mitgliedstaaten werden aufgerufen, lokale Start-up-Unternehmen weiter zu unterstützen, digitale Kompetenzen in ihren Gemeinschaften zu fördern und die Übernahme von KI und Datenanalyse in den Unternehmen und in der Halbleiterherstellung zu verbessern. Außerdem hat die EU ihre Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat aktualisiert und dabei die unterschiedlichen Stärken und Probleme in der EU berücksichtigt.

Förderung der digitalen Wirtschaft

Künstliche Intelligenz, virtuelle Welten und Supercomputer

KI wird zu einer transformativen Kraft für die europäische Gesellschaft und Wirtschaft. Von der Fertigung bis hin zur Gesundheitsversorgung und Bildung verändert KI die bestehenden Kernprozesse und Geschäftsmodelle in allen Sektoren und verspricht mehr Effizienz und Wachstum. Sie wirft aber auch Probleme in Bezug auf eine ethische Entwicklung, die Wahrung der Grundrechte und die Cybersicherheit auf. Deshalb müssen politische Maßnahmen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden, um einerseits das Potenzial der Technik voll auszuschöpfen und andererseits die damit verbundenen Bedenken auszuräumen.

Die EU will auf dem Gebiet der KI eine führende Rolle spielen, aber nicht um jeden Preis. Sie tritt für eine verantwortungsvolle KI ein, bei der die Menschen an erster Stelle stehen. Die KI-Verordnung der EU, die im August in Kraft trat, ist der weltweit erste wirkliche Versuch, diese Technik zu regulieren. Sie enthält klare Regeln und Vorgaben dafür, wie KI eingesetzt werden kann und wie sie entwickelt werden sollte. Dadurch wird sichergestellt, dass KI-Systeme zuverlässig, fair und unvoreingenommen funktionieren und die Grundrechte der Menschen schützen. Ein harmonisiertes Regelwerk wird den Unternehmen, die KI entwickeln, die Arbeit erleichtern, weil damit Bürokratie abgebaut und Innovationen gefördert werden. Die Vorschriften verschaffen den Unternehmen auch mehr Planungssicherheit.



VIDEO: Künstliche Intelligenz ist in aller Munde – aber wer sorgt dafür, dass sie sicher ist?

Anwendung der KI-Verordnung

Seit dem Inkrafttreten der KI-Verordnung 2024 ging es so weiter:



EUROPÄISCHES GREMIUM FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Ein beratendes Gremium wurde eingerichtet, das aus Sachverständigen aus allen Mitgliedstaaten besteht und dabei helfen soll, die KI-Vorschriften in der Praxis anzuwenden.



VERHALTENSKODEX FÜR KI

Es erging ein Aufruf an KI-Unternehmen, -Sachverständige und -Organisationen, sich an der Ausarbeitung von Vorschriften für KI mit allgemeinem Verwendungszweck zu beteiligen (soll 2025 abgeschlossen werden).



WISSENSCHAFTLICHES GREMIUM

Es wurden Stellungnahmen zu einem Vorschlag für die Einsetzung und Arbeitsweise eines neuen Gremiums unabhängiger KI-Experten eingeholt. Diese Expertengruppe wird in technischen Fragen beraten und vor KI-Risiken warnen.



LEITLINIEN

Es wurde eine Reihe von Leitlinien zum verantwortungsvollen Einsatz generativer KI in der Forschung veröffentlicht.

Das neue Europäische Büro für künstliche Intelligenz, das im Mai eingerichtet wurde, wird klare Leitlinien für Unternehmen und Entwickler, die mit KI arbeiten, aufstellen und dafür sorgen, dass die neuen Vorschriften in der gesamten EU einheitlich umgesetzt werden. Als Zentrum für EU-weites KI-Fachwissen wird es auch ein Mitspracherecht bei der Genehmigung von KI-Modellen haben und sogar den Einsatz von KI-Anwendungen blockieren können, wenn diese als voreingenommen oder unsicher gelten. Im September rief die EU den KI-Pakt ins Leben, um Organisationen zur Vorausplanung anzuhalten, damit sie mit der Umsetzung der Anforderungen schon vor Ablauf der gesetzlichen Frist beginnen.



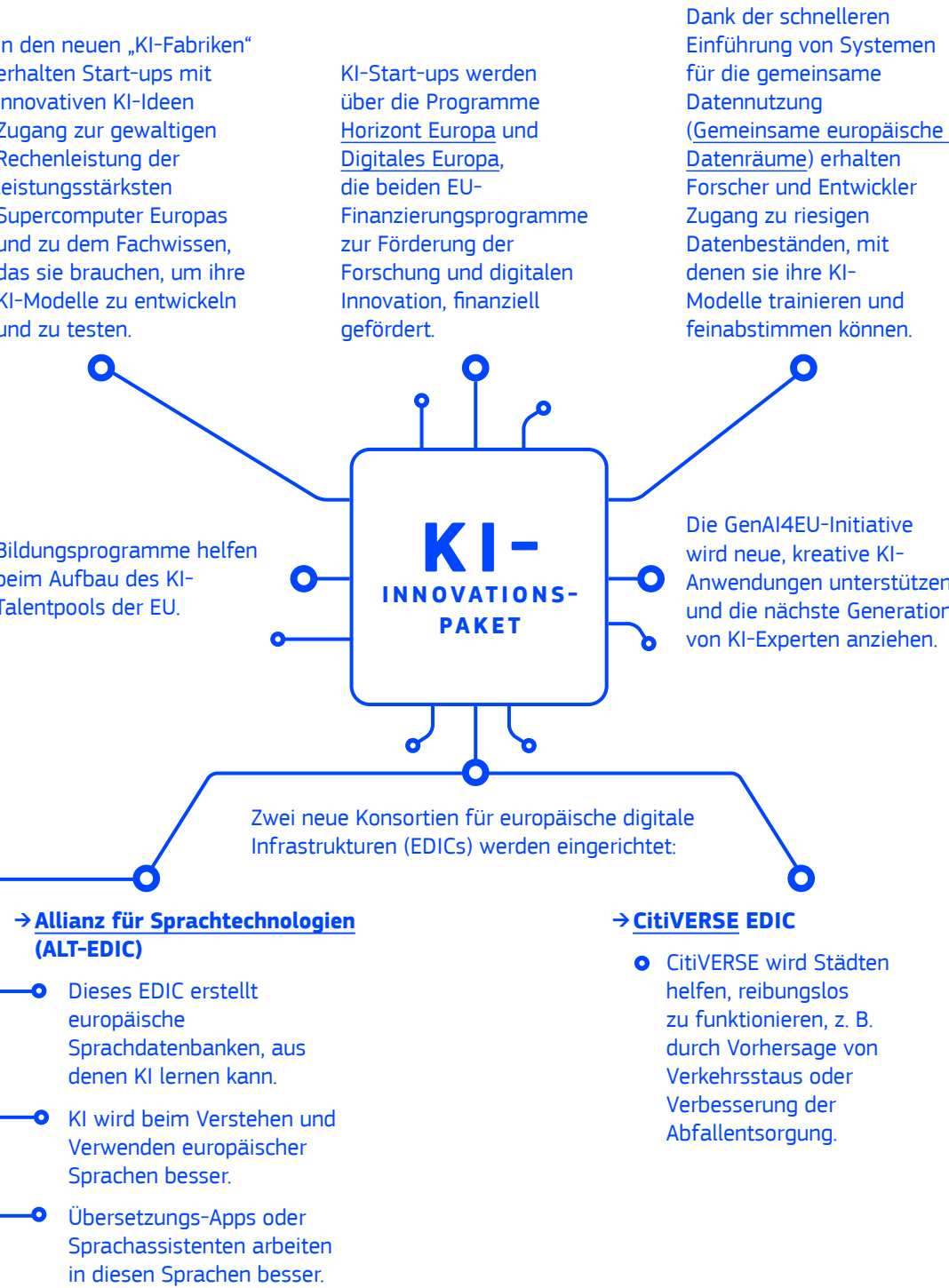
Beispiel: So halten die Niederlande die KI in Schach

Die EU unterstützte die niederländischen Behörden bei der Überwachung von KI-Systemen, damit diese Systeme mit dem EU-Recht und insbesondere der KI-Verordnung im Einklang stehen. Mithilfe des Instruments für technische Unterstützung hat das Projekt

- überprüft, wie die Behörden KI beaufsichtigen,
- die Probleme bei der Gewährleistung sicherer und fairer KI-Systeme untersucht,
- Empfehlungen abgegeben, um den Behörden beim verantwortungsvollen und rechtskonformen Einsatz von KI zu helfen.

KI-Innovationspaket zur Unterstützung von KI-Start-ups und kleinen und mittleren Unternehmen

Mit diesem im Januar 2024 angestoßenen Maßnahmenpaket werden Start-up-Unternehmen und kleine und mittlere Unternehmen in der EU bei der Entwicklung vertrauenswürdiger KI unterstützt.



Durch die Bündelung von Forschung und Regulierung schafft sich die EU ihren Platz in der globalen Technologielandschaft. Mit der KI-Verordnung setzt die EU weltweite Standards und übernimmt eine Vorreiterrolle. Im September unterzeichnete die EU das Rahmenübereinkommen des Europarats über künstliche Intelligenz, das erste rechtsverbindliche internationale Übereinkommen über künstliche Intelligenz, das vollständig mit der KI-Verordnung im Einklang steht.

Überdies setzt sich die EU für offene und zugängliche Märkte ein, insbesondere für virtuelle Welten und generative KI, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und zu verhindern, dass Monopole die Innovation ausbremsen. Ziel ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem kleinere Unternehmen und Start-ups mit den Technologiegiganten konkurrieren können.

KI und virtuelle Welten verschieben zwar immer weiter die Grenzen der digitalen Innovation, die zur Fortentwicklung dieser Technologien benötigte Rechenleistung hängt aber in hohem Maße von der Verfügbarkeit äußerst leistungsstarker Computer ab. Im September 2024 veröffentlichte die EU eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Modernisierung bestehender Supercomputer und die Anschaffung mehrerer neuer Supercomputer mit KI-Fähigkeiten, wodurch das größte öffentliche Supercomputernetz der Welt weiter ausgebaut werden soll. Mit solchen Computern können einige der größten Herausforderungen der Menschheit angegangen werden, z. B. die schnellere Entdeckung neuer Medikamente oder die Verbesserung der Klimamodellierung.



↑
Margrethe Vestager, damals für ein Europa für das digitale Zeitalter zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, bei der Eröffnungsveranstaltung der DestinE-Plattform. Kajaani (Finnland), 10. Juni 2024.



VIDEO: Was ist Destination Earth?



Die EU-Leitinitiative Destination Earth (DestinE), mit der ein hochpräziser digitaler Zwilling der Erde entwickelt werden soll, wird eine wichtige Rolle dabei spielen, Europa bei der Anpassung an den Klimawandel voranzubringen. Im Zuge seiner Einführung im Juni wurden Europas Hochleistungsrechner damit beauftragt, die Auswirkungen des Klimawandels und extremer Wetterereignisse zu simulieren. Dank dieser Initiative wird Europa besser auf Naturkatastrophen größeren Ausmaßes und die Bewertung potenzieller sozioökonomischer und politischer Auswirkungen solcher Ereignisse vorbereitet sein.

Im Rahmen des Projekts wird der finnische Supercomputer LUMI – zusammen mit anderen EU-Supercomputern – genutzt, um einen hochpräzisen Zwilling der Erde zu schaffen. Dies ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie EU-Supercomputer mithilfe der KI und fortgeschrittener Modellierungen die Folgen des Klimawandels und von Extremwetterereignissen simulieren.

Zudem blickt die EU schon über die Exa-Rechentechnik hinaus in eine Zukunft, in der wissenschaftliche Durchbrüche dank der nächsten Generation von Quantencomputern in beispiellosem Tempo erzielt werden könnten. Da Quantencomputer aber auch heutige Verschlüsselungssysteme durchbrechen könnten, gab die EU im Mai eine Empfehlung ab, in der sie die Mitgliedstaaten dazu aufrief, die bestehenden Verschlüsselungsmethoden zum Schutz kritischer Daten zu verbessern.

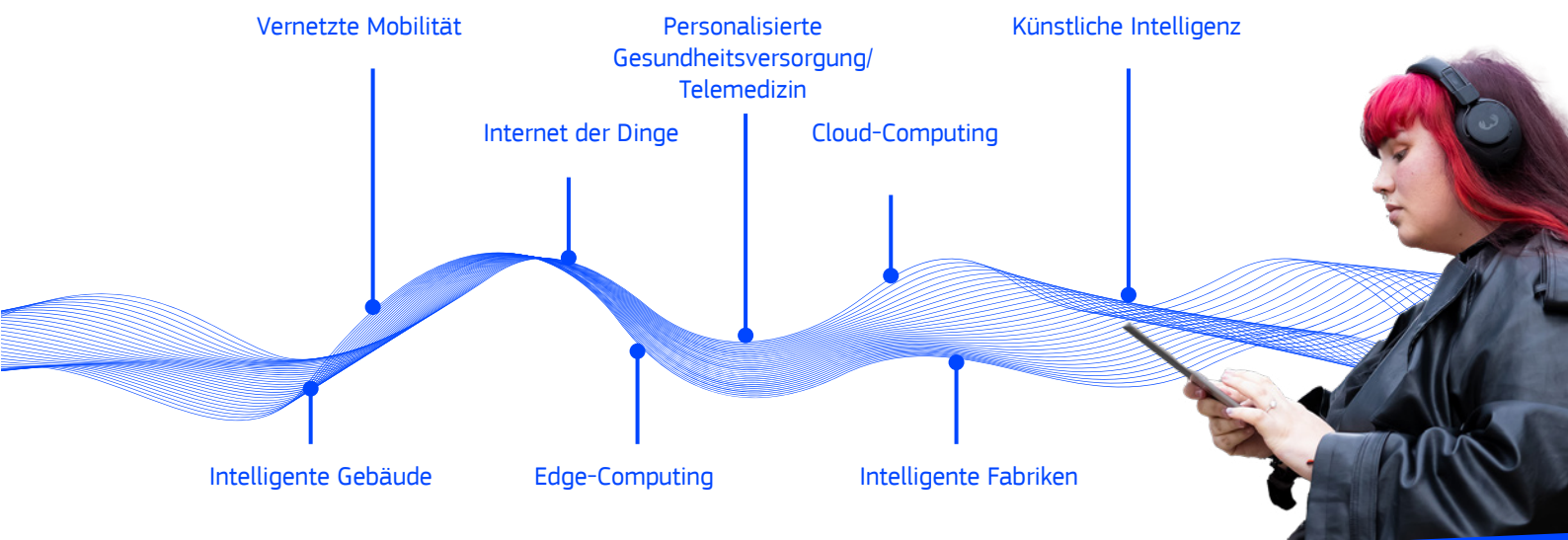
Im Jahr 2024 hat die EU mehr als 65 Mio. EUR in KI und 47 Mio. EUR in Quantentechnologien investiert.

Konnektivität

Die EU hat auch im Jahr 2024 weiter in digitale Infrastrukturen investiert. Über die Fazilität „Connecting Europe“ (CEF Digital), das EU-Finanzierungsprogramm zur Förderung der Einführung digitaler Dienste, wurden 420 Mio. EUR bereitgestellt. Im Zuge des neuen Arbeitsprogramms der Fazilität „Connecting Europe – Digitales“ werden von 2024 bis 2027 zusätzliche Mittel in Höhe von 865 Mio. EUR bereitgestellt, um sowohl den

5G-Ausbau in Städten und Gemeinden und entlang wichtiger Verkehrsrouten als auch die Verlegung von Seekabeln zur Verstärkung der Backbone-Netze der EU – Datenleitungen mit hoher Kapazität, die den Kern ihrer Internetinfrastruktur bilden – zu unterstützen.

Schnelle, zuverlässige Netze als Voraussetzung für die Technik von morgen



UM EINEN ERFOLGREICHEN DIGITALEN UMBAU ZU UNTERSTÜTZEN, HAT DIE EU SPEZIFISCHE ZIELE FESTGELEGT, UM BIS 2030 FOLGENDES ZU ERREICHEN:

- 1** Gigabit-Netzanbindung für alle.
- 2** Flächendeckende Hochgeschwindigkeitsverbindungen (mindestens 5G).
- 3** 10 000 Cloud-Randknoten (Server, die näher bei den Nutzerinnen und Nutzern stehen, um eine schnellere Datenverarbeitung und schnellere Reaktionszeiten zu gewährleisten).
- 4** Quanteninformatik in der EU bis 2025.
- 5** 20 % der weltweiten Chip-Herstellung in der EU.

Im Februar gab die EU eine Empfehlung zum Schutz von Seekabeln ab, in der diese als kritische Infrastruktur anerkannt wurden. Über solche Seekabel läuft der größte Teil des weltweiten Datenverkehrs, sie sind aber anfällig für Beschädigungen und Sabotage, weshalb ihr Schutz für die weltweite Kommunikation und die wirtschaftliche Sicherheit unverzichtbar ist.

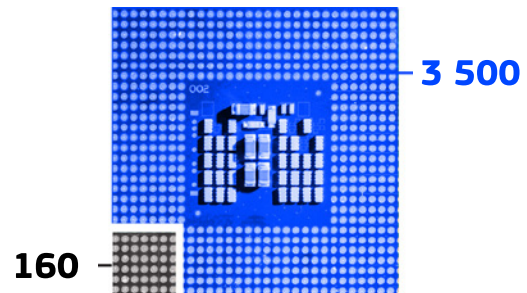
Die 2024 verabschiedete Gigabit-Infrastrukturverordnung soll den Aufbau von Netzen mit hoher Kapazität (wie Glasfaser- und 5G-Netzen) für Unternehmen beschleunigen und erleichtern. Sie beseitigt schwerfällige Formalitäten, Genehmigungen und Vorschriften, die den Netzausbau bisher verlangsamt haben, und soll für ein schnelleres Internet, eine bessere Konnektivität und bessere Dienste für alle sorgen. Die gleichzeitig abgegebene Gigabit-Empfehlung soll den Wettbewerb zwischen den Anbietern beleben und den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Wahlmöglichkeiten und bessere Preise verschaffen. Außerdem wurde eine Einigung über die Vorschriften für Anrufe und Textnachrichten von einem Mitgliedstaat in einen anderen erzielt, die sicherstellt, dass schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher bis 2032 weiterhin vor hohen Kosten für solche Dienste geschützt werden.



↑
VIDEO: 5G-Netzanbindung steigert das Potenzial des ländlichen Raums.

Die EU-Halbleiterindustrie

Von den Smartphones in unseren Taschen bis zu den Autos, die wir fahren: In den Geräten, die das moderne Leben bestimmen, stecken Halbleiter, gemeinhin auch Chips genannt. Durch Investitionen in Forschung, Fertigungsanlagen und Infrastrukturen arbeitet die EU daran, bei der Halbleiterherstellung mehr Eigenständigkeit zu erlangen.



Ein Mobiltelefon enthält etwa 160 verschiedene Chips.

Ein Hybridelektrofahrzeug enthält bis zu 3 500 Chips.

2024: ein Jahr der Fortschritte für die Chipindustrie der EU

FEBRUAR

Veröffentlichung von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Wert von 216 Mio. EUR für Halbleiter, Mikroelektronik und Photonik.

APRIL

Auswahl der Projektträger für den Aufbau von vier Halbleiter-Pilotanlagen zur Erprobung von Fertigungsmethoden, die mit 3,7 Mrd. EUR von der EU und den Mitgliedstaaten gefördert werden.

MAI

Genehmigung einer staatlichen Beihilfe in Höhe von 2 Mrd. EUR, um einen weltweit tätigen Chiphersteller beim Aufbau einer Fertigungsanlage für Siliziumkarbidchips zu unterstützen.

→ *Solche Chips halten größerer Hitze stand als reguläre Chips und eignen sich ideal für Elektrofahrzeuge und Systeme der erneuerbaren Energien.*

JULI

Veröffentlichung von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Wert von 330 Mio. EUR zur Unterstützung

- der Photonik,
- der Kompetenzzentren,
- des Cloud-gestützten Halbleiterentwurfs.

AUGUST

Veröffentlichung von zwei neuen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Quantenchip-Technologien.

Für den Bau einer Fabrik für Hochleistungsmikrochips wurden staatliche Beihilfen in Höhe von 5 Mrd. EUR genehmigt.

DEZEMBER

Das Europäische Forum für Elektronikkomponenten und -systeme betonte die Notwendigkeit der Förderung der Innovation und Herstellung von Halbleitern in der EU.

Digitale Wirtschaft

Unternehmen, die ihre Tätigkeit auf andere Mitgliedstaaten ausweiten wollen, müssen den Behörden in diesen Ländern häufig nachweisen, dass sie ein EU-Unternehmen sind, und erneut bestimmte Angaben zu ihrem eingetragenen Hauptsitz oder die Namen ihrer gesetzlichen Vertreter vorlegen, obwohl diese Daten bereits im Unternehmensregister ihres eigenen Mitgliedstaats verfügbar sind. Mit den neuen EU-Unternehmensvorschriften, die im Dezember erlassen wurden, werden digitale Instrumente eingeführt, um diesen Verwaltungsaufwand zu verringern. So müssen Unternehmen zur Gründung von Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen in anderen Mitgliedstaaten keine Dokumente mehr erneut vorlegen, da diese Informationen nach dem Grundsatz der einmaligen Erfassung direkt zwischen Unternehmensregistern ausgetauscht werden. Darüber hinaus werden die Unternehmen mit einer mehrsprachigen EU-Gesellschaftsbescheinigung – d. h. einer Art EU-Unternehmensausweis – leicht nachweisen können, dass sie rechtmäßig in der EU niedergelassen sind, und eine EU-Vollmacht wird es den Unternehmensvertretern ermöglichen, ihre Rechts- und Geschäftsangelegenheiten grenzüberschreitend zu erledigen.

Ebenso baut die EU besser vernetzte öffentliche Verwaltungen auf, z. B. durch die Anbindung ihres Systems zur Verknüpfung von Unternehmensregistern, das Unternehmensregister in der gesamten EU miteinander verbindet, an die Systeme der Register wirtschaftlicher Eigentümer und der Insolvenzregister. Dadurch wird auch der Zugang zu Unternehmensinformationen im Binnenmarkt erleichtert.



Der digitale Umbau ist für die Unternehmen unumgänglich, wenn sie in der sich rasch verändernden heutigen Welt wettbewerbsfähig bleiben wollen, und die EU unterstützt sie aktiv dabei. Dies geschieht unter anderem mithilfe der europäischen digitalen Innovationszentren, die die Unternehmen bei der Einführung digitaler Technik, einschließlich KI, unterstützen. So könnte ein solches Zentrum einem kleinen Einzelhandelsunternehmen beispielsweise dabei helfen, KI-Chatbots für seinen Kundendienst einzurichten, oder ihm Werkzeuge zur Analyse von Verkaufsdaten anbieten, damit es seine Lagerbestände besser verwalten kann. Im Jahr 2024 weitete das Netz europäischer digitaler Innovationszentren seine Tätigkeiten auf weitere Länder aus und entwickelte ein neues digitales Selbstbewertungsinstrument für kleine und mittlere Unternehmen, um deren technologische Reife abzuschätzen.



VIDEO: Die Kraft des digitalen Wandels dank des Netzes europäischer digitaler Innovationszentren.



Eine Erfolgsgeschichte der europäischen digitalen Innovationszentren

Die Gas Grün GmbH, ein kleines Biogas-Start-up aus Deutschland, hatte Schwierigkeiten, die Energieausbeute ihrer Biogasanlagen zu optimieren. Mit der Hilfe eines digitalen Innovationszentrums entwickelte das Unternehmen ein KI-gestütztes Steuersystem, mit dem es die Energieerzeugung maximieren und den Abfall minimieren konnte. Dadurch konnte das Unternehmen sein Geschäft ausweiten und seine Erfolge auf Veranstaltungen der Branche präsentieren.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten arbeiten auch an der Entwicklung eines zentralen digitalen Meldeportals, um den Verwaltungsaufwand von Unternehmen (einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen), die Mitarbeitende in einen anderen Mitgliedstaat entsenden, zu verringern. Ein neues Online-System wird den Unternehmen helfen, die nationalen Meldevorschriften einzuhalten, wenn sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in andere Mitgliedstaaten entsenden. Das System wird in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung stehen, einfach zu verwenden sein und den Nutzern die Weiterverwendung von Angaben aus früheren Meldungen ermöglichen.

Digitale Dienste für Verkehr und Mobilität

Die EU unternimmt Schritte, um die Art und Weise, wie wir uns in unseren Städten fortbewegen, zu verbessern. Das Datenaustauschprojekt DeployEMDS ist ein Eckpfeiler der EU-Bestrebungen zur Schaffung eines gemeinsamen Mobilitätsdatenraums. Dabei geht es um die Einrichtung eines Systems, mit dem Städte Informationen über Verkehrsströme und öffentliche Verkehrsmittel in Echtzeit austauschen können. Dieses intelligente Netz, das schon in neun Städten und Regionen erprobt wird, soll dazu beitragen, Probleme der städtischen Mobilität in der gesamten EU zu erkennen und anzugehen.

Angesichts der raschen Entwicklung der Drohnentechnik werden klare Vorschriften in diesem Bereich immer dringender. Die EU hat neue Maßnahmen ergriffen, um die neuartigen Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit neuen Luftmobilitätsdiensten zu lösen. Damit werden zwei Ziele verfolgt: Straffung der Regulierungsprozesse unter Beibehaltung hoher Sicherheitsstandards und Vereinheitlichung der Vorschriften in allen Mitgliedstaaten. Solche harmonisierten Vorschriften werden Drohnenentwicklern und -nutzern das Leben erleichtern. Klare und kohärente Vorschriften stärken auch das Vertrauen der Unternehmen in neue Drohnentechnik und begünstigen somit Innovationen in der gesamten EU.

Aufbau einer sicheren und inklusiven digitalen Gesellschaft

Sichere Online-Dienste

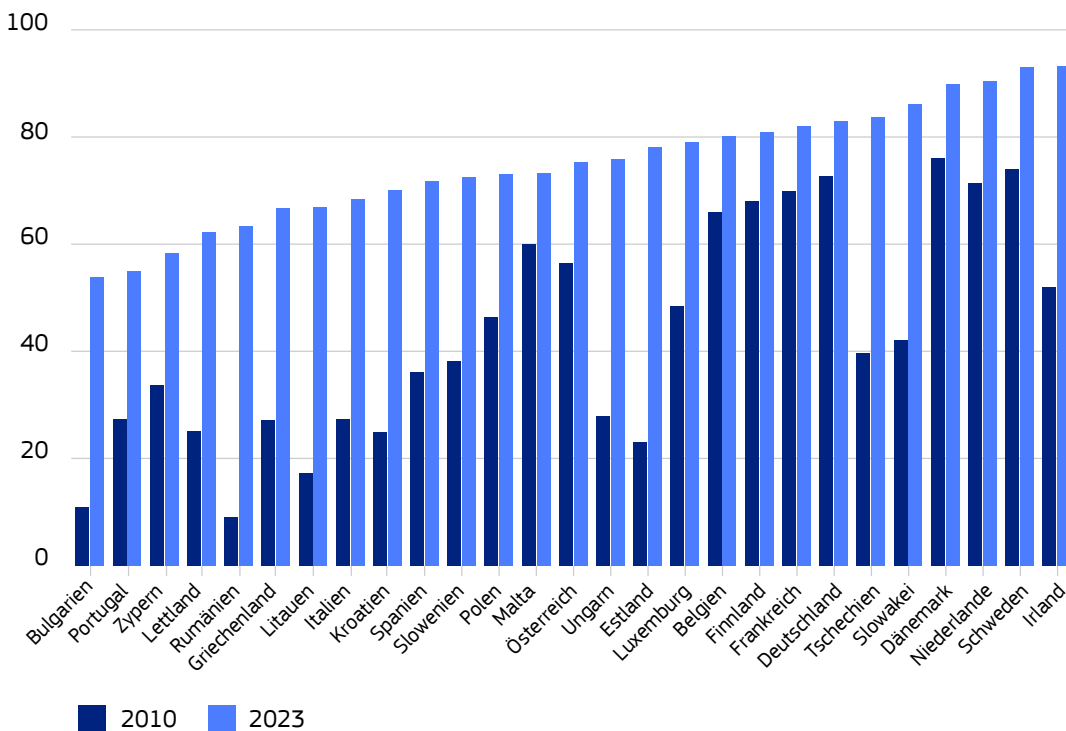
Das Internet ist zwar von unschätzbarem Wert, es birgt aber auch Herausforderungen wie Falschinformationen, illegale Hassreden und andere Formen rechtswidriger Inhalte und Praktiken. Um solche Praktiken einzudämmen und die Online-Sicherheit zu erhöhen, hat die EU zwei wichtige Rechtsvorschriften erlassen: das Gesetz über digitale Dienste (DSA) und das Gesetz über digitale Märkte (DMA).

Das Gesetz über digitale Dienste schreibt vor, dass Online-Plattformen bei der Entfernung illegaler Inhalte proaktiver vorgehen, die Transparenz ihrer Algorithmen erhöhen und bestimmte Arten gezielter Werbung unterbinden müssen. Es enthält neue Vorschriften für Online-Plattformen, soziale Medien und Websites des elektronischen Handels und gilt seit Februar 2024 in der gesamten EU. Größere Plattformen, die als sehr große Online-Plattformen bezeichnet werden, müssen aufgrund ihres größeren Einflusses auch strengere Vorschriften einhalten.

Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer, die online einkaufen, in Prozent

In der EU kaufen
300 Millionen
Menschen online ein.

Zwischen 2010 und 2023 wurde beim
Online-Shopping ein **Anstieg um
24 Prozentpunkte** verzeichnet.



Quellen: Eurostat, Internet-Käufe durch Einzelpersonen (2002 bis 2019), 16. Juni 2024; Eurostat, Internet-Käufe durch Einzelpersonen (ab 2020), 17. Dezember 2024.

Wichtige Änderungen infolge des DSA, die sich auf den elektronischen Handel auswirken

✓ MEHR TRANSPARENZ

Verkäufer müssen nun klarere Informationen über Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

✓ STRENGERE WERBEVORSCHRIFTEN

Mehr Transparenz und größere Kontrolle der Nutzerinnen und Nutzer in Bezug auf gezielte Werbung.

✓ BESSERER VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbesserte Bestimmungen schützen die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen Inhalten und Betrug.

✓ RECHENSCHAFTSPFLICHT DER PLATTFORMEN

Marktplätze müssen rasch gegen illegale Produkte vorgehen.

Wie hat die EU das Gesetz über digitale Dienste im Jahr 2024 durchgesetzt?

NEUAUFNAHMEN IN DIE BEOBACHTUNGSLISTE

Drei neue sehr große Online-Plattformen kamen hinzu:

- > Shein
- > Temu
- > XNXX

LAUFENDE UNTERSUCHUNGEN

Auskunftsverlangen und Verfahren wegen möglicher Verstöße gegen das Gesetz über digitale Dienste gegen:

- > AliExpress
- > TikTok
- > Meta
- > X
- > Temu

Die Mitgliedstaaten haben ihre Koordinatoren für digitale Dienste aus dem Kreise ihrer nationalen Regulierungsbehörden benannt.

Der Schutz von Kindern war einer der Schwerpunkte der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste. In diesem Zusammenhang wurde gegen drei große Plattformen vorgegangen, weil ihre Altersüberprüfung unzureichend war und sie Minderjährigen schädliche Inhalte zugänglich gemacht hatten. Parallel dazu werden Lehrkräfte als DSA-Schulbetreuer geschult, damit sie ihre Schülerinnen und Schüler bei Online-Problemen wie Cybermobbing und Falschinformationen beraten und so einen sichereren digitalen Raum für junge Nutzerinnen und Nutzer schaffen können. 2024 war auch das zweite Jahr der Umsetzung der Strategie für ein besseres Internet für Kinder. In diesem Rahmen wurde ein Selbstbewertungsinstrument veröffentlicht, das Plattformen dabei helfen soll, Kinder im Internet besser zu schützen.

Das Gesetz über digitale Dienste trägt dazu bei, die Integrität von Wahlen vor Online-Bedrohungen, wozu auch KI-generierte Inhalte zählen, zu schützen. Dazu wird die Abwehrbereitschaft der Plattformen in Stresstests geprüft und es werden Leitlinien zur Risikominderung und zur klaren Kennzeichnung von KI-Inhalten veröffentlicht. Ergänzende Vorschriften, die im März erlassen wurden, werden die Verwendung personenbezogener Daten in politischer Werbung sowohl online als auch offline einschränken. Sie sehen vor, dass politische Werbung mit Transparenzsiegeln gekennzeichnet werden muss und Online-Targeting nur mit ausdrücklicher Einwilligung zulässig ist. Außerdem wird das Profiling auf der Grundlage sensibler personenbezogener Daten verboten. In einem europäischen Werbearchiv werden Details zu allen politischen Anzeigen und deren Targeting-Methoden gesammelt, um das Risiko von Manipulationen und Einflussnahme aus dem Ausland zu verringern. Politische Werbung im Namen von Akteuren außerhalb der EU ist in den drei Monaten vor einer Wahl verboten.



Wie schützt das Gesetz über digitale Dienste Minderjährige im Internet?



Kindgerechte Meldemechanismen für illegale oder unangemessene Inhalte.



Besserer Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre.



Klare und kurz gefasste Geschäftsbedingungen.



Keine gezielt auf Kinder und Jugendliche ausgerichtete Werbung.

Es wurde eine Überarbeitung der Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorgeschlagen, um neuen Bedrohungen im Zusammenhang mit dem sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet, wie Deepfakes und Foren für Pädophile, entgegenzuwirken. Mit den neuen Vorschriften werden auch die Prävention und die Opferhilfe gestärkt und Mindeststandards für die Strafverfolgung in der EU festgelegt. Eine befristete rechtliche Maßnahme zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet wurde bis 2026 verlängert, um laufende freiwillige Maßnahmen zur Aufdeckung und Entfernung missbräuchlicher Inhalte weiter zu ermöglichen. Diese Bemühungen tragen zum Schutz von Kindern im Internet bei, während die EU dauerhaftere Rechtsvorschriften ausarbeitet, um diese Probleme langfristig wirksam anzugehen.

Die Welle von Intoleranz im Internet steht nicht nur im Widerspruch zu den Grundprinzipien der EU, sondern stellt auch eine ernsthafte Bedrohung für die Opfer dar und gefährdet die Meinungsfreiheit und den demokratischen Diskurs. Plattformen der sozialen Medien unterliegen nun einer strengeren Aufsicht, da die EU mit den Regulierungsbehörden zusammenarbeitet, um Minderjährige besser

zu schützen, Plattformen transparenter zu gestalten, gegen illegale Inhalte und systemische Desinformation vorzugehen und die Durchsetzung durch gemeinsame Schulungen, Diskussionen und Forschung zu verbessern.

Der Schwerpunkt des Gesetzes über digitale Dienste liegt auf dem Schutz der Nutzer und dem Umgang mit Inhalten. Mit dem Gesetz über digitale Märkte hingegen wird sichergestellt, dass unsere digitalen Märkte fair und wettbewerbsfähig bleiben. Das Gesetz über digitale Märkte ist eines der ersten Instrumente zur Regulierung der Macht großer Unternehmen im Digitalbereich. Es ergänzt das EU-Wettbewerbsrecht, das nach wie vor in vollem Umfang Anwendung findet. Das Gesetz enthält klare Kriterien für die Benennung von Torwächtern – großen digitalen Plattformen wie Suchmaschinen, App-Stores und Nachrichtenübermittlungsdiensten. Seit März 2024 müssen sich die Torwächter – derzeit sieben an der Zahl – an alle Vorgaben des Gesetzes über digitale Märkte halten, damit sie den Wettbewerb nicht behindern. So wird sichergestellt, dass kleinere Unternehmen faire Wettbewerbschancen haben und dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Auswahl haben und fairere Preise zahlen.

Wie hat die EU das Gesetz über digitale Märkte im Jahr 2024 durchgesetzt?

Neu benannte Torwächter

→ Booking.

Gesamtzahl der Torwächter: 7.

Neue zentrale Plattformdienste

(von Torwächtern bereitgestellte Dienste, die erhebliche Auswirkungen auf den digitalen Markt haben)

→ Apple iPadOS.

Gesamtzahl zentraler Plattformdienste: 24.

Mehr Kontrolle für die Nutzerinnen und Nutzer

→ Regulierungsdialoge mit Torwächtern, um sicherzustellen, dass sie das Gesetz über digitale Märkte einhalten.

Die Nutzerinnen und Nutzer können nun

- ihre bevorzugten Browser und ihre Lieblingssuchmaschinen auswählen, ohne von einem Torwächter zur Nutzung eines vorgegebenen Standards gezwungen zu werden;
- Geräte verwenden, ohne an andere Dienste desselben Torwächters gebunden zu sein;
- Daten einfacher auf andere Dienste übertragen.

Untersuchungen und vorläufige Beurteilungen

→ Sechs Vertragsverletzungsverfahren (formelle Untersuchungen von Regelverstößen) wurden eingeleitet.

→ Darüber hinaus wurden zwei Präzisierungsverfahren (Verfahren zur Klärung rechtlicher Verpflichtungen) eingeleitet, und es wurden vorläufige Feststellungen verschickt.

→ Vorläufige Feststellungen zu möglichen Regelverstößen wurden an folgende Unternehmen versandt:

- **Apple**, weil das Unternehmen App-Entwickler daran gehindert hat, Nutzerinnen und Nutzer über günstigere Zahlungsoptionen außerhalb seines App-Stores zu informieren;
- **Meta**, um zu prüfen, ob sein „Pay or consent“-Modell den Nutzerinnen und Nutzern tatsächlich die freie Wahl lässt, wenn sie die Datenerhebung ablehnen.

Im Jahr 2024 wurden zwei Instrumente für Hinweisgeber eingeführt, die es Einzelpersonen ermöglichen, Informationen weiterzugeben, die dazu beitragen, schädliche Praktiken von Plattformen zu erkennen und aufzudecken, und die sie dabei vor Repressalien schützen. Transparenz ist unerlässlich, um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den digitalen Markt zu stärken, insbesondere in Bezug auf Online-Influencer und Einzelhandelsplattformen.

Eine Überprüfung (oder auch ein „Sweep“) von Beiträgen in den sozialen Medien ergab, dass Online-Influencer nur selten auf den kommerziellen Charakter der von ihnen produzierten Inhalte hinweisen:

97 %

der Influencer veröffentlichten kommerzielle Inhalte, aber

nur jeder Fünfte
kennzeichnet diese durchgängig als Werbung.

Online-Marktplätze gewinnen zunehmend an Beliebtheit. Allerdings wurde ihnen nachgewiesen, dass sie die Verbraucherinnen und Verbraucher im Hinblick auf die Preisgestaltung und Geschäftsbedingungen irreführen. Infolge einer gemeinsamen Maßnahme der nationalen Verbraucherschutzbehörden und der EU haben mehrere Online-Plattformen zugesagt, ihre Geschäftspraktiken zu verbessern.

Problematische Vermarktungspraktiken zeigen, dass bessere Verbraucherschutzvorschriften im Internet erforderlich sind. Im Oktober wurden bei einer Überprüfung Lücken im EU-Verbraucherschutzrecht festgestellt. So sind Rechtsvorschriften zum Teil unklar, werden in den einzelnen Ländern unterschiedlich angewendet oder kaum durchgesetzt. Bestimmte Bereiche, in denen nachgebessert werden muss, werden 2025 eingehend überprüft.

Cybersicherheit

Nur wenige Vorfälle können das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher, die Stabilität der Märkte und die Glaubwürdigkeit der Institutionen stärker untergraben als eine Verletzung des Datenschutzes oder die Abschaltung von Online-Diensten. Die Cybersicherheit ist daher zu einem zentralen Anliegen für alle geworden.

Die Rechtsvorschriften über Maßnahmen zur Erreichung eines hohen gemeinsamen Cybersicherheitsniveaus in allen Mitgliedstaaten (bekannt als NIS-2-Richtlinie)

Viagogo, ein Online-Marktplatz für den Verkauf von Veranstaltungstickets aus zweiter Hand, hat sich verpflichtet,

- die Verbraucherinnen und Verbraucher besser über die Bedingungen für den Weiterverkauf von Tickets zu informieren;
- Verbraucherinnen und Verbraucher nicht länger durch Countdown-Zähler unter Kaufdruck zu setzen.

Vinted, ein Online-Marktplatz für den Verkauf gebrauchter Waren, hat folgende Änderungen vorgenommen:

- Bereitstellung klarerer Informationen über den Gesamtpreis der Artikel, bevor die Verbraucherinnen und Verbraucher ihren Kauf abschließen;
- Sicherstellung, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, wie sie eine Erstattung erhalten können, wenn ihre Bestellung nicht ankommt oder die Ware gefälscht ist.

Temu, ein Online-Marktplatz, wurde über Praktiken auf seiner Plattform informiert, die gegen das EU-Verbraucherrecht verstoßen, darunter falsche Rabatte, Verkauf unter Ausübung von Druck, gefälschte Bewertungen, irreführende Informationen und erzwungene Spielifizierung. Das Unternehmen wurde angewiesen, sich an die EU-Vorschriften zu halten. Die Untersuchung läuft weiter.

sind seit Oktober anwendbar. Darin sind rechtliche Maßnahmen zur Erhöhung des allgemeinen Cybersicherheitsniveaus in der EU vorgesehen. Der Anwendungsbereich der Cybersicherheitsvorschriften wird auf weitere kritische Sektoren und Einrichtungen ausgeweitet. Zu diesen Sektoren gehören die öffentliche elektronische Kommunikation, digitale Dienste, die Abwasser- und Abfallwirtschaft, die Weltraumwirtschaft, Postdienste und die öffentliche Verwaltung.

Bedeutung der Cybersicherheit



71 %

der EU-Unternehmen sind der Ansicht, dass der Cybersicherheit eine hohe Priorität zukommt.



57 %

der EU-Unternehmen haben mindestens eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter, die/der direkt mit der Cybersicherheit zusammenhängende Aufgaben wahrnimmt.

WELCHE CYBERSICHERHEITSKOMPETENZEN SIND FÜR EU-UNTERNEHMEN AM WICHTIGSTEN?



25 %

der Unternehmen sind der Ansicht, dass die Durchführung von Verfahren zum Schutz von Daten und der Privatsphäre am Arbeitsplatz am wichtigsten ist.



20 %

der Unternehmen sind der Ansicht, dass die Ermittlung und Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Cybersicherheit am wichtigsten sind.



21 %

der Unternehmen sind der Ansicht, dass die Analyse, Bewertung und Überprüfung der Sicherheit von Software oder Hardware am wichtigsten sind.



19 %

der Unternehmen sind der Ansicht, dass die Umsetzung von Risikomanagementverfahren im Bereich der Cybersicherheit und die Gewährleistung der Einhaltung von Vorschriften und Normen am wichtigsten sind.

Quelle: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 547, Mai 2024.

Die EU erzielte ferner eine politische Einigung über Vorschriften zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zur Stärkung ihrer Kapazitäten zur Erkennung, Vorbereitung und Reaktion auf Cybersicherheitsbedrohungen (Cybersolidaritätsverordnung). Diese Vorschriften werden bei der Erkennung von Cyberbedrohungen, der Abwehrbereitschaft und der Reaktion auf Sicherheitsvorfälle auf EU-Ebene Bahnbrechendes bewirken. Die vorläufige Einigung umfasst Pläne für ein Cybersicherheitswarnsystem, einen Notfalleinsatzmechanismus und die Zertifizierung verwalteter Sicherheitsdienste.

Im Januar 2024 traten neue Vorschriften zur Erhöhung der Cybersicherheit der EU-Organen in Kraft. Sie enthalten klare Leitlinien für die Organe in Bezug auf die Schaffung interner Rahmen für das Risikomanagement, die Governance und die Kontrolle im Bereich der Cybersicherheit. Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, Datenschutzverletzungen und Cyberangriffe zu verhindern, die sich auf öffentliche Dienste, personenbezogene Daten und das allgemeine Vertrauen in digitale Systeme auswirken könnten.

Sicherheit muss auch in alle digitalen Produkte integriert sein, die die Menschen nutzen. Die im Oktober verabschiedete Cyberresilienz-Verordnung (die ab Ende 2027 anzuwenden sein wird) wird dieses Ziel verwirklichen helfen, indem sie für sicherere Hardware und Software sorgt. Dazu müssen die Hersteller Sicherheitsmaßnahmen in allen Produkten mit digitalen Komponenten – von Smartphones bis hin zu Kaffeemaschinen – umsetzen. In den Vorschriften wird festgelegt, dass Sicherheitsbewertungen, die Behandlung von Schwachstellen und Software-Updates während des gesamten Lebenszyklus eines Produkts erforderlich sind.

Im Rahmen einer Cybersicherheitsübung im Juni wurde die Bereitschaft der EU für einen groß angelegten Cyberangriff getestet, indem ein Angriff auf den Energiesektor simuliert wurde. Darauf folgten Berichte und Empfehlungen zur Cybersicherheit in Telekommunikations-, Strom- und Kommunikationsnetzen. Die EU hat das erste System für die Cybersicherheitszertifizierung angenommen, das EU-weit geltende Vorschriften für die Zertifizierung von IKT-Produkten während ihres gesamten Lebenszyklus enthält. Darüber hinaus investiert die EU über 210 Mio. EUR in die Stärkung der Cyberabwehr und der digitalen Fähigkeiten in ganz Europa.

Verwaltung und Schutz von Daten in der EU

Daten sind der Motor der modernen Wirtschaft, und jede Branche ist auf den freien Informationsfluss angewiesen. Diese Konnektivität öffnet globale Märkte für Unternehmen jeder Größe, bringt aber auch Herausforderungen in Bezug auf die sichere und faire Verarbeitung und Weitergabe von Daten mit sich.

Im Januar traten neue Rechtsvorschriften in Kraft, die die Datenweitergabe in der EU transparenter und zugänglicher machen sollen. In der Datenverordnung ist festgelegt, wer Daten unter welchen Bedingungen nutzen darf, sodass Unternehmen sicheren Zugang zu wesentlichen Daten erhalten. Ein besserer Zugang zu Industriedaten fördert Wettbewerb und Innovation, insbesondere für kleinere Unternehmen. Dies wird es ihnen ermöglichen, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und mit größeren Unternehmen zu konkurrieren. Im Mai wurden auch rechtliche Schritte gegen 18 Mitgliedstaaten eingeleitet, die es versäumt hatten, geeignete Behörden zur Überwachung der Durchführung des Daten-Governance-Rechtsakts einzurichten, in dem Vorschriften für die EU-weite gemeinsame Datennutzung festgelegt sind.

Dank der neuen Vorschriften, die seit Juni gelten, werden nun mehr öffentliche Datensätze zur Weiterverwendung zur Verfügung stehen. Sie gelten für hochwertige Datensätze, die Informationen zu sechs Themenbereichen enthalten, darunter Geodaten, Erdbeobachtung und Mobilität, und werden Innovationen in Bereichen wie KI vorantreiben. Die Schaffung eines europäischen Raums für Gesundheitsdaten wird den Bürgerinnen und Bürgern die volle Kontrolle über ihre Gesundheitsdaten geben und gleichzeitig unter strengen Bedingungen deren Nutzung für die Forschung und die öffentliche Gesundheit ermöglichen.

Wachstumspotenzial der Gesundheitsdatenwirtschaft

5,5 Mrd. EUR

Einsparungen über zehn Jahre in der EU durch einen besseren Zugang zu und Austausch von Gesundheitsdaten im Gesundheitswesen.

20-30 %

zusätzliches Wachstum des digitalen Gesundheitsmarktes.

5,4 Mrd. EUR

Einsparungen über zehn Jahre in der EU durch eine bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschung, Innovation und Politikgestaltung.

In einer Welt, in der zunehmend Daten weitergegeben werden, stellt das EU-Datenschutzrecht – die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – auch sicher, dass Fortschritte nicht auf Kosten der Privatsphäre gehen. Die DSGVO ist nach wie vor ein Eckpfeiler aller digitalen Maßnahmen der EU, die personenbezogene Daten betreffen. Sie verschafft den Menschen die Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten und darüber, wer darauf zugreifen darf. Die DSGVO ist nach wie vor das weltweit führende Beispiel für einen wirksamen Datenschutzrahmen. Gleichzeitig wurden im Bericht über die Anwendung der DSGVO von 2024 einige Bereiche ermittelt, in denen Verbesserungsbedarf besteht, darunter die Bearbeitung grenzüberschreitender Fälle. Dies war bereits durch die vorgeschlagene Verordnung über die Verfahrensvorschriften der DSGVO angegangen worden, mit der die Zusammenarbeit zwischen den Datenschutzbehörden bei der Durchsetzung der DSGVO in grenzüberschreitenden Fällen gestärkt werden soll.

Die Bedeutung der DSGVO reicht weit über die EU hinaus. Da Unternehmen zunehmend auf grenzüberschreitende Datenströme angewiesen sind, bietet die DSGVO Instrumente zum Schutz personenbezogener Daten, auch wenn diese die EU verlassen, und kann Datenübermittlungen in Länder mit niedrigeren Standards sogar einschränken. Einer der Mechanismen, mit denen sichergestellt wird, dass Daten außerhalb der EU ein gleichwertiges Schutzniveau genießen, ist ein Angemessenheitsbeschluss, mit dem anerkannt wird, dass Drittländer einen angemessenen Datenschutz gewährleisten. Bislang sind 16 Angemessenheitsbeschlüsse gefasst worden, und diese Beschlüsse werden regelmäßig überprüft. Nach der Überprüfung im Januar 2024 bestätigte die EU, dass Daten weiterhin frei in elf Partnerländer und -gebiete fließen können.

Auf der Grundlage eines neuen Angemessenheitsbeschlusses für den Datenschutzrahmen EU-USA können personenbezogene Daten nun sicher aus der EU an US-Unternehmen übermittelt werden, ohne dass dafür zusätzliche Datenschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. Außerdem haben die Bürgerinnen und Bürger in der EU das Recht, bei einem neu geschaffenen Gericht, das sich mit Beschwerden aus der EU über die Tätigkeiten der US-Nachrichtendienste befasst, Rechtsmittel einzulegen. Im Bewertungsbericht über den Rahmen vom Oktober 2024 wurde bestätigt, dass die US-Behörden die erforderlichen Strukturen und Verfahren eingerichtet haben, um sicherzustellen, dass dies wirksam funktioniert. Diese Vorkehrungen schützen Daten bei allen transatlantischen Datenübermittlungen, einschließlich solcher, die im Rahmen von Betriebsvereinbarungen oder internen Regelungen erfolgen.

Digitale öffentliche Dienste

Öffentliche und private Dienste werden zunehmend digital abgewickelt, aber der Schutz und die Sicherheit im Internet entsprechen nicht immer dem erforderlichen Standard, sodass die Menschen leicht Opfer von Identitätsdiebstahl und unerwünschtem Profiling werden können. Im Mai traten neue Vorschriften in Kraft, die allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Einwohnerinnen und Einwohnern der EU bis 2026 Zugang zu einer persönlichen europäischen Brieftasche für die digitale Identität verschaffen sollen. Dies wird alltägliche Erledigungen einfacher und sicherer machen. Die Nutzerinnen und Nutzer werden ihre Identität sicher nachweisen, digitale Dokumente wie ärztliche Verschreibungen weitergeben und Zahlungen leisten können – alles über eine einzige App. Dabei behalten sie die vollständige Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten.

Die EU arbeitet derzeit rechtliche Vorgaben aus, damit die Briefaschen den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen und EU-weit nahtlos funktionieren. Im November wurden fünf Durchführungsverordnungen angenommen, die Vorschriften für die Kernfunktionen und die Zertifizierung von Briefaschen enthalten.



VIDEO: Die EUid-Brieftasche.

Das derzeitige papiergestützte Rechtssystem der EU macht die Bearbeitung grenzüberschreitender Angelegenheiten kompliziert und kostspielig. Um dieses Problem zu lösen, wird in allen Mitgliedstaaten ein Online-System für die Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten eingeführt. Unabhängig davon, ob es sich um Erbschaften oder Geschäftsverträge handelt, können Personen und Unternehmen Unterlagen einreichen, mit Gerichten kommunizieren, an Anhörungen teilnehmen und Gebühren zahlen – alles elektronisch.

Dank des EU-weiten Datenaustauschsystems ist es nun für Bürgerinnen und Bürger einfacher, innerhalb der EU zu studieren, umzuziehen, zu arbeiten, in Rente zu gehen oder Geschäfte zu tätigen. Die Behörden in verschiedenen Mitgliedstaaten können Dokumente auf Ersuchen der Bürgerin oder des Bürgers untereinander weitergeben, sodass sie dieselben Informationen nicht mehr mehrfach übermitteln müssen. Dieses System wird in das zentrale digitale Zugangstor integriert, das nationale Portale miteinander verbindet, um Informationen, Online-Dienste und Unterstützung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in allen Mitgliedstaaten bereitzustellen. Seit 2024 können die Mitgliedstaaten aktuelle und zuverlässige Informationen über nationale Genehmigungsverfahren für Industrieprojekte für Netto-Null-Technologien auf dem Portal „Your Europe“ bereitstellen, damit Unternehmen bei der Beantragung von Genehmigungen Zeit sparen.

Digitale Kompetenzen

Um Zugang zu öffentlichen Online-Diensten zu erhalten, zu studieren, zu arbeiten, zu kommunizieren und zuverlässige Informationen zu finden, müssen die Menschen in der EU über digitale Kompetenzen verfügen. Nur etwa 56 % der 16- bis 74-Jährigen in der EU verfügen über mindestens grundlegende digitale Kompetenzen.

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, diesen Anteil zu steigern, damit bis 2030 80 % der Erwachsenen Technologien für alltägliche Erledigungen nutzen können und 20 Millionen Menschen im Technologiebereich beschäftigt sind. Dabei liegt der Schwerpunkt darauf, mehr Frauen in diesen Bereich zu bringen. Die neue Initiative Women TechEU ist für diese Bemühungen entscheidend. Sie bietet Frauen, die Start-up-Unternehmen im Technologiebereich führen, Mentoring, Coaching und finanzielle Unterstützung, um ihre Unternehmen auszubauen.

Wie hat die EU im Jahr 2024 die Kompetenzentwicklung gefördert?

AUSZEICHNUNGEN

→ Mit den Europäischen Preisen für digitale Kompetenzen 2024 wurden Projekte ausgezeichnet, die Menschen in den folgenden Kategorien digitale Kompetenzen vermittelten:

- Bildung,
- berufliche Weiterqualifizierung,
- Inklusion,
- Frauen in der Technologiebranche,
- Cybersicherheit.

BILDUNG

- Die Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans für digitale Bildung 2021-2027, der EU-Strategie für hochwertige, inklusive und zugängliche digitale Bildung, wurde veröffentlicht.
- Die EU Code Week umfasste Workshops und Veranstaltungen, die das Programmieren spielerisch zugänglich machten.
- Es wurden Bachelor-, Master- und Promotionsabschlüsse in digitalen Bereichen entwickelt.
- Die Akademie für Cybersicherheitskompetenzen wurde auf den neusten Stand gebracht, um sie zu einer umfassenden und aktuellen Ressource für die Nutzerinnen und Nutzer zu machen.
- Die Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze wurde finanziell gefördert, um die nationalen Bemühungen um digitale Kompetenzen zu unterstützen.
- Das Projekt „Girls Go Circular“ des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts hat 40 000 Mädchen digitale und unternehmerische Kompetenzen vermittelt und ist damit seinem Zeitplan um drei Jahre voraus.

INSTRUMENTE

→ Der Referenzrahmen für digitale Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger ist ein Instrument, mit dem digitale Schlüsselkompetenzen in fünf Bereichen bestimmt werden, die 21 spezifische Kompetenzen betreffen.

→ Selfie ist ein kostenloses Online-Tool, das berufsbildende Schulen und Unternehmen bei der Integration digitaler Technologien unterstützt.

- Das Instrument für technische Unterstützung ist ein EU-Programm, mit dem die Mitgliedstaaten bei der Beschleunigung ihres digitalen Wandels unterstützt werden, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen. Im Jahr 2024 konnten Estland, Spanien, Italien und Rumänien mithilfe dieses Instruments Schulungsprogramme und -strategien zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen in diesen Schlüsselsektoren entwickeln, wobei der Schwerpunkt auf Projekten in folgenden Bereichen lag:
 - Einführung elektronischer Patientenakten,
 - Verbesserung der digitalen Kompetenzen sowohl von Lehrkräften als auch von Schülerinnen und Schülern.
- Women4Cyber ist ein Netzwerk, das mehr Frauen für den Bereich der Cybersicherheit begeistern soll.

Der 2024 eingerichtete gemeinsame europäische Kompetenzdatenraum wird den Austausch von und den Zugang zu kompetenzbezogenen Daten ermöglichen. Die Daten können für eine Reihe von Zwecken verwendet werden, z. B. für die Analyse von Trends, die Ausarbeitung von Strategien und die Entwicklung neuer Anwendungen. Dabei wird insbesondere auf Ethik, Vielfalt und Datenschutz geachtet.



↑
Junge Menschen, die bei einer Nichtregierungsorganisation für Kinder mit Behinderungen digitale Kompetenzen erlernen. Bologna (Italien), 23. Oktober 2024.

Weltraum

Die Weltraumpolitik treibt die Innovation voran, erhöht die Sicherheit und fördert das Wirtschaftswachstum in mehreren Sektoren. In Anerkennung dieses weitreichenden Nutzens führte die EU im Jahr 2024 neue Programme durch und baute bestehende Programme aus.

Entscheidend für diese Bemühungen war die Einrichtung des EU-Zentrums für den Austausch und die Analyse von Weltrauminformationen, einer Plattform, auf der Experten aus Regierung und Industrie in Fragen der Weltraumsicherheit zusammenarbeiten können (siehe auch Kapitel 7). Zudem wurde eine detaillierte Strategie für Luft- und Raumfahrtunternehmen veröffentlicht, in der Schritte für eine umweltfreundlichere und technologisch fortschrittlichere Industrie dargelegt werden.

Obwohl Satelliten hoch über uns ihre Runden drehen, sind ihre Auswirkungen doch näher, als wir denken. Von den Smartphones in unseren Taschen bis hin zu den Flugzeugen am Himmel halten diese Wächter im Orbit unsere Welt vernetzt und am Laufen.



Galileo, das Navigationssystem der EU, nahm 2024 vier neue Satelliten in seine Konstellation auf. Durch diese Ausweitung wurde die Präzision für die Wirtschaftszweige, die auf Satellitendaten angewiesen sind und heute 10 % der EU-Wirtschaft ausmachen, verbessert.

↑
VIDEO: Was ist Galileo?



Sentinel-1C und Sentinel-2C, die jüngsten Ergänzungen des Programms Copernicus, nahmen ihre Wachposten ein und sind nun bereit, die Behörden vor Katastrophen und Umweltbedrohungen zu warnen, sodass im Notfall schneller und präziser reagiert werden kann.

↑
VIDEO: Der Copernicus-Sentinel-2C-Satellit – das neueste Mitglied der EU-Satellitenfamilie.

IRIS² (Infrastruktur für Resilienz, Interkonnektivität und Sicherheit durch Satelliten), das sichere Satellitennetz der EU, gewährleistet eine sichere Kommunikation für Aufgaben wie Grenzkontrolle und Krisenmanagement und sorgt auch für die Bereitstellung von Hochgeschwindigkeitsinternet in abgelegenen Gebieten und verbessert die digitale Sicherheit Europas.



KAPITEL 6

Verwirklichung eines fairen und sozialen Europas

Einleitung

In den vergangenen Jahren hat sich die Europäische Union angesichts globaler Herausforderungen wie der COVID-19-Pandemie, der Lebenshaltungskosten-Krise, des Klimawandels und des digitalen Wandels noch intensiver für den Schutz und die Stärkung von Menschen und Gemeinschaften eingesetzt. So hat sie 2024 ihre Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger weiter vorangetrieben. Im Anschluss an das erfolgreiche Europäische Jahr der Kompetenzen legte die Europäische Kommission einen neuen Aktionsplan vor, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken und zugleich nachhaltiges und inklusives Wachstum zu unterstützen sowie

die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten. Ferner unterstützte die EU neue Maßnahmen, die es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen sollen, ihre sozialen Rechte in vollem Umfang wahrzunehmen. Beispielsweise wurden neue Vorschriften eingeführt, um Arbeitskräfte durch angemessene Mindestlöhne zu schützen, und die Arbeitsbedingungen in der Gig Economy werden durch neue Rechtsansprüche und Schutzmechanismen für Arbeitskräfte verbessert. Darüber hinaus hat die EU eine bahnbrechende Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verabschiedet und neue europäische Ausweise für Menschen mit Behinderungen eingeführt, um ihnen das Reisen zu erleichtern.

Eine faire und wettbewerbsfähige Wirtschaft für den grünen und den digitalen Wandel

Die EU hat einen ehrgeizigen Kurs für ein gerechtes, inklusives Europa eingeschlagen, das seine Bürgerinnen und Bürger schützt und ihnen Chancen bietet. Die Politik der EU zielt darauf ab, die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen in der EU zu verbessern, indem mehr und bessere Arbeitsplätze, Kompetenzaufbau, Gleichstellung sowie sozialer Schutz und soziale Inklusion gefördert werden.

Der Rahmen für die Politik der EU und der Mitgliedstaaten in diesem Bereich wird durch die 20 Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte sowie den Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte vorgegeben. Dies wurde noch einmal auf einer hochrangigen Konferenz in La Hulpe (Belgien) im April unterstrichen: Die EU, die Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft unterzeichneten dort eine Erklärung, in der sie ihr Engagement für ein stärkeres soziales Europa sowie die richtungsweisende Funktion der europäischen Säule für die Sozialpolitik der EU bekräftigten. In der Erklärung von La Hulpe zu den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte wird auch die für 2025 geplante Überprüfung des Aktionsplans zur Säule begrüßt. Diese Überprüfung wird zugleich der Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen sein, um die Kernziele der EU und der Mitgliedstaaten für 2030 in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung zu erreichen.

Die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele auf europäischer und nationaler Ebene werden im jährlichen „gemeinsamen Beschäftigungsbericht“ ausführlich dargelegt. Der neueste Bericht zeigt auf, dass die EU nach einem beschäftigungswirksamen Konjunkturaufschwung auf einem guten Weg ist, ihr Beschäftigungsziel zu erreichen. Zur Verwirklichung des Ziels bei der Armutsbekämpfung sind jedoch noch größere Anstrengungen erforderlich. Die Fortschritte in diesem Bereich haben sich trotz der verschiedenen Krisen und insbesondere der hohen Inflation in den letzten Jahren leicht verbessert. Weitere Fortschritte sind auch bei der Erwachsenenbildung erforderlich, denn hier ist die Wirkung der EU-Politik in den meisten Mitgliedstaaten noch nicht spürbar.

Drei EU-weite Ziele

Mindestens 78 % der Menschen zwischen 20 und 64 Jahren sollen bis 2030 erwerbstätig sein.

Mindestens 60 % aller Erwachsenen sollen sich bis 2030 jedes Jahr weiterbilden.

Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll bis 2030 um **mindestens 15 Millionen** verringert werden.

Die Obdachlosigkeit, eine der extremsten Formen der sozialen Ausgrenzung, ist in allen Mitgliedstaaten ein Problem. Im Februar kamen Mitglieder der nationalen Regierungen und des Europäischen Parlaments im Rahmen einer informellen Ministerkonferenz mit Sachverständigen und Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden zusammen, die sich aktiv für die Bekämpfung der Obdachlosigkeit einsetzen. Die Konferenzteilnehmenden bekundeten ihre Unterstützung für die Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und begrüßten die bisher geleistete Arbeit. Sie betonten, dass die Anstrengungen, das politische Engagement und die Ressourcen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit weiter gesteigert werden müssen, um das Ziel der Erklärung von Lissabon, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden, zu erreichen. Die Schlussfolgerungen der Konferenz spiegeln sich in der Erklärung von La Hulpe wider.

Im Jahr 2024 wurden zudem mehrere von der EU unterstützte Projekte auf den Weg gebracht, die die Arbeit der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ergänzen, beispielsweise die Europäische Obdachlosenzählung, das Toolkit der OECD zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit sowie vier Pilotprojekte in diesem Bereich.



Nicolas Schmit, damals EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte (vorn, 4. von rechts), mit Ministerinnen und Ministern sowie Delegierten auf der Konferenz „Towards Zero Homelessness“ im Egmontpalast, Brüssel (Belgien), 9. Februar 2024.



© PPS Social Integration



Übergang zu einer Gesellschaft der Langlebigkeit

Die Menschen in Europa leben länger und sind gesünder als je zuvor. Deshalb muss die Politik auf europäischer und nationaler Ebene vorausschauend handeln, um die Selbstbefähigung von Menschen aller Altersgruppen zu stärken und das Wohlergehen künftiger Generationen sicherzustellen. Die Politik sollte ein aktives, gesundes Altern fördern und sich positiv auf die Lebensqualität älterer Menschen in Europa auswirken. Auf Basis der Ergebnisse des Berichts über die Bevölkerungsalterung 2024 und des Berichts zur Angemessenheit der Renten- und Pensionshöhe 2024 haben Sachverständige und Interessenträger darüber beraten, wie sich die zentralen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Langlebigkeit bewältigen lassen. Die Teilnehmenden des Forums unterstrichen, dass weitere Reformen notwendig sind, um eine angemessene, nachhaltige Absicherung im Alter zu erreichen und sozioökonomische sowie geschlechtsbedingte Ungleichheiten im Alter zu beseitigen. Neben wirksamen und effizienten Renten- und Langzeitpflegesystemen werden Investitionen in aktives und gesundes Altern, die Verlängerung des Erwerbslebens und die Unterstützung angepasster und flexibler Arbeitsregelungen Teile der Lösung sein.

↑
Die damalige Vizepräsidentin der EU-Kommission für Demokratie und Demografie, Dubravka Šuica, hält eine Grundsatzrede auf der hochrangig besetzten Konferenz „Navigating the Future: Challenges and opportunities of longevity in Europe“. Brüssel (Belgien), 27. Juni 2024.

Behebung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels

Seit fast zehn Jahren haben alle Mitgliedstaaten mit einem zunehmenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel zu kämpfen. Dies ist weitgehend auf die demografische Entwicklung und die steigende Nachfrage nach Fachkräften infolge des grünen und des digitalen Wandels sowie auf schlechte Arbeitsbedingungen in bestimmten Branchen und Berufen zurückzuführen. Die Kommission hat mehr als 40 Berufe in verschiedenen Branchen identifiziert, bei denen EU-weit ein Arbeitskräftemangel besteht – teilweise mit Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten. Die Beseitigung dieses Arbeitskräftemangels ist von entscheidender Bedeutung, um die Innovationskapazität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern, ihr Wachstumspotenzial zu erschließen, die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern und die wirtschaftliche und soziale Resilienz zu stärken.

Bis 2030 werden im Bereich der erneuerbaren Energien voraussichtlich 3,5 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Fast zwei Drittel (63 %) der kleinen und mittleren Unternehmen finden nicht die benötigten Fachkräfte.

In 42 Berufen besteht EU-weit ein Arbeitskräftemangel.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, legte die Kommission im März einen Aktionsplan vor. Er wurde in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ausgearbeitet, die aufgrund ihrer Arbeitsmarktnähe eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung von Lösungen spielen. Der Plan bietet einen umfassenden, auf fünf zentrale Politikbereiche ausgerichteten Rahmen, um Maßnahmen zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels auf Ebene der EU, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner durchzuführen.

Aktionsplan zur Behebung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels in der EU

- 1 Unterstützung der Aktivierung unterrepräsentierter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt
- 2 Förderung der Kompetenzentwicklung sowie der allgemeinen und beruflichen Bildung
- 3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- 4 Verbesserung der fairen Mobilität von Arbeitskräften und Lernenden in der gesamten EU
- 5 Anwerbung von Fachkräften aus Drittländern

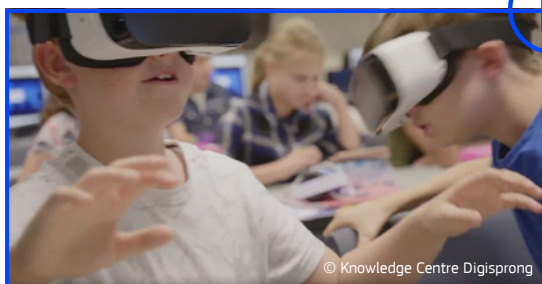
Die Umsetzung des Aktionsplans wird von entscheidender Bedeutung sein, um die Kernziele der EU in den Bereichen Beschäftigung und Kompetenzen bis 2030 zu erreichen. Der Plan stützt sich auf die zahlreichen bestehenden Strategien und Finanzierungsmaßnahmen auf EU-Ebene, beispielsweise den Kompetenzpakt. Die Kompetenzpartnerschaften haben sich dazu verpflichtet, bis 2030 EU-weit Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für mehr als 25 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter anzubieten. Ferner haben die Mitglieder des Kompetenzpakts seit dessen Einrichtung im Jahr 2020 zusammen über 150 Mio. EUR in Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen investiert. Außerdem investiert die EU rund 65 Mrd. EUR in Kompetenzprogramme, vor allem im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (siehe Kapitel 3) und des Europäischen Sozialfonds Plus.

Das Europäische Jahr der Kompetenzen vom 9. Mai 2023 bis zum 8. Mai 2024 hat neue Impulse für lebenslanges Lernen gegeben. So wurden Kompetenzen stärker in den Mittelpunkt gerückt und Maßnahmen ergriffen, um die Wünsche und Fähigkeiten der Menschen mit dem Angebot auf dem Arbeitsmarkt in Einklang zu bringen. Durch lokale Kommunikationsbemühungen wurden Millionen von Menschen erreicht und für die Kompetenzpolitik der EU sensibilisiert.



↑
VIDEO: Das Europäische Jahr der Kompetenzen – Wegbereiter für besser qualifizierte Arbeitskräfte.

Die Akademie für das Neue Europäische Bauhaus, die Nachhaltigkeitskompetenzen im Baugewerbe fördern soll, wurde im April ins Leben gerufen. Die Akademie stützt sich auf die Grundwerte Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusivität und wird die Umsetzung des europäischen Grünen Deals fördern. In den kommenden zwei Jahren wird sie eine internationale Gemeinschaft von Bildungsakteuren und Berufsbildungsanbietern aufbauen und fünf über Europa verteilte lokale und regionale Knotenpunkte miteinander vernetzen.



Unterstützung der Mitgliedstaaten

Zwölf Mitgliedstaaten nutzen das EU-Instrument für technische Unterstützung, um Reformen bei der Kompetenzentwicklung umzusetzen. Das Spektrum der Unterstützungsmaßnahmen reicht von der Ausarbeitung kompetenzbasierter Lehrpläne über die Entwicklung von Microcredentials (die die Ergebnisse kurzer Lernerfahrungen bescheinigen) bis hin zur Integration von Flüchtlingskindern in das Bildungssystem.

Projektbeispiel

In Belgien wurde mithilfe des Instruments ein auf zwei Jahre angelegtes Projekt umgesetzt, um Schulen bei der wirksamen Nutzung von IKT für das Lernen und Lehren zu unterstützen. Ziel war es, Schulen dazu in die Lage zu versetzen, teambasierte Ansätze für ihre IKT-Koordination und für die digitale Bildung zu entwickeln.

↑
VIDEO: Digitaler Wandel im flämischen Bildungssystem.

Das Europäische Jahr der Kompetenzen in Zahlen

Über **2 000**

Veranstaltungen
in ganz Europa

1,37 Millionen

Besucherinnen und Besucher
bei 54 Veranstaltungen in
23 Mitgliedstaaten

69 Millionen

Menschen über die sozialen
Medien erreicht

190

Kompetenzinitiativen unter
Federführung der EU

90 Millionen

Videoaufrufe auf YouTube
und Twitch

41 Millionen

Fernsehzuschauer/-innen in
fünf Zielländern

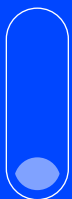
Das Europäische Jahr der Kompetenzen – ein Umdenken

**STÄRKERES BE-
WUSSTSEIN FÜR
DIE EU-KOMPE-
TENZPOLITIK**



26 %
Februar 2023

**GRÖßERE BEREIT-
SCHAFT, AN EINER
WEITERBILDUNGS-
MASSNAHME TEIL-
ZUNEHMEN**



19 %
haben keine
Initiativen
zum Jahr der
Kompetenzen
bemerkt.

**AUSWIRKUNGEN
DES
EUROPÄISCHEN
JAHRES AUF DIE
PERSÖNLICHE
SITUATION**



35 %
haben keine
Initiativen zum Jahr
der Kompetenzen
bemerkt.



53 %
Dezember 2023



64 %
haben Initiativen
zum Jahr der
Kompetenzen
bemerkt.



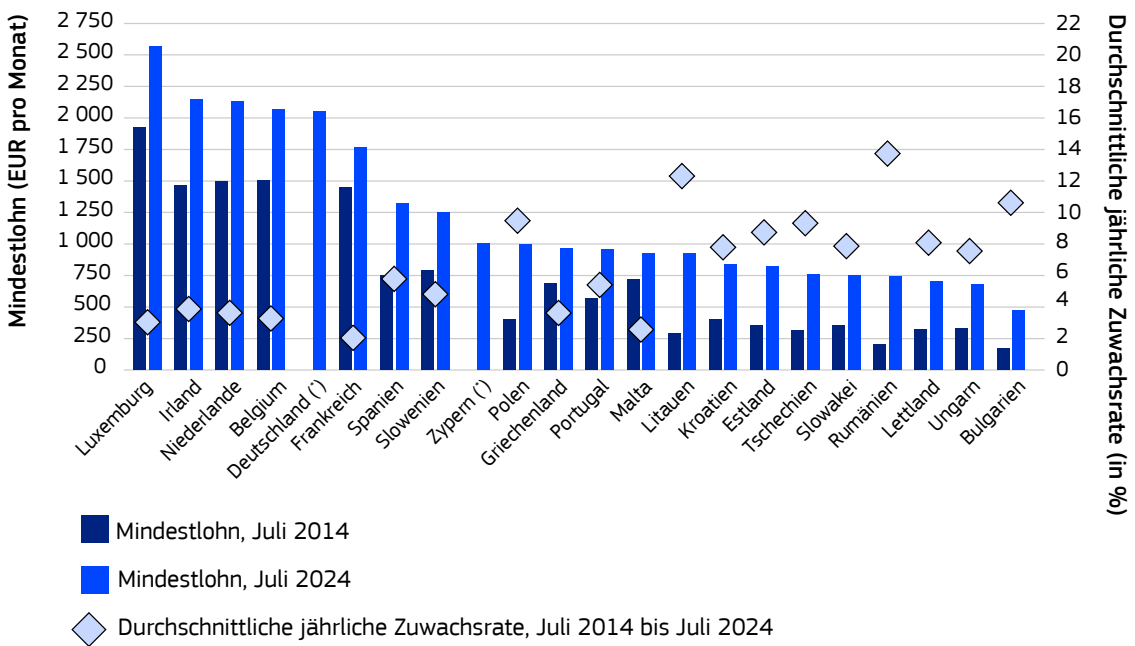
72 %
haben Initiativen
zum Jahr der
Kompetenzen
bemerkt.

Unterstützung der Arbeitskräfte

Die neuen EU-Vorschriften über Mindestlöhne, die einen angemessenen Lebensstandard gewährleisten sollen, mussten bis zum 15. November in nationales Recht umgesetzt werden. Die meisten Mitgliedstaaten haben der Kommission mitgeteilt, dass dies geschehen ist. Die Umsetzung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne wird zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen beitragen, da sie für fairere gesetzliche Mindestlöhne sorgt und zugleich Kollektivverhandlungen über Löhne fördert. Zudem wird sich der Zugang der

Arbeitskräfte zum Mindestlohnschutz durch bessere Durchsetzungs-, Informations- und Rechtsbehelfsmechanismen verbessern. Schon jetzt trägt die Richtlinie Früchte, da sie auf nationaler Ebene Debatten über die Angemessenheit der Mindestlöhne angestoßen hat. In den vergangenen zwei Jahren sind dadurch die gesetzlichen Mindestlöhne in den meisten Mitgliedstaaten erheblich gestiegen, was dazu beigetragen hat, die Auswirkungen der hohen Inflation auf die Kaufkraft von Geringverdienern auszugleichen.

Mindestlohn in der EU (2014-2024)



Hinweis: In Dänemark, Italien, Österreich, Finnland und Schweden gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn.
(*) Keine Daten für 2014 und keine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate verfügbar.

Das Spektrum beim Mindestlohn in den EU-Mitgliedstaaten reichte im Juli 2024 von 477 EUR pro Monat in Bulgarien bis 2 571 EUR pro Monat in Luxemburg.

Quelle: Eurostat, Mindestlohnstatistik, Juli 2024.

Die EU hat im Jahr 2024 neue Vorschriften verabschiedet, um die Arbeitsbedingungen der 28 Millionen Plattformbeschäftigten in Europa zu verbessern. Die Richtlinie über Plattformarbeit wird sicherstellen, dass der Beschäftigungsstatus von Personen, die für digitale Plattformen tätig sind, korrekt bestimmt wird. Plattformbeschäftigte werden nach ihrer Neueinstufung alle ihnen zustehenden Arbeitnehmerrechte und Sozialleistungen in Anspruch nehmen können. Zugleich sorgen die neuen Vorschriften auch für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht beim Einsatz automatisierter Systeme, die Managementfunktionen bei der Arbeit unterstützen oder ersetzen. Hierzu zählt auch ein Recht auf Anfechtung von Entscheidungen, die durch Algorithmen zustande kommen. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die neuen Vorschriften in nationales Recht umzusetzen.

Darüber hinaus gab es im Jahr 2024 Fortschritte bei der Stärkung europäischer Arbeitnehmervertretungen in multinationalen Unternehmen. Ein neuer Vorschlag zur Überarbeitung der geltenden Vorschriften zielt darauf ab, die Rolle der Europäischen Betriebsräte zu stärken, die die Beschäftigten konsultieren und sie über Entscheidungen auf dem Laufenden halten, die sich auf ihre Beschäftigungssituation oder ihre Arbeitsbedingungen auswirken könnten. Ziel ist es, die Einrichtung der Betriebsräte zu erleichtern, ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in diesen Gremien zu erreichen sowie sicherzustellen, dass sie vor Entscheidungen konsultiert werden.

Telearbeit ist inzwischen weitverbreitet, insbesondere seit der COVID-19-Pandemie. Der EU-Arbeitskräfteerhebung zufolge hat sich der Gesamtanteil der Menschen in der EU, die von zu Hause aus arbeiten, in den letzten Jahren mehr als verdoppelt: von 11,1 % im Jahr 2019 auf 22,4 % im Jahr 2023. Deshalb wurde den Auswirkungen einer Kultur der ständigen Erreichbarkeit auf die psychische Gesundheit der Beschäftigten mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Im März wurde eine zweistufige Konsultation der Sozialpartner zur fairen Telearbeit und zum Recht auf Nichterreichbarkeit eingeleitet.

Schätzungen zufolge gibt es in der EU rund **3,1 Millionen** Praktikantinnen und Praktikanten. Hochwertige Praktika können jungen Menschen dabei helfen, Berufserfahrung zu sammeln und neue Kompetenzen zu erwerben, und sie ermöglichen es Arbeitgebern, neues Personal zu finden, auszubilden und dauerhaft einzustellen. Im März legte die Kommission eine Initiative vor, um die Arbeitsbedingungen von Praktikantinnen und Praktikanten in der EU, unter anderem in Bezug auf Vergütung, Inklusivität und Qualität der Praktika, zu verbessern. Neben der Überarbeitung des bestehenden Qualitätsrahmens für Praktika, um Fragen wie faire Entlohnung und Zugang zum Sozialschutz zu berücksichtigen, werden auch Legislativmaßnahmen vorgeschlagen, um die Arbeitsbedingungen von Praktikantinnen und Praktikanten zu verbessern und Scheinpraktika zu bekämpfen.

Um den Arbeitsmarkt weiter zu unterstützen, hat die EU über den Europäischen Sozialfonds Plus neue Finanzierungen im Umfang von 23 Mio. EUR für innovative Projekte auf den Weg gebracht, die auf die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Unterstützung von Arbeitsuchenden ausgerichtet sind. Zugleich wurden im Rahmen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 1 600 entlassene Arbeitskräfte in Belgien, Dänemark und Deutschland unterstützt.



88 %

der Menschen in der EU sind der Meinung, dass ein soziales Europa für sie persönlich wichtig ist.



60 %

kennen mindestens eine in jüngster Zeit ergriffene EU-Initiative zur Stärkung eines sozialen Europas.

49 % kennen die Mindestlohnrichtlinie.

38 % kennen die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

37 % kennen den Europäischen Sozialfonds Plus.

33 % kennen die Garantie für Kinder.

30 % kennen die Richtlinie über Plattformarbeit.

29 % kennen die Kompetenzagenda.

Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer-Sonderumfrage 546, April 2024.

Stärkung des sozialen Dialogs

Die Sozialpartner – die Organisationen, die die Interessen der Beschäftigten und der Arbeitgeber in der EU vertreten – spielen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Produktivität, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und die Steigerung des Wohlstands und der Resilienz der EU eine wichtige Rolle. Angesichts der Veränderungen durch neue Technologien und der Notwendigkeit eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität gilt dies umso mehr. Im Januar erneuerten die EU und ihre Sozialpartner auf einem Gipfel in Val Duchesse, Brüssel (Belgien) ihr Bekenntnis zur Stärkung des sozialen Dialogs auf EU-Ebene und zur Bündelung ihrer Kräfte, um zentrale Herausforderungen für die Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte der EU zu bewältigen. Im März kamen die Sozialpartner zudem zu einem Dreigliedrigen Sozialgipfel zusammen, um die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu erörtern.



Der damalige belgische Ministerpräsident Alexander De Croo (vorn links) und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (vorn rechts) unterzeichnen die Dreigliedrige Erklärung für einen dynamischen europäischen sozialen Dialog. Val Duchesse, Brüssel (Belgien), 31. Januar 2024.



Allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen

Europäischer Bildungsraum

Der europäische Bildungsraum ist die zentrale EU-Strategie im Bereich der Bildung, um die Mitgliedstaaten beim gemeinsamen Aufbau inklusiverer, widerstandsfähigerer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zu unterstützen. Ziel ist es, Lernhindernisse abzubauen und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung sowie zum lebenslangen Lernen für alle zu verbessern. In diesem Rahmen hat die EU eine Initiative ergriffen, um Allianzen zwischen Hochschuleinrichtungen aus ganz Europa aufzubauen.

Die im Rahmen von Erasmus+ finanzierte Initiative „Europäische Hochschulen“ ist seit fünf Jahren eine Erfolgsgeschichte. Zu den bereits ausgewählten 50 Allianzen sind 14 neue hinzugekommen, womit die Zielvorgabe der europäischen Hochschulstrategie von mindestens 60 Hochschulallianzen mit mehr als 500 teilnehmenden Universitäten bis Mitte 2024 erreicht wurde. Durch die Zusammenarbeit und das Bündeln von Ressourcen können Hochschuleinrichtungen innovative Studienprogramme anbieten und Spitzenkompetenzen vermitteln, die für den grünen und den digitalen Wandel in der gesamten EU benötigt werden. Dank der Allianzen können die Hochschulen attraktive und wettbewerbsfähige gemeinsame Studiengänge anbieten, die Talente aus der ganzen Welt anziehen und binden.



↑
VIDEO: Die Initiative „Europäische Hochschulen“.



Auf ausdrücklichen Wunsch von Akteuren aus dem Hochschulwesen, einschließlich vieler Allianzen der Initiative „Europäische Hochschulen“, hat die Kommission konkrete Schritte für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und dem Hochschulsektor vorgeschlagen, um die Schaffung eines europäischen Hochschulabschlusses voranzubringen. Das Konzept für einen neuen Typ von Studiengang, der auf nationaler, regionaler oder institutioneller Ebene angeboten werden kann, baut auf sechs Erasmus+-Pilotprojekten auf, an denen mehr als 140 Hochschuleinrichtungen aus der gesamten EU mitwirken. Die Vision für die Verwirklichung des europäischen Hochschulabschlusses wurde zusammen mit zwei Vorschlägen für Empfehlungen des Rates zur Unterstützung des Hochschulsektors vorgestellt. Die erste Empfehlung ist auf die Verbesserung der Qualitätssicherungsprozesse und der automatischen Anerkennung von Qualifikationen in der Hochschulbildung ausgerichtet; die zweite zielt darauf ab, die Attraktivität und Nachhaltigkeit akademischer Laufbahnen zu verbessern.

↑
Iliana Ivanova, damals EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, spricht auf einer Pressekonferenz zum Hochschulpaket. Brüssel (Belgien), 27. März 2024.

Lernmobilität

Ein Studien-, Ausbildungs- oder Arbeitsaufenthalt im Ausland bringt viele Vorteile mit sich, wie z. B. die Stärkung der kommunikativen und interkulturellen Kompetenzen. Für bessere Lernmöglichkeiten im Ausland für alle wurden auf EU-Ebene neue Ziele festgelegt.

Ein Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat bietet auch die Möglichkeit, vorhandene Sprachkenntnisse zu verbessern oder eine neue Sprache zu erlernen. Sprachliche Vielfalt wird durch Projekte im Rahmen der Programme Erasmus+ und Kreatives Europa gefördert. Einer Umfrage aus dem Jahr 2024 zufolge haben die Europäerinnen und Europäer insgesamt eine positive Einstellung zur Mehrsprachigkeit und zum Spracherwerb.

Neue Ziele für die Lernmobilität

- Bis 2030 sollten mindestens **23 %** der Hochschulabsolventinnen und -absolventen eine Lernerfahrung im Ausland haben.
- Bis 2030 sollten mindestens **12 %** der Lernenden in der beruflichen Aus- und Weiterbildung in den Genuss einer Lernerfahrung im Ausland kommen.
- Bis 2027 sollten mindestens **20 %** aller Lernenden im Rahmen einer Lernmobilität im Ausland Menschen mit geringeren Chancen sein.

Die Menschen in Europa und ihre Sprachen



86 % der EU-Bürgerinnen und -Bürger finden, dass alle in der EU lebenden Menschen mindestens eine weitere Sprache sprechen können sollten.



76 % meinen, dass die Verbesserung der Sprachkenntnisse eine politische Priorität sein sollte.



84 % denken, dass Regional- und Minderheitensprachen geschützt werden sollten.



3 von 5 können in mindestens einer anderen Sprache ein Gespräch führen (bei jungen Menschen sind es sogar 4 von 5).

Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer-Sonderumfrage 540, Mai 2024.

Die EU arbeitet zudem mit Regierungen zusammen, um die Hochschulbildung in Europa inklusiver und zugänglicher zu machen. Dies geschieht im Rahmen des Bologna-Prozesses, an dem die Länder des Europäischen Hochschulraums und die Kommission beteiligt sind. Im Mai bekräftigten 47 Vertreter der für die Hochschulbildung zuständigen Ministerien und der EU ihr Engagement für die Förderung der Mobilität von Studierenden und Personal. Im Kommuniqué von Tirana zogen sie Bilanz über die Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung und legten die Richtung für den Zeitraum 2025–2027 fest. Ferner vereinbarten sie aktualisierte Zusagen zur Beseitigung von Hindernissen für die Lernmobilität, für die Internationalisierung der Hochschulbildung und für eine hochwertige Bildung. Dadurch wurde eine enge Verknüpfung mit EU-Leitinitiativen wie der Initiative „Europäische Hochschulen“ und dem Konzept für einen europäischen Hochschulabschluss sichergestellt.

Erasmus+

Das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport:

- **37 Jahre Erasmus+,**
- **mehr als 16 Millionen Teilnehmende an Projekten der Lernmobilität,**
- **mehr als 900 000 teilnehmende Organisationen seit 2014,**
- **Budget 2024: 4,65 Mrd. EUR.**



Im Jahr 2024 wurde das 20-jährige Bestehen von Erasmus Mundus gefeiert. Erasmus Mundus ist eine aus dem EU-Programm Erasmus+ finanzierte Initiative für die Hochschulzusammenarbeit, die die Einrichtung gemeinsamer internationaler Masterstudiengänge unterstützt. Seit Einführung des Programms haben fast 50 000 Studierende aus 179 Ländern einen Erasmus-Mundus-Masterstudiengang absolviert. Mehr als 34 000 Studierende haben von der EU ein Stipendium erhalten. Die Erfolge und der Beitrag des Programms zur Entwicklung der internationalen Dimension von Erasmus+ wurden auf einer Konferenz im Mai gewürdigt.

Unterstützung von Forschung und Innovation

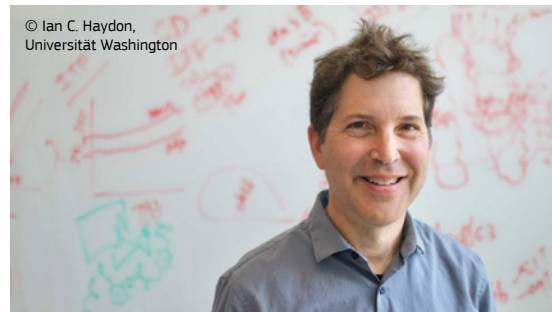
Im Jahr 2024 jährte sich die Einrichtung des ersten EU-Förderprogramms für Forschung und Innovation zum 40. Mal. Seit 1984 investierte die EU über 280 Mrd. EUR in Wissenschaft, Forschung und Innovation und gewährte mehr als 120 000 Finanzhilfen für rund 75 000 Begünstigte. Mit diesen Mitteln wurden hochwertige Arbeitsplätze geschaffen, innovative Unternehmen unterstützt sowie die Wettbewerbsfähigkeit und die technologische Führungsrolle der EU gestärkt. In den letzten vier Jahrzehnten investierte die EU verstärkt in Forschung und Innovation und legte ihren Fokus auf die Bewältigung globaler Herausforderungen, die Ausschöpfung des Potenzials von Technologie und die Erfüllung der sich verändernden Bedürfnisse der Gesellschaft. Die Erfolge dieser Arbeit wurden auch durch die Verleihung von mehr als 30 Nobelpreisen an von der EU geförderte Forschende gewürdigt.



VIDEO: 40 Jahre Forschung und Innovation.



David Baker, einer der Nobelpreisträger 2024.



© Ian C. Haydon,
Universität Washington

David Baker, der im Rahmen der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen der EU gefördert wurde, erhielt 2024 „für computergestütztes Proteindesign“ gemeinsam mit Demis Hassabis und John M. Jumper „für die Vorhersage von Proteinstrukturen“ den Nobelpreis für Chemie. Er reiht sich ein in die beeindruckende Liste von 18 Stipendiat/-innen, Wissenschaftler/-innen und Betreuer/-innen des Programms, die seit 2010 einen Nobelpreis erhalten haben.

Horizont 2020

Der Bericht über die Abschlussbewertung von „Horizont 2020“, dem von 2014 bis 2020 laufenden EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, zeigt, dass sich Investitionen in Forschung und Innovation auszahlen. In dem Bericht wurde festgestellt, dass „Horizont 2020“ einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer auf Wissen und Innovation basierenden Gesellschaft und Wirtschaft in der EU leistete und Europa davon in weitaus stärkerem Ausmaß profitierte, als dies auf nationaler oder regionaler Ebene möglich gewesen wäre. Mit dem Programm wurden konkrete Lösungen – von neuartigen Verkehrsträgern mit Wasserstoffantrieb und mRNA-Impfstoffen bis hin zur Mikro- und Nanoelektronik – finanziert und entscheidende Beiträge zur Klimaforschung geleistet. Jeder Euro an Kosten im Zusammenhang mit dem Programm wird den Bürgerinnen und Bürgern der EU bis 2040 letztlich mit fünf Euro zugutekommen, was das hervorragende Kosten-Nutzen-Verhältnis von Investitionen in Forschung und Innovation für die europäische Gesellschaft unter Beweis stellt.

Horizont 2020 in Zahlen



BUDGET

80 Mrd. EUR



FINANZIERTE PROJEKTE

35 000

Beitrag zu einem EU-weiten Anstieg des Beschäftigungswachstums um 20 %.

Horizont Europa

Ein neuer Aspekt des aktuellen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation 2021-2027, „Horizont Europa“, sind Strategiepläne, die gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern und dem Parlament mit Input von Interessenträgern und Bürgerinnen und Bürgern von der Kommission entwickelt werden. Der zweite Strategieplan für „Horizont Europa“ wurde im März veröffentlicht und legt die Schwerpunkte für die letzten drei Jahre (2025-2027) des Programms fest. Dies wird die Finanzierung von Forschung und Innovation innerhalb und

außerhalb Europas lenken, um die zentralen globalen Herausforderungen wie den Klimawandel, Umweltverschmutzung, den Verlust an biologischer Vielfalt, den digitalen Wandel und die Alterung der Bevölkerung anzugehen. Mit dem Strategieplan verfolgt die EU ehrgeizigere Ziele im Bereich der biologischen Vielfalt: 10 % des Gesamtbudgets von „Horizont Europa“ im Zeitraum 2025-2027 sollen für Vorhaben mit Bezug zur Biodiversität eingesetzt werden. Dies ergänzt die bestehenden Ziele für Klimaschutz Ausgaben (35 % während der Laufzeit von „Horizont Europa“) und die wichtigsten Tätigkeiten im Bereich Digitales (13 Mrd. EUR im selben Zeitraum).

Mit dem Strategieplan wird auch die Fazilität „Neues Europäisches Bauhaus“ eingeführt, ein neues Finanzierungsinstrument zur Belebung der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus. Von 2025 bis 2027 werden im Rahmen von „Horizont Europa“ jährlich 120 Mio. EUR für das „Neue Europäische Bauhaus“ im Bereich Forschung und Innovation bereitgestellt, wobei eine ähnliche Mittelausstattung aus anderen EU-Programmen zur Unterstützung der Einführung erwartet wird. Die zukunftsweisende Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ bringt Bürgerinnen und Bürger, Behörden, Sachverständige, Unternehmen, Hochschulen und Institutionen zusammen, damit sie gemeinsam nachhaltige und inklusive Lebensumfelder neu denken und gestalten.

Der im Rahmen von „Horizont Europa“ eingerichtete Europäische Forschungsrat trägt durch seine renommierten Förderprogramme dazu bei, die Grenzen des Wissens in allen wissenschaftlichen und akademischen Bereichen neu auszuloten. Im Jahr 2024 wurden Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 2,3 Mrd. EUR für Projekte, die sich durch wissenschaftliche Exzellenz auszeichnen, gewährt.

Im Laufe des Jahres wurden Mittel in Höhe von 1,25 Mrd. EUR zur Unterstützung der Forschung im Rahmen der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen, des EU-Leitprogramms für Doktorandinnen und Doktoranden sowie für Postdocs, angekündigt. Die bereitgestellten Mittel ermöglichen es, rund 10 000 talentierte Forschende aus der ganzen Welt und in allen Laufbahnphasen zu unterstützen.

Zur Verbesserung der Laufbahnentwicklung und zur Anwerbung und Bindung von Forschenden in Europa wurde im Juni die Talentplattform für den Europäischen Forschungsraum ins Leben gerufen. Sie wird als zentrale Anlaufstelle dienen, die Forschenden einen einfachen Zugang zu Instrumenten für die berufliche Entwicklung, die Finanzierung und die internationale Zusammenarbeit bietet, und so deren Mobilität und Karriereentwicklung in ganz Europa fördern.

Verstärkung der Maßnahmen für eine Union der Gleichheit

Gleichheit und Nichtdiskriminierung sind Grundwerte und Grundrechte in der EU. Zur Gewährleistung einer offenen und inklusiven Gesellschaft hat die EU eine Reihe von gezielten Strategien mit konkreten Maßnahmen und Förderangeboten eingeführt, die das Leben der Menschen in der gesamten EU verbessern sollen.

EU-weiter Behindertenausweis und Parkausweis

Im Oktober wurden neue Vorschriften zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen angenommen. Die Ausweise gelten für EU-Bürgerinnen und -Bürger mit anerkannten Behinderungen sowie für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger mit anerkannten Behinderungen, die in der EU leben, sowie für Familienangehörige.

Bei Reisen in andere Mitgliedstaaten wird der Europäische Behindertenausweis gleichberechtigten Zugang zu Sonderbedingungen oder Vorzugsbehandlungen bei einer Vielzahl von Dienstleistungen bieten. Dazu gehören beispielsweise vorrangiger oder kostenloser Eintritt, persönliche Assistenz an Veranstaltungsorten, Braille-Schrift oder Audioguides sowie kostenlose oder ermäßigte Tarife. Die Inhaber eines Europäischen Parkausweises können in anderen Mitgliedstaaten von den gleichen Parkbedingungen und -einrichtungen für Menschen mit Behinderungen Gebrauch machen. Die neuen Vorschriften gelten für Kurzaufenthalte von bis zu drei Monaten sowie in einigen Fällen auch für längere Zeiträume, z. B. für Ausweisinhaber, die an EU-Mobilitätsprogrammen (wie Erasmus+ und Projekten des Europäischen Solidaritätskorps) teilnehmen. Die Mitgliedstaaten können bei der Umsetzung der Richtlinie auch längere Zeiträume für andere Ausweisinhaber vorsehen.

Der Europäische Behindertenausweis wird die nationalen Behindertenausweise oder -bescheinigungen ergänzen, und der neue Parkausweis wird den derzeitigen EU-Parkausweis für Menschen mit Behinderungen ersetzen. Beide Ausweise sollen ab dem Jahr 2028 in der gesamten EU ausgestellt werden und gelten.



↑ Die damalige EU-Gleichstellungskommissarin Helena Dalli (2. von rechts) präsentiert gemeinsam mit Vertreterinnen und einem Vertreter des Europäischen Behindertenforums den neuen EU-Behindertenausweis. Brüssel (Belgien), 6. September 2023.

Unsere Städte barrierefreier gestalten

Barrierefreie Räume sind ein wichtiger erster Schritt zur Verwirklichung der Gleichstellung. Der Access City Award feierte 2024 sein 15-jähriges Bestehen. Mit diesem renommierten Preis werden die herausragenden Bemühungen von Städten in der EU gewürdigt, die der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen Priorität einräumen.

Im November 2024 erhielt Wien (Österreich) den Access City Award 2025 als Vorbild dafür, wie Großstädte die Barrierefreiheit erfolgreich in alle Aspekte des städtischen Lebens integrieren können. Zur Feier der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 erhielt Nürnberg (Deutschland) zusätzlich einen Sonderpreis für barrierefreie Sportinfrastrukturen, wobei in inklusive Sportzentren mit adaptierter Ausrüstung und Schulungen für Trainerinnen und Trainer für adaptiven Sport und inklusives Schwimmen investiert wurde.



Anlässlich des 15-jährigen Bestehens des Access City Award trafen sich Vertreter früherer Preisträgerstädte, Behindertenverbände und Interessenvertretungen zum Austausch bewährter Verfahren. Sie holten auch Rückmeldungen zur zweiten Phase der [Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030](#) ein.



Teilnehmende der Gesprächsrunde, die anlässlich 15 Jahren Access City Award organisiert wurde. Brüssel (Belgien), 29. Mai 2024.



VIDEO: San Cristóbal de La Laguna (Spanien) – Preisträger des Access City Award 2024.



Gleichstellung der Geschlechter

Die EU hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung gemacht. Zu den Meilensteinen gehören neue Regeln für Lohntransparenz, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu stärken, neue Vorschriften zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie Zielvorgaben zur Unterstützung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Leitungsorganen von Unternehmen.

Trotz erheblicher Fortschritte ist die Gleichstellung der Geschlechter jedoch noch lange nicht erreicht. Dem Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU von 2024 zufolge besteht nach wie vor ein erhebliches Geschlechtergefälle auf dem Arbeitsmarkt und in Führungspositionen, einschließlich bei der politischen Vertretung. Gleichzeitig stellen geschlechtsspezifische Stereotype in Bezug auf die gesellschaftliche Rolle der Frau weiterhin eine Herausforderung dar. Darüber hinaus gehören Frauen und Mädchen nach wie vor zu den Menschen, die am stärksten durch die Folgen von Kriegen und Konflikten gefährdet sind. Der Bericht stellt ferner fest, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere im Internet, zunehmend behindert wird und dass in verschiedenen Teilen der Welt zunehmend Rückschritte bei den Rechten der Frauen zu beobachten sind.

2024 wurde ein bahnbrechender EU-Rechtsakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt angenommen. Die neue Richtlinie stellt bestimmte Formen der Gewalt gegen Frauen unter Strafe, insbesondere Verstümmelung der weiblichen Genitalien, Zwangsheirat und die am weitesten verbreiteten Formen der Cybergewalt (z. B. die nicht einvernehmliche Weitergabe von intimen oder manipulierten Inhalten, Cyberstalking und Cybermobbing) sowie die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass im Internet.



Jede dritte Frau in der EU wurde bereits Opfer von körperlicher bzw. sexueller Gewalt oder Drohungen.



Nur jede achte Frau, die Opfer von Gewalt geworden ist, hat den Vorfall bei der Polizei gemeldet.



Nur jede fünfte Frau, die Opfer von Gewalt geworden ist, hat sich an eine Gesundheitseinrichtung oder einen Sozialdienstleister gewandt, um Hilfe zu erhalten.

Quellen: Eurostat; Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen; Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.



© Adobe Stock

Mit der Richtlinie erhalten die Opfer einen besseren Zugang zu Justiz, Schutz und Unterstützung, und die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, umfassende Präventionsmaßnahmen zu ergreifen und das Bewusstsein für die zentrale Rolle des Einverständnisses in Beziehungen zu schärfen. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 14. Juni 2027 Zeit, um die neuen Vorschriften in nationales Recht umzusetzen.

Auch die Gewalt gegen Kinder bleibt sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU eine große Herausforderung. Im April gab die Kommission Empfehlungen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Stärkung ihrer Kinderschutzsysteme ab. In den Empfehlungen werden die Beiträge von mehr als 1 000 Kindern aufgegriffen, die über die neue EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern eingingen.

Förderung der Geschlechtergleichstellung in der öffentlichen Verwaltung und bei den Haushaltsverfahren

Im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Förderung der Geschlechtergleichstellung stellte die EU im Jahr 2024 zwölf Verwaltungen in neun Mitgliedstaaten (Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Portugal und Rumänien) maßgeschneidertes technisches Fachwissen zur Verfügung. Ziel der Unterstützung ist es, dass

die Mitgliedstaaten Strategien und Haushaltspläne aufstellen, die den Bedürfnissen der Geschlechter Rechnung tragen und sie fördern.

Dank einer Änderung der EU-Haushaltsordnung wird das Thema Geschlecht nun in den EU-Finanzierungsprogrammen berücksichtigt. Dazu gehört unter anderem ein verbessertes Monitoring, bei dem Daten nun aufgeschlüsselt nach Geschlecht betrachtet werden. Darüber hinaus müssen die aus EU-Mitteln geförderten Maßnahmen – ab dem nächsten Haushaltszeitraum (nach 2027) – nach Möglichkeit die besonderen Bedürfnisse und Prioritäten von Frauen und Mädchen berücksichtigen.

Neue Standards für Gleichstellungsstellen

Die nationalen Gleichstellungsstellen spielen eine wichtige Rolle dabei, die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zur Nichtdiskriminierung vor Ort zu gewährleisten. Sie fördern die Gleichbehandlung, indem sie unabhängige Unterstützung für Opfer von Diskriminierungen leisten, unabhängige Erhebungen durchführen, unabhängige Berichte veröffentlichen und Empfehlungen zu Diskriminierungsfragen abgeben. Ungeachtet ihrer wertvollen Arbeit stehen die Gleichstellungsstellen derzeit jedoch vor einer Reihe von Herausforderungen und können ihr Potenzial zur Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung noch nicht voll ausschöpfen.

Die im Jahr 2024 angenommenen neuen EU-Rechtsvorschriften gewähren den Gleichstellungsstellen mehr Unabhängigkeit, Ressourcen und Befugnisse und tragen dazu bei, die Durchsetzung des EU-Rechts zur Nichtdiskriminierung zu stärken. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 19. Juni 2026 Zeit, um ihre nationalen Rechtsvorschriften anzupassen.

Nach den neuen Vorschriften müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass alle Gleichstellungsstellen ...

allen Opfern freien, gleichberechtigten und kostenlosen Zugang zu ihren Diensten gewähren können;

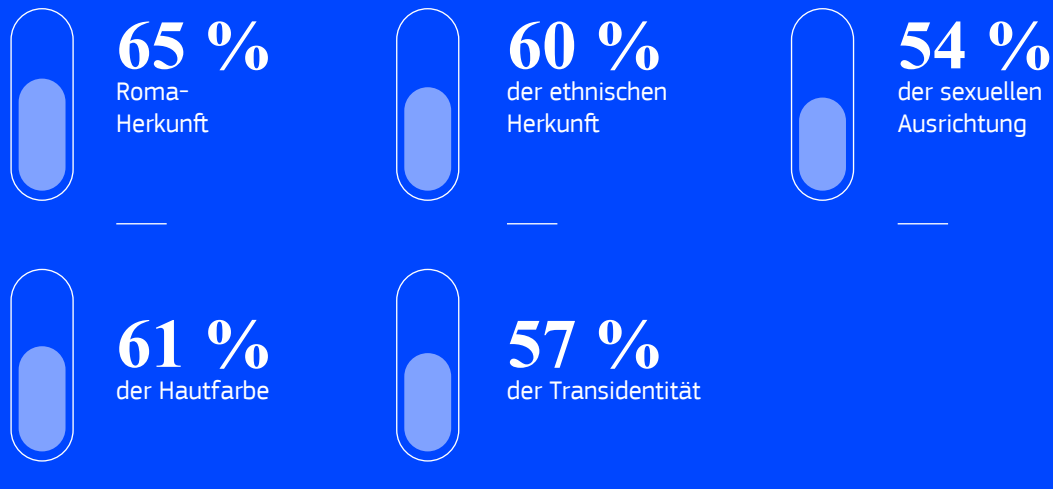
sich für Prävention, Förderung und Sensibilisierung einsetzen können;

in Diskriminierungsfällen vor Gericht auftreten können, um den Opfern zuverlässige Unterstützung zu bieten.

Die Europäerinnen und Europäer glauben, dass Diskriminierung in ihren Ländern weitverbreitet ist.

119

DISKRIMINIERUNG WEGEN:



Quelle: Europäische Kommission, [Eurobarometer-Sonderumfrage 535](#), Dezember 2023.

| GESAMTBERICHT

Stärkung der Gleichstellung von LGBTIQ-Personen in Europa

Die im Mai veröffentlichten Ergebnisse der dritten LGBTIQ-Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zeigen, dass lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere (LGBTIQ-)Personen in ihrem sozialen Umfeld offener mit ihrer sexuellen Ausrichtung, Geschlechtsidentität oder ihren Geschlechtsmerkmalen umgehen als in der Vergangenheit. Sie sind jedoch mehr Belästigungen und Gewalt ausgesetzt. Gleichzeitig ist die Dunkelziffer von Diskriminierung, Gewalt und Belästigung nach wie vor hoch.

Aus dem [Bericht](#) über die Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen geht hervor, dass sie sich positiv auf die Situation von LGBTIQ-Personen in der EU ausgewirkt hat. Zwölf Mitgliedstaaten verfügen bereits über nationale Strategien oder Aktionspläne für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen, die die EU-Strategie ergänzen, während andere derzeit ihre ersten spezifischen nationalen Strategien oder Aktionspläne ausarbeiten. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten wird durch den Austausch bewährter Verfahren bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler Aktionspläne gestärkt.



Jede zweite LGBTIQ-Person geht heute offen mit ihrer Identität um.



Jede dritte LGBTIQ-Person wird diskriminiert.



Jede zweite LGBTIQ-Person ist Opfer von Belästigung.



Zwei von drei LGBTIQ-Personen litten während ihrer Schulzeit unter Mobbing.



Jede siebte LGBTIQ-Person erfährt Gewalt.

Quelle: Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, [LGBTIQ Equality at a Crossroads: Progress and challenges](#), 2024.

Bekämpfung von Rassismus in all seinen Formen

Aus dem Bericht über die Umsetzung des EU-Aktionsplans gegen Rassismus 2020-2025 geht hervor, dass trotz der erfolgreichen Umsetzung der meisten Maßnahmen ein wirksamerer Schutz vor Rassendiskriminierung sowie eine systematische Prävention von Rassismus erforderlich sind. Ferner wird gezeigt, dass in allen EU-Politikbereichen – von Bildung und Beschäftigung bis hin zum auswärtigen Handeln – Antirassismus-Maßnahmen und -Initiativen entwickelt werden. Der Bericht verdeutlicht allerdings auch, dass Rassismus in den gesellschaftlichen Strukturen weitverbreitet ist, etwa in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Wohnungssuche, und dass die Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung dieses Phänomens spielen. Über 2025 hinaus wird die EU weiterhin gegen alle Formen von Rassismus vorgehen und eine umfassende Antirassismus-Strategie entwickeln.

Der erste Fortschrittsbericht über die Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens 2021-2030 wurde 2024 veröffentlicht. Er verdeutlicht, dass Europa seit den Angriffen der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Krieg im Gazastreifen den höchsten Stand an Hassverbrechen und Gewalttaten gegen jüdische Menschen seit Gründung der EU zu verzeichnen hat. Einer Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2023 zufolge war der Antisemitismus schon vor den Hamas-Anschlägen ausgeprägt und wurde durch die COVID-19-Pandemie und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine noch verstärkt. In dem Bericht wird dargelegt, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten gegen Antisemitismus vorgehen und welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um die Sicherheit jüdischer Gemeinschaften zu stärken. Es werden Fortschritte beim Aufbau nachhaltiger Strukturen auf EU- und nationaler Ebene zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus vorgestellt. Im Zuge der EU-Strategie haben 23 Mitgliedstaaten eine nationale Strategie gegen Antisemitismus angenommen und 20 einen nationalen Koordinator für Antisemitismus ernannt.

96 % der jüdischen Menschen in Europa waren entweder online oder offline mit Antisemitismus konfrontiert.

80 % geben an, dass Antisemitismus in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

76 % vermeiden es, in der Öffentlichkeit Gegenstände mitzuführen oder zu tragen, die sie als Juden erkennbar machen würden.

Quelle: Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Jewish People's Experiences and Perceptions of Antisemitism – EU Survey of Jewish People, 2024.

Dem von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte im Oktober veröffentlichten Bericht Being Muslim in the EU – Experiences of Muslims zufolge ist fast die Hälfte der Musliminnen und Muslime in der EU in ihrem Alltag mit Rassismus und Diskriminierung konfrontiert – ein deutlicher Anstieg gegenüber 2016. Muslimische Frauen, Männer und Kinder werden sowohl online als auch offline nicht nur wegen ihrer Religion, sondern auch wegen ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Herkunft oder wegen ihres Migrationshintergrunds angegriffen. Die in dem Bericht verwendeten Zahlen wurden vor dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Krieg im Gazastreifen erhoben, der zu einem Anstieg des antimuslimischen Hasses führte.

In dem Bericht über die Umsetzung der nationalen strategischen Rahmen für Roma werden die Fortschritte hervorgehoben, die die Mitgliedstaaten und Bewerberländer bei der Einrichtung der erforderlichen Strukturen, Verfahren und Programme für die wirksame Umsetzung ihrer nationalen Rahmen für die Roma erzielt haben. Sie sind zwar ein wichtiger Schritt nach vorn, aber es gibt noch Spielraum für ehrgeizigere Maßnahmen, um die EU-Ziele für 2030 vollständig zu erreichen. Anhand dieser Ziele wird überprüft, inwieweit der Strategische Rahmen der EU für die Roma in den Bereichen Gleichstellung, sozioökonomische Integration und sinnvolle Teilhabe erfolgreich umgesetzt wurde. Die EU ist nach wie vor entschlossen, die Mitgliedstaaten mit Leitlinien zu unterstützen und die Umsetzung ihrer nationalen Rahmen für die Roma zu überwachen.

Inklusive Gesellschaften feiern

Der Europäische Monat der Vielfalt im Mai verkörpert das langfristige Engagement der EU für vielfältige und inklusive Arbeitsplätze und Gesellschaften. Mehr als 50 Veranstaltungen fanden 2024 in der gesamten EU statt. Einer der Höhepunkte war die dritte Verleihung des Preises für Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt, mit dem die Arbeit der Städte und

Regionen der EU zur Förderung der Inklusion und zur Schaffung diskriminierungsfreier Gesellschaften gewürdigt wird. In diesem Jahr wurde eine besondere Auszeichnungskategorie für Behörden eingeführt, die sich für mehr Sicherheit in Städten und Regionen einsetzen, indem sie gegen Gewalt gegen Frauen vorgehen.

Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt 2024 – die Preisträger

LOKALE BEHÖRDEN VON STÄDTEN/REGIONEN MIT MEHR ALS 50 000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNERN



Zagreb (Kroatien)



Växjö Kommun
(Schweden)



La Laguna (Spanien)

LOKALE BEHÖRDEN VON STÄDTEN/REGIONEN MIT WENIGER ALS 50 000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNERN



Corbetta (Italien)



Miranda de Ebro (Spanien)



Casares (Spanien)

BESONDERE AUSZEICHNUNG



Ljubljana (Slowenien)



Miranda de Ebro
(Spanien)



Växjö Kommun
(Schweden)

KAPITEL 7

Menschen und Freiheiten schützen

Einleitung

Im Jahr 2024 hat die Europäische Union mit den erforderlichen Arbeiten begonnen, um Europa besser auf große Krisen vorzubereiten, und somit umfassende Schritte unternommen, um ihre Bürgerinnen und Bürger vor Bedrohungen sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen zu schützen. Die EU hat ihre Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigung weiter intensiviert und neue Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels, des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität eingeführt. Auch beim Migrationsmanagement hat im Jahr 2024 ein neues Zeitalter begonnen. Mit dem verabschiedeten Migrations- und Asylpaket verfügt die EU nun über die nötigen Instrumente für ein geordnetes Migrationsmanagement, das auf den Grundsätzen der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten beruht. Mit der Ausarbeitung der nationalen Umsetzungspläne durch die Mitgliedstaaten sind die wichtigen Arbeiten

angelaufen, um die Grundlagen für die Reformen zu schaffen. Ein weiteres Etappenziel wurde im Dezember mit dem Beschluss erreicht, die Kontrollen an den Landbinnengrenzen zu und zwischen Bulgarien und Rumänien ab dem 1. Januar 2025 aufzuheben. Ferner setzte die EU mit Reformen des Arzneimittelrechts ihre Bemühungen um den Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger fort. Es wurden neue Initiativen eingeführt, darunter wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.



Migrantinnen, die im Rahmen eines Programms zur sozialen und beruflichen Integration auf einer Obstanlage in Culleredo (Spanien) arbeiten, 19. Juni 2024. Diese von der EU finanzierte Initiative unterstützt Migrantinnen und Migranten in prekären Situationen, indem sie zum Erwerb von Kompetenzen, der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und der Gleichstellung der Geschlechter beiträgt.

Bürgerinnen und Bürger schützen

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass größere Krisen wie die globale Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und katastrophale Wetterereignisse aufgrund des Klimawandels weder isolierte noch vorübergehende Phänomene sind. Vielmehr machen sie deutlich, dass Europa jederzeit auf Krisen vorbereitet sein und reagieren können muss. Eine bessere Krisenvorsorge Europas ist unabdingbar, denn nur dadurch sind der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und das reibungslose Funktionieren der Volkswirtschaften und Gesellschaften der EU zu gewährleisten.

In dem im Oktober veröffentlichten Bericht von Sauli Niinistö mit dem Titel *Safer Together* werden die komplexen Herausforderungen für die EU bewertet, und es wird dargelegt, wie

die EU die zivile und militärische Vorsorge und Bereitschaft für künftige Krisen verbessern kann. Der Bericht enthält rund 80 Empfehlungen für kurz- und mittel- bis langfristige Maßnahmen, die zum Aufbau einer umfassenden Vorsorge beitragen sollen. Ausgehend von diesen Vorschlägen arbeiten die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik derzeit die Strategie für eine krisenfeste Union aus, die die Mobilisierung von Akteuren auf allen Regierungsebenen (von der lokalen bis zur EU-Ebene und von zivilen Behörden bis hin zu den Streitkräften) und die Einbeziehung aller Teile der Gesellschaft (Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger) umfasst.

**58 %**

der Menschen in der EU fühlen sich nicht gut auf Katastrophen vorbereitet.

**37 %**

haben in den letzten zehn Jahren persönlich eine Katastrophe (außer COVID-19) erlebt.

**46 %**

wissen, was im Falle einer Katastrophe zu tun ist.

**82 %**

sind der Ansicht, dass die EU stärker in die Vorsorge für künftige Krisen eingebunden werden sollte.

Quellen: Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 546, Juni 2024; Europäische Kommission, Eurobarometer-Sonderumfrage 547, September 2024.

Verteidigungsfähigkeiten aufbauen

Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten bereits an einer gemeinsamen strategischen Vision für die Sicherheit und Verteidigung der EU in den kommenden Jahren, um Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit zu bewältigen.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die EU dazu veranlasst, die europäische Verteidigungsindustrie stärker, reaktionsfähiger und innovativer zu machen. Mit der ersten europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich, die im März vorgestellt wurde, soll sichergestellt werden, dass die Verteidigungssysteme und die Militärausrüstung im Bedarfsfall bereit sind. Davon profitiert nicht nur die EU, sondern auch wichtige Verbündete wie die NATO und die Ukraine. Die Strategie wird durch ein mit 1,5 Mrd. EUR ausgestattetes Finanzierungsprogramm für den Zeitraum 2025-2027 zur Vorbereitung der europäischen Verteidigungsindustrie unterstützt.

Europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich – Ziele für 2030

- **Mindestens 40 %**
der Verteidigungsgüter sollen durch gemeinsame Beschaffung erworben werden.
- **Mindestens 50 %**
des Budgets für die Beschaffung von Verteidigungsgütern sollen für Produkte und Dienstleistungen aus Europa ausgegeben werden.
- **Mindestens 35 %**
des Handels mit Verteidigungsgütern soll zwischen Mitgliedstaaten stattfinden (statt mit anderen Ländern).

Neben der stetigen Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Verteidigungsgüter gemeinsam zu beschaffen, wobei der Schwerpunkt darauf liegen sollte, die europäische Verteidigungsindustrie zu unterstützen. Im November wurden fünf grenzüberschreitende Projekte für eine Finanzierung im Rahmen des neuen EU-Programms ausgewählt, mit dem Anreize für die Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern geschaffen

werden sollen. Insgesamt wurden im Rahmen dieser Projekte über 11 Mrd. EUR zur Beschaffung von Verteidigungsgütern für die Streitkräfte der Mitgliedstaaten ausgegeben. An den ausgewählten Projekten, von denen die meisten die Beschaffung von Verteidigungsgütern für die Ukraine beinhalten, sind 20 Mitgliedstaaten beteiligt.

Gleichzeitig trägt die Umsetzung des ersten Ausbaus der Munitionsproduktionskapazitäten durch die Industrie bereits Früchte. Mehr als 500 Mio. EUR an Zuschüssen wurden gewährt, und die Produktionskapazität bei der europäischen Artilleriemunition wurde auf eine Million Geschosse pro Jahr erhöht.

Drei Jahre nach seiner Einrichtung hat der Europäische Verteidigungsfonds bereits 4 Mrd. EUR zur Unterstützung von 160 gemeinsamen Verteidigungsprojekten bereitgestellt, die ein breites Spektrum an Technologien und Fähigkeiten abdecken und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie fördern. Mit der Einrichtung der neuen Eigenkapitalfazilität der EU für den Verteidigungsbereich sollen der Zugang zu Finanzmitteln für den Verteidigungssektor verbessert und ein florierendes System von Start-up-Unternehmen und kleinen Unternehmen im Verteidigungsbereich unterstützt werden.

Im Einklang mit ihrem Aktionsplan zur militärischen Mobilität finanziert die EU 38 neue Projekte, mit denen der Transport von Truppen und Ausrüstung entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes verbessert werden soll. Diese mit einem Budget von 807 Mio. EUR ausgestatteten Projekte werden die wichtigsten Verkehrsinfrastrukturen in der EU sowohl für den zivilen als auch für den militärischen Verkehr modernisieren. Im Jahr 2024 wurde eine neue militärische Mobilitätszusage angenommen, um noch bestehende Lücken in diesem Bereich zu schließen.

Sicherheitsbedrohungen bewältigen

Ein im Mai veröffentlichter Bericht über die Fortschritte im Rahmen der Strategie für eine Sicherheitsunion zeigt, dass die EU aufgrund der Fülle an legislativen und operativen Maßnahmen, die seit der Annahme der Strategie ergriffen wurden, besser für den Umgang mit sicherheitspolitischen Herausforderungen gerüstet ist. Die sich ständig wandelnde Bedrohungslage bedeutet jedoch, dass jede Gelegenheit genutzt werden muss, um potenzielle Schwachstellen zu beseitigen.

Hybride Bedrohungen sind eine der komplexesten und sich am häufigsten verändernden Herausforderungen, vor denen die EU und ihre Mitgliedstaaten stehen. Exemplarisch für solche Bedrohungen sind die Behinderung demokratischer Entscheidungsprozesse durch Desinformationskampagnen und die Nutzung sozialer Medien zur Kontrolle des politischen Narrativs. Die EU hat bereits ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Abwehr hybrider Bedrohungen ergriffen, darunter das Instrumentarium gegen hybride Bedrohungen, das nun einsatzbereit ist und aktiviert wurde, um auf die intensivierte hybride Kampagne Russlands gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten zu reagieren. Im Oktober nahm die EU als Reaktion auf die hybriden Aktivitäten Russlands eine neue Sanktionsregelung an. Die Mitgliedstaaten haben die Schaffung von Teams für die rasche Reaktion auf hybride Bedrohungen abgeschlossen, die eines der wichtigsten Instrumente sein werden, um die Mitgliedstaaten, Partnerländer und EU-Missionen bei der Abwehr solcher Bedrohungen und Kampagnen zu unterstützen.

Insbesondere der Cyberraum ist zu einem Schauplatz des strategischen Wettbewerbs geworden. Die Umsetzung der EU-Cyberabwehrpolitik kam im Jahr 2024 voran: So wurden die Vorarbeiten für das EU-Koordinierungszentrum für die Cyberabwehr aufgenommen, das das Lagebewusstsein der Verteidigungsgemeinschaft verbessern wird. Um einen Überblick über die Umsetzung der Politik zu bieten, wurde im Oktober die erste EU-Cyberzählung veröffentlicht, und eine zweite ist bereits im Gange.

Angesichts des beispiellosen geopolitischen Wandels im Bereich Weltraum und der Schlüsselrolle der EU darin wurde der Schwerpunkt verstärkt auf die allgemeinen Sicherheitsaspekte mit Blick auf den Weltraum und auf die Umsetzung der EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung gelegt. Der Schwerpunkt der Initiativen lag dabei insbesondere auf der Verbesserung des gemeinsamen Verständnisses und der gemeinsamen Reaktion auf Bedrohungen im

Weltraum. Im April richtete die Kommission gemeinsam mit der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm das EU-Zentrum für den Austausch und die Analyse von Weltrauminformationen ein. Diese Kooperationsinitiative für EU-Unternehmen im Bereich Raumfahrt soll den Austausch bewährter Verfahren fördern, um die Sicherheit der Weltraumsysteme der EU zu verbessern.

Auf See hat die EU ihre Rolle als Akteurin im Bereich der maritimen Sicherheit und ihre Beziehungen zu externen Partnern in diesem Bereich gestärkt. Als wichtiger Erfolg im Rahmen der überarbeiteten Strategie für maritime Sicherheit fand im Mai die erste Übung zur maritimen Sicherheit unter Beteiligung der Mitgliedstaaten, der EU-Organe und spezialisierter Agenturen statt. Im Mittelpunkt der Übung standen der Schutz kritischer unterseeischer Infrastrukturen und die Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei in EU-Gewässern. Sie umfasste einen erfolgreichen Test einer neuen Initiative für den Informationsaustausch, die einen sicheren Echtzeit-Informationsaustausch zwischen den EU-Seebehörden ermöglicht und im Juli ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Kommission unterzeichnete Finanzhilfvereinbarungen in Höhe von 142 Mio. EUR für 21 Projekte zur Modernisierung vorhandener oder für den Einbau neuer Backbone-Kabel, einschließlich Seekabeln, zur Gewährleistung der Konnektivität.

Menschenhandel bekämpfen

Jedes Jahr werden Tausende von Menschen in der EU Opfer von Menschenhandel – sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Menschen aus Drittländern. Die EU und ihre Mitgliedstaaten verstärken ihre Anstrengungen, um diese schwerwiegenden Straftaten zu bekämpfen. Allein im Jahr 2023 wurden dank ihrer Maßnahmen mehr als 450 Personen festgenommen und 4,1 Mio. EUR beschlagnahmt. Mit der überarbeiteten EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels, die im Juli in Kraft trat, wurden strengere Vorschriften eingeführt, um Menschenhandel ein Ende zu machen. Mit dieser Richtlinie werden verstärkte Instrumente eingeführt, um Behörden bei der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten im Bereich des Menschenhandels zu unterstützen, neue Formen der Ausbeutung zu den bereits unter die EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels fallenden Formen der Ausbeutung hinzugefügt und sexuelle Ausbeutung im Internet zu einem erschwerenden Umstand gemacht. Zudem gewährleistet sie eine bessere Unterstützung der Opfer. Die Mitgliedstaaten haben bis zu zwei Jahre Zeit, um ihre nationalen Rechtsvorschriften anzupassen.

41 % der Opfer von Menschenhandel müssen Zwangsarbeit leisten.

41 % der Opfer von Menschenhandel werden sexuell ausgebeutet.



↑
[VIDEO: Die EU-Kampagne „Setzen Sie dem Menschenhandel ein Ende. Brechen Sie die unsichtbare Kette“ trägt zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Art von Verbrechen, durch die Menschen ihrer Grundrechte beraubt werden, bei.](#)

Im Juni trat die Fokusgruppe aus Staatsanwälten, die sich auf die Bekämpfung des Menschenhandels spezialisiert haben, zusammen, um Meinungen, Erfahrungen und bewährte Verfahren bei der Ermittlung und Verfolgung komplexer Fälle von Menschenhandel auszutauschen. Die von der EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels und der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen organisierten Treffen zielen darauf ab, die justizielle Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Fällen von Menschenhandel ebenso wie die strafrechtliche Reaktion durch ein besseres Verständnis dieser Straftat zu verbessern.

Verstärkte Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität

Der Drogenhandel ist eine der größten Gefahren für die innere Sicherheit der EU. Berichten zufolge sind fast 40 % der kriminellen Organisationen in der EU ausschließlich im illegalen Drogenhandel aktiv. Um dabei zu helfen, den sich wandelnden Bedrohungen im Bereich Drogen entgegenzuwirken, hat die EU im Juli die Drogenagentur der Europäischen Union ins Leben gerufen. Die neue Agentur, die auf den Errungenschaften der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht aufbaut, verfügt über mehr Befugnisse als ihre Vorgängerin, um aktuelle und künftige Herausforderungen im Zusammenhang mit Drogen in der EU anzugehen. Ihre Arbeit wird die Früherkennung gefährlicher Stoffe verbessern. Ferner wird die Agentur ein Netz forensischer Labors einrichten, damit Europa besser auf neue Drogenwellen reagieren kann. Ebenso wird sie sich mit den komplexen Herausforderungen der Drogenkriminalität, der gesundheitlichen Auswirkungen und der sozialen Kosten befassen, die im *Europäischen Drogenbericht 2024: Trends und Entwicklungen* genannt wurden.



↑
[Die damalige EU-Innenkommissarin Ylva Johansson vor dem neuen Hauptsitz der Drogenagentur der Europäischen Union. Lissabon \(Portugal\), 3. Juli 2024.](#)

Die Umsetzung des EU-Fahrplans zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität führte zu mehreren Initiativen, die zur Zerschlagung krimineller Netze beitragen. So wurde beispielsweise im Januar die öffentlich-private Partnerschaft „Europäische Hafenallianz“ ins Leben gerufen, um Häfen vor Drogenhandel und krimineller Unterwanderung zu schützen, indem das Risikomanagement, die Strafverfolgung und die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor verbessert werden.

Darüber hinaus wurde das Europäische Justizielle Netz für organisierte Kriminalität geschaffen, das von der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen unterstützt wird, um den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen Staatsanwaltschaften zu verbessern.



Die Strafverfolgungsbehörden in der gesamten EU arbeiten im Rahmen der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen zusammen, um Drogenhandel und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Im Jahr 2023 nahmen die Mitgliedstaaten mit Unterstützung durch die Initiative der Kommission und der EU-Agenturen mehr als 13 800 Personen fest und beschlagnahmten Geld und Waren im Wert von fast 800 Mio. EUR, darunter 197 Tonnen Drogen.



VIDEO: Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen – Ergebnisse 2023.

Maßnahmen zur Vermögensabschöpfung ermöglichen es den Strafverfolgungsbehörden, Netze krimineller Organisationen in der EU und darüber hinaus aufzudecken und zu zerschlagen. Mit einem neuen Rechtsakt, der 2024 angenommen wurde, soll sichergestellt werden, dass Kriminelle keine illegalen Gewinne behalten können. Das umfassende Regelwerk regelt die Vermögensabschöpfung vom Beginn des Prozesses bis zum Ende – also von der Aufspürung und Ermittlung über die Sicherstellung und Verwaltung von Vermögenswerten bis zu ihrer Einziehung und endgültigen Veräußerung. Im Juli traten neue Vorschriften in Kraft, die den Strafverfolgungsbehörden einen schnelleren Zugang zu Finanzinformationen ermöglichen

werden. Sie werden den Behörden helfen, Finanzermittlungen durchzuführen, indem sie es ihnen ermöglichen herauszufinden, ob ein Verdächtiger über Bankkonten in anderen Mitgliedstaaten verfügt.

Mit der Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität sieht sich die EU immer häufiger mit Situationen konfrontiert, in denen mehrere Mitgliedstaaten für die strafrechtliche Verfolgung ein und desselben Falls zuständig sind. Um den Herausforderungen der mehrfachen Verfolgung zu begegnen, wurden im Rahmen der EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Jahr 2024 neue Vorschriften erlassen, mit denen ein Rechtsrahmen für die Übertragung von Strafverfahren von einem Mitgliedstaat in einen anderen festgelegt wird.

Maßnahmen gegen Terrorismus

Radikalisierung, die zu gewaltbareitem Extremismus und Terrorismus führt, ist in den Mitgliedstaaten und darüber hinaus ein Problem. Im Juni rief die Kommission das EU-Wissenszentrum zur Prävention von Radikalisierung ins Leben, eine Vernetzungsplattform für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, politische Empfehlungen und Präventionsinstrumente.

Zur Prävention von Radikalisierung gehört die Entfernung terroristischer Online-Inhalte. Aus einem Bericht über die Umsetzung der Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Online-Inhalte geht hervor, dass die Verordnung zur wirksamen Entfernung extremistischer Inhalte beigetragen hat. Seit ihrem Inkrafttreten im Juni 2022 wurden mehr als 1 200 Entfernungsanordnungen erlassen. Nach der Verordnung sind Diensteanbieter verpflichtet, terroristische Inhalte so schnell wie möglich, in jedem Fall aber innerhalb einer Stunde nach Eingang einer Entfernungsanordnung einer zuständigen nationalen Behörde zu entfernen.

Im Jahr 2024 wurden neue Vorschriften zur Festlegung der Mindestdiefe für die Kennzeichnung von Feuerwaffen erlassen. Dies wird die Rückverfolgbarkeit von Feuerwaffen in der gesamten EU verbessern, Ermittlungen unterstützen und den sicheren Handel fördern. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union einigten sich im März auf neue, strengere Vorschriften für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr ziviler Feuerwaffen. Mit dieser Initiative werden harmonisierte Verfahren und eine digitale Lizenzierung eingeführt, wodurch die Rückverfolgbarkeit verbessert und die organisierte Kriminalität gebremst wird.

Ein Neubeginn beim Migrations- und Asylmanagement

Im Mai 2024 nahm die EU zehn Rechtsakte förmlich an, die zusammen das Migrations- und Asylpaket bilden. Dieses Paket neuer Vorschriften baut auf früheren Reformvorschlägen auf, ändert diese und bietet einen umfassenden Ansatz, der darauf abzielt, die wichtigsten politischen Maßnahmen der EU in den Bereichen Migration, Asyl, Grenzmanagement und Integration zu stärken und zu integrieren.

Zum ersten Mal wird die EU über einen ständigen obligatorischen Solidaritätsmechanismus verfügen, was bedeutet, dass kein Mitgliedstaat, der einem plötzlichen Migrationsdruck ausgesetzt ist, diese Lage allein bewältigen muss. Migration ist integraler Bestandteil der sich vertiefenden Beziehungen der EU zu Partnern weltweit. Die EU arbeitet mit den betreffenden Ländern zusammen, um die Ursachen der irregulären Migration anzugehen, Schleuserkriminalität und Menschenhandel zu bekämpfen und legale Wege in die EU zu fördern.

Nach dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften im Juni haben die Mitgliedstaaten bis Mitte 2026 Zeit, um den neuen Rahmen einzurichten. Um die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Pakets zu unterstützen, legte die Kommission einen gemeinsamen Umsetzungsplan vor, der Etappenziele für Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten enthält, mit denen das Paket in den nächsten zwei Jahren in die Praxis umgesetzt werden soll. Auf dieser Grundlage erstellten die Mitgliedstaaten nationale Umsetzungspläne, die sie bis zum 12. Dezember vorlegen mussten.

Neun Mitgliedstaaten erhielten maßgeschneiderte fachliche Beratung, um ihnen bei der Ausarbeitung ihrer nationalen Umsetzungspläne für das Migrations- und Asylpaket zu helfen. Das Instrument für technische Unterstützung, mit dem die Mitgliedstaaten bei der Konzeption und Umsetzung von Reformen unterstützt werden, bot Unterstützung und Orientierungshilfe in Schlüsselbereichen im Zusammenhang mit den neuen Rechtsvorschriften, etwa den operativen Prozessen, politischen Optionen und der strategischen Verwendung von EU-Mitteln. Das Vorzeigeprojekt wird die Mitgliedstaaten auch im Jahr 2025 unterstützen.

Das gesamte Paket von Migrations- und Asylreformen bietet zwar eine nachhaltige langfristige Lösung, doch wurden vor Ort auch konkrete operative Maßnahmen ergriffen, um unmittelbare und aktuelle Herausforderungen zu bewältigen. Die EU hat vier Aktionspläne auf den Weg gebracht, die sich auf bestimmte Migrationsrouten – die östliche Mittelmeerroute, die westliche Mittelmeer- und Atlantikroute, die Westbalkanroute und die zentrale Mittelmeerroute – konzentrieren, sowie einen Zehn-Punkte-Plan für die italienische Insel Lampedusa. Mit diesen Initiativen wurden konkrete Maßnahmen eingeführt, darunter finanzielle Unterstützung für die Mitgliedstaaten und Maßnahmen zur Stärkung des Grenzmanagements.



we have witnessed the movement of people within,



VIDEO: Das Migrations- und Asylpaket – auf dem Weg zur konkreten Verwirklichung.

Seit 2022 wurden im Rahmen des freiwilligen Solidaritätsmechanismus, der die am stärksten vom Migrationsdruck betroffenen Mitgliedstaaten unterstützt, mehr als 5 000 Asylsuchende in andere europäische Länder umgesiedelt. Dieser Mechanismus wurde als Übergangsschritt hin zu einem dauerhaften Umsiedlungsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten eingerichtet. Ab Mitte 2026 wird die Umsiedlung eine der unterschiedlichen Arten von Maßnahmen sein, unter denen die beitragenden Mitgliedstaaten im Rahmen des neuen Solidaritätsrahmens wählen können. Statt Umsiedlungen können sie auch finanzielle Beiträge leisten oder alternative Solidaritätsmaßnahmen (d. h. Bereitstellung von Personal und Sachleistungen) ergreifen.

Irreguläre Migration eindämmen

Nach Schätzungen der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung gelangen mehr als 90 % der irregulären Migrantinnen und Migranten mithilfe von Schleusern in die EU. Schleusernetze sind eng mit anderen Formen der schweren und organisierten Kriminalität verbunden, darunter Terrorismus, Menschenhandel und Geldwäsche, sodass Maßnahmen und die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern dringend erforderlich sind.

Aktuell laufen Verhandlungen über eine Reihe von Initiativen, die im Jahr 2023 vorgeschlagen wurden, um den 20 Jahre alten Rechtsrahmen der EU zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität zu aktualisieren und die Vorschriften über die polizeiliche Zusammenarbeit zu stärken, die Strafen für Schleuser zu harmonisieren, die Ressourcen zu erhöhen und die Datenerhebung zu verbessern. Darüber hinaus fördert die 2023 ins Leben gerufene Globale Allianz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität die Zusammenarbeit mit Partnerländern in den Bereichen Prävention, Reaktion, Schutz und Alternativen zur irregulären Migration.

Die EU hat eine Reihe von Initiativen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität auf den Weg gebracht, darunter gemeinsame Projekte im Rahmen operativer Partnerschaften, in

deren Rahmen sich Strafverfolgungs- und Justizbehörden vernetzen, sowie Initiativen zur Schärfung des Bewusstseins für die Risiken irregulärer Migration und zur Information über alternative legale Migrationswege. Ein Pilotprojekt im zentralen Mittelmeerraum für eine stärkere Sensibilisierung wurde von der Europäischen Kontaktgruppe für Suche und Rettung in Italien gestartet.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das visumfreie Reisen in die EU mit Blick auf die irreguläre Migration und die Sicherheit in der EU erhebliche Herausforderungen mit sich bringen kann. Eine solche Herausforderung stellen Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren dar, die von visumfreien Ländern außerhalb der EU betrieben werden und darauf abzielen, Investitionen anzuziehen, indem Investoren die Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsrechte in dem betreffenden Land gewährt werden. Im Mai schlug die Kommission vor, die Visumpflicht für Staatsbürger Vanuatus dauerhaft wieder einzuführen, nachdem sie festgestellt hatte, dass die Staatsbürgerschaftsregelungen des Landes für Investoren ein Risiko für die Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten darstellten.

Die Rückkehr irregulärer Migranten regeln

Ein funktionierendes Migrationssystem muss die wirksame Rückkehr oder Rückführung von Menschen vorsehen, die kein Recht auf Aufenthalt in der EU haben. Mit dem Fahrplan für die Rückkehr und Hilfe durch die Rückkehrkoordinatorin werden die Mitgliedstaaten dabei unterstützt, diesen Prozess zu beschleunigen und die Wiedereingliederung von Rückkehrern zu erleichtern. Eine häufigere gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen und eine stärkere Unterstützung seitens der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache werden dazu beitragen, hier schneller voranzukommen. Im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds wurden Mittel in Höhe von 25 Mio. EUR bereitgestellt, um die Mitgliedstaaten bei ihren Programmen für die freiwillige Rückkehr zu unterstützen.

Sichere und legale Wege nach Europa

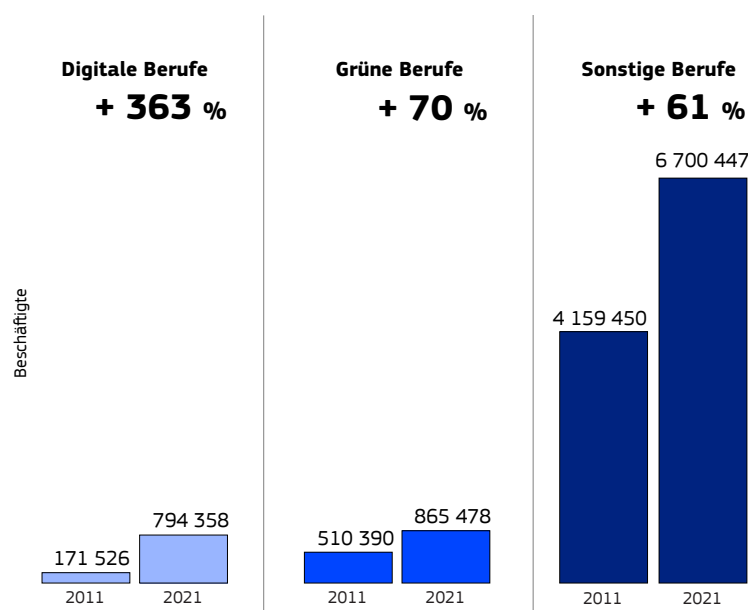
Mit der Verordnung zur Schaffung eines Unionsrahmens für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen, die im Juni als Teil des Migrations- und Asylpakets in Kraft trat, wird ein ständiger Rahmen geschaffen, um sichere und legale Wege in die EU für Menschen, die internationalen Schutz benötigen, anzubieten. Dadurch wird ein einheitliches Verfahren für die Neuansiedlung und die Aufnahme aus humanitären Gründen auf der Grundlage eines Zweijahresplans geschaffen, in dessen Rahmen die Zahl der in die EU aufzunehmenden Flüchtlinge festgelegt wird. Ein neu gebildeter hochrangiger Ausschuss für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen wird die Kommission dabei unterstützen, das neue System funktionsfähig zu machen.

Seit 2015 haben EU-geförderte Neuansiedlungsprogramme mit Beteiligung zahlreicher Mitgliedstaaten mehr als 128 000 besonders schutzbedürftigen Menschen, die internationalen Schutz benötigen, zu einer Zuflucht in der EU verholfen. Für den Zeitraum 2024-2025 haben 14 Mitgliedstaaten mehr als 61 000 Plätze für Flüchtlinge im Rahmen dieser Regelung zugesagt.

Neben Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen, die internationalen Schutz benötigen, wird eine gut gesteuerte Migrationspolitik, die legale Möglichkeiten zur Einreise in die EU bietet, die Wirtschaft ankurbeln und die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern stärken. Jedes Jahr ziehen zwischen 3 Millionen und 3,5 Millionen Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger legal in die EU, hauptsächlich, um hier zu arbeiten. Sie tragen dazu bei, den Bedarf auf dem EU-Arbeitsmarkt zu decken, der von EU-Arbeitnehmern nicht vollständig gedeckt werden kann. In der EU beschäftigte Drittstaatsangehörige schließen zunehmend Lücken in Berufen, die dauerhaft von einem Arbeitskräftemangel betroffen sind.

Mehr als 27 Millionen in der EU lebende Menschen sind Nicht-EU-Bürger – etwa 6 % der Gesamtbevölkerung.

In der EU beschäftigte Drittstaatsangehörige (2011-2021)



Quelle: Europäische Kommission, Eurostat-Arbeitskräfteerhebung 2011-2021, Analyse der Gemeinsamen Forschungsstelle, 12. Juni 2024.

Im Aktionsplan der Kommission zur Behebung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels (siehe Kapitel 6) wurden die Bedeutung von Maßnahmen zur Anwerbung von Talenten bekräftigt und Prioritäten in diesem Bereich festgelegt. Im Rahmen der Bemühungen, qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben, wurde im April eine Überarbeitung der Richtlinie über eine kombinierte Erlaubnis angenommen. Mit der Richtlinie werden ein vereinfachtes Antragsverfahren und eine kombinierte Erlaubnis für das Recht von Drittstaatsangehörigen auf Arbeit und Aufenthalt in der EU eingeführt. Die neuen Vorschriften garantieren Arbeitnehmern aus Drittstaaten Schutz sowie eine faire und gleiche Behandlung. Die Erlaubnis ist nicht an einen einzigen Arbeitgeber gebunden. Dies bedeutet, dass Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern ihren

Arbeitsplatz auch wechseln können, was ihnen während der Gültigkeitsdauer der Erlaubnis mehr Flexibilität bietet, in der EU zu arbeiten und zu leben.

Die EU arbeitete weiter daran, die bereits eingeleiteten Fachkräftepartnerschaften mit Ägypten, Marokko und Tunesien in die Praxis umzusetzen. Ferner brachte die EU im Rahmen ihrer umfassenderen Zusammenarbeit mit Bangladesch und Pakistan im Bereich des Migrationsmanagements neue Programme mit diesen Ländern auf den Weg. Mit der Initiative werden legale Wege in die EU gestärkt, indem die internationale Arbeitskräftemobilität für qualifizierte Arbeitskräfte durch eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt unterstützt wird.

Der Schengen-Raum

Der Schengen-Raum hat sich zum weltweit größten Raum für freies Reisen entwickelt. Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2024 ist er auf eine Fläche von 4,5 Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 458 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern gewachsen. In Anerkennung des Beitrags dieser beiden Mitgliedstaaten zum Funktionieren des Schengen-Raums wurden die Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen am 31. März aufgehoben. Im Dezember beschlossen die Mitgliedstaaten einstimmig, die Kontrollen an den Landbinnengrenzen der beiden Länder ab dem 1. Januar 2025 aufzuheben und ihren vollständigen Beitritt zum Schengen-Raum abzuschließen.

Ein wirksames Management der EU-Außengrenzen ist ein Schlüsselement eines Schengen-Raums ohne Kontrollen an den Binnengrenzen. Bulgarien und Rumänien haben die Zusammenarbeit im Bereich des Grenzmanagements verstärkt, um ihren Beitritt zum Schengen-Raum zu unterstützen. Die beiden Mitgliedstaaten werden durch individuelle Kooperationsrahmen einen weiteren Beitrag zu den gemeinsamen europäischen Bemühungen leisten, für die Sicherheit der EU an den Außengrenzen zu sorgen und die Migrationsherausforderungen zu bewältigen.

Im Jahr 2024 überarbeitete die EU den Schengener Grenzkodex, um die Steuerung des Schengen-Raums zu stärken und die Mitgliedstaaten besser in die Lage zu versetzen, mit den Herausforderungen an den

EU-Außengrenzen und im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Gesundheits- und Sicherheitsbedrohungen umzugehen. Mit den überarbeiteten Vorschriften werden die Kontrollen an den Binnengrenzen als letztes Mittel eingestuft, Alternativmaßnahmen gefördert und ein Überstellungsmechanismus für irreguläre Migrationsbewegungen eingeführt. Die Vorschriften gehen gegen die Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten an den EU-Außengrenzen an, indem sie den Mitgliedstaaten die Möglichkeit bieten, die Zahl der Grenzübergangsstellen zu begrenzen oder deren Öffnungszeiten zu verkürzen. Außerdem ermöglichen die Vorschriften eine verstärkte Grenzüberwachung. Ferner hat die Kommission ihre Unterstützung für die Mitgliedstaaten bei der Abwehr hybrider Bedrohungen, etwa beim Einsatz von Migration als Waffe durch Russland und Belarus, und zur Erhöhung der Sicherheit an den Außengrenzen intensiviert.

Im jüngsten Schengen-Statusbericht wurden die Entwicklungen im Vorjahr bewertet und die wichtigsten Prioritäten für 2024 und 2025 festgelegt. Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2023 mehr als zehn Millionen Schengen-Visa ausgestellt, und mehr als eine halbe Milliarde Passagiere besuchten den Schengen-Raum, das sind 92 % der Schengen-Reisenden des Jahres 2019 – also des Jahres vor der Covid-19-Pandemie. Dies hat erheblich zur EU-Wirtschaft beigetragen, da der Tourismus für fast 10 % des BIP der EU steht und Arbeitsplätze für rund 22,6 Millionen Menschen schafft.

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unterstützen den Schengen-Raum nachdrücklich



63 %

der Menschen in der EU halten die Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb des Schengen-Raums für die oberste Priorität der EU bis 2030.



33 %

der Unternehmen geben an, dass der Schengen-Raum die Kosten senkt – dank des Wegfalls von Kontrollen an den Binnengrenzen.



83 %

der Unternehmen sind der Ansicht, dass der Schengen-Raum gut für die Wirtschaft ist, und 81 % erkennen ihn als eine der größten Errungenschaften der EU an.

Quellen: Europäische Kommission, Eurobarometer-Sonderumfrage 549, Oktober 2024; Europäische Kommission, Flash-Eurobarometer 542, Oktober 2024.

Neue Verfahren für Reisen nach Europa

Beim Einreise-/Ausreisensystem handelt es sich um ein automatisiertes IT-System, in dem Drittstaatsangehörige, die für einen Kurzaufenthalt in den Schengen-Raum reisen, bei jedem Übertritt der Außengrenzen eines der Mitgliedstaaten oder assoziierten Schengen-Länder erfasst werden. Das manuelle Abstempeln des Reisepasses wird hierbei durch eine digitale Registrierung ersetzt. Das System wird dazu beitragen, Menschen zu erkennen, die einen befristeten Aufenthalt rechtswidrig überschreiten, den Informationsaustausch in Echtzeit zu gewährleisten und die Sicherheit zu verbessern, indem Identitätsbetrug verhindert wird. Ferner können dank des Systems Grenzkontrollen automatisiert werden, was Kontrollen an den Außengrenzen nach und nach beschleunigen und Reisen erleichtern und angenehmer machen wird. Das System ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer digitalisierten europäischen Grenzkontrolle, mit der der Ansatz der EU für ein integriertes Grenzmanagement weiter gestärkt wird. Im Dezember legte die Kommission einen Vorschlag zur schrittweisen Inbetriebnahme des Einreise-/Ausreisensystems vor. Sobald dieser genehmigt ist und ein Datum für den Beginn festgelegt ist, haben die Mitgliedstaaten sechs Monate Zeit, das System einzuführen.

Dieses neue System wird zudem den Weg für das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem ebnen, das in Kürze das Reisen für Millionen von Besuchern von außerhalb der EU vereinfachen wird. Nach dessen Inbetriebnahme müssen Reisende, die für die Einreise in 30 europäische Länder kein Visum benötigen, über dieses System eine Reisegenehmigung beantragen. Diese Genehmigung ist mit dem Reisepass des betreffenden Reisenden verknüpft und gilt bis zu drei Jahre oder bis zum Ablauf des Reisepasses, je nachdem, was zuerst eintritt.

Eine neue Initiative zur Digitalisierung von Reisepässen und Personalausweisen soll Reisen innerhalb der EU sowohl für EU-Bürgerinnen und -Bürger als auch für Drittstaatsangehörige schneller und reibungsloser gestalten. Im Oktober legte die Kommission Vorschläge für einen gemeinsamen Rahmen für die Nutzung digitaler Reiseausweise und eine neue „Digitale EU-Reise-App“ für deren Speicherung vor.

Bessere Gesundheit

Die vergangenen fünf Jahre waren von einer Reihe beispielloser Herausforderungen geprägt, die tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in der EU und darüber hinaus hatten und noch immer haben. Diese Ereignisse haben gezeigt, dass die Gesundheitspolitik der EU nicht mehr auf den vor der Pandemie bestehenden Rahmen beschränkt werden kann und ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene für das Wohl der Gesellschaft

in Europa unerlässlich ist. Im Rahmen einer stärkeren Europäischen Gesundheitsunion arbeiten heute alle Mitgliedstaaten bei der Krisenbereitschaft und -bewältigung zusammen, wann immer ein gemeinsames europäisches Handeln erforderlich ist. Darüber hinaus stellen sie sicher, dass medizinische Produkte verfügbar und erschwinglich sind, und verbessern die Prävention, Behandlung und Nachsorge bei Krankheiten wie Krebs.

Europas Plan gegen den Krebs

Drei Jahre nach seiner Annahme wirkt sich Europas Plan gegen den Krebs bereits positiv auf das Leben der Menschen aus, indem er den Weg für eine bessere Prävention, Früherkennung,

Behandlung und Versorgung ebnet und die Lebensqualität von Krebskranken und -überlebenden verbessert.

Wie zeigt Europas Plan gegen den Krebs Wirkung?

- ✓ Krebs besser verstehen durch Forschung und Innovation.
- ✓ Bessere Prognose und mehr Behandlungsoptionen dank besserer Früherkennung.
- ✓ Krebs stoppen, bevor er ausbricht – durch Prävention.
- ✓ Verbesserung der Krebsversorgung und Abbau von Ungleichheiten, weil jeder Mensch das Recht auf eine hochwertige, bezahlbare präventive und kurative Gesundheitsversorgung hat.

Eine der Leitinitiativen der EU zur Krebsbekämpfung betrifft Krebsarten, die durch Impfungen verhütet werden können, vor allem solche, die durch humane Papillomaviren (HPV) und das Hepatitis-B-Virus ausgelöst werden. Insbesondere zielt Europas Plan gegen den Krebs darauf ab, mindestens 90 % der Zielgruppe Mädchen in der EU zu erreichen und auch unter Jungen die Impfquote deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus soll der Zugang

zu HBV-Impfungen verbessert werden, damit sich mehr Menschen gegen HBV impfen lassen und so Leberkrebs verhindert wird. Die Durchimpfungsraten sind innerhalb der EU jedoch sehr unterschiedlich. In vielen Mitgliedstaaten liegt die HPV-Durchimpfungsrate bei Mädchen derzeit deutlich unter 50 %, während zu Jungen und jungen Erwachsenen nur begrenzt Daten vorliegen; in Bezug auf die HBV-Impfquoten bestehen sogar erhebliche Datenlücken.



Humanes Papillomavirus

- Häufigste Virusinfektion im Bereich der Geschlechtsorgane, die eine Reihe von Erkrankungen sowohl bei Frauen als auch bei Männern verursacht, wie etwa Präkanzerosen (Krebsvorstufen), die sich zu Krebs entwickeln können.
- **Geschätzt rund 28 600 Fälle von Gebärmutterhalskrebs** in den EU-Mitgliedstaaten/EWR-Ländern, **13 700 Menschen sterben** daran.
- **Drei** in der EU zugelassene **Impfstoffe**.
- Empfohlen für Mädchen und Jungen mit Einsetzen der Pubertät und bis ins frühe Erwachsenenalter.
- Ziel ist es, bis 2030 **mindestens 90 % der Zielgruppe Mädchen in der EU** vollständig zu impfen und die Impfquote bei Jungen erheblich zu steigern, um Gebärmutterhalskrebs und andere durch das HPV verursachte Krebserkrankungen schließlich auszurotten.

Hepatitis-B-Virus

- Eine chronische Infektion mit dem Virus ist eine der Hauptursachen für chronische Lebererkrankungen, Leberzirrhose und Leberkrebs.
- **Schätzungsweise 64 000 Todesfälle** jährlich in der EU/ im EWR und dem Vereinigten Königreich aufgrund von Krankheiten, die durch HBV und das Hepatitis-C-Virus verursacht werden.
- **Zwölf** in der EU zugelassene **Impfstoffe**.
- Für Säuglinge, besonders gefährdete und ggf. benachteiligte Erwachsene sowie Angehörige der Gesundheitsberufe.
- Ziel ist es, die Impffzahlen im Einklang mit dem Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für 2030 zu erhöhen, um Virushepatitis als Bedrohung für die öffentliche Gesundheit in der WHO-Region Europa auszurotten.

Den Mitgliedstaaten wurde empfohlen, die Impfraten zu steigern, die Überwachung der Impfraten zu verbessern und Fehlinformationen und Desinformation zu bekämpfen. Ferner wurden die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, Impfungen kostenlos und leicht zugänglich zur Verfügung zu stellen und sich stärker für die Ziele der WHO für 2030 für Europa einzusetzen.

Einer der Hauptrisikofaktoren für Krebs ist Tabak, und mehr als ein Viertel der Krebstode in der EU, Island und Norwegen werden auf das Rauchen zurückgeführt. Im Jahr 2024 ergriff die EU Maßnahmen, um die Menschen und insbesondere Kinder besser vor Passivrauch und Aerosolen zu schützen und im Rahmen von Europas Plan gegen den Krebs bis 2040 das Ziel einer „Generation rauchfrei“ zu erreichen, in der weniger als 5 % der Bevölkerung Tabakerzeugnisse konsumieren. Eine überarbeitete Empfehlung an die Mitgliedstaaten, die im Dezember angenommen wurde, zielt darauf ab, die Maßnahmen für eine rauchfreie Umgebung auf wichtige Außenbereiche wie öffentliche Spielplätze, öffentliche Gebäude, Haltestellen und Bereiche außerhalb der Gebäude

von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen auszuweiten.

Trotz ihrer entscheidenden Rolle bei der Verbesserung der Lebensqualität ist die Palliativpflege häufig durch Stigmatisierung und Missverständnisse gekennzeichnet. Die Konferenz „Innovative Palliative Care for People with Cancer“ im Oktober zielte darauf ab, diese Probleme durch Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger und der politischen Entscheidungsträger über die Notwendigkeit einer angemessenen Palliativversorgung in ganz Europa anzugehen.



➔ Stella Kyriakides, damals EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, bei der Veranstaltung „Europa Donna Cyprus Pink Silhouette Walk“ anlässlich des Brustkrebsmonats Oktober: Nikosia (Zypern), 5. Oktober 2024.

Förderung der psychischen Gesundheit

In einer komplexen Welt voller Veränderungen ist das psychische Wohlbefinden der Menschen unter erheblichen Druck geraten. Bei der umfassenden Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit, die die EU im Juni 2023 angenommen hat, wurden 20 Leitinitiativen und Finanzierungsmöglichkeiten auf EU-Ebene in Höhe von 1,23 Mrd. EUR vorgestellt, um alle Partner

angesichts dieser wachsenden Herausforderung zusammenzubringen. Seit der Einführung der umfassenden Herangehensweise haben die Mitgliedstaaten im Bereich der psychischen Gesundheit verstärkt gemeinsam gehandelt und erhebliche Fortschritte dabei erzielt, die psychische Gesundheit zu fördern und die am stärksten gefährdeten Personen zu unterstützen.



Förderung der guten psychischen Gesundheit, Prävention und Frühintervention

Das **Projekt Mental Health Together**: Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur Entwicklung und Umsetzung der umfassenden Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit

Gemeinsam mit Unicef Entwicklung eines **Präventions-Instrumentariums für Kinder**, das bei wichtigen Gesundheitsfaktoren und den Zusammenhängen zwischen psychischer und körperlicher Gesundheit ansetzt

Verzeichnis bewährter und vielversprechender Verfahren zur Förderung, Prävention, Früherkennung und -intervention auf dem [EU-Portal für bewährte Verfahren der öffentlichen Gesundheit](#)

Kampagne für **gesunde Arbeitsplätze** der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz über die Auswirkungen neuer digitaler Technologien

Projekt der Europäischen Allianz gegen Depression zur Umsetzung bewährter Verfahren zur Selbstmordprävention

Hilfe für Hilfsbedürftige, einschließlich schutzbedürftiger Gruppen und Kinder

EU-finanziertes Projekt mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften zur Bereitstellung **psychologischer Ersthilfe für Vertriebene und sonstige betroffene Menschen in der Ukraine**

Empfehlung der Kommission zu integrierten Kinderschutzsystemen und einer überarbeiteten Opferschutzrichtlinie

14,5 Mio. EUR für von Interessenträgern durchgeführte Projekte, darunter vier Projekte für Geflüchtete aus der Ukraine (Well-U, Peace of Mind, MESUR und U-Rise), eins zum Schutz von Kindern in Portugal ([Let's Talk about Children](#)) und eins für benachteiligte Kinder in Finnland ([Icehearts](#))

Plattform zur Unterstützung der psychischen Gesundheit junger Krebsüberlebender

Sicherere digitale und Online-Räume durch das Gesetz über digitale Dienste und die Strategie für ein besseres Internet für Kinder

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Europa gibt zunehmend Anlass zur Sorge. Die Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen – bedingt durch Faktoren wie Schuldruck und soziale Medien – macht deutlich, dass ein ganzheitlicher schulischer Ansatz für die psychische Gesundheit dringend notwendig ist. Für politische Entscheidungsträger sowie Pädagoginnen und Pädagogen wurde eine Reihe von Leitlinien erstellt, die elf Empfehlungen und Beispiele für bewährte Verfahren enthalten. Die Initiative ist Teil der Bemühungen zur Förderung eines systemischen Wandels, um die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden in Schulen zu verbessern und positive Lernumgebungen zu schaffen. Die Leitlinien werden durch eine Reihe von Informationsblättern mit praktischen Tipps und Links zu Ressourcen ergänzt.

20 % aller Schulkinder leiden während ihrer Schulzeit unter psychischen Problemen.

Jedes fünfte Kind berichtet, dass es aufgrund von Mobbing, schulischen Problemen und Einsamkeit unglücklich ist und sich Sorgen um die Zukunft macht.

24 % der Lehrkräfte in Europa berichten, dass sich ihre Tätigkeit negativ auf ihre psychische Gesundheit ausgewirkt hat.

Die jährlichen Kosten für psychische Störungen bei jungen Menschen (im Alter von 0 bis 19 Jahren) in Westeuropa werden auf 50 Mrd. EUR geschätzt.

Quelle: Europäische Kommission, Wellbeing and Mental Health at School – Guidelines for education policymakers, 2024.

Das Projekt „Child & Youth Wellbeing and Mental Health First“ (Vorrang für Wohlbefinden und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen) soll die Förderung der psychischen Gesundheit, des Wohlbefindens und der psychosozialen Unterstützung für Kinder und Jugendliche in Spanien, Italien, Zypern und Slowenien verbessern. Das Projekt wird die vier Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Reformen unterstützen, die den Zugang zu psychischer Gesundheitsversorgung und Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche verbessern. Mit Unterstützung des EU-Instruments für technische Unterstützung stellt das Projekt den nationalen Behörden technisches Fachwissen zur Verfügung. Darüber hinaus wurden mit dem Instrument 13 Mitgliedstaaten bei Reformen unterstützt, die auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden junger Menschen ausgerichtet sind – eine Priorität, die im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022 festgelegt wurde. Dazu zählen Projekte zur Förderung des Wohlbefindens, insbesondere in Schulen, und zur Prävention von Suchtstörungen, einschließlich Drogenkonsum und Spielsucht (Online-Spiele und Glücksspiele).

Das mit 9 Mio. EUR ausgestattete Europäische Programm für Austausch, Vernetzung und Kompetenzen im Bereich der psychischen Gesundheit, das 2024 ins Leben gerufen wurde, wird multidisziplinäre Schulungen zur psychischen Gesundheit für Angehörige des Gesundheitswesens und andere Fachkräfte wie Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Personen, die in Gefängnissen und Jugendstrafanstalten arbeiten, anbieten. Rund 120 Fachkräfte aus 30 Ländern, einschließlich der Ukraine, werden geschult, um eine umfassende Herangehensweise an das Thema psychische Gesundheit zu unterstützen. Darüber hinaus stellt die EU weitere 10 Mio. EUR zur Förderung der psychischen Gesundheit schutzbedürftiger Gruppen wie Kinder und Geflüchtete zur Verfügung.

Aufbau eines modernen Arzneimittelsystems

Mit der 2023 vorgeschlagenen Reform des EU-Arzneimittelrechts soll allen Patientinnen und Patienten ein gleichberechtigter Zugang zu Arzneimitteln ermöglicht und ein wettbewerbsfähiger und innovationsfreundlicher Rechtsrahmen für Arzneimittel gewährleistet werden. Die Verhandlungen über diese wichtigen Legislativvorschläge, die die weitreichendste Überarbeitung des EU-Arzneimittelrechts seit 20 Jahren enthalten, machten im Jahr 2024 Fortschritte.

Die Allianz für kritische Arzneimittel, die im April 2024 ins Leben gerufen wurde, vereint öffentliche und private Akteure der europäischen Gesundheitsbranche mit dem Ziel, Empfehlungen für eine bessere Versorgungssicherheit und stärkere globale Lieferketten für kritische Arzneimittel zu formulieren. Die Allianz wird prüfen, wie strukturelle Risiken abgemildert werden können und durch das Ankurbeln der Diversifizierung sowie durch die Modernisierung und den Ausbau der Herstellungskapazität auf EU-Ebene bei Bedarf eine bessere Versorgung erreicht werden kann. Ihre Arbeiten werden auch in eine künftige Legislativmaßnahme betreffend einen EU-Rechtsakt für kritische Arzneimittel einfließen.

Die vorgeschlagene Überarbeitung der geltenden Vorschriften, in denen die Verfahren für Änderungen von Arzneimittelzulassungen festgelegt sind, soll ein effizienteres Management des Lebenszyklus von Arzneimitteln ermöglichen. Nach dieser Überarbeitung sollen Anträge auf Änderungen schneller bearbeitet werden können, was sowohl den Zulassungsinhabern als auch den Regulierungsbehörden zugutekommt.

Im Mai wurden neue Maßnahmen eingeführt, die die Verfügbarkeit von Diagnostika verbessern sollen. Zu den Diagnostika gehören etwa Schwangerschaftstests und COVID-19-Tests, aber auch Blutzuckertests für Diabetikerinnen und Diabetiker. Mit diesen Maßnahmen erhalten die Unternehmen mehr Zeit für ihre Umstellung auf die neuen Vorschriften für Diagnostika. Zudem wurde mit den neuen Bestimmungen auch die Verpflichtung eingeführt, dass die Hersteller sämtlicher Medizinprodukte sowohl den nationalen Behörden als auch der Gesundheitsbranche melden müssen, wenn Engpässe bei der Versorgung mit bestimmten Medizinprodukten drohen; außerdem wird die schrittweise Einführung einer europäischen Datenbank für Medizinprodukte ermöglicht.

Vermeidung von Infektionen und Krankheiten

Antimikrobielle Resistenzen entstehen dann, wenn Bakterien und Viren gegen jene Arzneimittel resistent werden, mit denen sie eigentlich bekämpft werden; sie sind in der EU jedes Jahr für mehr als 35 000 Todesfälle verantwortlich und kosten die Gesundheitssysteme der EU 11,7 Mrd. EUR. Antimikrobielle Resistenzen stellen heute auch eine der größten Bedrohungen für die Gesundheit weltweit dar: Wenn die antimikrobiellen Resistenzen weiter zunehmen, könnte dies bis 2050 weltweit zu schätzungsweise zehn Millionen Todesfällen führen.

Die EU stellt sich aktiv dieser dringenden Herausforderung, indem sie mit lokalen Gemeinschaften und globalen Organisationen über Sektoren und Grenzen hinweg zusammenarbeitet, um dafür zu sorgen, dass Antibiotika sowohl bei Menschen als auch bei Tieren verantwortungsvoll eingesetzt werden. Das größte jemals von der EU geförderte Projekt gegen Antibiotikaresistenzen wurde im Februar ins Leben gerufen: Es bringt 120 Partner aus 30 europäischen Ländern an einen Tisch, um gegen diese gemeinsame Herausforderung vorzugehen. Die gemeinsame Aktion der EU zum Thema antimikrobielle Resistenzen und therapieassoziierte Infektionen, die mit 50 Mio. EUR aus dem Programm EU4Health unterstützt wird, konzentriert sich auf Bereiche wie Infektionsprävention und -bekämpfung, Überwachung und Beobachtung, umsichtige Verwendung von Antibiotika, Sensibilisierung und Innovation.

Die Kommission will dafür sensibilisieren, wie sehr die Gesundheit der Bevölkerung durch antimikrobielle Resistenzen bedroht ist, und hat daher Beat the Bug, ein auf der Plattform *Fortnite* entwickeltes, kostenloses Online-Spiel gestartet, in dem die Spielerinnen und Spieler Superhelden sind, die die Welt vor Superkeimen („Superbugs“) retten müssen. Das Spiel ist Teil einer EU-weiten Kommunikationskampagne für junge Menschen, Eltern und Lehrkräfte. Zudem wurden auch Schulungsmaterialien als Hilfestellung für Eltern, Erzieherinnen und Erzieher entwickelt, um Präventivmaßnahmen und einen verantwortungsvollen Einsatz von Antibiotika zu fördern.



↑
VIDEO GAME: Spiel – *Beat the Bug*.

Im Dezember unterzeichneten die Kommission und die Europäische Investitionsbank mit einem dänischen Biotech-Unternehmen eine Vereinbarung in Höhe von 20 Mio. EUR über die Entwicklung neuer, hochselektiver Antibiotika gegen Infektionen, die aufgrund antimikrobieller Resistenzen nur schwer zu behandeln sind.

Mit HERA Invest wurde das Programm „InvestEU“ um 100 Mio. EUR aufgestockt. Diese Initiative soll die Menschen in der EU vor den drei größten Gesundheitsgefahren schützen, die eine Koordinierung der Maßnahmen auf EU-Ebene erfordern: Krankheitserreger mit pandemischem oder epidemischem Potenzial, antimikrobielle Resistenzen sowie chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen. Im Oktober unterzeichneten die Kommission und die Europäische Investitionsbank die erste Vereinbarung im Rahmen von HERA Invest in Höhe von 20 Mio. EUR mit einem französischen Biopharmazie-Unternehmen. Mit der Vereinbarung soll das Unternehmen bei der Entwicklung und Produktion von Breitspektrum-Therapeutika zur Bekämpfung biologischer Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit unterstützt werden.

Die Vogelgrippe (Aviäre Influenza) ist eine Viruserkrankung, die in erster Linie bei Vögeln auftritt. Zwar geht von der Vogelgrippe nach wie vor nur eine geringe Gefahr für die breite Bevölkerung aus, doch das Personal von Geflügelfarmen oder Tierärztinnen und Tierärzte sind durchaus stärker gefährdet. Im Juni sicherte die Kommission den Zugang zu Impfstoffen, was den Mitgliedstaaten den Ankauf von 665 000 Dosen des angepassten Impfstoffs gegen die zoonotische Influenza ermöglichte und eine Option auf weitere 40 Millionen Dosen in den kommenden vier Jahren garantierte.

50 Jahre Impfungen weltweit

Der Start des erweiterten Immunisierungsprogramms der WHO vor 50 Jahren war ein historischer Wendepunkt für die öffentliche Gesundheit. Impfungen haben Millionen von Menschenleben auf der ganzen Welt gerettet. 1974 waren nur 5 % aller Kinder weltweit gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten geimpft. Heute ist diese Zahl weltweit auf fast 85 % und in der Europäischen Region der WHO sogar auf 94 % aller Kinder angestiegen.

© WHO / Blink Media – Etinosa Yvonne



Vaccines now give us hope of eliminating cervical cancer.



VIDEO: Das erweiterte Immunisierungsprogramm der Weltgesundheitsorganisation verhindert jedes Jahr mehr als vier Millionen Todesfälle.

Ohne Impfstoffe lässt sich der Ausbruch von Infektionskrankheiten kaum bekämpfen, und Investitionen in Forschung und Entwicklung haben höchsten Stellenwert für die Gesundheitssicherheit und die Pandemievorsorge, wie die rasche Entwicklung der COVID-19-Impfstoffe gezeigt hat. Die EU investiert über 100 Mio. EUR in die Entwicklung eines Europäischen Hubs für Impfstoffe, der durch ein Konsortium führender europäischer Institute gewährleisten soll, dass Pandemie-Impfstoffe rasch verfügbar werden.

Im März wurde eine neue Initiative auf den Weg gebracht, die den Bürgerinnen und Bürgern, die an seltenen Erkrankungen leiden, besseren Zugang zu Diagnose, Aufklärung und Versorgung bieten soll; von seltenen Erkrankungen sind bis zu 36 Millionen Menschen in der EU betroffen. Die gemeinsame Maßnahme zur Integration der Europäischen Referenznetzwerke in die nationalen Gesundheitssysteme ist mit insgesamt mehr als 18 Mio. EUR dotiert und bringt alle Mitgliedstaaten sowie Norwegen und die Ukraine an einen Tisch, um nach Wegen für eine wirksamere, effizientere und nachhaltigere Zusammenarbeit in der Zukunft zu suchen.

Globale Gesundheit

Die Weltgesundheitsversammlung, der über 190 Länder – darunter auch alle EU-Mitgliedstaaten – angehören, verabschiedete im Juni nach zweijährigen Verhandlungen ein ambitioniertes Paket von Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Die Vorschriften wurden gestärkt, um die Bewältigung gesundheitlicher Notlagen von

internationaler Tragweite zu verbessern und die Bürgerinnen und Bürger besser vor schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren zu schützen, was eine Hauptpriorität der EU-Strategie für globale Gesundheit darstellt. Ferner wurde vereinbart, die Verhandlungen über ein Pandemieabkommen fortzusetzen, damit bis zur nächsten Tagung der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2025 ein Konsens erzielt werden kann.

Im März wurde ein neues globales Konsortium ins Leben gerufen, um die Abwasser- und Umweltüberwachung im Rahmen der öffentlichen Gesundheitssysteme zu fördern und ein globales System für die Früherkennung ausbrechender Epidemien aufzubauen. In dieser Initiative arbeiten mehr als 300 globale Akteure zusammen, darunter die EU, die WHO, die Bill- und Melinda-Gates-Stiftung, die US-Behörde für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten und das Afrikanische Zentrum für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten.

Nachdem die WHO aufgrund des Mpox-Ausbruchs im August eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ausgerufen hatte, ergriffen die EU und ihre Mitgliedstaaten („Team Europa“) unverzüglich umfassende Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Partner bei der Bekämpfung der Krankheit und der Reaktion darauf. Dies umfasste die Spende von über einer halben Million Dosen Impfstoff; tatsächlich war die EU als Erste vor Ort in der Demokratischen Republik Kongo präsent, um die Impfstoffe diesem am stärksten von der Pandemie betroffenen Land zu übergeben.



Die ersten Lieferungen von Mpox-Impfstoffen treffen am Flughafen Kinshasa ein – Demokratische Republik Kongo, 5. September 2024. Die Initiative ist Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets im Rahmen der EU-Strategie für globale Gesundheit, einer Schlüsselkomponente der Global-Gateway-Initiative zur Unterstützung von Partnern in der ganzen Welt.





KAPITEL 8

Ein stärkeres Europa in der Welt

Einleitung

Auch 2024 war die Welt mit Konflikten, humanitären Krisen und Naturkatastrophen konfrontiert. Die Europäische Union hat eine aktive Rolle übernommen und ihr Engagement für Frieden, Sicherheit und Menschenwürde erneut unter Beweis gestellt. Im dritten Jahr der Aggression Russlands gegen die Ukraine hat die EU ihre Verteidigung und Sicherheit weiter gestärkt. Außerdem arbeitete sie mit den Kandidatenländern, einschließlich der Ukraine, zusammen, die sie bei der Durchführung der notwendigen Reformen unterstützte, und half den potenziellen Kandidaten bei der Vorbereitung auf den künftigen Beitritt. Was die verschiedenen Krisen im Nahen Osten angeht, darunter im Gazastreifen und in Syrien, leistet die EU humanitäre Hilfe und setzt sich weiterhin für ihre Lösung ein. Im Laufe des Jahres hat die EU ihre internationalen Partnerschaften gestärkt,



Fast die Hälfte der 1,9 Millionen Vertriebenen aus dem Gazastreifen sind Kinder. Mithilfe von EU-Geldern hat Unicef mehr als 120 000 vertriebenen Kindern warme Kleidung für den Winter bereitgestellt. 28. Januar 2024.

Menschen in Not geholfen und auf Katastrophen in der ganzen Welt reagiert. Durch die Anpassung ihrer Hilfsmaßnahmen an neue Risiken und durch den Aufbau stärkerer Partnerschaften hat die EU ihre führende Rolle bei der globalen Hilfe gefestigt. Durch dieses geeinte Vorgehen hat die EU ihre Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt und sich für ihre Vision eines – trotz globaler Herausforderungen – offenen, prosperierenden Kontinents eingesetzt.

Nachbarschaftspolitik und Beitrittsverhandlungen

Erweiterung

Die derzeitigen geopolitischen Spannungen, insbesondere der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, machen deutlich, wie wichtig die Erweiterungspolitik ist. Die Erweiterung ist eine Investition in dauerhaften Frieden und langfristige

Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent. Mit jedem neuen Mitgliedstaat wird die Wirtschaft der EU gestärkt und Wachstum generiert und es werden Arbeitsplätze geschaffen.

2024 wurde der 20. Jahrestag der EU-Erweiterung 2004 begangen, die umfassendste in der Geschichte der EU. Vor 20 Jahren nahm die EU zehn neue Mitgliedstaaten auf und wurde so zu einem der größten Binnenmärkte der Welt. Seither haben Millionen Menschen in der gesamten EU von neuen Chancen, Arbeitsplätzen und Programmen profitiert.

Über 2,7 Millionen

junge Menschen aus den zehn Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind, haben seit 2004 am Programm Erasmus+ teilgenommen.

26 Millionen

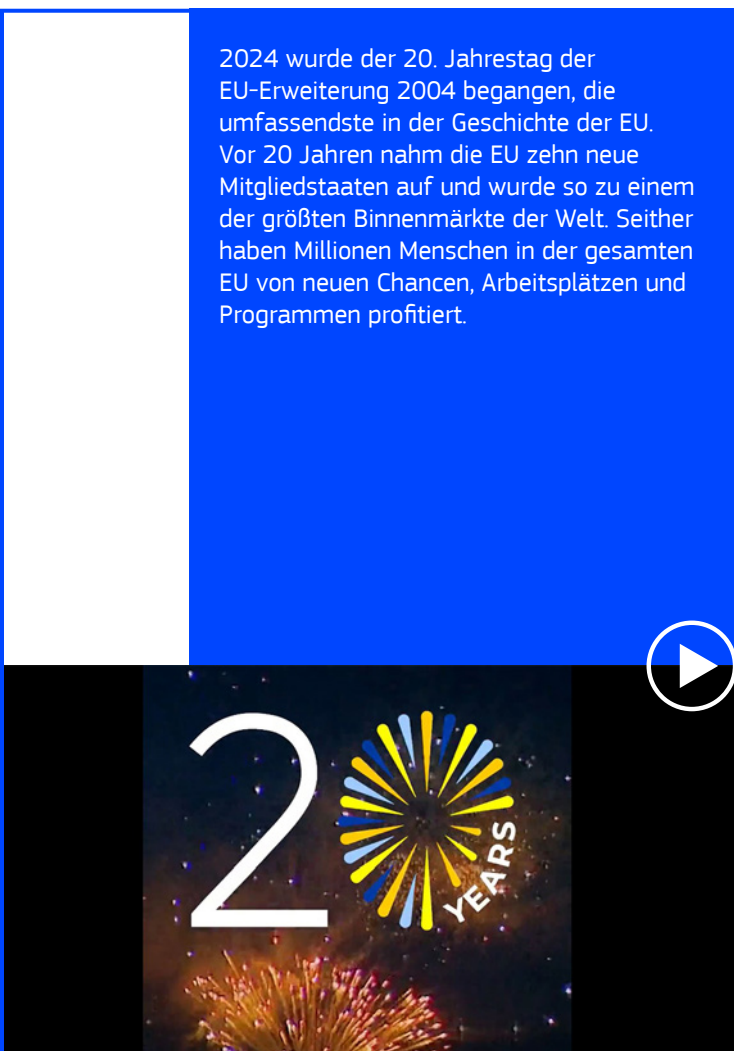
neue Arbeitsplätze wurden seit 2004 in der gesamten EU geschaffen.

79 %

der Bürgerinnen und Bürger dieser Mitgliedstaaten sind der Ansicht, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert.



VIDEO: Warum ist die Würdigung der EU-Erweiterung 2004 so wichtig?



Die Tür zur Mitgliedschaft steht europäischen Ländern, die sich zu den Werten der EU bekennen und bestimmte Kriterien erfüllen, weiterhin offen. Die beitragswilligen Länder müssen unter anderem die Einhaltung der demokratischen Spielregeln unter Beweis stellen, das Rechtsstaatsprinzip achten, für die Stabilität ihrer Volkswirtschaften sorgen und ihre Regierungsführung verbessern (siehe auch Kapitel 9).

Die EU bewertet regelmäßig die Fortschritte aller Erweiterungsländer. Im Oktober veröffentlichte die EU ihr jährliches Erweiterungspaket, in dem die Fortschritte der Kandidatenländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und Ukraine) und des potenziellen Kandidatenlandes Kosovo (diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur

Unabhängigkeitserklärung des Kosovos) dargelegt werden. Der Schwerpunkt der Jahresberichte liegt auf wesentlichen Reformen, etwa in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Verwaltung, demokratische Institutionen und Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien für den EU-Beitritt.

Die Beitrittsverhandlungen werden nach ihrer Eröffnung auf Regierungskonferenzen auf Minister- und Botschafterebene zwischen den Mitgliedstaaten und dem betreffenden Kandidatenland geführt. Die erste Regierungskonferenz mit Moldau und der Ukraine fand im Juni 2024 statt und bildete den offiziellen Start der Beitrittsverhandlungen. Das Screening begann im Juli und wird auch 2025 fortgesetzt werden. Während dieses Prozesses müssen Moldau und die Ukraine darlegen, wie sie die Vorschriften und die Politik der EU übernehmen und umsetzen wollen, und Pläne für die weitere Angleichung skizzieren.



↑
Rundtischgespräch der Regierungskonferenz EU-Ukraine.
Luxemburg (Luxemburg), 25. Juni 2024.



Albanien und Nordmazedonien

haben das Screening – den ersten Schritt auf dem Weg zum EU-Beitritt – abgeschlossen.

- > Es wurde ein Screening-Bericht über den ersten von sechs „Clustern“, d. h. Themenbereichen des EU-Rechts, vorgelegt, für den die beiden Länder spezifische Anforderungen („Benchmarks“) erfüllen müssen, z. B. die Reform ihres Justizsystems, der öffentlichen Verwaltung und der Regierungsführung.
- > Die Verhandlungen mit Albanien über den ersten Cluster wurden im Oktober auf einer Regierungskonferenz eröffnet.
- > Mit Nordmazedonien werden die Verhandlungen über den ersten Cluster aufgenommen, sobald es die festgelegten Bedingungen erfüllt.



Die EU-Beitrittsverhandlungen mit **Bosnien und Herzegowina** liefen im März an. Anschließend wurde auf einem hochrangigen Forum erörtert, welche Reformen für die Einleitung der nächsten Schritte erforderlich sind.



Montenegro ist in seinem EU-Beitrittsprozess vorangekommen und hat im Juni die wichtigsten Anforderungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte erfüllt, wie im Länderbericht bestätigt wurde. Daraufhin hat die EU damit begonnen, Verhandlungskapitel, für die die einschlägigen Bedingungen erfüllt sind, vorläufig abzuschließen, was sie im Dezember mit ersten drei Kapiteln getan hat.



Die EU gewährte dem **Kosovo** im Januar Visumfreiheit, d. h., kosovarische Bürgerinnen und Bürger brauchen nun für Kurzaufenthalte in der EU kein Visum mehr.



Serbien hat Fortschritte bei den Justizreformen und der Korruptionsbekämpfung erzielt, muss aber noch die Mediengesetze vollständig umsetzen, sich stärker an die Außenpolitik der EU anpassen, die Zivilgesellschaft und die Medien fördern und seiner Verpflichtung zur Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo nachkommen.

Bei der Bewerbung Georgiens um Beitritt zur EU kam es im Jahr 2024 jedoch zu einem Rückschlag, als ein umstrittenes Gesetz verabschiedet wurde, das sich gegen aus dem Ausland finanzierte Organisationen richtet. Dies löste die Besorgnis aus, dass unabhängige Stimmen gezielt zum Schweigen gebracht und die demokratischen Freiheiten beschnitten werden könnten. Infolge dieser und anderer negativer Entwicklungen bei den Vorbereitungen Georgiens auf den EU-Beitritt ist der Beitrittsprozess de facto zum Stillstand gekommen.

Die Beitrittsgespräche mit der Türkei liegen seit 2018 aufgrund anhaltender Bedenken hinsichtlich

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz und Achtung der Grundrechte auf Eis.

Die anstehende Vergrößerung der EU wird sich auf die Arbeitsweise der EU auswirken. Vor diesem Hintergrund wurde im März die Mitteilung über Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung angenommen, in der die Folgen einer EU-Erweiterung für die Werte, die Politik, den Haushalt und die Regierungsführung analysiert werden. Mit diesem proaktiven Ansatz soll sichergestellt werden, dass die EU gut auf die künftige Erweiterung vorbereitet ist.

Unterstützung des Reformprozesses, des Wachstums und der Integration der Erweiterungsländer

Die Verringerung der wirtschaftlichen Kluft zwischen der EU und ihren künftigen Mitgliedern trägt zu deren besserer Vorbereitung und zu einem reibungsloseren Übergang bei. Die EU unterstützt aktiv die Entwicklung der künftigen Mitglieder mit neuen Finanzierungsinstrumenten wie der Ukraine-Fazilität (siehe Kapitel 1), dem Wachstumsplan für die Republik Moldau und dem Wachstumsplan für den Westbalkan und entsendet Fachleute aus den derzeitigen Mitgliedstaaten zur Beschleunigung der Reformen.

Seit 2021 hat die EU der Republik Moldau 2,2 Mrd. EUR an finanzieller Unterstützung zur Verfügung gestellt, um die Unabhängigkeit der Energieversorgung, Justizreformen und engere Beziehungen zur EU zu fördern. Der im Oktober vorgeschlagene neue Wachstumsplan wird Moldau auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft unterstützen. So sollen im Zeitraum 2025-2027 bis zu 1,8 Mrd. EUR bereitgestellt werden, um das Wirtschaftswachstum zu fördern und die mit dem EU-Beitritt verbundenen Reformen voranzutreiben.

Angesichts der Rückschritte bei der Demokratie in Georgien hat die EU die politischen Kontakte zurückgefahren und die Bereitstellung von 30 Mio. EUR aus der Europäischen Friedensfazilität sowie von 121 Mio. EUR an direkter Hilfe für die georgische Regierung ausgesetzt. Die EU-Unterstützung für die Zivilgesellschaft und die unabhängigen Medien ist davon jedoch nicht betroffen, da sie für die Aufrechterhaltung der Demokratie von entscheidender Bedeutung sind. Am 20. Dezember 2024 hat die EU ferner vorgeschlagen, für georgische Diplomaten und Beamte sowie ihre Familienangehörigen, die Inhaber eines Diplomaten- oder Amtspasses sind, die Visumpflicht für Kurzaufenthalte in der EU einzuführen.

Trotz der Fortschritte bei der Beitrittsvorbereitung weisen die Westbalkanländer ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf, das zwischen einem Viertel und der Hälfte des EU-Durchschnitts liegt. Um diese Lücke zu schließen, hat die EU den Wachstumsplan für den Westbalkan angenommen, der darauf abzielt, die wirtschaftlichen Beziehungen

sowohl zur EU als auch innerhalb der Region zu stärken und die Größe der Volkswirtschaften des Westbalkans innerhalb eines Jahrzehnts zu verdoppeln. Die Umsetzung des Wachstumsplans hat begonnen, und die mit 6 Mrd. EUR ausgestattete Reform- und Wachstumsfazilität trat im Mai in Kraft. Fünf der sechs Partner im Westbalkan haben seither ehrgeizige Reformagenden vorgelegt. Darin werden die wichtigsten Verbesserungen, die in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Regierungsführung, Humankapital, Energiewende und digitaler Wandel sowie Privatsektor zu erzielen sind, beschrieben und geplante Investitionsprojekte aufgeführt. Diese Reformagenden wurden im Oktober angenommen.

Neues Investitionspaket für den Westbalkan im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans

- 1,2 Mrd. Euro für Investitionen in **acht Bereichen**, die den Schienenverkehr, die Wasserversorgung und den Privatsektor betreffen.
- Der Plan umfasst nun **68 Vorzeigeprojekte** in Bereichen wie Verkehr, Digitalisierung, Energiewende, Umwelt, Bildung und Wachstum des Privatsektors.
- Die EU hat bereits **5,4 Mrd. EUR** an Finanzhilfen bereitgestellt, mit denen voraussichtlich weitere **17,5 Mrd. EUR** an Investitionen mobilisiert werden. Dies ist bereits mehr als die Hälfte der für den Plan vorgesehenen Mittel in Höhe von insgesamt 30 Mrd. EUR.



↑
Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission (5. von links), und Olívér Várhelyi, damals EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung (links), richteten ein Arbeitssessen mit den Staats- und Regierungschefs der sechs Partner im Westbalkan aus. Brüssel (Belgien), 19. September 2024.



Die Staats- und Regierungschefs der Westbalkanregion hielten im Laufe des Jahres mehrere Ministertreffen zum Wachstumsplan ab, um die Integrationsbemühungen zu erörtern (in Nordmazedonien im Januar, in Albanien im Februar und in Montenegro im Mai). Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen besuchte im Herbst die sechs Partner im Westbalkan. Am 18. Dezember fand das Gipfeltreffen EU-Westbalkan statt.

Auf dem Gipfeltreffen zum Berliner Prozess 2024 wurde ein neuer Aktionsplan für den Gemeinsamen Regionalen Markt angenommen, mit dem die regionale Wirtschaftsintegration gefördert werden soll, die auch ein zentrales Ziel des Wachstumsplans ist.

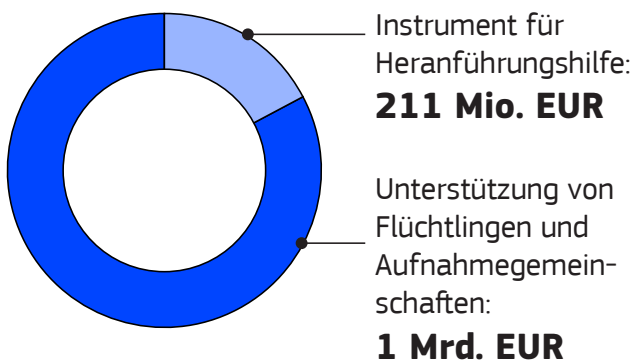
Nach Spannungen wegen illegaler Bohrtätigkeiten im östlichen Mittelmeerraum intensiviert die EU ihre Kontakte zur Türkei nun wieder. So fanden Besuche auf hoher Ebene und Dialoge in den Bereichen Gesundheit, Forschung, Innovation und Handel statt. Darüber hinaus hat die EU 2024 erhebliche Finanzmittel zugesagt, um das Land in verschiedenen Bereichen zu unterstützen.

↑
 EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (1. Reihe, rechts), EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (2. Reihe, rechts) EU-Ratspräsident António Costa (1. Reihe, 5. von rechts) zusammen mit den Staats- und Regierungschefs der EU und des Westbalkans auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan. Brüssel (Belgien), 19. September 2024.



↑
VIDEO: Tausende von der EU unterstützte Projekte würdigen das lebendige und einzigartige Kulturerbe der Länder des Westbalkans und fördern Kreativität und Zusammenarbeit.

EU-Mittel für die Türkei



Investitionsplattform für die Türkei: bis zu **3 Mrd. EUR** für Investitionen bis 2027



Östliche Partner

Die EU trägt auch dazu bei, die Volkswirtschaften in ihrer östlichen Nachbarschaft zu stärken und sie enger an die Europäische Union anzubinden.

Im April wurde auf einem hochrangigen Treffen zwischen der EU, den USA und Armenien ein mit 270 Mio. EUR ausgestatteter Resilienz- und Wachstumsplan für Armenien angekündigt. Ziel dieser Initiative ist es, die Wirtschaft Armeniens zu stärken und Vertriebene zu unterstützen. Des Weiteren wird über eine Partnerschaftsagenda EU-Armenien verhandelt, um die Zusammenarbeit auf der Grundlage eines ambitionierteren Partnerschaftsfahrplans auszubauen.

Aserbaidschan ist für die EU nach wie vor ein wichtiges Partnerland im Energiebereich, denn die EU strebt eine diversifizierte, von Russland unabhängige Erdgasversorgung an. Die anhaltende EU-Unterstützung für den aserbaidshanischen Sektor für erneuerbare Energien vor dem Hintergrund der 29. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP29) in Baku ist einer engeren Zusammenarbeit beim ökologischen Wandel förderlich.

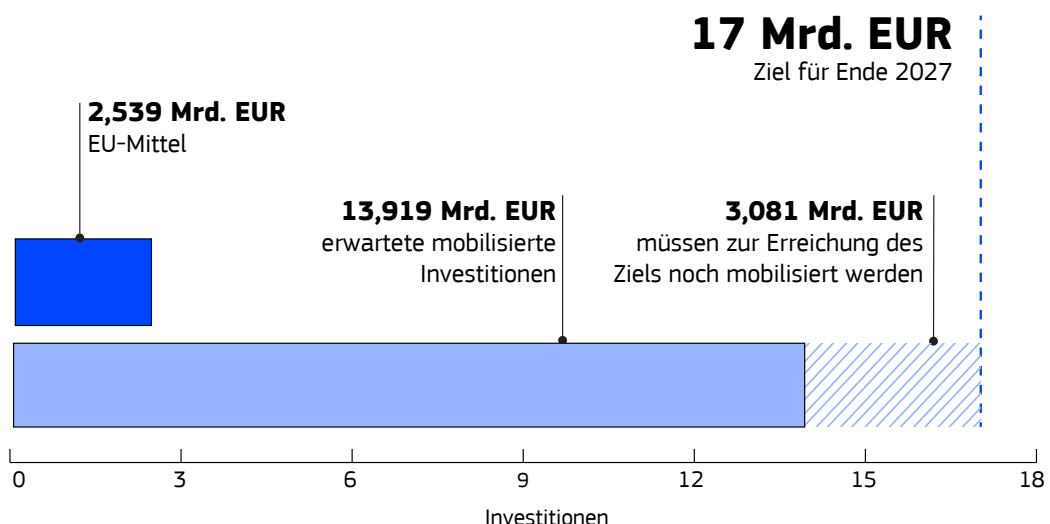


Im Rahmen des EU4Climate-Wettbewerbs stellten sich Schülerinnen und Schüler in Baku (Aserbaidschan) ökologischen Herausforderungen und suchten nach Möglichkeiten zur Erhaltung der Umwelt und zur Rettung des Masazir-Sees. Die EU4Climate-Initiative unterstützt die Länder der Östlichen Partnerschaft bei der Erarbeitung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen zur Förderung einer emissionsarmen und klimaresistenten Entwicklung. 5. Juni 2024.

Die EU unterstützt weiterhin die Friedensverhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan und finanziert im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans Friedensbemühungen, auch im Hinblick auf Friedensdividenden. Damit soll für konkrete wirtschaftliche und soziale Vorteile gesorgt werden, die einem dauerhaften Frieden in der Region zuträglich sind.

Dank seiner engen Wirtschaftsbeziehungen zu Belarus konnte Russland einige der gegen es verhängten Sanktionen umgehen. Als Reaktion auf die Beteiligung des Lukaschenko-Regimes am Krieg gegen die Ukraine wurden im Juni 2024 weitere Sanktionen gegen Belarus verhängt. Diese neuen Maßnahmen gegen Belarus sind analog zu vielen der bereits gegen Russland verhängten Maßnahmen konzipiert und steigern zusätzlich die Wirksamkeit der EU-Sanktionen gegen Russland (siehe Kapitel 1).

Investitionen der EU in die Östliche Partnerschaft seit 2021



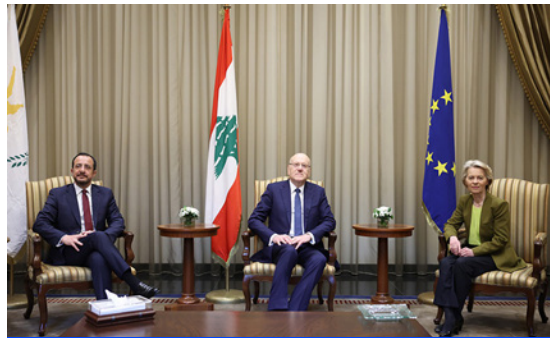
Südliche Nachbarschaft

Der Schwerpunkt wurde verstärkt auf umfassende Partnerschaften mit den südlichen Nachbarn gelegt, um deren Lebensstandard und makroökonomische Stabilität zu verbessern. Diese maßgeschneiderten Partnerschaften tragen zur Sicherheit in der Region bei, indem die Ursachen der Migration bekämpft und komplexe Fragen wie Sicherheit offen angegangen werden.

Im März gründeten die EU und Ägypten eine umfassende Partnerschaft, die politische Beziehungen, Migration, wirtschaftliche Stabilität, nachhaltige Investitionen und Handel zum Gegenstand hat. Im Juni hielten sie eine Investitionskonferenz EU-Ägypten ab, auf der neue Investitionen in Höhe von 49 Mrd. EUR mobilisiert werden konnten.

Nach der Unterzeichnung einer umfassenden Partnerschaft mit Tunesien im Jahr 2023 fand im Juni eine große Investitionskonferenz EU-Tunesien statt, auf der eine Absichtserklärung (ein förmlicher Rahmen für die Zusammenarbeit) mit Schwerpunkt auf Energie, einschließlich erneuerbarer Energien, vereinbart wurde.

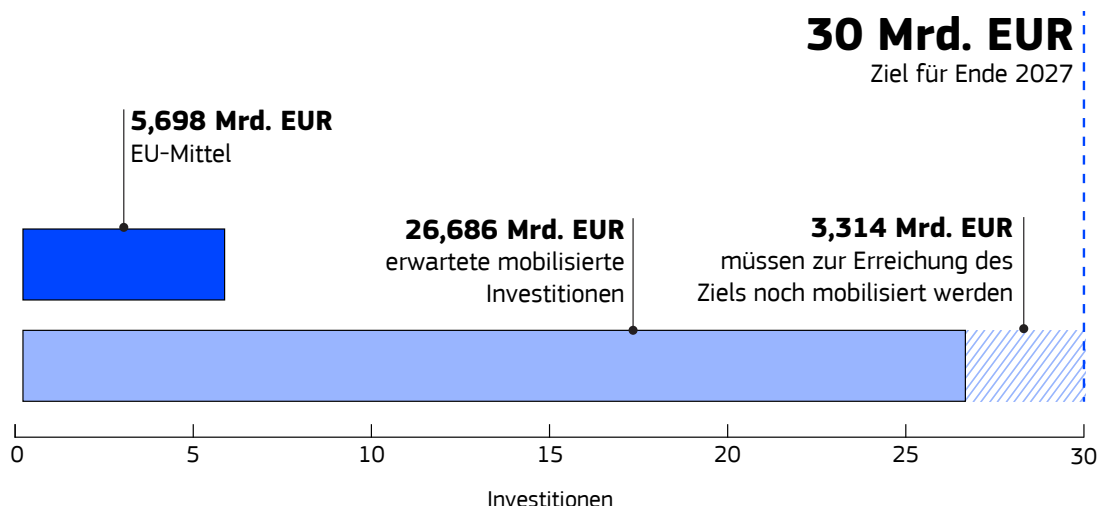
Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten haben die Ungewissheit hinsichtlich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stabilität in der Region verstärkt. Die EU und die Palästinensische Behörde vereinbarten ein kurzfristiges Soforthilfepaket über 400 Mio. EUR, mit dem der dringendste Finanzbedarf der Behörde gedeckt und Reformen unterstützt werden sollen. Diese kurzfristige finanzielle Unterstützung wird den Weg für ein Mehrjahresprogramm ebnen, das die langfristige Finanzstabilität der Palästinensischen Behörde und die Umsetzung ihrer Reformagenda gewährleisten soll.



Präsidentin von der Leyen sagte Libanon bei ihrem Besuch im Mai 1 Mrd. EUR zu. Der erste Teil (500 Mio. EUR), der im August genehmigt wurde, dient der Unterstützung Libanons in den Jahren 2024 und 2025. Diese Mittel werden vor allem für grundlegende Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sozialschutz sowie Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene für schutzbedürftige Gruppen, einschließlich syrischer Flüchtlinge und schutzbedürftiger libanesischer Bevölkerungsgruppen, verwendet. Ferner sollen wichtige Reformen, der Sicherheitssektor, das Grenzmanagement (einschließlich der Bekämpfung von Menschenhandel und Schleuserkriminalität), die wirtschaftliche Resilienz und der ökologische Wandel gefördert werden. Darüber hinaus hat die EU ihre Unterstützung syrischer Flüchtlinge im Rahmen der laufenden humanitären Hilfe und Entwicklungshilfe fortgesetzt (siehe den nachstehenden Abschnitt „Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz“).

↑
Von links nach rechts: Nikos Christodoulides, Präsident Zyperns, Najib Mikati, Ministerpräsident des Libanon, und Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission. Beirut (Libanon), 2. Mai 2024.

Investitionen der EU in die südliche Nachbarschaft seit 2021



Internationale Abkommen und Partnerschaften

Westeuropäische Partner

Im Jahr 2024 bildeten die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf der Grundlage der vollständigen, getreuen und fristgerechten Umsetzung des Austrittsabkommens, einschließlich des Windsor-Rahmens, sowie des Handels- und Kooperationsabkommens weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt. Dadurch werden die Rechte von Millionen im Ausland lebender EU-Bürgerinnen und -Bürger und Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs geschützt. Außerdem dient es der wirtschaftlichen Stabilität und der Erleichterung des Handels. Ferner wurde weiterverhandelt, um das Abkommen zwischen

der EU und dem Vereinigten Königreich über Gibraltar zum Abschluss zu bringen.

Die EU hat Verhandlungen mit der Schweiz über ein umfassendes Paket von Abkommen aufgenommen und abgeschlossen, mit denen die bilateralen Beziehungen vertieft und ausgeweitet werden sollen. Ferner hat sie Fortschritte bei der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit Andorra und San Marino erzielt.

Informationen über Handels- und Technologieabkommen sind Kapitel 2 zu entnehmen.

Global Gateway

2024 hat die EU im Rahmen von Global Gateway, ihrer weltweiten Investitionsstrategie, den Aufbau von Partnerschaften in aller Welt fortgesetzt. Gemeinsam wollen die EU, ihre Mitgliedstaaten, Entwicklungsbanken und europäische Finanzierungsinstitutionen bis 2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Mrd. EUR tätigen, um die globale Investitionslücke zu schließen und den ökologischen und den digitalen Wandel weltweit zu unterstützen.

Global Gateway unterstützt Projekte zur Verbesserung der digitalen Anbindung, zum Ausbau des Zugangs zu nachhaltiger Energie, zur Entwicklung von Verkehrswegen und zur Stärkung von Gesundheit, Bildung und Forschung. Auf diese Weise soll ein dauerhafter Wohlstand sowohl für die Partnerländer als auch für die EU geschaffen werden.

Bis zu 300 Mrd. EUR
an Investitionen im Zeitraum 2021-2027

Bisher über 200
Vorzeigeprojekte weltweit

3,2 Mrd. EUR für
Projekte im Bereich der erneuerbaren
Energien in Afrika

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind nach wie vor der weltweit führende Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Im Jahr 2023 (dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen) stellten sie 95,9 Mrd. EUR bereit – das sind 42 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe. Die EU leistet auch den größten Beitrag zur Handelshilfe-Initiative der Welthandelsorganisation.

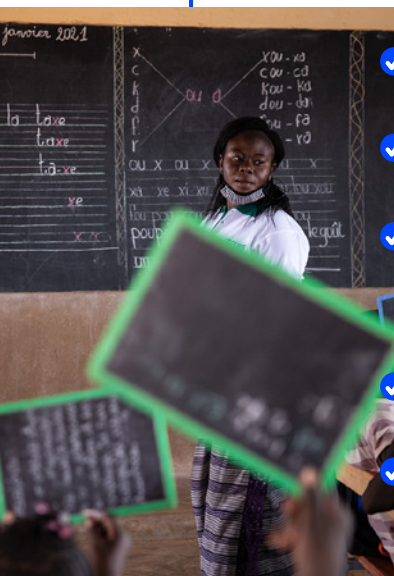
Subsahara-Afrika

2024 hat die EU bei ihren Partnerschaften mit Afrika erhebliche Fortschritte erzielt, wobei der Schwerpunkt auf nachhaltiger Entwicklung, Gesundheit und Wirtschaftswachstum lag. Die EU hat Fortschritte bei der Umsetzung des mit 150 Mrd. EUR ausgestatteten Global-Gateway-Investitionspakets Afrika-EU erzielt, das auf Bereiche wie saubere Energie, digitale Infrastruktur, Verkehr, Gesundheit und Bildung ausgerichtet ist.

Auf der hochrangigen Global-Gateway-Veranstaltung über Bildung wurden Vereinbarungen über Programme im Wert von insgesamt 245 Mio. EUR unterzeichnet, die Folgendes abdecken:

- ✓ Forschungs- und Lernmobilität in Nigeria,
- ✓ Förderung der Bildung von Mädchen in Sambia,
- ✓ eine neue Team-Europa-Initiative zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in Afrika,
- ✓ Start einer Afrika-Europa-Jugendakademie,
- ✓ 15 neue Projekte für die akademische Mobilität in Afrika.

Diese Initiativen zeugen vom kontinuierlichen Engagement der EU für inklusive und hochwertige Bildung im Rahmen von Global Gateway.



Initiativen 2024 in Subsahara-Afrika

- > In Cabo Verde wurde ein umfangreiches Programm zur Förderung der erneuerbaren Energien, der Digitalisierung und der Meereswirtschaft/ des strategischen Korridors Praia-Dakar-Abidjan auf den Weg gebracht.
- > Zur Unterstützung Mauretaniens wurde ein Paket über 210 Mio. EUR zugesagt, und im März wurde eine neue Migrationspartnerschaft zwischen der EU und Mauretanien ins Leben gerufen.
- > Weitere 40 Mio. EUR wurden bereitgestellt, um Initiativen zum Ausbau der Kapazitäten Ruandas für die Erforschung und Herstellung von Impfstoffen und zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsprodukten durch bessere Bildung, Infrastruktur und Lieferkettenmanagement zu unterstützen.
- > Fortschritte wurden bei der Sanierung der Kariba-Talsperre erzielt, die für die Versorgung Sambias und Simbabwe mit sauberer Energie von entscheidender Bedeutung ist.
- > Neue Initiativen zur grenzüberschreitenden Wasserbewirtschaftung in Afrika wurden auf den Weg gebracht.

Auf dem dritten Wirtschaftsforum Uganda-EU am 6. und 7. März wurden acht neue Projekte im Wert von über 200 Mio. EUR lanciert. Mit diesen Projekten sollen kleine Unternehmen, junge Unternehmerinnen, Agrarunternehmen und digitale Infrastrukturen gefördert werden. An dem Forum nahmen zwölf Mitgliedstaaten, acht Finanzinstitute, darunter die Europäische Investitionsbank, und 193 europäische Unternehmen teil.



© Enabel Uganda

→ Medina Maneno, eine junge Unternehmerin aus Uganda, führt mit Stolz ihre Schneiderei, nachdem sie im Rahmen eines von der EU und Belgien unterstützten Kompetenzentwicklungsprogramms ausgebildet wurde. Mit der Investition in Höhe von 50 Mio. EUR sollen mehr junge Menschen und Frauen wie Medina beim Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten und beim Aufbau nachhaltiger Existenzgrundlagen unterstützt werden. Adjumani (Uganda), 9. November 2023.

Die EU hat im Laufe des Jahres zur Stärkung der afrikanischen Landwirtschaft beigetragen, indem nun lokale Lebensmittel durch geografische Angaben geschützt werden, d. h. durch Qualitätssiegel, die den Ursprung eines Erzeugnisses belegen und den Zugang zum europäischen Markt ermöglichen. Bei den Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft im Bereich Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft ging es um die Bildung eines Forschungskonsortiums für Klimawandel und um biologische Vielfalt sowie um die Gleichstellung der Geschlechter in der Landwirtschaft, wobei der Schwerpunkt auf praktischen landwirtschaftlichen Lösungen und dem Wissensaustausch lag.

Die Kommission und Südafrika haben gemeinsam mit der internationalen Bürgerplattform Global Citizen die einjährige Geberkampagne „Ausbau der erneuerbaren Energien in Afrika“ gestartet. Damit sollen öffentliche und private Investitionen mobilisiert werden, um die Durchführung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien auf dem gesamten Kontinent zu beschleunigen. Auf diese Weise sollen die Menschen in Afrika Zugang zu erschwinglicher Energie erhalten. Ferner soll im Einklang mit den auf der Klimakonferenz 2023 der Vereinten Nationen (COP28) angekündigten Verpflichtungen dazu beigetragen werden, die weltweiten Emissionen zu verringern.

Asien und pazifischer Raum

Im Rahmen der Global-Gateway-Initiative arbeitet die EU darauf hin, den Transkaspischen Verkehrskorridor zu einer schnellen, modernen Verbindung zwischen Europa und Asien zu machen. Die EU hat zudem durch Unterzeichnung eines neuen Partnerschaftsabkommens mit Kirgisistan und einer Absichtserklärung mitsamt Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen mit Usbekistan ihre Beziehungen zu Ländern der Region ausgebaut.



Die EU hat auch ihre Partnerschaft mit Südostasien vertieft, unter anderem durch eine engere Zusammenarbeit mit dem Verband südostasiatischer Nationen, indem sie beispielsweise Projekte zur Qualifizierung und zur Ausbildung am Arbeitsplatz in Kambodscha oder für eine nachhaltige Landwirtschaft und zur Instandsetzung einer Nationalstraße in Laos sowie ein Paket zur digitalen Wirtschaft in den Philippinen unterstützte.

Darüber hinaus hat die EU ihre Zusammenarbeit in Asien weiter ausgeweitet. Im April fand in Tokyo ein bedeutender Politikdialog mit Japan über Bildung, Kultur und Sport statt, und Südkorea wurde in das EU-Programm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ aufgenommen.

Mit dem neuen Pazifik-Regionalprotokoll, einem regionalen Abkommen als Teil des Samoa-Abkommens (dem 2023 unterzeichneten, für die nächsten 20 Jahre geltenden Rechtsrahmen für die Partnerschaft der EU mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten), wurde die Partnerschaft zwischen der EU und dem pazifischen Raum gestärkt. Die EU unterstützte die Pazifik-Inselstaaten weiterhin in den Bereichen Klimaresilienz, Meereswirtschaft und nachhaltige Landwirtschaft.

Amerika und karibischer Raum

2024 hat die EU ihre Global-Gateway-Investitionsagenda für Lateinamerika und die Karibik vorangebracht, indem sie eine Initiative zur Unterstützung fairer und inklusiver Gesellschaften einleitete. Sie rief auch EL PACCTO 2.0 ins Leben, ein Programm zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität. Damit werden die Strafverfolgungs- und Justizbehörden bei der Bewältigung von Herausforderungen wie Drogenhandel, Menschenhandel und Cyberkriminalität unterstützt. Auf diese Weise wird – zusammen mit Projekten zur Drogenpolitik (Kooperationsprogramm zwischen Lateinamerika, der Karibik und der Europäischen Union zur Drogenpolitik) und zum Grenzmanagement (Eurofront) – in der ganzen Region dazu beigetragen, die Gesellschaften sicherer zu machen und stärkere Partnerschaften aufzubauen.

←

Die damalige EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, nimmt an einer Baumpflanzungszeremonie an der Phnom Penh Thmey Primary School in Kambodscha teil – 13. März 2024. Während ihres Besuchs in Kambodscha leitete Kommissarin Urpilainen Maßnahmen zur Förderung grüner Arbeitsplätze und eines nachhaltigen Wachstums ein und besichtigte die Wasseraufbereitungsanlage Bakheng, eine Global-Gateway-Initiative, die mehr als 2 Millionen Menschen mit sauberem Wasser versorgt.

Überseeische Länder und Gebiete

Die EU hat fünf neue Kooperationsabkommen mit den überseeischen Ländern und Gebieten unterzeichnet, deren Schwerpunkt auf der Digitalisierung, der Wasser- und Sanitärversorgung, dem Schutz der Meeresökosysteme, einem nachhaltigen

Tourismus und der intraregionalen Zusammenarbeit liegt. Im Rahmen der Arktis-Strategie der EU wurde ein neues EU-Büro in Nuuk (Grönland) eingerichtet, um die Partnerschaft zwischen der EU und dem Gebiet zu stärken.

Internationale Gipfeltreffen

Auf den Gipfeln der G7 und der G20 kommen die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt zusammen, um globale Herausforderungen anzugehen, politische Maßnahmen zu koordinieren und wichtige Verpflichtungen in globalen Fragen einzugehen.

Auf dem G7-Gipfel im Juni in Fasano, Apulien (Italien) bekräftigte die G7 ihre nachdrückliche Unterstützung für die Ukraine. Die Führungsspitzen kamen überein, der Ukraine ein zusätzliches Darlehen in Höhe von 45 Mrd. EUR zu gewähren, zu dessen Finanzierung auf außerordentliche Einnahmen aus eingefrorenem russischem Staatsvermögen zurückgegriffen wird. Außerdem leiteten sie Initiativen zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit, zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Energiesektor (insbesondere mit Afrika), zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität ein.

Die G7 setzt sich auch für die Förderung einer sicheren, geschützten und vertrauenswürdigen künstlichen Intelligenz (KI) ein. Sie plant, einen Aktionsplan für den Einsatz von KI in der Arbeitswelt auf den Weg zu bringen und ein Markenzeichen zu erarbeiten, um die Umsetzung des internationalen Verhaltenskodex für Organisationen, die fortgeschrittene KI-Systeme entwickeln, zu unterstützen. Mit dem KI-Gesetz der EU (siehe Kapitel 5) und der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens des Europarats über künstliche Intelligenz wurden Rahmenbedingungen festgelegt, mit denen sichergestellt werden soll, dass bei KI die Menschenrechte und demokratischen Werte geachtet werden.

Auf dem G20-Gipfel in Rio de Janeiro (Brasilien) im November konzentrierten sich die Führungsspitzen auf folgende Themen: Abbau der Ungleichheiten, Reform der Weltordnungspolitik und Maßnahmen gegen den Klimawandel. Außerdem initiierten sie die Globale Allianz gegen Hunger und Armut. Die EU trat der Allianz zusammen mit 82 Ländern, der Afrikanischen Union, 24 internationalen



↑
Von links vorn (im Uhrzeigersinn): Charles Michel, damals Präsident des Europäischen Rates, Olaf Scholz, Bundeskanzler Deutschlands, Justin Trudeau, Premierminister Kanadas, Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs, Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin Italiens, Joe Biden, damals Präsident der Vereinigten Staaten, Fumio Kishida, damals Premierminister Japans, Rishi Sunak, damals Premierminister Großbritanniens, und Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, auf dem G7-Gipfel. Fasano, Apulien (Italien), 13.-14. Juni 2024.

Organisationen, neun internationalen Finanzinstitutionen und 31 philanthropischen und Nichtregierungsorganisationen als Gründungsmitglied bei. Auf dem Gipfeltreffen kündigte Präsidentin von der Leyen den Start der auf ein Jahr angelegten Geberkampagne für erneuerbare Energien in Afrika an. Um weitere Fortschritte bei der Verwirklichung der auf der COP28 vereinbarten Ziele zu unterstützen, forderte Präsidentin von der Leyen die Staats- und Regierungschefs der G20 und andere Führungsspitzen auf, ihre Kräfte in einem neuen Globalen Forum für die Energiewende zu bündeln. Dabei sollen Regierungen, internationale Organisationen und Finanzakteure zusammenarbeiten, um die Umsetzung voranzubringen.

Beziehungen der EU zum Golf-Kooperationsrat

Im Golf-Kooperationsrat kommen sechs arabische Golfstaaten zusammen, um die politische und wirtschaftliche Integration voranzutreiben. Die Golfregion beherbergt fast ein Drittel der weltweiten Erdölreserven.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten richteten im Oktober ihr erstes Gipfeltreffen mit dem Golf-Kooperationsrat aus, um Nahost-Fragen zu erörtern und Möglichkeiten der Zusammenarbeit in neuen Bereichen zu prüfen, z. B. in Bezug auf

- ✓ **erneuerbare Energie,**
- ✓ **Konnektivität,**
- ✓ **die Sicherheit der Energieversorgung,**
- ✓ **den ökologischen Wandel.**

Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft

Auf der Grundlage der Ideale des Friedens und der Zusammenarbeit arbeitet die EU weiterhin mit ihren Verbündeten zusammen, um große globale Herausforderungen zu bewältigen, mit dem Ziel, den Frieden zu erhalten, die Verteidigung zu stärken und ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen. In diesem Sinne hat die EU-NATO-Partnerschaft im Jahr 2024 wieder an Bedeutung gewonnen, was dazu beigetragen hat, die Stabilität auf beiden Seiten des Atlantiks aufrechtzuerhalten und die Ukraine zu unterstützen. Die EU und die NATO haben darauf hingearbeitet, zivile und militärische Maßnahmen besser zu koordinieren, wichtige Infrastrukturen resilienter zu machen und die Art und Weise, wie sie Krisen und Katastrophen einschätzen und auf sie reagieren, zu verbessern. In den neuen strukturierten Dialogen werden nun auch Themen wie Cyberbedrohungen, Weltraumaktivitäten, disruptive Technologien, Auswirkungen des Klimawandels und die Verteidigungsindustrie behandelt.



↑
Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (rechts) und NATO-Generalsekretär Mark Rutte (links). Brüssel (Belgien), 29. Oktober 2024.

Die Vereinten Nationen sind ein weiterer wichtiger Partner der EU im Bemühen um Frieden, Sicherheit und Stabilität. Gemeinsam arbeiten sie daran, Konflikte zu verhüten, friedenserhaltende Missionen zu unterstützen und den Wiederaufbau nach Konflikten weltweit zu fördern. Die strategische Partnerschaft zwischen der EU und den Vereinten Nationen für Friedenseinsätze und Krisenbewältigung im Zeitraum 2022-2024 wurde im Laufe des Jahres weiter ausgebaut.

Partnerschaft zwischen der EU und den Vereinten Nationen für Friedenseinsätze und Krisenbewältigung

- 1 Seit vielen Jahren besteht zwischen der EU und den Vereinten Nationen eine einzigartige Partnerschaft im Bereich der Krisenbewältigung und der zivilen, polizeilichen und militärischen Friedenssicherung, die auf gemeinsamen Werten und Verpflichtungen beruht.
- 2 So finden regelmäßige Dialoge auf hoher Ebene statt, z. B. im EU-VN-Lenkungsausschuss für Krisenbewältigung, und es besteht ein ständiger Austausch auf Arbeitsebene zwischen den Missionen und Operationen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Zentralen.
- 3 Die EU führt derzeit 21 Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch, davon zwölf zivile, acht militärische und eine zivil-militärische. Elf der 21 Missionen und Operationen werden parallel zu VN-Missionen durchgeführt, wie in der Zentralafrikanischen Republik, in Irak und in Israel/Palästina (diese Bezeichnung gilt nicht als Anerkennung eines Staates Palästina und berührt nicht die Standpunkte der einzelnen Mitgliedstaaten zu dieser Frage), im Kosovo, in Libyen und in Somalia.
- 4 Zusammen kommen die Mitgliedstaaten für ein Viertel des VN-Haushalts für Friedenssicherung auf.

Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich: Überblick 2024

Sicherheits- und Verteidigungsdialoge wurden mit Partnern in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU, Afrika, dem indopazifischen Raum, Lateinamerika und Nordamerika abgehalten.

- > Die EU arbeitete mit regionalen Organisationen wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Afrikanischen Union und dem Verband südostasiatischer Nationen zusammen.
- > Mit dem Golf-Kooperationsrat wurde ein regionaler Sicherheitsdialog aufgenommen.

Mit Albanien, Japan, Moldau, Nordmazedonien, Norwegen und Südkorea wurden Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften geschlossen.

Die Europäische Friedensfazilität:

- > Die Militär- und Verteidigungskapazitäten der Partner wurden unterstützt.
- > Bislang wurden 26 Begünstigte in mehreren Regionen unterstützt:
 - Afrika,
 - östliche und südliche Nachbarschaft,
 - Westbalkan.
- > Das Netz der Militärberater in den EU-Delegationen wurde erweitert.

In Brüssel (Belgien) fand die zweite Ausgabe des Schuman-Forums für Sicherheit und Verteidigung statt.

Die EU erkennt an, dass entschlossenes Handeln von entscheidender Bedeutung ist, um Frieden und Stabilität zu erhalten, insbesondere in Krisenzeiten. Ereignisse außerhalb der EU-Grenzen können sich unmittelbar auf die Sicherheit der EU-Bevölkerung auswirken. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ermöglicht es der EU, auf sicherheitspolitische Herausforderungen zu reagieren, indem sie Missionen und Operationen in Drittländern durchführt. Auf diese Weise trägt die EU dazu bei, Konflikte zu verhindern, die Fähigkeit der Partnerländer zu verbessern, mit Sicherheitsproblemen umzugehen und die Bedrohungen, mit denen Europa konfrontiert werden könnte, so gering wie möglich zu halten.

Im Rahmen dieser Politik lancierte die EU 2024 eine Sicherheits- und Verteidigungsinitiative, die darauf abzielt, die westafrikanischen Länder entlang der Küste des Golfs von Guinea zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, die von der Sahelzone ausgehenden Sicherheitsprobleme (wie Terrorismus und illegale Aktivitäten) zu bewältigen.



↑ In Benin wurden 90 Einsatzkräfte aus fünf Einheiten der Republikanischen Polizei in der Abwehr unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen geschult. Diese Ausbildung im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungsinitiative im Golf von Guinea fand in Kandi, Parakou, Dassa und Cotonou statt. Dassa (Benin), 2. Mai 2024.

Sicherheits- und Verteidigungsengagement der EU in der Welt

5

laufende militärische Missionen/Operationen

12

laufende zivile Missionen

3

laufende Marineoperationen

1

zivil-militärische Initiative

Integrierter Ansatz

Die Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen der EU werden in Abstimmung mit anderen EU-Instrumenten eingeleitet und durchgeführt, um strategische Wirkung zu erzielen.

Ziele

Friedenssicherung, Konfliktprävention, Stärkung der internationalen Sicherheit, Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit, Prävention von Menschenhandel und Piraterie, Beitrag zur maritimen Sicherheit und Bereitstellung militärischer Ausrüstung und Sicherheitsinfrastruktur für EU-Partner.

Im Februar 2024 startete die EU die Eunavfor Operation Aspides, eine Operation auf See zum Schutz von Schiffen, die das Rote Meer durchqueren, vor Angriffen der Huthi-Rebellen, einer bewaffneten Gruppe in Jemen. Diese Operation trägt dazu bei, einen sicheren Schiffsverkehr zu gewährleisten und die Sicherheit im Roten Meer und in der nahen Golfregion zu stärken.



Der damalige Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission für ein stärkeres Europa in der Welt, Josep Borrell (rechts), besuchte vom 6. bis 8. Juli 2024 Dschibuti, um die Beziehungen zu diesem wichtigen regionalen Partner zu stärken und die Auswirkungen der EU-Marineoperationen zu bewerten. Er besichtigte die italienische Fregatte *Virginio Fasan*, die im Rahmen der Operation Eunavfor Aspides, einer EU-Militärmission zum Schutz der maritimen Sicherheit und der Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer, im Indischen Ozean, am Persischen Golf und in anderen nahe gelegenen Gebieten, im Einsatz ist.

Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz

Die Krise im Nahen Osten

Die humanitäre Lage im Gazastreifen hat sich seit Oktober 2023 drastisch verschlechtert, als der brutale Terroranschlag der Hamas auf Israel, die anschließende Eskalation der Feindseligkeiten zwischen den Parteien und groß angelegte israelische Militäroperationen die bestehende Krise verschärften.

Auch 2024 forderte die EU einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen, die bedingungslose Freilassung aller Geiseln, eine dringende Aufstockung der humanitären Hilfe für Gaza und ein dauerhaftes Ende der Feindseligkeiten. Ferner forderte sie alle Parteien, einschließlich Israel, wiederholt dazu auf, das Völkerrecht, auch das humanitäre Völkerrecht und insbesondere die Genfer Konventionen, zu achten und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um unschuldige Zivilisten zu schützen und nicht zu schädigen. Die EU arbeitet unermüdlich daran, ein weiteres Übergreifen des Konflikts auf die gesamte Region zu verhindern. Sie setzt sich weiterhin fest entschlossen für einen dauerhaften und tragfähigen Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung und der einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates ein.

Mehr als 2,2 Millionen Menschen sind betroffen, und Hunderttausende sind mit erheblichen Engpässen bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern konfrontiert. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Wasser und Unterkünften. Da die Schul- und Krankenhausinfrastruktur beschädigt ist, stehen auch essenzielle Dienstleistungen nur bedingt zur Verfügung. Kinder tragen die schwerste Last, da viele von ihnen sowohl physisch als auch psychisch traumatisiert sind. Auch im Westjordanland verschlechtert sich die Lage, da der humanitäre Bedarf der palästinensischen Gemeinschaften aufgrund der weitverbreiteten Siedlergewalt immer größer wird.

Der menschliche Tribut der Gaza-Krise (Stand September 2024)

40 000
Tote

88 000
Verletzte

1,9
Millionen Vertriebene

Inmitten dieser Herausforderungen hält die EU an ihrer humanitären Mission fest und leistet durch direkte Hilfe und umfangreiche finanzielle Unterstützung einen wesentlichen Beitrag zur Linderung der Not. Mit dieser umfassenden Hilfe werden den Bedürftigsten in den betroffenen Gebieten lebenswichtige Güter und Dienste bereitgestellt – von Nahrungsmitteln und sauberem Wasser bis hin zu medizinischer Versorgung, Unterkunft, Bildung und Schutz. Zudem wurde 2024 zehnmals das EU-Katastrophenschutzverfahren, mit dem die EU auf Notlagen reagiert, aktiviert, um Hilfe für Gaza zu leisten, Evakuierungen zu koordinieren und die von der Krise betroffenen Nachbarländer zu unterstützen.



Die Gesundheitsinfrastruktur im Gazastreifen erlitt aufgrund der anhaltenden Militäroperationen im Jahr 2024 schwere Schäden. Die humanitären Hilfsmaßnahmen der EU tragen zur Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation bei, wodurch diese Krankenhäuser im gesamten Gazastreifen mit kritischer Ausrüstung und Arzneimitteln versorgen kann. 6. April 2024.

Trotz der erheblichen Sicherheitsrisiken stellt die EU im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens weiterhin Hilfe zur Verfügung, unter anderem über den Seekorridor von Zypern, eine wichtige Seeroute, über die Deutschland, Zypern, Rumänien und die Slowakei Nahrungsmittel und Unterkünfte bereitgestellt haben. Neun Mitgliedstaaten haben

das ägyptische Gesundheitsministerium mit Sachleistungen unterstützt. Mit dem Verfahren unterstützt die EU auch ihre Partner, indem sie Experten entsendet und die medizinische Evakuierung schwer kranker palästinensischer Patientinnen und Patienten nach Europa koordiniert.



Über 20 Jahre EU-Unterstützung für die palästinensische Bevölkerung

Die EU ist der größte internationale Geber für die palästinensische Bevölkerung.

ENTWICKLUNGSFÖRDERUNG

✓ **2014-2020**

2,2 Mrd. EUR
zugewiesen

✓ **2021-2024**

1,36 Mrd. EUR
zugewiesen (davon bereits mehr als
920 Mio. EUR bewilligt)

HUMANITÄRE HILFE

✓ **Seit 2000**

Über

1,1 Mrd. EUR

✓ **2024**

238 Mio. EUR
an humanitärer Hilfe zugesagt (*)

Mehr als

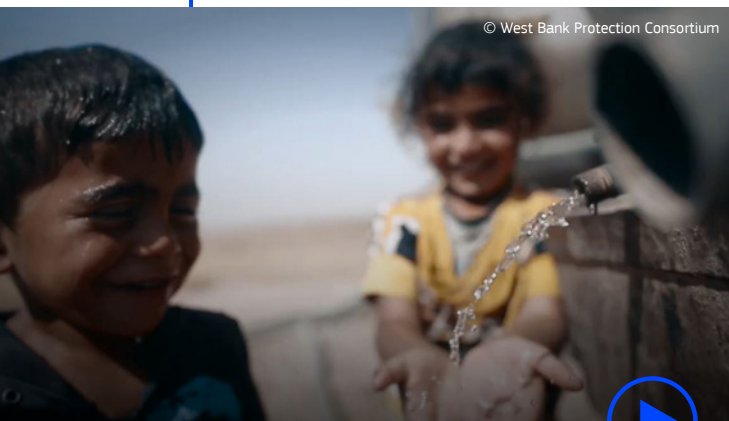
4 000 Tonnen
humanitärer Hilfsgüter für Not
leidende Menschen im Gazastreifen
bereitgestellt

(*) einschließlich der von Präsidentin von der Leyen
im September angekündigten zusätzlichen
Aufstockung um 45 Mio. EUR.



VIDEO: Gaza – medizinische Unterstützung für
bedürftige Palästinenserinnen und Palästinenser.

Im Westjordanland arbeiten die EU und mehrere Mitgliedstaaten mit humanitären Partnern vor Ort zusammen, um die von Vertreibung und Siedlergewalt bedrohten Gemeinschaften zu schützen.



© West Bank Protection Consortium



↑
VIDEO: Sauberes Wasser im Westjordanland – die EU hat gemeinsam mit 13 Ländern Wassernetze wie jenes in Masafer Yatta gebaut, damit Tausende von Palästinenserinnen und Palästinensern Zugang zu sauberem, erschwinglichem Wasser haben.

Humanitäre Hilfe

Bei Naturkatastrophen oder Konflikten geraten Millionen von Menschen in Gefahr. Die humanitäre Hilfe ist dann lebenswichtig und bietet den Bedürftigsten Nahrung, Unterkunft und medizinische Versorgung.

Als einer der weltweit führenden Geber von humanitärer Hilfe steht die EU bei den Hilfsmaßnahmen an vorderster Front. Sie leistet bedarfsorientierte Hilfe für Personen weltweit, die von menschengemachten Krisen und von Naturkatastrophen betroffen sind. 2024 stellte die EU 2,49 Mrd. EUR bereit, um mehr als 300 Millionen Bedürftigen zu helfen.

Die Kommission startet derzeit eine neue humanitäre Luftbrücke, um die Bedürftigsten in Syrien mit medizinischer Notversorgung und anderen lebenswichtigen Hilfsgütern zu unterstützen. Darüber hinaus stockt sie die Gelder für humanitäre Hilfe auf.

Weltweite humanitäre Hilfe der EU im Jahr 2024

2,5 Mrd. EUR

Gesamtbudget

956 Mio. EUR

Subsahara-Afrika

665 Mio. EUR

Naher Osten und Nordafrika

447 Mio. EURAsien, Lateinamerika,
Pazifikraum und Karibik**214 Mio. EUR**Ukraine, Westbalkan
und Kaukasus**205 Mio. EUR**Nicht geografisch gebundene
Zuweisungen

Auf dem **amerikanischen Kontinent** hat die EU zu Folgendem beigetragen:

- Bewältigung der humanitären Krise in **Venezuela**;
- Unterstützung der Opfer von Konflikten in **Kolumbien**;
- Unterstützung von Gewalt- und Kriminalitätsopfern in **Zentralamerika** und anderen Teilen des Kontinents;
- Hilfen für Vertriebene in der gesamten Region;
- Organisation der ersten **humanitären Luftbrücke nach Haiti** im Jahr 2024 als Reaktion auf die zunehmende Bandengewalt.

In der **Sahelzone**, die von Konflikten, Klimakrisen und Epidemien heimgesucht wurde, leistete die EU lebenswichtige Hilfe in den Bereichen Unterernährung, Flüchtlingshilfe, Gesundheit und Bildung.

In ganz **Asien** erhielten Opfer von Konflikten und Katastrophen Unterstützung.

Im **östlichen und südlichen Afrika** kam die Unterstützung Menschen zugute, die von langwierigen Konflikten und extremen Wetterereignissen betroffen waren.

In **Afghanistan** benötigt mehr als die Hälfte der Bevölkerung aufgrund von Konflikten, Armut und des Klimawandels humanitäre Hilfe. Die EU leistete sowohl innerhalb des Landes als auch in den Nachbarländern Soforthilfe, wobei die Schwerpunkte auf der Ernährungssicherheit, der Gesundheitsversorgung und dem Schutz der Menschen lagen.

Inmitten des eskalierenden Konflikts in **Myanmar/Birma** hat die EU dazu beigetragen, den steigenden Hilfsbedarf der lokalen Bevölkerung zu decken und Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch zu unterstützen.

Die Europäische Kapazität für humanitäre Hilfe im Jahr 2024

Die Europäische Kapazität für humanitäre Hilfe kam in **16 Krisen in 17 Ländern** (Afghanistan, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Haiti, Jemen, Kuba, Laos, Libanon, Mali, Niger, Palästina, Ruanda, Somalia, St. Vincent und die Grenadinen, Sudan, Syrien und Tschad) zum Einsatz.

In **5 Krisen** wurden Team-Europa-Initiativen unterstützt, die gemeinsame Einsätze mit 8 Mitgliedstaaten umfassten.

93 Charterflüge wurden durchgeführt.

Im Laufe des Jahres 2024 organisierte die EU zudem verschiedene hochrangige Veranstaltungen, um die Wirkung der humanitären Hilfe zu maximieren. Im März fand in Brüssel (Belgien) das dritte Europäische Forum für humanitäre Hilfe statt, auf dem die EU ankündigte, 2024 mehr als 7,7 Mrd. EUR für globale Krisen bereitzustellen.

Im darauffolgenden Monat organisierten die EU, Deutschland und Frankreich gemeinsam eine

5 402 Tonnen Hilfsgüter wurden auf dem Luft-, See- und Landweg transportiert.

16 683 Passagiere wurden mit humanitären Hilfsflügen der EU befördert.

3 Lager für Hilfsgüter wurden eröffnet.

817 Tonnen Lagerbestände wurden mobilisiert.

13 Experten wurden entsandt.

internationale Konferenz zu Sudan. Im April 2023 war in dem Land ein Bürgerkrieg ausgebrochen, der zu massiven Vertreibungen und einer schweren humanitären Krise geführt hat. Auf den Aufruf der Vereinten Nationen vom Februar 2024 hin sagten internationale Geber auf der Konferenz mehr als 2 Mrd. EUR zu. Fast 900 Mio. EUR davon werden von der EU und ihren Mitgliedstaaten beigesteuert, um die Zivilbevölkerung in Sudan und die Flüchtlinge in den Nachbarländern zu unterstützen.



Farchana im Tschad befindet sich in einer humanitären Krise, die durch den Zustrom sudanesischer Kriegsflüchtlinge und die Auswirkungen wiederkehrender Naturkatastrophen verursacht wurde. Mehr als 800 000 Menschen sind derzeit von akuter Hungersnot betroffen und benötigen dringend humanitäre Hilfe. 28. und 29. April 2024.

© MYOP für die EU



© MYOP für die EU



Im Rahmen ihres kontinuierlichen Engagements für die Bewältigung globaler humanitärer Herausforderungen führte die EU im Mai den Vorsitz der hochrangigen Ministertagung auf der achten Brüsseler Konferenz zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region. Die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit einer friedlichen politischen Lösung des Syrien-Konflikts und einer weiteren finanziellen Unterstützung der Betroffenen. Mit einer Zusage von 3,8 Mrd. EUR an Finanzhilfen bleiben die EU und ihre Mitgliedstaaten der größte Geber von Hilfe für Syrien. Diese Mittel sind für den dringendsten Bedarf sowohl der syrischen Bevölkerung in Syrien als auch der Flüchtlinge in den Nachbarländern und ihrer Aufnahmegemeinschaften bestimmt.

Nach 13 Krisenjahren ist der humanitäre Bedarf in Syrien immens. Etwa 7,2 Millionen Syrerinnen und Syrer befinden sich weiterhin innerhalb des Landes auf der Flucht, und der Bedarf an humanitärer Hilfe ist so hoch wie nie zuvor. Mehr als zwei Drittel dieser Vertriebenen sind Frauen und Kinder, die aufgrund des anhaltenden Konflikts weitgehend von der formalen Bildung ausgeschlossen sind.



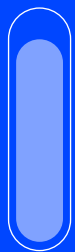
↓
Im schwierigen Umfeld des ländlichen Syriens bringen EU-unterstützte Initiativen Bildung in Gemeinden, die lange Zeit von der formalen Schulbildung ausgeschlossen waren. Die Kinder, von denen viele durch den Konflikt vertrieben wurden, nehmen hier an Lernaktivitäten teil, die ihnen den Weg in eine bessere Zukunft weisen. 27. Januar 2024.



Anderen bei der Prävention, Vorsorge und Bewältigung von Katastrophen helfen

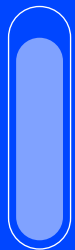
Das Engagement der EU für die Gestaltung der Zukunft der globalen Krisenbewältigung wurde im Juni auf dem Katastrophenschutzforum und der Krisenbewältigungskonferenz deutlich gemacht. Dieses Engagement stößt auf große Resonanz in der Öffentlichkeit, die eine koordinierte Katastrophenhilfe unterstützt.

2024 hat die EU weitere Schritte zum Ausbau ihres Katastrophenschutzverfahrens unternommen, um die Katastrophenvorsorge, -prävention und -bewältigung innerhalb und außerhalb der EU zu verbessern (siehe Kapitel 4 und 7).



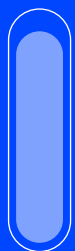
94 %

der Menschen in der EU sind der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten anderen von Katastrophen betroffenen Mitgliedstaaten Hilfe leisten sollten.



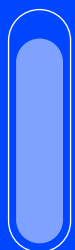
91 %

sind der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten auch von Katastrophen betroffenen Nicht-EU-Ländern Hilfe leisten sollten.



90 %

halten es für wichtig, dass die EU dazu beiträgt, die Reaktion auf Katastrophen überall auf der Welt zu koordinieren.



90 %

sind der Ansicht, dass das koordinierte Handeln der EU in diesem Bereich in Zukunft verstärkt werden sollte.

Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer-Sonderumfrage 541, Februar 2024.



↑
Der damalige EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič (3. von links), beim achten Europäischen Forum für den Katastrophenschutz. Brüssel (Belgien), 5. Juni 2024.



KAPITEL 9

Stärkung der Demokratie

Einführung

Im Jahr 2024 arbeiteten die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union eng zusammen, um die gemeinsamen Interessen der EU zu vertreten und Ergebnisse für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Die Bemühungen zur Verbesserung des Rechtsetzungsprozesses in der EU wurden fortgesetzt, ebenso wie die Reform der Verwaltungen, damit diese besser auf die Chancen und Herausforderungen einer Welt im Wandel vorbereitet sind. Die Bemühungen, Demokratien in der gesamten EU durch die Förderung freier und fairer Wahlen, die Stärkung der Medienfreiheit und die Bekämpfung von Desinformation widerstandsfähiger zu machen, wurden ebenfalls vorangetrieben. Bessere Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger durch verbesserte EU-Vorschriften – das ist ein gemeinsames Ziel und die Aufgabe aller EU-Organe und Mitgliedstaaten. Das umfasst auch die aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Prozess.



Die Mitglieder des Europäischen Parlaments stimmen auf einer Plenartagung über ein neues EU-Medienfreiheitsgesetz ab, das Journalistinnen und Journalisten vor politischer Einflussnahme schützen und für mehr Transparenz in Bezug auf Eigentumsverhältnisse im Medienbereich sorgen soll. Straßburg (Frankreich), 13. März 2024.

Zusammen für eine bessere Zukunft

Starke Institutionen

Der institutionelle Rahmen der EU ist einzigartig, und ihr Entscheidungsfindungssystem entwickelt sich stetig weiter. Grundsätzlich schlägt die Europäische Kommission im Einklang mit der politischen Ausrichtung des Europäischen Rats neue Rechtsvorschriften vor, die dann vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union als gesetzgebende Organe angenommen werden. Die Mitgliedstaaten setzen die Rechtsvorschriften anschließend um, und die Kommission kontrolliert deren ordnungsgemäße Anwendung. Die Arbeit dieser Organe wird durch weitere Organe und Einrichtungen ergänzt.

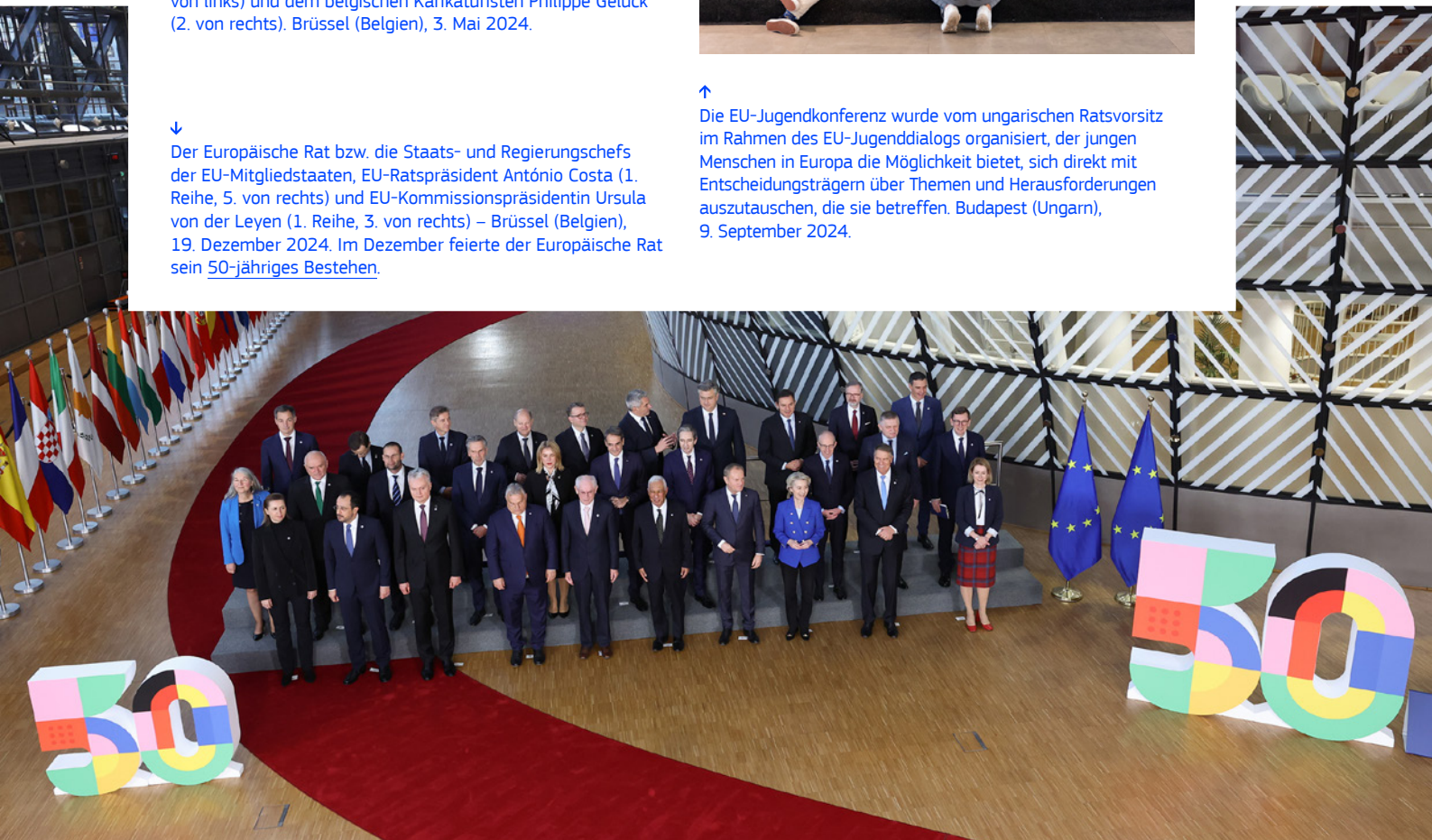
Alle sechs Monate übernimmt ein anderer Mitgliedstaat den Vorsitz des Rates. Im Jahr 2024 wurde der Vorsitz zunächst von Belgien und dann von Ungarn übernommen.

➔ Im Rahmen des belgischen Ratsvorsitzes organisierte Podiumsdiskussion zur Medienfreiheit anlässlich des Welttags der Pressefreiheit mit der Medienexpertin Katrien Thienpont (rechts), der ukrainischen Journalistin Olena Abramovych (2. von links) und dem belgischen Karikaturisten Philippe Geluck (2. von rechts). Brüssel (Belgien), 3. Mai 2024.

↓ Der Europäische Rat bzw. die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, EU-Ratspräsident António Costa (1. Reihe, 5. von rechts) und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (1. Reihe, 3. von rechts) – Brüssel (Belgien), 19. Dezember 2024. Im Dezember feierte der Europäische Rat sein 50-jähriges Bestehen.



↑ Die EU-Jugendkonferenz wurde vom ungarischen Ratsvorsitz im Rahmen des EU-Jugenddialogs organisiert, der jungen Menschen in Europa die Möglichkeit bietet, sich direkt mit Entscheidungsträgern über Themen und Herausforderungen auszutauschen, die sie betreffen. Budapest (Ungarn), 9. September 2024.



Der institutionelle Zyklus der EU beginnt alle fünf Jahre mit den Parlamentswahlen erneut. Diese Wahlen und die anschließende Ernennung einer neuen Kommission sind wesentliche Bestandteile des in den Verträgen festgelegten demokratischen Prozesses der EU. Im letzten Jahr des Zyklus 2019-2024 haben die EU-Organe ihre ehrgeizigen Ziele für diesen Zeitraum erfolgreich erreicht und den Weg für den Beginn des neuen politischen Zyklus 2024-2029 geebnet (siehe Kapitel 0).

Das ordnungsgemäße Funktionieren der interinstitutionellen Prozesse – einschließlich der Einbeziehung der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten und der beratenden Ausschüsse und dezentralen Agenturen der EU – ist für den Erfolg der EU-Politik von entscheidender Bedeutung. Im Jahr 2024 konzentrierten sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Europäische Ausschuss der Regionen darauf, ihre Zusammenarbeit mit Akteuren der Zivilgesellschaft und lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den EU-Bewerberländern zu verbessern, um die Vorarbeit für eine mögliche künftige Erweiterung der EU zu leisten. Gleichzeitig setzten die EU-Organe ihre Überlegungen über die Reformen fort, die für eine zukunftsfähige EU erforderlich sind, und zwar sowohl in Bezug auf weitere Erweiterungen als auch in Bezug auf die Reaktionsfähigkeit der EU auf immer komplexere globale Herausforderungen.



Im Juni wurde eine neue dezentrale Agentur geschaffen, um die EU-Bürgerinnen und -Bürger und das Finanzsystem der EU besser vor Geldwäsche zu schützen und Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen. Die Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zählt zu den vielen Agenturen in der EU, die zur Umsetzung der EU-Politik beitragen.

↑
PODCAST: Eine Podcast-Folge über die Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.



↑
VIDEO: 30 Jahre Europäischer Ausschuss der Regionen.

Strategische Vorausschau

Die strategische Vorausschau – also die Analyse künftiger Trends, die voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die EU haben werden – unterstützt die zukunftsorientierte Politikgestaltung und strategische Planung der EU. Durch sie lassen sich Risiken und Chancen antizipieren, die die Zukunft Europas prägen werden. Der Bericht über globale Trends 2024 – ein gemeinsames Projekt von neun EU-Organen und -Einrichtungen im Rahmen des Europäischen Systems für strategische und politische Analysen – beschreibt die wichtigsten mittel- und langfristigen Trends und gibt den Entscheidungsträgern der EU Einblicke in die wichtigsten strategischen Entscheidungen der kommenden Jahre (siehe Kapitel O).

Dank des EU-Netzes für strategische Vorausschau haben die EU-Organen ihre Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten bei strategischen Diskussionen auf EU-Ebene im Laufe des Jahres intensiviert. In diesem Zusammenhang wurden 2024 im Rahmen der ComPact-Initiative auch Bemühungen zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen in ganz Europa fortgesetzt. Neben der Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Behebung von Qualifikationsdefiziten und bei der Verwirklichung des Ziels, bis 2030 alle wichtigen öffentlichen Dienste online zugänglich zu machen, ist das Ziel der Initiative, die öffentlichen Verwaltungen weniger bürokratisch, schneller bei der Erbringung von Dienstleistungen, transparenter und bürgernäher zu machen. In diesem Zusammenhang unterstützte die Initiative im Jahr 2024 nationale und regionale Verwaltungen (z. B. in Italien, Litauen und Malta) beim Aufbau von Vorausschaukapazitäten und bei der Nutzung von Methoden der Vorausschau, um neue politische Ansätze in Bereichen wie Gesundheit, Sozialpolitik und Bildung zu entwickeln.

Die Organe und Einrichtungen der EU investierten weiterhin in ihre Vorausschaukapazitäten: Beispielsweise legte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss seinen internen Rahmen für die strategische Vorausschau fest, und der Europäische Ausschuss der Regionen verstärkte die Zusammenarbeit im Bereich der Vorausschau mit interessierten Regionen. Dadurch können sowohl neue Herausforderungen und Chancen antizipiert als auch sichergestellt werden, dass die Politik zukunftssicher ist und weiter zu einer Verbesserung der Lebensqualität der derzeitigen und künftigen Generationen von Bürgerinnen und Bürgern beiträgt.

Gute Verwaltungspraxis

Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht sind wesentlich für eine auf Rechtsstaatlichkeit beruhende Demokratie. Sie tragen zu einer guten Regierungsführung bei und schaffen Vertrauen in den politischen Entscheidungsprozess.

In der überarbeiteten DORIE-Datenbank (Dokumentation und Forschung zu institutionellen Fragen der EU) können Nutzerinnen und Nutzer nun Dokumente zu institutionellen Angelegenheiten der EU in allen EU-Amtssprachen finden.

Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU-Organen und -Einrichtungen weiter zu stärken und eine gemeinsame Ethikkultur zu schaffen, unterzeichneten acht von ihnen eine Vereinbarung zur Einrichtung eines interinstitutionellen Ethikgremiums mit dem Auftrag, gemeinsame Normen ethischen Verhaltens für ihre Mitglieder zu erarbeiten und einen förmlichen Mechanismus zur Koordinierung ethischer Anforderungen einzurichten.



↑
Von links nach rechts: Roman Schremser, Chief Compliance und Governance Officer der Europäischen Zentralbank, Alessandro Chiochetti, Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Willem Van de Voorde, Botschafter und Ständiger Vertreter des damaligen Ratsvorsitzlandes Belgiens bei der EU, Věra Jourová, damals Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, Koen Lenaerts, Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, Tony Murphy, Präsident des Europäischen Rechnungshofs, Oliver Röpke, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, und Luca Menesini, Vizepräsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, bei der feierlichen Unterzeichnung zur Gründung des interinstitutionellen Ethikgremiums. Brüssel (Belgien), 15. Mai 2024.

Die Europäische Ombudsstelle ist für die Untersuchung von Beschwerden über Missstände bei den Tätigkeiten der EU-Organe zuständig. 2024 war die Anzahl festgestellter Missstände in der Verwaltungstätigkeit sehr gering (etwa 5 %), und etwa drei Viertel der Empfehlungen der Ombudsstelle wurden erfolgreich umgesetzt.

Mit ihrer Agenda für bessere Rechtsetzung setzte die EU auch ihre Arbeit zur Gewährleistung effizienter und wirksamer Rechtsvorschriften und zur Verringerung des Verwaltungsaufwands fort, ohne die politischen Ziele zu untergraben. Der One-in-one-out-Ansatz stellt sicher, dass jede neue Auflage durch die Beseitigung einer gleichwertigen Auflage in demselben Politikbereich ausgeglichen wird. Dieser Ansatz ergänzt das Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung, mit dem bei der Überarbeitung und Bewertung von EU-Rechtsvorschriften Bürokratie und unnötige Kosten systematisch ermittelt und beseitigt werden.

Darüber hinaus wurden die Bemühungen fortgesetzt, die Umweltleistung der EU-Organe zu verbessern, Energie zu sparen und die Ressourcennutzung zu optimieren.

**Gewährleistung
der Anwendung
der EU-Vorschriften**

Die bahnbrechenden Gesetze, die im Zyklus 2019-2024 verabschiedet wurden, wie z. B. jene zur Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels unserer Gesellschaften, werden nur dann ihre beabsichtigten Wirkungen und Vorteile entfalten, wenn sie vollständig umgesetzt und korrekt angewandt werden. Die Kommission hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dies in allen Mitgliedstaaten erfolgt – in erster Linie durch Präventivmaßnahmen und erforderlichenfalls durch die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren. Mit einem solchen Verfahren wird sichergestellt, dass die Mitgliedstaaten das EU-Recht korrekt anwenden. Verstöße, die viele Menschen oder Unternehmen betreffen, stehen dabei besonders im Mittelpunkt. Können die festgestellten Verstöße nicht behoben werden, kann die Kommission den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen, der finanzielle Sanktionen gegen den betreffenden Mitgliedstaat verhängen kann.

**INITIATIVEN ZUR VEREINFACHUNG/
RATIONALISIERUNG 2024**

**ERWARTETE EINSPARUNGEN/
VORTEILE**

Vereinfachungsmaßnahmen für
Landwirtinnen und Landwirte



Verringerung der Verwaltungskosten
um 165 Mio. EUR

Zentrales Meldeportal zur Entsendung von
Arbeitskräften



Verringerung der Verwaltungskosten
um 259 Mio. EUR

Vereinfachtes Anerkennungsverfahren dank
der Richtlinie über die Qualität von Wasser



Jährliche Kosteneinsparungen
von 530 Mio. EUR

Einführung eines zentralen Registers für
geringfügige Beihilfen (De-minimis) zur
Verringerung der Berichtspflichten für
Unternehmen



Jährliche Kosteneinsparungen
von 120 Mio. EUR

Unterstützung bei der
Nachhaltigkeitsberichterstattung
und der Sorgfaltspflicht



Vermeidung eines Übertragungseffekts
auf kleine und mittlere Unternehmen und
Übererfüllung der Auflagen

Im Jahr 2024 wurden 568 neue Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Der Gerichtshof wurde in 52 Fällen aus 19 Mitgliedstaaten hinzugezogen.

In 10 Fällen wurden finanzielle Sanktionen beantragt.

542 Vertragsverletzungsverfahren wurden eingestellt.

93 % davon in der Anfangsphase des Verfahrens – eine Zeitersparnis für Menschen und Unternehmen.

Diese Maßnahmen werden konkrete Vorteile in verschiedenen Politikbereichen mit sich bringen und zu einem besseren Schutz der Verbraucher- und Bürgerrechte führen.



↑
Im Vordergrund, von links nach rechts: Maroš Šefčovič, damals Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission für den europäischen Grünen Deal, interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, besucht den Hof von Jonas Lemaire-Taelemans, einem belgischen Landwirt, zusammen mit Peter Meedendorp, Präsident des Europäischen Rates der Junglandwirte. Lennik (Belgien), 9. Januar 2024.

Die EU bemühte sich weiterhin darum, Verstöße im Vorhinein zu vermeiden, indem sie die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des EU-Rechts frühzeitig durch praktische Anleitungen, Treffen, Schulungen und technische Hilfe in allen wichtigen Politikbereichen unterstützte. Eine solche Unterstützung leistete die Kommission beispielsweise bei der Umsetzung der überarbeiteten Erneuerbare-Energien-Richtlinie, indem sie die Digitalisierung der nationalen Genehmigungsverfahren durch die Initiative „Accele-RES“ erleichterte. Diese Initiative umfasst finanzielle und technische Hilfe, Leitlinien und einen regelmäßigen Austausch über die Umsetzung.

Im Jahr 2024 wurden auch verstärkte Anstrengungen unternommen, um die grenzüberschreitende Strafverfolgung auszubauen, u. a. mithilfe eines Vorschlags für neue Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken im Agrarsektor. Die Vorschriften werden die Position der schwächsten Akteure in der Lieferkette, insbesondere Landwirtinnen und Landwirte, stärken (siehe Kapitel 4), und zwar indem sie den Durchsetzungsbehörden die erforderlichen Instrumente für die Ermittlung, Beweissammlung und Maßnahmen gegen Käufer, die in anderen Mitgliedstaaten ansässig sind, an die Hand geben.

Darüber hinaus hat die EU im Einklang mit der Strategie der europäischen justiziellen Aus- und Fortbildung weiterhin die Aus- und Fortbildung von Richterinnen und Richtern und Justizbediensteten in Zivil- und Strafsachen finanziert. Mit der Strategie werden gemeinsame Schulungsveranstaltungen für Angehörige dieser Berufsgruppen aus mehreren Mitgliedstaaten gefördert, wodurch eine bessere Vernetzung und ein gestärktes gegenseitiges Vertrauen erreicht werden sollen. Ziel ist es, die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit zu fördern und die einheitliche Anwendung der Rechtsvorschriften in der gesamten EU sicherzustellen.

Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie

Wahrung der Rechtsstaatlichkeit

In einer zunehmend unsicheren und polarisierten Welt ist es von entscheidender Bedeutung, dass Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der EU und darüber hinaus proaktiv verteidigt und gewahrt werden. Der Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2024 lieferte dazu als Präventivinstrument wesentliche Informationen, aus denen hervorging, dass 68 % der 2023 an die Mitgliedstaaten gerichteten Empfehlungen vollständig oder teilweise umgesetzt worden waren. Dies spiegelt die erheblichen Anstrengungen wider, die in den Mitgliedstaaten unternommen werden, um die notwendigen Reformen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in folgenden zentralen Bereichen durchzuführen: Justizsystem, Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie institutionelle Gewaltenteilung. 2024 enthielt der Bericht erstmals Länderkapitel zu vier Erweiterungsländern (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien). So werden die Reformbestrebungen dieser Länder unterstützt. Der Bericht bildet die Grundlage für einen regelmäßigen Dialog zwischen den Ministerinnen und Ministern im Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ und zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus organisiert die Kommission nationale Dialoge über Rechtsstaatlichkeit mit Interessenträgern in den Mitgliedstaaten.



↑
[VIDEO: Zusammenarbeit beim Bericht über die Rechtsstaatlichkeit.](#)

Ein weiteres wichtiges EU-Instrument zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit vor Verstößen durch die Mitgliedstaaten ist die Auslösung der Bestimmungen von Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union. Dieses Verfahren, das

letztlich zur Aussetzung der Mitgliedschaftsrechte führen kann, wurde 2017 gegen Polen und 2018 gegen Ungarn eingeleitet. Im Jahr 2024 wurde das Verfahren gegen Polen abgeschlossen, nachdem das Land wesentliche Maßnahmen zum Schutz der Unabhängigkeit der Justiz eingeführt und seine Zusage bekräftigt hatte, die schwerwiegenden Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit durch einen speziellen Aktionsplan anzugehen. Daraus schloss die Kommission, dass in Polen keine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit mehr besteht. Das Verfahren gegen Ungarn dauert noch an.

Verteidigung unserer Demokratie

In einer gesunden und lebendigen Demokratie können die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung frei äußern, ihre politische Vertretung wählen und über ihre Zukunft mitentscheiden. Die Demokratie in der EU ist stark, aber sie steht vor großen Herausforderungen wie zunehmendem Extremismus, Wahlbeeinflussung, Verbreitung manipulativer Informationen und Bedrohung von Journalistinnen und Journalisten und von Medienfreiheit und -pluralismus. Mit dem Ende Dezember 2023 verabschiedeten Paket zur Verteidigung der Demokratie sollen Herausforderungen wie die Einflussnahme aus dem Ausland angegangen und die Widerstandsfähigkeit von innen heraus durch Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der demokratischen Teilhabe gestärkt werden. Ein Kernstück des Pakets ist der Vorschlag zur Verbesserung der Transparenz und der demokratischen Rechenschaftspflicht, indem verdeckte Einflussnahme aus dem Ausland aufgedeckt wird. Im Jahr 2024 haben das Parlament und der Rat begonnen, diesen Vorschlag zu erörtern. Durch gemeinsame Standards für die Interessenvertretungen von Drittländern werden die Maßnahmen zudem Verbesserungen für den Binnenmarkt mit sich bringen.

Ferner enthält das Paket zwei Empfehlungen: eine zur Stärkung der Wahlverfahren in der EU und eine weitere zur Förderung der inklusiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und der Zivilgesellschaft an der Politikgestaltung. Im Einklang mit der ersten Empfehlung wurde

ein Verhaltenskodex für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 ausgearbeitet und im April vorgestellt, um die Integrität der Wahlen und einen fairen Wahlkampf zu gewährleisten. Alle europäischen politischen Parteien stimmten dieser umfassenden Checkliste für verstärkte Anstrengungen zur Verhinderung der Einflussnahme aus dem Ausland und Informationsmanipulation zu.

Ebenso werden die neuen Vorschriften über die Transparenz politischer Werbung, die im März verabschiedet wurden, die Rechenschaftspflicht für politische Werbung ausbauen, die Grundrechte schützen und zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und ausländischer Wahlbeeinflussung beitragen. Nach den neuen Vorschriften muss politische Werbung klar gekennzeichnet werden und u. a. Informationen darüber enthalten, wer wie viel dafür bezahlt hat, an welche Wahlen, welches Referendum oder welchen Regulierungsprozess sie geknüpft ist und ob Techniken zur gezielten Werbung verwendet wurden.

Die EU setzte sich 2024 weiterhin weltweit für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein. So hat die EU beispielsweise im Rahmen des thematischen Programms für Menschenrechte und Demokratie (mit einer Mittelausstattung von 1,5 Mrd. EUR) die Globale Initiative gegen Straflosigkeit (Global Initiative Against Impunity), eine von der Zivilgesellschaft getragene Initiative gegen internationale Verbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen, unterstützt.



↑
EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (Mitte) mit Edmundo González Urrutia (links) und Ana Corina Sosa (rechts), der Tochter von María Corina Machados, bei der Verleihung des Sacharow-Preises 2024. Brüssel (Belgien), 17. Dezember 2024.

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2024 – die höchste Auszeichnung der EU für Menschenrechtsarbeit – wurde María Corina Machado und dem gewählten Präsidenten Edmundo González Urrutia für ihren mutigen Kampf um die Wiederherstellung der Freiheit und Demokratie in Venezuela verliehen.



↑
Die Gewinner des Sacharow-Preises 2024: Die Anführerin der demokratischen Opposition in Venezuela, María Corina Machado, und der gewählte Präsident des Landes, Edmundo González Urrutia. Puerto La Cruz (Venezuela), 10. Juli 2024.

Medienfreiheit

Unabhängige Medien fungieren als öffentliche Wächter und ziehen die Mächtigen zur Rechenschaft. Sie sind eine tragende Säule der europäischen Demokratie und müssen geschützt werden. Das im Mai in Kraft getretene Europäische Medienfreiheitsgesetz zielt darauf ab, Medien und Journalistinnen und Journalisten besser vor politischer Einflussnahme zu schützen und ihre grenzüberschreitende Tätigkeit zu erleichtern. Die meisten Bestimmungen des Gesetzes gelten ab August 2025.

8 Projekte wurden im Rahmen der durch das Programm „Kreatives Europa“ unterstützten Maßnahme „Journalismuspartnerschaften“ finanziert.

12 Mio. EUR wurden zur Unterstützung der Krisenfestigkeit der Nachrichtenmedien bereitgestellt.

6 Mio. EUR sind für weitere Projekte zur Stärkung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in der EU vorgesehen.

Im April verabschiedete die EU zudem neue Vorschriften zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor missbräuchlichen Klagen, mit denen sie zum Schweigen gebracht werden sollen. Die Vorschriften sollen unbegründete oder missbräuchliche Gerichtsverfahren, auch strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (sogenannte SLAPP-Klagen), verhindern, die Personen zum Schweigen bringen sollen, die sich an der öffentlichen Debatte über Themen wie Grundrechte, Umweltschutz und Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen beteiligen. Erstmals gibt es ein System wirksamer Verfahrensgarantien für grenzüberschreitende Fälle. Diese Schutzmaßnahmen werden den Gerichten die nötige Handhabe geben, um gegen Klagemissbrauch vorzugehen, und gleichzeitig als Abschreckung dagegen dienen. Durch geltende Rahmenwerke, Schulungen, Aufklärungs- und Hilfsangebote sowie Datenerhebung, -übermittlung und -überwachung wurde zudem weiter an der Umsetzung der entsprechenden Anti-SLAPP-Empfehlung gearbeitet.

Bekämpfung von Informationsmanipulation

Die EU-Organe ergreifen verstärkte Maßnahmen gegen Desinformation sowie ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme auf die Politik der EU und die europäische Demokratie.

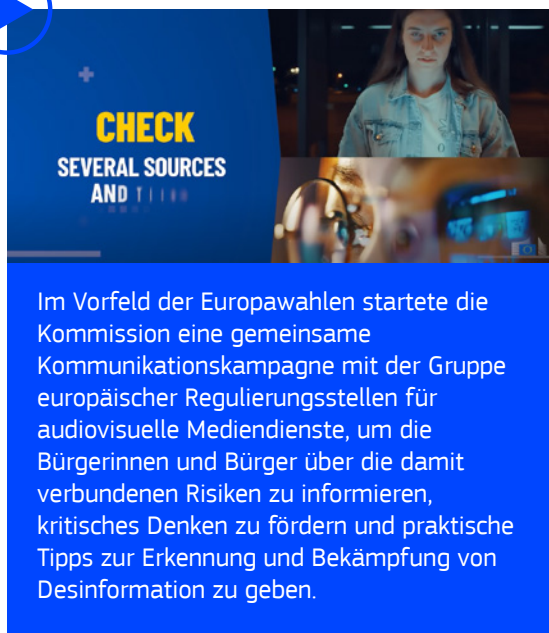
Die Maßnahmen konzentrieren sich auf vier Schlüsselbereiche:

- 1** Entwicklung von Strategien, die die europäischen Demokratien stärken, den Missbrauch von Online-Plattformen zu Desinformationszwecken erschweren und Journalistinnen und Journalisten und den Medienpluralismus schützen;
- 2** Bekämpfung von Einflussnahme und Cyberattacken aus dem Ausland durch Aufklärungsmaßnahmen, moderne technische Lösungen und verbesserte Koordination;
- 3** Stärkung der gesellschaftlichen Abwehrkräfte gegen Desinformation durch Medienkompetenz und Aufklärungsarbeit;
- 4** Zusammenarbeit mit Institutionen, nationalen Behörden, der Zivilgesellschaft und anderen Organisationen.

In den Rahmen dieser Bemühungen fielen 2024 die Verbesserung des Lagebewusstseins durch die integrierte Regelung für die politische Reaktion auf Krisen und gezielte Kampagnen, die sich an die Bürgerinnen und Bürger richten.

Mit Wahlen in 72 Ländern, bei denen die Hälfte der Weltbevölkerung ihre Stimme abgeben konnte, war 2024 das größte Wahljahr der Geschichte. Daher lag ein besonderer Schwerpunkt auf der Stärkung der Bewusstseinsbildung und dem Schutz der Integrität von Wahlen, insbesondere im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni.

Das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen hat eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, die dem Austausch über Praktiken zur Bekämpfung von Desinformation dienten.



Im Vorfeld der Europawahlen startete die Kommission eine gemeinsame Kommunikationskampagne mit der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste, um die Bürgerinnen und Bürger über die damit verbundenen Risiken zu informieren, kritisches Denken zu fördern und praktische Tipps zur Erkennung und Bekämpfung von Desinformation zu geben.

↑
VIDEO: Lügen aufdecken – wie kann man sich während des EU-Wahlkampfs vor irreführenden Inhalten schützen?

Im März veröffentlichte die Kommission Leitlinien mit empfohlenen Maßnahmen für sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen, um systemische Risiken zu mindern, die sich auf die Integrität von Wahlen auswirken können. Laut einem im Juli veröffentlichten Bericht über die Wahlen wurden keine Hinweise auf eine groß angelegte Desinformation oder Einflussnahme aus dem Ausland bei den Europawahlen gefunden. Ein ausführlicher Bericht über die Wahlen wird 2025 folgen.

Die großen Online-Plattformen und Unterzeichner des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation erstatteten Bericht über die von ihnen vorgenommenen Maßnahmen zum Schutz der Integrität der Europawahlen. Dazu gehörten die verpflichtende Kennzeichnung von digital erstellten oder veränderten Bild-, Video- und Audiodateien durch Werbetreibende oder Urheber, die Zusammenarbeit mit Faktenprüforganisationen, die Förderung des Zugangs von Wählerinnen und Wählern zu wertvollen und verlässlichen Informationen und die Entwicklung gezielter Medienkompetenz- und Prebunking-Kampagnen.

Im Laufe des Jahres bekräftigte die Kommission ihre Unterstützung für wichtige Vorhaben zur Bekämpfung von Desinformation, insbesondere der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien. Die Beobachtungsstelle und ihre Zentren spielten eine Schlüsselrolle bei der Überwachung und Aufdeckung von Desinformationskampagnen, der Aufklärungsarbeit und der Förderung der Medienkompetenz im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament.

Die EU unterstützt weiterhin sowohl die Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegen Desinformation als auch ihre Kontakte zu globalen Partnern, insbesondere mit Blick auf die Unterstützung der ukrainischen Friedensformel. Zu diesem Zweck verfolgt die EU einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und arbeitet mit staatlichen Einrichtungen, der Zivilgesellschaft, Medienverbänden und Online-Plattformen zusammen. Um die Verbreitung russischer Informationsmanipulation und Propaganda einzudämmen, hat die EU die Ausstrahlung zahlreicher russischer Desinformationskanäle, die sich in staatlicher Hand befinden oder dem Kreml nahestehen, unterbunden. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über digitale Dienste sind Anbieter sehr großer Online-Plattformen und Suchmaschinen verpflichtet, die von ihren Angeboten ausgehenden potenziellen gesellschaftlichen Risiken zu bewerten. Dabei müssen sie insbesondere Bedrohungen der Meinungsfreiheit und das Risiko berücksichtigen, dass ihre Dienste für Desinformationskampagnen genutzt werden.

Mit den Unterzeichnern des EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation wird der regelmäßige Austausch über den Ukrainekrieg fortgeführt. Die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien und ihre nationalen und regionalen Zentren überwachen und entlarven nach wie vor Desinformation im Zusammenhang mit dem Krieg und ermitteln in diesem Rahmen auch deren Anteil an dem Gesamtvolumen der in der EU kursierenden Desinformation. Unterstützt werden diese Maßnahmen durch allgemeinere Anstrengungen zur Bekämpfung von Desinformation, zum Beispiel durch die Kampagne „EUvsDisinfo“, die 2024 schätzungsweise mehr als 20 Millionen Menschen erreicht hat, sowie durch das Frühwarnsystem, mit dem Erkenntnisse über Desinformationskampagnen ausgetauscht und Gegenmaßnahmen koordiniert werden können.



↑
Demonstrierende, die Social-Media-Unternehmen auffordern, mehr gegen russische Desinformation über den Ukraine-Krieg zu tun. Dublin (Irland), 2. März 2022.

Stärkung der Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger

Die EU ist bestrebt, den Bürgerinnen und Bürgern und Interessenträgern Gehör zu schenken und die politischen Entscheidungsprozesse für die Allgemeinheit zu öffnen. Dies trägt ebenfalls zu mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz der EU bei. Die Plattform „Ihre Meinung zählt“ bietet Bürgerinnen und Bürgern und Interessenträgern Zugang zu den drei wichtigsten Kanälen für die Bürgerbeteiligung: öffentliche

Konsultationen und Rückmeldungen, die Europäische Bürgerinitiative und die Europäischen Bürgerforen. Ab 2024 können sich die Bürgerinnen und Bürger auch über die Plattform für Bürgerbeteiligung aktiv untereinander, mit der Zivilgesellschaft und anderen Interessenträgern austauschen.

Bürgerbeteiligung 2024

EINLEITUNG VON 27 ÖFFENTLICHEN KONSULTATIONEN.

ES GINGEN RÜCKMELDUNGEN EIN ZU:

- **60** Dokumenten im Rahmen von Aufforderungen zur Stellungnahme,
- **12** Vorschlägen für legislative Maßnahmen,
- **131** Entwürfen von Durchführungsrechtsakten und delegierten Rechtsakten.

ANMELDUNG 11 NEUER EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN.

Deren Forderungen bezogen sich auf verschiedene Bereiche, z. B. Landwirtschaft, Ernährungs- und Wasserversorgungssicherheit, sichere Abtreibung und die Verbraucherrechte von Nutzerinnen und Nutzern von Videospielen.



↑ Ein Standbild aus einem der Gewinnerbeiträge des ImagineEU-Videowettbewerbs. Der Wettbewerb lud Sekundarschulen dazu ein, sich für demokratische Teilhabe einzusetzen und die Europäische Bürgerinitiative zu fördern, mit der Bürgerinnen und Bürger die Kommission ersuchen können, einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorzulegen, sofern genügend Menschen die Initiative unterstützen.

30 000 ANTWORTEN/ STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN UND INTERESSIERTEN PARTEIEN.

2 EUROPÄISCHE BÜRGERFOREN ZU FOLGENDEN THEMEN:

- **Bekämpfung von Hass in der Gesellschaft** (mit 21 abschließenden Empfehlungen),
- **Ausschöpfung der Vorteile der Energieeffizienz für Bürgerinnen und Bürger, Behörden und Unternehmen** (mit 13 abschließenden Empfehlungen).

Diese Empfehlungen werden in die Gestaltung künftiger EU-Initiativen einfließen.



↑ Einige der 150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürger, die am Europäischen Bürgerforum zur Energieeffizienz teilnehmen – Brüssel (Belgien), 14. April 2024. Die Bürgerforen entwickeln sich zu einem festen Bestandteil des demokratischen Lebens in der EU. Dabei wird darauf geachtet, dass sie repräsentativ für die EU-Bevölkerung und vielfältig genug sind, um eine breite Palette von Perspektiven und Meinungen widerzuspiegeln.

Der EU-Preis für Bürgerwissenschaft verbindet Wissenschaft mit der Gesellschaft, fördert die Beteiligung der Öffentlichkeit und schafft Vertrauen in den wissenschaftlichen Fortschritt. Im Jahr 2024 wurde er an drei Projekte vergeben, die sich mit den Themen Meeresverschmutzung, biologische Vielfalt in der Landwirtschaft und psychische Gesundheit befassen.



Hauptpreis: 60 000 EUR –

INCREASE für die Förderung des Wissens über die Erhaltung von Saatgut durch die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in ländlichen Gebieten.



Preis für digitale Gemeinschaften: 20 000 EUR –

CoAct for Mental Health (Gemeinschaftliche Aktion für psychische Gesundheit) für den Einsatz digitaler Technologien zur Entwicklung eines personalisierten Ansatzes und zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit psychischen Problemen.



Preis für Vielfalt und Zusammenarbeit: 20 000 EUR –

SeaPaCS – Participatory Citizen Science against Marine Pollution (Partizipative Bürgerwissenschaft gegen Meeresverschmutzung) für das Schaffen transformativen Wissens, das die bestehende kognitive und emotionale Distanz zwischen der Gesellschaft und dem Meer überbrückt.

STÄRKUNG DER POSITION DER VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER

Durch die EU-Verbraucherschutzvorschriften sind Verbraucherinnen und Verbraucher gut geschützt und haben Anspruch auf klare Informationen über die Produkte und Dienstleistungen, die sie kaufen. Seit dem 13. Dezember wird durch neue Vorschriften sichergestellt, dass alle Nichtlebensmittelerzeugnisse auf dem EU-Markt grundsätzlich sicher konzipiert sind. Die neuen Vorschriften sollen den wichtigen

gesellschaftlichen und marktbezogenen Veränderungen Rechnung tragen, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten auf die Sicherheit von Verbraucherprodukten ausgewirkt haben, und besser gewährleisten, dass alle Arten von Produkten sicher sind, unabhängig davon, ob sie im stationären Handel oder über das Internet verkauft werden. Zudem werden neue Vorschriften eingeführt, die die Verbraucherinnen und Verbraucher für den grünen Wandel wappnen und es ihnen ermöglichen, sich für langlebigere und reparaturfreundlichere Produkte zu entscheiden (siehe Kapitel 4).

STÄRKUNG DER ROLLE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Damit junge Menschen sich als aktive Bürgerinnen und Bürger einbringen können, müssen sie verstehen, wie Demokratie funktioniert und welche Rechte und Pflichten sie haben. Außerdem müssen ihnen konkrete Möglichkeiten angeboten werden, um mit Entscheidungsträgern in Kontakt zu treten. Zu diesem Zweck bieten die jugendpolitischen Dialoge und die Jugend-Resonanzgruppe (Youth Sounding Board) jungen Erwachsenen die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, während die EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern einen sicheren Raum für 10- bis 17-Jährige bietet, in dem sie sich zu den sie betreffenden europäischen Gesetzen und Politikmaßnahmen äußern können. Im Jahr 2024 wurden mehr als 1 000 Kinder gezielt zu der Empfehlung zu integrierten Kinderschutzsystemen konsultiert.

Im Laufe des Jahres kündigte die EU 60 Maßnahmen an, die jungen Menschen ein größeres Mitspracherecht bei den sie betreffenden Entscheidungen geben und die Berücksichtigung der jugendpolitischen Dimension in einer Reihe von EU-Politikbereichen fördern sollen. Eine dieser Maßnahmen ist der sogenannte „Jugendcheck“ für eine systematische Berücksichtigung der Auswirkungen auf junge Menschen bei der Gestaltung neuer EU-Politiken.

Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und mit unterschiedlichem Hintergrund sollten eine



Margaritis Schinas, damals Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständig für die Förderung unserer europäischen Lebensweise (1. von rechts), veranstaltet einen jugendpolitischen Dialog über die europäische Lebensweise und unterstreicht das Engagement der EU für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Solidarität. Brüssel (Belgien), 9. April 2024.

führende und aktive Rolle bei der Festlegung der Prioritäten und des Anspruchsmaßes der EU-Politikmaßnahmen spielen. Je stärker sie an der Gestaltung der Politik beteiligt sind, desto wirksamer und effizienter werden die Rechtsvorschriften der EU das Leben der Menschen verbessern. Aus diesem Grund arbeiten die EU-Organe aktiv daran, den Europäerinnen und Europäern eine größere Rolle bei der Politikgestaltung der EU einzuräumen, und werden diese Arbeit im neuen Politikzyklus fortsetzen (siehe Kapitel 0).

Was denken Kinder über Demokratie?

KINDER UND JUGENDLICHE WOLLEN ...

- **stärker an Entscheidungen beteiligt werden, die sich unmittelbar auf ihr Leben auswirken,**
- **mehr Informationen über den demokratischen Prozess und mehr Ermutigung, sich daran zu beteiligen.**

Quelle: Umfrage zur demokratischen Teilhabe, Frühjahr 2024.

1 921 Kinder aus 23 Mitgliedstaaten nahmen an der Online-Befragung teil.

28 Kinder und 3 junge Aktivisten wurden befragt.

122 Kinder nahmen an Fokusgruppen teil.

Die EU kontaktieren

Besuch

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europa Direkt“-Zentren. Ein Büro in Ihrer Nähe können Sie online finden (european-union.europa.eu/contact-eu/meet-us_de).

Per Telefon oder schriftlich

Der Europa-Direkt-Dienst beantwortet Ihre Fragen zur Europäischen Union. Kontaktieren Sie Europa Direkt

- über die gebührenfreie Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister berechnen allerdings Gebühren),
- über die Standardrufnummer: +32 22999696,
- über das folgende Kontaktformular: european-union.europa.eu/contact-eu/write-us_de.

Informationen über die EU

Im Internet

Auf dem Europa-Portal finden Sie Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen (european-union.europa.eu).

EU-Veröffentlichungen

Sie können EU-Veröffentlichungen einsehen oder bestellen unter op.europa.eu/de/publications. Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich an Europa Direkt oder das Dokumentationszentrum in Ihrer Nähe (european-union.europa.eu/contact-eu/meet-us_de).

Informationen zum EU-Recht

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1951 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex (eur-lex.europa.eu).

Offene Daten der EU

Das Portal data.europa.eu bietet Zugang zu offenen Datensätzen der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU. Die Datensätze können zu gewerblichen und nicht gewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden. Über dieses Portal ist auch eine Fülle von Datensätzen aus den europäischen Ländern abrufbar.



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union